

Politischer Radikalismus innerhalb **des Social Web**

Eine Analyse gängiger Narrative und diskursiver Strategien rechter Akteure

Inauguraldissertation

Zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Philosophischen Fakultät der Universität Passau

Vorgelegt von

Johannes Christian Abel

im April 2020

Erstprüfer: Prof. Dr. Maximilian Sailer

Zweitprüfer: Prof. Dr. Guido Pollak

Inhaltsverzeichnis

1. Das Internet – vom Heilsbringer zum Totengräber der Demokratie.	6
2. Wissenschaftliche Vorüberlegungen	9
2.1 Objektivität als wissenschaftliche Idealvorstellung.....	9
2.2 Pädagogische Strömungen.....	11
2.3 Normative Aussagen und Objektivität	14
2.4 Pädagogik und Politik.....	16
3. Die wissenschaftliche Verortung der Arbeit.....	19
3.1 Forschungsinteresse und Forschungsfragen	19
3.2 Stand der Forschung.....	22
4. Das Forschungsfeld Internet	28
4.1 Die Geschichte des Internets von seinen Anfängen bis zur Einführung des World Wide Web.....	28
4.2 Dienste und Anwendungen	33
4.3 Der bekannteste Dienst: das World Wide Web.....	33
4.4 Populäre Anwendungen.....	34
4.4.1 Wikis	35
4.4.2 Soziale Netzwerke	39
4.4.3 Videoportale	43
4.4.4 Weblogs	45
4.5 Web 2.0 und Social Web – zwei deckungsgleiche Begriffe?	46
5. Theoretischer Ansatz und methodische Vorgehensweise	49

5.1 Der Diskurs.....	49
5.1.1 Der Diskursbegriff.....	49
5.1.2 Die vier Formationsregeln.....	51
5.1.3 Macht, Wissen, Regeln und Zugangsbeschränkungen	52
5.1.4 Konflikte.....	57
5.2 Ergänzungen zu dem theoretischen Grundgerüst.....	59
5.2.1 Diskursive Gemeinschaften	59
5.2.2 Diskursive Wortführer	61
5.2.3. Diskursive Strategien nach Schwab-Trapp.....	66
5.2.4 Die Analyse der Überzeugungsstrategien	67
5.2.5 Der politische Diskurs	72
5.2.6 Der Diskurs innerhalb des WWW.....	77
5.3 Aufbau der Analyse	83
5.3.1 Zusammensetzung des Datenkorpus	83
5.3.2 Fragenkatalog	85
6. Ergänzende theoretische Erläuterungen	87
6.1 Radikalismus und Extremismus – der Versuch einer Begriffsbestimmung..	87
6.2 Alternative Fakten im postfaktischen Zeitalter und die „Filter Bubble“	88
7. Analyse ausgewählter Webauftritte	97
7.1 Metapedia	97
7.1.1 Allgemeines	97
7.1.2 Internetauftritte	99

7.1.2.1 Deutschsprachige Hauptseite	99
7.1.2.2 Artikel.....	99
7.1.2.3 Social-Media-Kanäle und multimediale Daten	104
7.1.3 Analyse ausgewählter Diskurse	105
7.1.3.1 Revisionismus	105
7.1.3.2 Umvolkung, Islamisierung und „Lügenpresse“	113
7.1.3.3 Politische Korrektheit und die Gender Debatte	120
7.2 Identitäre Bewegung	127
7.2.1 Allgemeines.....	127
7.2.2 Internetauftritte	128
7.2.2.1 Die Homepage der Gruppierung	128
7.2.2.2 Social-Media-Kanäle und multimediale Daten	130
7.2.3 Analyse ausgewählter Diskurse.....	131
7.2.3.1 Migration und Integration.....	131
7.2.3.2 Gender Debatte, Familienbild, Politische Korrektheit und Meinungsfreiheit	143
7.3 Die Partei „Alternative für Deutschland“	147
7.3.1 Allgemeines.....	147
7.3.2 Internetauftritte	155
7.3.3 Analyse ausgewählter Diskurse.....	156
7.3.3.1 Migration	156
7.3.3.1.1 Durch Migranten begangene Straftaten und Terrorgefahr	158

7.3.3.1.2 Zuwanderung und die damit verbundenen Kosten	161
7.3.3.1.3 Bevölkerungsaustausch	164
7.3.3.2 Meinungsfreiheit, politische Korrektheit und Familienbild	166
8. Zusammenfassung der Ergebnisse	171
9. Abschließende Gedanken	174
Literaturverzeichnis.....	I
Monographien und Sammelbände	I
Internetquellen	IX
Primärquellen	XVIII
AfD.....	XVIII
Facebook.....	XIX
Identitäre Bewegung	XXII
Metapedia	XXIII
Twitter	XXIX
YouTube.....	XXX
Weitere Primärquellen	XXXI
Quellen zu den Abbildungen.....	XXXII

Abbildungsverzeichnis

<u>Abbildung 1 - So funktioniert die Informationsgesellschaft</u>	37
<u>Abbildung 2 - Temperaturkurve Zyklon B</u>	107

1. Das Internet – vom Heilsbringer zum Totengräber der Demokratie

Mit der Verbreitung des Internets öffnete sich auch der Weg zu einem neuen Zeitgeist. Die revolutionäre Technik hielt schnell Einzug in einen Großteil aller Haushalte (und später in der Form von Smartphones auch in einen Großteil aller Hosentaschen). Dadurch war es jedem möglich, sich einfach und schnell Informationen zu beschaffen sowie die eigene Meinung einem großen Publikum kund zu tun. Mithilfe des Internets konnten sich die Bürger emanzipieren, die Macht und Monopolstellung der großen Medienhäuser schien gebrochen. In einem Artikel der NZZ aus dem Jahr 2009 heißt es geradezu euphorisch:

Das Internet erlaubt mehr Wettbewerb und mehr Demokratie. Mehr Wettbewerb darum, weil es mehr Produzenten gibt. Mehr Demokratie darum, weil alle ihren Einfluss geltend machen können, unabhängig von Herkunft, Kontostand, Beziehungsnetz. Wer seine Stimme erhebt, erreicht durch das Internet die zumindest potenzielle Weltöffentlichkeit. Dank Filtern, denen ausgeklügelte, bis jetzt noch im Frühstadium befindliche Bewertungsmechanismen zugrunde liegen, hat Qualität, so individuell sie auch bewertet wird, mehr Chancen denn je, sich durchzusetzen. (Grob, 2009)

Die immer weiter fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft schien eng mit einer Zunahme von Mündigkeit und Stärkung der Demokratie verwoben zu sein. Die möglichen Gefahren des Internets, insbesondere für Kinder und Jugendliche, waren in den späten 1990er bis in die frühen 2010er Jahren stets die üblichen Verdächtigen: Gewaltdarstellungen, Pornographie, Cybermobbing. Dem gegenüber stand der Glaube (oder zumindest die Hoffnung) an die positiven Auswirkungen des Internets, die sich in Form von Mitbestimmung und Freiheit manifestieren und dadurch zu einer demokratischeren Gesellschaft beitragen.

Dennoch wurden bereits früh kritische Stimmen laut, die das demokratisierende Potential des Internets in Frage stellten. „Auf dem Weg zur Cyberdemokratie“ titelte „Heise online“ im Jahr 1997. In dem Artikel von Rainer Rilling werden zunächst die potenziell positiven Auswirkungen des Internets auf die politische Kommunikation hervorgehoben: eine geringere Zugangsschwelle für Informationen, eine Beschleunigung der Bereitschaft politische Informationen zu

verteilen oder aufzunehmen, die Ausdünnung von Kommunikationshierarchien etc. Trotz dieser durchaus positiven Aspekte sieht Rilling das Internet nicht als Heilsbringer der Demokratie. Ein Satz wirkt über 20 Jahre nach Erscheinen des Artikels prophetisch: „So spielen diffuse Fragmentierungen in zahllose Netzsphären und Grenzenlosigkeit des Cyberspace zusammen: beides beschränkt, untergräbt, zersetzt den Bildungsprozeß einer über die technische Architektur hinausgehenden diskursiven Gemeinsamkeit“ (Rilling, 1997).

Diese vereinzelt kritischen Stimmen können als Vorboten einer Entwicklung gesehen werden, die sich erst Mitte der 2010er Jahre offenbarte und in Windeseile die öffentliche Meinung über das Internet als demokratiestiftendes Medium ins Schwanken brachte. Unter anderem haben der Aufstieg der Partei „Alternative für Deutschland“ (kurz: AfD), die grausamen Exekutions-Videos der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (kurz: IS) sowie der von vielen politischen Experten nicht vorhergesehene Wahlsieg von Donald Trump zum Präsidenten der USA im Jahr 2016 einen in der Öffentlichkeit geführten Diskurs über das Internet als Werkzeug für Wahlkampf, Propaganda und gezielt gestreute Desinformationen losgetreten. Begriffe wie „Filter Bubble“ und „Fake News“ hielten Einzug in den Sprachgebrauch. Spätestens jetzt galt das Internet nicht mehr als Hoffnungsträger für die Demokratie - im Gegenteil: Immer häufiger erscheinen Schlagzeilen wie „Die Digitalisierung höhlt unsere Demokratie aus“ (Boehme-Neßler, 2019), „Warum das Internet keine Demokratie-Maschine geworden ist“ (Bayerischer Rundfunk, 2019) oder „Wie das Internet demokratische Öffentlichkeit zerstört“ (Deutschlandfunk Kultur, 2019). Was war passiert? Wie konnte der einstige Heilsbringer derart tief fallen?

Die vorliegende Arbeit setzt an diesem Punkt an. Dabei wird die Auffassung vertreten, der Blick auf das Internet sollte stets ein dialektischer sein. Zweifelsohne bietet das Internet Potential, sich positiv auf die Demokratie auszuwirken. Gleichzeitig dürfen die möglichen Gefahren nicht außer Acht gelassen werden. Um ein besseres Verständnis von diesen Gefahren zu erlangen, erscheint eine tiefgreifende Erforschung sinnvoll. Der Schwerpunkt wird hierbei auf politische Kommunikation gelegt, genauer gesagt auf rechtspopulistische bis rechtsextreme

Kommunikation. Dabei wird ein qualitatives Forschungsdesign angewendet: eine an die Gedanken des französischen Philosophen Michel Foucault anknüpfende Diskursanalyse.

Der Aufbau der Arbeit gestaltet sich wie folgt: In dem Kapitel „Wissenschaftliche Vorüberlegung“ werden zentrale Gedanken erläutert, die als Fundament der gesamten Arbeit dienen. Das Kapitel „Die wissenschaftliche Verortung der Arbeit“ dient dazu, das verfolgte Forschungsvorhaben von ähnlichen Forschungsansätzen abzugrenzen. Weiterhin werden hier die konkreten, der Arbeit zugrundeliegenden Forschungsfragen gestellt. In dem darauffolgenden Kapitel „Das Forschungsfeld Internet“ werden zentrale Begrifflichkeiten und Herausforderungen, die sich mit dem Internet als äußerst komplexes und facettenreiches Forschungsfeld ergeben, dargelegt. Das Kapitel „Theoretischer Ansatz und methodische Vorgehensweise“ legt schließlich die der Arbeit zugrundeliegende Methodologie dar, ehe das Kapitel „Ergänzende theoretische Erläuterungen“ den Theorieteil abschließt. Der Analyseteil der Arbeit lässt sich wiederum in drei Teilbereiche untergliedern: Zunächst wird das rechtsextreme Wiki „Metapedia“ untersucht, anschließend die Internetauftritte der Gruppierung „Identitäre Bewegung“. Der dritte Teil der Analyse stellt die Untersuchung der Online-Aktivität der AfD dar. Die Arbeit endet mit einer Zusammenfassung der Forschungsergebnisse sowie mit einer abschließenden pädagogischen Bewertung.

2. Wissenschaftliche Vorüberlegungen

2.1 Objektivität als wissenschaftliche Idealvorstellung

Der Versuch, eine eindeutige und klare Definition von „Wissenschaft“ zu formulieren, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Grund hierfür ist eine unüberschaubar große Menge an Theorien und Konzepten in Hinblick auf Ziele, Merkmale und Gültigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnissen. Die Ursprünge der Wissenschaft lassen sich zwar bereits vor der Antike finden, Wissenschaft in unserem modernen Verständnis, die auf klar formulierten Methoden beruht, geht auf das 16. Jahrhundert zurück (Reinhold, 2017, S. 732). Zwar kann es keine allgemeingültige Definition von Wissenschaft geben, allerdings gibt es „typische“ Gütekriterien, die in Zusammenhang mit dem Begriff häufig genannt werden und wissenschaftliches Wissen von Alltagswissen abgrenzt. So sollte Wissenschaft zuverlässig, vollständig, ehrlich, ethisch (Voss, 2019, S. 32), intersubjektiv überprüfbar, allgemein gültig, methodisch kontrollierbar, systematisch erhoben, sprachlich präzise formuliert (Bardmann, 2015, S. 32) und zudem originell, relevant und verständlich (Balzert, Schröder & Schäfer, 2017, S. 13) sein. Diese Kriterien stammen aus drei unterschiedlichen Einführungsbänden über wissenschaftliches Arbeiten und stellen eine Idealvorstellung von Wissenschaft dar, die zwar angestrebt, aber wahrscheinlich niemals erreicht werden kann. Wer kann beispielsweise zweifelsfrei feststellen, ab welchem Punkt eine wissenschaftliche Erkenntnis „vollständig“ ist? Wie wird bestimmt, ob eine Erkenntnis „allgemein gültig“ ist und nach welchen Kriterien wird entschieden, dass Forschung „ethisch“ ist? Der Teilbereich der Philosophie, welcher sich mit Wissenschaft auf einer Meta-Ebene befasst und versucht, solche Fragen zu beantworten, ist die Wissenschaftstheorie. Auf der Ebene der Einführungsliteratur über wissenschaftliches Arbeiten wird oft, im Gegensatz zu der philosophischen Auseinandersetzung mit der Thematik, normativ festgelegt, wie „richtige“ und „gute“ Wissenschaft auszusehen hat. Dabei fällt auf, dass in der Einführungsliteratur ein Begriff oftmals ganz besonders hervorgehoben wird: die Objektivität. So schreiben Balzert, Schröder & Schäfer: „Wenn Sie eine

wissenschaftliche Arbeit erstellen, dann müssen Ihre Ergebnisse unabhängig sein von Ihren persönlichen Vorlieben und Gemütsregungen, auch frei von politischen Zielen. [...] Der Leser/Gutachter soll nicht bedrängt oder durch Manipulation überredet werden, sondern sich ein eigenes Urteil bilden können. Objektivität erfordert Selbstkontrolle. Formulieren Sie Ihre Beschreibungen sachlich und neutral“ (Balzert, Schröder & Schäfer, 2017, S. 18). Objektivität als Idealvorstellung in Bezug auf wissenschaftliches Arbeiten ist zweifelsohne wichtig, dennoch bleibt sie eben „nur“ eine Idealvorstellung. Der Grund hierfür ist, dass das forschende Subjekt und der zu erforschende Gegenstand niemals komplett losgekoppelt voneinander gedacht werden können. Aber nicht nur die Person des Forschers kann sich niemals völlig von seiner ihm individuell zugrundeliegenden Wahrnehmung und Weltanschauung lösen, jede Wissenschaftsdisziplin ist bis zu einem bestimmten Maße an Interessens-, Macht- und Herrschaftsverhältnisse gebunden. Da es - um an dieser Stelle schon einmal einen zentralen Gedanken von Foucault vorweg zu nehmen - innerhalb einer Gesellschaft keinen Macht-freien Raum gibt, können auch wissenschaftliche Betriebe, Institutionen und Einrichtungen niemals komplett neutral agieren. Verstärkt wird dieser Effekt durch die Einflussnahme von wirtschaftlichen Akteuren auf wissenschaftliche Lehre und Forschung. Die an dieser Stelle angebrachten Überlegungen sollen keineswegs ein wissenschaftspessimistisches Bild zeichnen und den Eindruck erwecken, das Streben nach objektiven und wertneutralen wissenschaftlichen Erkenntnissen sei von vornherein zum Scheitern verurteilt und solle deshalb gar nicht erst angestrebt werden. Es bleibt allerdings festzustellen, dass das in Einführungsbändern über wissenschaftliches Arbeiten geradezu gebetsmühlenartig postulierte Gebot von Objektivität zwar wichtig und erstrebenswert ist, allerdings häufig an der Realität scheitert. In Bezug auf die vorliegende Arbeit sind noch zwei weitere Punkte relevant: Zum einen entsteht die Arbeit in einem pädagogischen / erziehungswissenschaftlichen Kontext. Zudem wird ein politisches Thema behandelt. Auf diese beiden Punkte soll im weiteren Verlauf genauer eingegangen werden.

2.2 Pädagogische Strömungen

Im Gegensatz zu vielen anderen Disziplinen scheint sich die Pädagogik als Wissenschaft ständig in einem Rechtfertigungszwang zu befinden. Es stellt sich die Frage, weshalb es die Pädagogik überhaupt als Wissenschaft bedarf, wenn ihre einzelnen Forschungsgebiete auch von anderen Disziplinen übernommen werden können. Beispielsweise versteht sich die Soziologie schließlich auch darin, die Wechselwirkung zwischen Individuum und Gesellschaft zu beschreiben, die Psychologie kann hingegen erklären, wie der Vorgang des Lernens abläuft. Zudem drängen Neurowissenschaften, welche eher dem Feld Naturwissenschaften zuzuordnen sind, zunehmend in typisch geisteswissenschaftliche Forschungsbereiche und machen den „alten“ Wissenschaften das Feld streitig (Wüst, 2011, S. 1-2). Weiterhin sieht sich die Pädagogik als Wissenschaft oftmals mit dem Vorwurf konfrontiert, sich zu sehr auf einer theoretischen Ebene zu bewegen und dabei konkrete praktische Hilfestellungen sowohl für pädagogische Professionen als auch für die alltägliche Erziehungswirklichkeit innerhalb der Familie außer Acht zu lassen. Nicht selten hört man das Klagen von Lehramtsstudierenden, das Studium gebe nicht genug praktisch verwertbares pädagogisches Wissen für den Schulalltag an die Hand. Ähnlich verhält es sich mit der alltäglichen Erziehung innerhalb der Familie, die sich meist an pädagogischen Alltagstheorien orientiert. Wissenschaftliche Modelle und Theoreme spielen in der familiären Erziehung kaum eine Rolle und müssen sich gegenüber der weit verbreiteten Vorstellung behaupten, dass „Eltern sein“ der einzig ausschlaggebende Faktor ist, um richtig und gut zu erziehen. Erziehen könne somit ohnehin jeder und Erziehung wird auf etwas Intuitives reduziert (Seel & Hanke, 2015, S. 7). Sollten Eltern dennoch Rat suchen, wie man denn nun seine Kinder gut erzieht, stehen ihnen in jeder Buchhandlung unzählige Ratgeber über die Thematik zur Verfügung – die allerdings meist unwissenschaftlich oder populärwissenschaftlich sind.

Weshalb also braucht es also die Pädagogik als Wissenschaft, wenn andere Wissenschaften pädagogische Inhalte ebenso erforschen und vermitteln können und zudem der Alltag zeigt, dass Erziehung auch ohne wissenschaftliche

Begleitung, quasi „von sich aus“ funktioniert? Um diese Frage zu beantworten, bedarf es einer Erläuterung in Hinblick auf das „Selbstverständnis“ der Pädagogik als Wissenschaft. Dieses „Selbstverständnis“ ist allerdings keineswegs homogen, im Gegenteil: Die Pädagogik weist zahlreiche innerwissenschaftliche Strömungen und Auslegungen über ihre Aufgabenbereiche auf und befindet sich in einer konstanten Selbstfindungsphase. Dies muss aber keineswegs als Schwäche der Pädagogik angesehen werden, die einzelnen Strömungen haben das Potential, sich gegenseitig sinnvoll zu ergänzen.

Die geisteswissenschaftlich-hermeneutische Strömung macht es sich zur Aufgabe, die gesellschaftliche und kulturelle Wirklichkeit zu erkennen. Dabei wird nicht versucht, diese Wirklichkeit im naturwissenschaftlichen Sinne zu „messen“, vielmehr steht das „Verstehen“ im Mittelpunkt. Wilhelm Dilthey, der Vater der hermeneutischen Methode, beschreibt den Unterschied zwischen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften wie folgt:

Nun unterscheiden sich zunächst von den Naturwissenschaften die Geisteswissenschaften dadurch, dass in jenen die Thatsachen von aussen, durch die Sinne, als Phaenomene und einzeln gegeben sind, wogegen sie in diesen von innen, als Realität und als ein lebendiger Zusammenhang originaliter auftreten. Hieraus ergiebt sich für die Naturwissenschaften, dass in ihnen nur durch ergänzende Schlüsse, vermittelt einer Verbindung von Hypothesen, ein Zusammenhang der Natur gegeben ist. Für die Geisteswissenschaften folgt dagegen, dass in ihnen der Zusammenhang des Seelenlebens als ein ursprünglich gegebener überall zu Grunde liegt. Die Natur erklären wir, das Seelenleben verstehen wir. (Dilthey, 1894, S.10)

Bis in die 60er Jahre herrschte die geisteswissenschaftlich-hermeneutische Ausrichtung der Pädagogik vor, wurde aber schließlich zunehmend durch eine empirisch-analytische Wendung abgelöst, welche ihren Fokus auf empirische und systematische Forschungskonzepte legte und sich dabei stark an der Soziologie und Psychologie orientierte. Im Gegensatz zu dem hermeneutischen Ansatz wird versucht, mithilfe von Fragebögen und Experimenten zuvor aufgestellte Hypothesen zu verifizieren bzw. zu falsifizieren. Erziehung, Sozialisation, didaktische Konzepte, vereinzelt sogar Bildung sollen auf diesem Wege gemessen und anschließend in anschaulichen Graphen und Zahlenreihen wiedergegeben werden (Wüst, 2011, S. 4-5). Bis heute ist der empirisch-analytische Zweig

innerhalb der Pädagogik stark vertreten und bildet ein wichtiges Gegengewicht zu den geisteswissenschaftlichen und theorielastigen Strömungen. Dennoch kann die empirisch-analytische Pädagogik nicht als wissenschaftliches „Allheilmittel“ angesehen werden. Eine empirisch arbeitende Pädagogik ist stets darum bemüht, Erziehungswirklichkeit mit dem Ziel zu erforschen, kausale Zusammenhänge zu erkennen und zu messen. Dies bedeutet allerdings auch, dass immer nur der Status Quo gemessen werden kann. „Tatsachen dienen zwar zum Anlass für Erkenntnis, können aber weder Sinn stiften noch ein Sollen bestimmen. [...] Unter der Prämisse, objektiv und wertfrei zu sein, kann Wissenschaft nur eine Bestandsaufnahme leisten“ (Wüst, 2011, S. 11). Als Antwort auf diese „realistische Wendung“ innerhalb der Pädagogik entwickelte sich eine weitere Strömung, die sich bewusst sowohl von der hermeneutisch-geisteswissenschaftlichen als auch von der empirisch-analytischen Denkrichtung abgrenzt und dabei Kritik sowie emanzipative Subjektwerdung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rückt. „Kritische Pädagogik meint verschiedene Varianten einer sozialkritisch angelegten Erziehungswissenschaft, die sich Ende der 1960er Jahre in der Auseinandersetzung mit der studentischen Protestbewegung 1967/1968 und den Schriften der Kritischen Theorie herausbildeten“ (Bernhard, 2012, S. 13). Die Grundlage der Kritischen Pädagogik bilden die Schriften von Karl Marx, die Theorien der Frankfurter Schule sowie tiefenpsychologische Überlegungen. Dabei ist die Kritische Pädagogik keine einheitliche Strömung, vielmehr gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Ausprägungs- und Erscheinungsformen. Gemein haben die verschiedenen Denkansätze die Kritik als einen maßgeblichen Bestandteil ihres Wirkens. Dabei darf Kritik nicht als bloßes „dagegen sein“ oder als reine Meinungsäußerung missverstanden werden (Bernhard, 2012, S. 13-15). „Kritik [...] meint die Kunst der systematischen Beurteilung und Überprüfung eines Sachverhaltes. [...] In einer grundlegend an Marx und der Kritischen Theorie orientierten Pädagogik ist Kritik als fundamentale Sozialkritik angelegt, die aus einer Distanz zu alltäglichen Handlungspraxen heraus formuliert wird. Sozialkritik meint in diesem Zusammenhang die grundlegende Beanstandung der Gesamtgesellschaft im Hinblick auf eine vernünftige Gestaltung der Subjektwerdungsprozesse von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen“ (Bernhard, 2012, S. 15). Diese kritische Haltung soll auch in der vorliegenden

Arbeit eine zentrale Rolle einnehmen.

2.3 Normative Aussagen und Objektivität

Würde man die Pädagogik als Wissenschaft lediglich auf die empirische Komponente reduzieren, so wäre die Folge eine ständige Vermessung von gesellschaftlicher Wirklichkeit, ohne darauf Einfluss nehmen zu wollen oder zu können. An dieser Stelle kann der Bogen zu der anfänglich angesprochenen strengen Forderung nach wissenschaftlicher Objektivität gespannt werden. Denn eine Pädagogik, die nicht nur eine Bestandsaufnahme geben möchte, steht in der Pflicht, sich auch kritisch mit sozialen Phänomenen auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund wird Pädagogik im Rahmen dieser Arbeit als eine Wissenschaft verstanden, die in der Lage ist, auch normative Aussagen treffen zu können. Solche normativen Aussagen sollen allerdings nicht in dem Sinne sein, wie sie in Erziehungsratgebern zu finden sind, wenn dort beispielsweise gefordert wird, Kinder müssen um 20 Uhr im Bett sein. Vielmehr fordern normative Aussagen im Rahmen einer auf diese Weise gedachten Pädagogik die Entwicklung eines mündigen, kritisch denkenden und somit gebildeten Menschen. Am Ende dieses Prozesses „winkt die Freiheit“ (Heydorn, 1972, S. 7). Obwohl es niemals einen vollends mündigen, gebildeten und freien Menschen geben kann, handelt es sich hierbei um Zielvorstellungen, denen es sich anzunähern gilt. Eine solche Annäherung kann allerdings nicht mit simplen Ratschlägen in Bezug auf Schlafenszeiten, Tischmanieren, oder „pädagogisch wertvolle“ Spielsachen erreicht werden. Vielmehr geht es darum, gesellschaftliche Begebenheiten kritisch zu beleuchten und zu hinterfragen. Erst wenn beispielsweise verborgene Macht und Herrschaftsverhältnisse innerhalb des Schulsystems offengelegt werden, können auf Grundlage dieser Erkenntnisse Alternativen zu den gängigen und festgefahren Konventionen innerhalb der Institution Schule aufgezeigt werden. Allerdings darf eine so arbeitende Pädagogik nicht vergessen, auch das eigene Handeln stets kritisch zu hinterfragen, da ansonsten Gefahr besteht, dass Kritik nur noch um ihrer selbst willen geübt wird und die Pädagogik dadurch zu einer Ideologie verkommt, die sie eigentlich zu bekämpfen versucht.

Ein solches Hinterfragen ihrer selbst kann eine kritisch arbeitende Pädagogik auch in Hinblick auf ihr eigenes wissenschaftliches Handeln stellen: Kann eine Wissenschaft, die normative Aussagen trifft und sich kritisch mit sozialen Phänomenen auseinandersetzt, überhaupt noch objektiv agieren? Da, wie bereits zu Beginn dieses Kapitels angedeutet wurde, die Objektivität eine zentrale Forderung an die Wissenschaft darstellt, so ist die Frage in Hinblick auf eine kritisch arbeitende Pädagogik differenziert zu betrachten. Zunächst kann die Frage nach der Objektivität mit einer Gegenfrage konfrontiert werden: Kann es sich die Pädagogik überhaupt leisten, lediglich zu vermessen und zu beschreiben? Ein Verständnis moderner Pädagogik, dessen Wurzeln in der Zeit der Aufklärung zu finden sind und „individuelle Freiheit“ sowie „soziale Verantwortung“ als Ziele von Erziehung fordert (Pollak, 2019, S. 22-23) kann nicht nur, wie etwa eine Naturwissenschaft, die Welt um uns herum vermessen, sondern muss auch versuchen, sie zu verändern. Eine Pädagogik, die sich selbst als „Anwalt des Kindes“ sieht, ergreift zwangsläufig in irgendeiner Form Partei. Dies soll keineswegs bedeuten, dass dieser Wille zur Veränderung lediglich der kritischen Pädagogik vorbehalten ist. Auch eine empirisch-analytische Pädagogik ist mitunter darum bemüht, die erarbeiteten Erkenntnisse in konkretes und praktisch anwendbares Wissen zu übertragen, insofern schwingen auch hier häufig normative Aussagen mit. Ein weiterer Punkt ist zu beachten: Eine empirisch arbeitende Pädagogik – sollte sie den Versuch unternehmen, sich komplett von jeder Handlungsempfehlungen und somit normativen Aussagen loszulösen - wird dies in vielen Fällen gar nicht umsetzen können. Der Grund hierfür ist, dass Erziehung meist untrennbar mit bestimmten Erziehungszielen verbunden ist. Unabhängig von der wissenschaftlichen Herangehensweise muss sich die Pädagogik zwangsläufig mit diesen Erziehungszielen auseinandersetzen. Dies soll an einem Beispiel veranschaulicht werden: Angenommen, eine empirische Studie stellt fest, dass die Schulnoten von Kindern, deren Eltern die tägliche Nutzungszeit des Smartphones auf eine Stunde begrenzen, im Durchschnitt besser sind als die Noten von Kindern, deren Eltern keine solche Grenzen setzen. Diese fiktive Studie würde dabei die gewonnenen Erkenntnisse komplett objektiv darstellen und dabei auf jegliche erzieherische Handlungsempfehlungen verzichten. Dennoch ist davon auszugehen, dass die Ergebnisse einer solchen Studie keineswegs in einem

wertneutralen Raum existieren würden. Unabhängig von der Intention der Studienleiter ist die Erkenntnis „es gibt einen Zusammenhang zwischen langer Bildschirmzeit und schlechteren Noten“ normativ aufgeladen, die Ergebnisse dieser (fiktiven) Studie sind nicht loszulösen von dem Erziehungsziel „gute Noten in der Schule“.

2.4 Pädagogik und Politik

Da sich die vorliegende Arbeit mit einer politischen Thematik befasst, soll an dieser Stelle der Zusammenhang zwischen Pädagogik und Politik erläutert werden. Wie bereits angedeutet, kann man die Pädagogik als eine Wissenschaft betrachten, die aktuelle gesellschaftliche Begebenheiten stets kritisch überprüft und dabei das Ziel verfolgt, die Gesellschaft zu verbessern. Somit steht die Pädagogik vor einer großen Frage: Wie soll bestimmt werden, was eine „bessere Gesellschaft“ ausmacht? Da es nicht möglich ist, allgemeingültig zu definieren, wie eine solche „bessere Gesellschaft“ aussieht, muss dieses Ziel ständig diskursiv ausgehandelt werden. Es erscheint wünschenswert, dass dieser Diskurs möglichst losgelöst von wirtschaftlichen und politischen Akteuren, welche Einfluss auf pädagogisches Handeln zu nehmen versuchen, verläuft. Herman Nohl betont die Wichtigkeit einer autonomen und emanzipierten Pädagogik wie folgt:

Die Klarheit über den Selbstsinn eines geistigen Gebietes gibt dann erst das Mittel, seine Leistungen rein aus seinem eigenen Zentrum zu begründen, und ist meistens mit einem großartigen Aufschwung der Produktion verbunden. Das gilt für das Recht, die Wissenschaft oder die Kunst und vor allem auch für die Erziehung. Ihr ist diese Emanzipation am spätesten gelungen, und sie muß auch heute noch um solche Anerkennung ihres eigenen Charakters und die Feststellung ihres Wesens ringen, ohne die sie doch hilflos dem Druck der anderen Mächte ausgeliefert ist, die sie alle für sich in Dienst nehmen wollen. [...] Der Erzieher ist dann einseitig der subalterne Beauftragte der Kirche oder des Staates oder gar der Partei. Angesichts des grausamen Kampfes dieser Mächte und der Weltanschauungen, die hinter ihnen stehen, kommt es heute mehr denn je darauf an, daß die Pädagogik einen Ort findet, der sie in gewissem Sinne unabhängig von ihnen macht, ihr eine Arbeit aus eigenem Recht erlaubt und damit Selbstbewusstsein, Würde, aber auch Zusammenhang und Fortschritt ermöglicht. (Nohl, 1933, S. 15)¹

1 An dieser Stelle soll eines nicht unerwähnt bleiben: Diese Forderung von Herman Nohl steht im Handbuch der Pädagogik aus dem Jahr 1933. Ordnet man die Aussage in einen historistischen

Eine Pädagogik, die komplett losgelöst und isoliert von allen politischen Einflüssen und Interessen existiert, erscheint allerdings nur schwer vorstellbar. Der Politikbegriff lässt sich, abhängig von dem ihm zugrundeliegenden Verständnis, mit drei unterschiedlichen Dimensionen beschreiben. Die „formale Dimension“ meint konkrete politische Formen wie etwa politische Institutionen und politische Systeme. Die „inhaltliche Dimension“ beschreibt die Inhalte und Ziele der Politik, die „prozessuale Dimension“ die Vorgehensweise zur Austragung und Durchsetzung politischer Konflikte und Ideen. Dieses Dimensionen-Modell ist bewusst sehr weit gefasst, keine gesellschaftliche Sphäre wird von vornherein als „unpolitisch“ ausgeklammert (Hellmuth & Klepp, 2010, S. 87-88). Nach diesem Verständnis von Politik kann somit auch die Pädagogik nicht in einer unpolitischen Blase existieren. Die enge Verknüpfung von Politik und Pädagogik zeigt sich ganz alltäglich durch die Schulpflicht und die vom Kultusministerium vorgegebenen schulischen Lehrpläne. Auch Universitäten als wissenschaftliche Einrichtungen sind in der Ausbildung von Lehrer*innen an Vorgaben des Kultusministeriums gebunden.

Weiterhin stellt sich die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, eine klare Trennlinie zwischen Pädagogik und Politik zu ziehen. Beide Sphären weisen eine zentrale Gemeinsamkeit auf: Sie setzen sich mit dem Handeln von Menschen auseinander. Die Pädagogik legt hierbei ihren Schwerpunkt auf das Individuum, die Politik auf die Gemeinschaft. Allerdings ist zu beachten, dass sich Individualität nur im Wechselspiel mit der Gemeinschaft herausbilden kann und die Gemeinschaft wiederum aus Individuen besteht (Fuchs, 2017, S. 17). Der im Zuge der Aufklärung groß gewordene Gedanke von dem Dualismus zwischen „Individueller Freiheit“ und „Sozialer Verantwortung“ beinhaltet sowohl pädagogische als auch politische Elemente. Die Konsequenz daraus ist, dass Pädagogik als Wissenschaft die Politik nicht einfach ignorieren kann. Historisch gesehen war deren Verhältnis nicht

Kontext ein, so entsteht der Eindruck, Nohl sei ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus gewesen. Allerdings arbeitet Benjamin Ortmeier in seiner Habilitationsschrift „Mythos und Pathos statt Logos und Ethos“ (2009) heraus, dass eine genauere Analyse der von Nohl veröffentlichten Schriften während der Zeit des Nationalsozialismus offenbart, dass sich dort Gedanken finden lassen, die eine bedenkliche Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie aufweisen.

immer kooperativ, häufig grenzten sich beide Disziplinen bewusst voneinander ab. Dem gegenüber stehen Phasen der Annäherung, oftmals losgetreten durch ein vermehrtes Interesse an gesellschaftlichen Bedingungen seitens der Pädagogik (Derbolav, 1975, S.10). Die Ideen der Frankfurter Schule fruchteten auch in der Pädagogik, die kritische Theorie führte zu einer kritischen und somit auch politischen Pädagogik. Im folgenden Kapitel wird die vorliegende Arbeit anhand der bisher angestellten Überlegungen wissenschaftlich verortet. Dabei werden die der Arbeit zugrunde liegenden Forschungsfragen erläutert, weiterhin soll ein Überblick des aktuellen Forschungsstandes gegeben werden.

3. Die wissenschaftliche Verortung der Arbeit

3.1 Forschungsinteresse und Forschungsfragen

Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, daß man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug. [...] Die einzig wahrhafte Kraft gegen das Prinzip von Auschwitz wäre Autonomie, wenn ich den Kantischen Ausdruck verwenden darf; die Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen. (Adorno, 2012, S. 125-128)

Dieses Zitat stammt aus der Rede „Erziehung nach Auschwitz“ von Theodor Wiesengrund Adorno aus dem Jahr 1966. Adorno stellt die Forderung „daß Auschwitz nicht noch einmal sei“ über alle anderen Erziehungsziele. Angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur ist diese Forderung nicht diskutier- oder relativierbar. Als einzig wirksame Waffe gegen das „Prinzip von Auschwitz“ sieht Adorno „Kraft zur Reflexion, zur Selbstbestimmung, zum Nicht-Mitmachen“. Mündigkeit, Freiheit und Bildung werden somit zu einer Waffe gegen eine entfesselte Barbarei und erscheinen aussichtsreicher als alle politischen und juristischen Maßnahmen, die einen Zusammenbruch der Demokratie und der liberalen Gesellschaftsordnung verhindern sollen. Dieser Anspruch an Erziehung soll im Rahmen der vorliegenden Arbeit als Ausgangspunkt dienen und begründet, weshalb sich die Arbeit trotz ihrer politischen Thematik klar im Bereich der Allgemeinen Pädagogik verorten lässt. Die im vorherigen Kapitel erläuterten Überlegungen zeigen weiterhin, dass die normative Forderung „daß Auschwitz nicht noch einmal sei“ mit einer wissenschaftlichen Untersuchung einhergehen kann. Eine Auseinandersetzung mit politisch extremistischen Inhalten im Rahmen der Allgemeinen Pädagogik ist keineswegs neu, dennoch hat die Thematik zu Zeiten des Social Web noch einmal an Relevanz gewonnen. Es lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die von Adorno geforderte „Kraft der Reflexion“ im Zeitalter von Fake News, Echokammern und „Alternativen Wahrheiten“ eine noch zentralere und gleichzeitig immer schwieriger werdende Herausforderung darstellt.

Überspitzt könnte man sagen, dass wir das gesamte Wissen der Menschheit in Form eines Smartphones stets bei uns tragen. Dieser fortschrittbejahende Gedanke greift allerdings zu kurz, denn gleichzeitig ermöglicht uns dieselbe Technik auch einen ungezügelter Zugang zu Propaganda, Falschinformationen und Verschwörungstheorien. Die Fähigkeit, zwischen vertrauenswürdigen und fehlerhaften Informationsquellen zu unterscheiden, kann als ein zentraler Stützpfeiler einer „Kraft der Reflexion“ angesehen werden.

Zwei Forschungsfragen liegen der vorliegenden Arbeit zugrunde:

1. Weisen Diskurse, die von politisch rechts zu verortenden Akteuren geführt werden, wiederkehrende diskursive Strategien sowie Narrative auf?
2. Lassen sich in Hinblick auf die diskursiven Strategien und erzeugten Narrative Unterschiede zwischen rechtsextremen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Diskursen feststellen?

Diese beiden Forschungsfragen sollen mithilfe einer Diskursanalyse² beantwortet werden. Die vorliegende Arbeit erhebt nicht den Anspruch, konkrete pädagogische Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus zu geben. Ziel ist es vielmehr, einen kritischen Blick auf politisch rechte Diskurse zu werfen. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass eine häufig reflexartig geäußerte Forderung nach „mehr Medienkompetenz“ nicht ein Allheilmittel aller als problematisch anzusehenden, medial vermittelten Inhalte sein kann. Bei der Medienkompetenz handelt es sich zweifelsohne um einen wichtigen Schlüsselbegriff innerhalb der Medienpädagogik. Gewalt in Videospiele, Cybermobbing, Pornographie im Internet – Medienkompetenz scheint die Lösung aller Probleme zu sein. Allerdings besteht die Gefahr, dass der Begriff aufgrund seines geradezu inflationären Gebrauchs zunehmend an Bedeutung verliert. „Je mehr man davon spricht, desto schneller verflüchtigen sich die Inhalte. [...] Obwohl kaum eine Veranstaltung oder ein Kongress darum herumkommt, den Begriff der Medienkompetenz zu strapazieren, wird immer vager, was sich letztlich

² Die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegende Methodologie wird ausführlich in Kapitel 5 erläutert.

empirisch hinter diesem Begriff versteckt“ (Moser, 2010, S. 242).

Aus diesem Grund kann es sinnvoll sein, einzelne als bedenklich einzustufende mediale Inhalte gesondert zu betrachten. Das Problem „Cybermobbing“ kann nicht auf gleiche Art und Weise gelöst werden wie das Problem „politische Radikalisierung durch das Social Web“. Der Wunsch nach dem einen Allheilmittel erscheint zwar nachvollziehbar, allerdings auch unrealistisch. An dieser Stelle möchte die vorliegende Arbeit ansetzen: Bevor es möglich ist, konkrete pädagogische Handlungsempfehlungen in Hinblick auf radikale und extremistische Diskurse innerhalb des Social Web zu geben, müssen diese Phänomene erstmals ausreichend erforscht und verstanden werden. Durch die Schnellebigkeit des Social Web und das Aufkommen immer neuer technischer Möglichkeiten wird dieses Forschungsfeld auch in den kommenden Jahren nicht an Relevanz verlieren. So ist es mittlerweile möglich, mithilfe künstlicher Intelligenz reale Menschen nachzubilden. Dadurch können gefälschte Videos, sogenannte „Deep Fakes“ erstellt werden – jede Handlung oder jede Aussage kann somit einer beliebigen Person zugeschrieben werden. Zum Zeitpunkt dieser Arbeit ist diese Technik zwar noch nicht sonderlich ausgereift, aufgrund des technischen Fortschritts ist allerdings davon auszugehen, dass es im Lauf der nächsten zehn Jahre möglich sein wird, täuschend echte Deep Fakes zu produzieren. Das Phänomen „Deep Fakes“ und die dadurch entstehenden Fehlinformationen werden möglicherweise in Zukunft die Medienpädagogik zunehmend beschäftigen. Bereits heute ist das Internet voll mit Fälschungen und Manipulationen – dies führt uns zu dem Ausgangsproblem zurück. Wie kann es gelingen, mündig und reflektiert mit der auf uns einprasselnden (Fehl-)Informationsflut umzugehen? Pauschal kann dies freilich nicht beantwortet werden. Allerdings möchte diese Arbeit einen Beitrag dazu leisten, indem politisch rechte Diskurse analysiert werden - mit dem Ziel, Merkmale herauszuarbeiten, anhand derer man diese identifizieren kann. Dabei wird die Auffassung vertreten, dass die Pädagogik nicht machtlos den gesellschaftlichen Begebenheiten gegenübersteht, sondern ein, wie Andreas Gruschka es schön formuliert hat, „Glaube an die Kraft aufklärerischer Argumentation zur vernünftigen Veränderung der Gesellschaft und der pädagogischen Zustände“ (Gruschka, 2004, S. 334).

Abschließend soll an dieser Stelle noch kurz auf die politische Neutralität der Arbeit eingegangen werden. Wie bereits erläutert, kann die Pädagogik als Wissenschaft nur sehr schwer als komplett losgelöst von politischen Standpunkten gedacht werden. Auch besteht immer die Gefahr, dass politische Überzeugungen des Autors unbewusst in die wissenschaftliche Arbeit einfließen. Dennoch soll darauf geachtet werden, politisch möglichst wertneutral zu argumentieren. Allerdings wird diese wertneutrale Ebene der Analyse bewusst immer dann verlassen und eine wertende Haltung eingenommen, wenn Aussagen menschenverachtend sind oder die Würde des Menschen und dadurch das Grundgesetz als Pfeiler unseres freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens verletzt wird. So werden menschenverachtende Aussagen wie beispielsweise die Forderung „man solle Flüchtlinge auf dem Mittelmeer doch einfach ersaufen lassen“ auch als solche benannt. Dies mag einem strengen Ruf nach Neutralität und Objektivität widersprechen. An eine wertungsfreie Haltung könnte man sich wohl lediglich dadurch annähern, wenn man derartige Aussagen aufzeigt, aber unkritisch und unkommentiert stehen lässt. Dies aber würde dem Selbstverständnis der vorliegenden Arbeit widersprechen, die im Bereich der kritischen Pädagogik angesiedelt ist. Gesellschaftliche Verbesserung kann nur erreicht werden, wenn Missstände aufgezeigt und auch als solche benannt werden können.

3.2 Stand der Forschung

In den letzten Jahren erschienen mehrere Veröffentlichungen, die sich mit dem Themenfeld „politischer Extremismus/Radikalismus/Populismus im Social Web“ befassen. Allerdings weisen die bereits vorhandenen Arbeiten eine starke Varianz in Bezug auf deren zugrundeliegende Methodologie und dem genauen Forschungsinteresse auf. In Anbetracht der unglaublich großen Menge an Daten, welche potenziell in die Forschung aufgenommen werden könnte, vermag dies kaum zu verwundern. Weiterhin ist das Social Web ein schnelllebiges und sich ständig veränderndes Forschungsfeld – bereits wenige Jahre können einem ähnlich aufgebauten Forschungsdesign zum Trotz völlig unterschiedliche Ergebnisse ans Tageslicht führen.

Außerdem ist anzumerken, dass die Beforschung dieser gesellschaftlich hoch aktuellen Thematik nicht etwa einer einzigen wissenschaftlichen Disziplin obliegt. Artikel sind unter anderem im Rahmen der Kommunikationswissenschaft, der Medienwissenschaft, der Politikwissenschaft und der Juristerei entstanden. Auch im Bereich der Allgemeinen Pädagogik finden sich Beiträge, dabei wird der Schwerpunkt häufig auf die Auswirkung von rechter Propaganda auf Kinder und Jugendliche gelegt. Im Folgenden sollen exemplarisch drei wissenschaftliche Beiträge kurz erläutert werden, anschließend werden zwei Metastudien, die den aktuellen Forschungsstand zusammenfassen, vorgestellt.

Die Arbeit *„Der Ewige Jude und die Generation Facebook“* aus dem Jahr 2012 verfolgt ein zweigliedriges Forschungsdesign: In einem ersten Schritt wird qualitativ „die Verbreitung von nationalsozialistisch-antisemitischer Propaganda“ (Hardinghaus, 2012, S. 4) untersucht, anschließend werden quantitativ judenfeindliche Vorurteile innerhalb der VZ-Netzwerke mithilfe einer Online-Umfrage ermittelt.³ Hardinghaus stellt fest, dass auf Facebook bereits die Eingabe von „Wehrmacht“ in die Suchzeile zahlreiche Gruppen mit rechtsradikalen und rechtsextremen Inhalten ans Tageslicht führt. Weiterhin lassen sich durch gezielte Suchanfragen in Deutschland verbotene Inhalte wie Lieder der rechtsextremen Band „Stahlgewitter“ finden und in voller Länge anhören. Die Umfrage in den VZ-Netzwerken offenbarte, „dass antisemitische Vorurteile in der *Generation Facebook* immer noch oder bereits weitverbreitet sind“ (Hardinghaus, 2012, S. 173; Hervorhebung im Original).

Der *„Monitorbericht 2015/16. Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web“* ist zu einer Zeit entstanden, als die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ihren Höhepunkt erreicht hat. Erwartungsgemäß hat sich der Anstieg von Asylsuchenden auch merklich auf die rechte Szene innerhalb des Social Web ausgewirkt. Die Autor*innen fassen die Ergebnisse der Studie wie folgt zusammen:

Wir konnten für das Jahr 2015 grundsätzlich beobachten, dass sich klassische

³ Konkret wurde die Umfrage in den Netzwerken meinVZ, schülerVZ und studiVZ durchgeführt.

rechtsextreme Narrative virtuell neu erfunden und mit anderen, bisher nicht im klassisch rechtsextremen Spektrum verorteten Akteur_innen zu einer schlagkräftigen virtuellen Rechten amalgamiert haben. Alle von uns beobachteten Akteur_innen konnten 2015 ihre digitale Reichweite massiv ausbauen und haben mindestens virtuell viele neue Anhänger_innen dazugewonnen. Die rechtsextreme Rhetorik konnte sich auch im bürgerlichen und teilweise eigentlich links verorteten Spektrum durchsetzen. (Baldauf, Dittrich, Rathje, Schramm, & Schwarz, 2016, S. 18)

Der Beitrag *„Rechtsextreme Medienstrategien. Inszenierung von Radikalität im Social Web und ihre Attraktivität für Jugendliche“* aus dem Jahr 2017 legt den Schwerpunkt auf die Rolle des Social Web in der Lebenswelt von Jugendlichen und arbeitet anhand zwei konkreter Beispiele heraus, wie rechtsextreme Gruppierungen gezielt versuchen, Jugendliche durch Online-Inhalte zu ködern. Die Autor*innen kommen zu folgendem Schluss:

Rechtsextreme Medienstrategien heute versuchen hierbei gezielt an die Mediennutzung junger Menschen anzuknüpfen. Rechtsextreme kreieren mit ihrer Selbstinszenierung ein Identifikationsangebot. [...] Liken, Teilen und Kommentieren sind zentrale Formen der Interaktion im Social Web. Rechtsextreme nutzen dies, indem sie Angebote schaffen, mit denen sich Sympathisanten – zunächst auch abseits von den Beteiligungsformen „in der realen Welt“ wie z. B. Straßendemonstrationen – engagieren können. [...] Das Aufgreifen pop- und jugendkultureller Ästhetik und Ausdrucksformen dient nicht zuletzt dazu, die Reichweite der eigenen medialen Inszenierung zu erhöhen. [...] Hauptziel rechtsextremer Medienstrategien ist die möglichst weite Verbreitung des eigenen Weltbildes. So begleiten ihre Medieninhalte stets Narrative, die gleichsam Anknüpfungspunkte für die Wirklichkeitskonstruktion der Rezipierenden bieten. (Ipsen, Wörner-Schappert, & Eisentraut, 2017, S. 31-34)

Die Metastudie *„Wie tragen digitale Medien zu politisch-weltanschaulichem Extremismus im Jugendalter bei und was kann pädagogische Arbeit dagegen tun? Ein Überblick über Forschungsstand, präventive und intervenierende Praxis im Themenfeld“* fasst gegenwärtige Erkenntnisse zusammen. Nach aktuellem Forschungsstand kann davon ausgegangen werden, dass digitale Medien eine unterstützende Funktion in Hinblick auf Hinwendungs-, Einbindungs- und Radikalisierungsprozesse innehaben. Allerdings weisen die Autor*innen darauf hin, dass es in diesem Bereich noch viel Forschungsbedarf gibt. Insbesondere gilt es zu klären, welchen Stellenwert digitale Medien tatsächlich bei Radikalisierungsprozessen einnehmen. Die Autor*innen warnen davor, von einer monokausalen Wirkungskette auszugehen und „Rezipientinnen und Rezipienten

als unmittelbar beeinflussbare ‚Empfänger‘ bzw. ‚Objekte‘ von Propaganda [zu] denken. Daraus resultieren zum Teil undifferenzierte Gefährdungs- und Wirkannahmen“ (Hohnstein & Glaser, 2017, S. 257).

Eine weitere Metastudie, die den Namen *„Radikal Online - Das Internet und die Radikalisierung von Jugendlichen. Eine Metaanalyse zum Forschungsfeld“* trägt, kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. In Hinblick auf den „Einfluss des Internets auf Meinungsbildungsprozesse in Gestalt von Radikalisierung Jugendlicher in Deutschland“ ist „das bestehende Wissen dazu äußerst bruchstückhaft“ (Knipping-Sorokin & Stumpf, 2018, S. 1). Die Studie kommt zu dem Schluss, „dass das Internet im Radikalisierungsprozess junger Menschen eine wichtige Rolle spielen kann“. Dies werde „trotz der geringen Zahl und der Heterogenität der hier identifizierten Studien deutlich“ (Knipping-Sorokin & Stumpf, 2018, S. 17).

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass es sich trotz der gesellschaftlichen Relevanz und der Aktualität der Thematik hierbei um einen Forschungsbereich handelt, der noch sehr viele Fragen aufwirft. Die vorliegende Arbeit setzt einen etwas anderen Akzent als die soeben vorgestellten Arbeiten. Wie bereits dargelegt, sollen typische Narrative und diskursive Strategien politischer Akteure ermittelt werden. Diesem Forschungsinteresse liegt die Annahme zugrunde, dass sich Narrative und diskursive Strategien politischer Akteure auch in näherer Zukunft nicht signifikant verändern werden.

Wie beständig diese Diskurse in ihrer Erscheinungsform sind, zeigt die Rede „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“, gehalten von Adorno am 6. April 1967 an der Universität Wien. Obwohl diese Rede über 50 Jahre alt ist, weist sie doch eine erstaunliche Aktualität auf. Aus diesem Grund soll als Abschluss dieses Kapitels noch auf die Schlüsselstellen der Rede eingegangen werden.

Zu Beginn der Rede warnt Adorno davor, dass die gesellschaftlichen Voraussetzungen für faschistische Bewegungen nach wie vor gegeben sind. Die Ursache hierfür sieht Adorno weniger in der aktuellen politischen Situation, sondern in erster Linie an der „nach wie vor herrschende[n] Konzentrationstendenz des Kapitals, die man zwar durch alle möglichen

statistischen Künste aus der Welt weg-rechnen kann, an der aber im Ernst kaum ein Zweifel ist“ (Adorno, 2019, S. 10). Diese Konzentrationstendenz des Kapitals lässt sich auch 50 Jahre nach Adornos Rede noch beobachten und hat sich in den letzten Jahren sogar noch verstärkt. Eine Studie der internationalen Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam aus dem Jahr 2019 kommt zu dem Schluss, dass viele hundert Millionen Menschen weltweit in extremer Armut leben, während sich gleichzeitig ein Großteil des Kapitals auf wenige Individuen verteilt (Oxfam, 2019, S. 2). Auch in Deutschland lässt sich dieser Trend einer unausgeglichenen Verteilung des Kapitals beobachten, da „die reichsten zehn Prozent der deutschen Haushalte 55 Prozent des Nettovermögens besitzen. Die 40 Prozent der Haushalte darunter halten insgesamt 42 Prozent des Vermögens. Die 50 Prozent der Haushalte mit weniger Geld besitzen insgesamt nur drei Prozent des gesamten Nettovermögens“ (Zydra, 2019). Zwar erscheint es unwahrscheinlich, dass eine ungleiche Vermögensverteilung alleinig zu einer Wiedererstarkung des Faschismus führt; nicht zu vernachlässigen ist allerdings, dass ökonomische Ungleichheit und politische Unzufriedenheit häufig Hand in Hand gehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede mahnt Adorno, „man sollte diese Bewegungen nicht unterschätzen wegen ihres niedrigen geistigen Niveaus und wegen ihrer Theorielosigkeit“ (Adorno, 2019, S. 22-23). Den Grund, weshalb der Rechtsradikalismus trotz der „Theorielosigkeit“ bei manchen Menschen Anklang findet, sieht Adorno in einer außerordentlichen Perfektion der Mittel, nämlich in erster Linie der „propagandistischen Mittel“ (Adorno, 2019, S. 23). An dieser Stelle zeigt sich die hohe Relevanz der Rede Adornos in Hinblick auf die vorliegende Arbeit: Adorno beschreibt im weiteren Verlauf diese, für den Rechtsradikalismus typischen propagandistischen Mittel. Dabei stellt Adorno fest, „daß es sich um eine relativ kleine Zahl immer wiederkehrender standardisierter und vollkommen vergegenständlichter Tricks handelt“ (Adorno, 2019, S. 43). Erstaunlich dabei ist, wie wenig sich an diesen diskursiven Strategien in den letzten 50 Jahren geändert hat. Diese von Adorno geäußerten Gedanken sollen als Vorüberlegungen der in dieser Arbeit durchgeführten Analyse dienen. Aufgrund der Gesetzeslage befinden sich rechtsradikale Äußerungen in einem „permanenten Konflikt zwischen dem Nicht-sagen-dürfen und dem, was, [...] die Zuhörerschaft zum Sieden bringen soll“ (Adorno, 2019, S. 36). Wie sich im Laufe der vorliegenden Arbeit zeigen wird, lässt

sich das emotionale Aufladen von Argumenten, das „zum Sieden bringen“ der Zuhörer auch nach wie vor in politisch rechten Diskursen beobachten. Weiterhin weist Adorno darauf hin, dass nicht alle Argumente rechter Akteure per se unwahr sind. „Die wichtigste Technik, durch die die Wahrheit in den Dienst der Unwahrheit gestellt wird, ist die, daß an sich wahre oder richtige Beobachtungen aus ihrem Zusammenhang herausgeschnitten, isoliert werden“ (Adorno, 2019, S. 39). 2019 erschien in der Kriminalpolitischen Zeitschrift ein Artikel, der sich mit eben diesem Phänomen in Hinblick auf die Pressemitteilungen der AfD befasst. Nach einer Auswertung von 242 Pressemitteilungen zum Thema Kriminalität kommen die Autoren zu dem Schluss, dass die AfD bewusst Angst schürt, indem Straftaten von Zuwanderern oder Personen mit Migrationshintergrund überbetont werden (Hestermann & Hoven, 2019, S. 139). Als eine weitere Propaganda-Strategie sieht Adorno die bereits angesprochene Tendenz rechtsradikaler Akteure, sich selbst als Opfer zu sehen. Als Beispiel nennt Adorno die Behauptung, „daß die Deutschen in der Welt diskriminiert würden“ (Adorno, 2019, S. 48). Weiterhin weist Adorno auf Widersprüche innerhalb der rechten Propaganda hin. Dafür exemplarisch stehen Personen, die für die Wiedereinführung der Todesstrafe plädieren, gleichzeitig aber Straffreiheit für die Mörder von Auschwitz fordern (Adorno, 2019, S. 51). Am Ende seiner Rede befasst sich Adorno mit der Frage, wie man dem Rechtsradikalismus am besten entgegentreten kann:

Nun, meine Damen und Herren, ich wiederhole, daß mir bewußt ist, daß der Rechtsradikalismus kein psychologisches oder ideologisches Problem ist, sondern ein höchst reales und politisches. Aber das sachlich Falsche, Unwahre seiner eigenen Substanz zwingt ihn, mit ideologischen, das heißt in diesem Fall mit propagandistischen Mitteln zu operieren. Und deshalb muß man ihm, abgesehen vom politischen Kampf mit rein politischen Mitteln, in seiner eigenen Domäne sich stellen. Aber nun nicht Lüge gegen Lüge setzen, nicht versuchen, genauso schlau zu sein wie er, sondern nun wirklich mit einer durchschlagenden Kraft der Vernunft, mit der wirklich unideologischen Wahrheit dem entgegenarbeiten. (Adorno, 2019, S. 55)

4. Das Forschungsfeld Internet

Dieses Kapitel dient dazu, einige grundlegende Begrifflichkeiten zu erläutern, die in einem engen Zusammenhang mit den gestellten Forschungsfragen stehen. Dabei sollen in einem ersten Schritt die Begriffe „Internet“ und „World Wide Web“ (kurz WWW) genauer definiert werden, anschließend werden populäre Online-Dienste und Anwendungen kurz skizziert. Das Kapitel endet mit einer Gegenüberstellung der Begrifflichkeiten „Web 2.0“ und „Social Web“.

An dieser Stelle mag sich mancher Leser die Frage stellen, weshalb überhaupt Begriffe wie „Internet“ und „World Wide Web“ in dieser Arbeit definiert werden, handelt es sich doch um allgemein gebräuchliche Ausdrücke, die längst Einzug in die Alltagssprache gehalten haben. Hierbei liegt allerdings auch das Problem: Durch den geradezu inflationären Gebrauch dieser Begriffe schleichen sich Fehler in deren Verwendung ein. Ein sehr prominentes Beispiel ist der weit verbreitete Glaube, das „WWW“ sei lediglich eine andere Bezeichnung für die Gesamtheit des Internets (Budke, Kanwischer & Pot, 2004, S. 9). Solche sprachlichen Ungenauigkeiten treten allerdings nicht nur in der Alltagssprache auf, sondern lassen sich teilweise auch in der Fachliteratur finden, häufig ausgelöst durch das Fehlen einer klaren Definition der verwendeten Begrifflichkeiten. Christoph Meißelbach sieht diesen Zustand sehr kritisch und findet dazu klare Worte:

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle bleiben, dass zahllose Arbeiten eine klare Definition ihres Forschungsgegenstandes schuldig bleiben. Oft werden die Begriffe unkommentiert verwendet, und es ist bemerkenswert, wie selten das Wort „Definition“ im Zusammenhang mit dem Phänomen Internet fällt. Eine klare Definition ist aber unumgänglich, wenn belastbare Aussagen über Potentiale des Internets getroffen werden sollen. (Meißelbach, 2009, S. 11)

4.1 Die Geschichte des Internets von seinen Anfängen bis zur Einführung des World Wide Web

Bei dem Versuch, das Internet angemessen zu beschreiben, stößt man auf ein Problem: Es handelt sich um ein äußerst komplexes und facettenreiches Gefüge. Deshalb ist es schwierig, „Internet“ in das Korsett einer einzelnen kurzen

Definition zu zwingen. Abhängig von dem Fachbereich, der sich mit dem Internet als Forschungsfeld auseinandersetzt, werden unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt – so legt beispielsweise die Informatik ihr Hauptaugenmerk auf technische Aspekte während Sozialwissenschaften sich eher auf Bereiche wie die Onlinekommunikation fokussieren. Da die vorliegende Arbeit geisteswissenschaftlicher Natur ist, wird auf eine detaillierte Beschreibung technischer Zusammenhänge weitestgehend verzichtet, da dies einerseits den Rahmen der Arbeit sprengen würde und sich zudem in Hinblick auf die Forschungsfragen kein Mehrwert ergibt.

Zunächst soll kurz auf die Historie des Internets eingegangen werden. Es ist nicht möglich, eine konkrete „Geburtsstunde“ des Internets zu benennen, allerdings nimmt ein bestimmtes Datum in Bezug auf die Entwicklung Internets eine zentrale Rolle ein: der 4. Oktober 1954, der Tag des sogenannten „Sputnik Schocks“. Der Sowjetunion war es vor den USA gelungen, erstmalig einen Satelliten in die Erdumlaufbahn zu befördern. Diese technische Leistung der Sowjetunion wurde seitens der USA als Blamage und Bedrohung gleichermaßen angesehen, als Antwort darauf wurde die Advanced Research Projects Agency (ARPA) gegründet. Aufgabe dieser neuen, dem Verteidigungsministerium unterstellten Behörde war die Förderung von wissenschaftlichen Projekten, die im Gegensatz zur direkten Waffenforschung keinen unmittelbar ersichtlichen militärischen Nutzen aufweisen. Die ARPA lässt sich wohl am besten als Grenzgänger zwischen militärischer und ziviler wissenschaftlicher Forschung beschreiben. Das Internet ist somit zwar ein Kind des kalten Krieges, allerdings nicht wie häufig behauptet eine Erfindung zu rein militärischen Zwecken (Braun, 2010, S. 201-202; Kirpal & Vogel, 2006, S. 138–139; Kergel, 2018, S. 11-12).

Computer der 60er und 70er Jahre sind mit heutigen PCs, Laptops und Tablets kaum noch zu vergleichen. Aufgrund der hohen Anschaffungskosten und ihrer enormen Größe gepaart mit dem hohen Gewicht, das mehrere 100 kg betragen konnte, wurden Rechner fast ausschließlich von Universitäten und anderen Forschungszentren betrieben. Um die räumliche Entfernung zu überwinden, gab es ab circa 1966 Bemühungen, die von ARPA betriebenen Computer untereinander

zu vernetzen. Zwar war ein Datenaustausch zwischen zwei Computern über das reguläre Telefonnetz möglich, allerdings hätte diese Methode auf Dauer zu einer Überlastung des Telefonnetzes geführt, da die Verbindung zwischen den Rechnern permanent bestehen musste, selbst wenn gerade keine Daten versendet wurden. Die Lösung dieses Problems war es, Daten in kleine „Pakete“ zu zerlegen und dezentral zu versenden, also „Daten in Nachrichtenblöcke aufzuteilen und diese unabhängig voneinander, ggf. auf unterschiedlichen Wegen, vom Sender- zum Empfängerknoten zu transportieren. Der Empfängerknoten wartet dann, bis alle Nachrichtenblöcke eintreffen und setzt die ursprüngliche Nachricht wieder zusammen“ (Braun, 2010, S. 201). Die aus diesem Prinzip resultierende Dezentralität des Netzwerkes erweckte auch das Interesse des Militärs. Da versendete Daten den Weg über verschiedenen Knotenpunkte nehmen konnten, war es (zumindest in der Theorie) nicht möglich, das Netzwerk und die daraus resultierenden Kommunikationswege durch einen gezielten Atomschlag auszuschalten (Kirpal & Vogel, 2006, S. 139; Kergel, 2018, S. 11). Über die Jahre hinweg wurde das Datennetzwerk, welches den Namen „ARPANET“ trug, immer weiter ausgebaut, gleichsam genutzt im Rahmen militärischer Kommunikation als auch im Rahmen akademischer Forschung. Ab 1973 gab es zunehmend Bemühungen, das ARPANET mit anderen, sich parallel ausbreitenden Computernetzwerken zu verbinden, es entstand ein Netzwerk von Netzwerken (Kergel, 2018, S. 12; Kirpal & Vogel, 2006, S. 139-142). „Ab Anfang der 1980er Jahre wuchs dieses Meta-Netzwerk immer weiter und verknüpfte auch staatliche und private Netzwerke miteinander. Aber auch dann blieb das Internet noch immer einem vergleichsweise elitären, aber weltweit verstreuten Kreis vorbehalten“ (Kirpal & Vogel, 2006, S. 142). In den frühen 90er Jahren ermöglichte die Einführung des World Wide Web die Nutzung des Internets durch Privatpersonen. Aufgrund seiner enormen Bedeutung für die Geschichte des Internets wird das WWW in einem gesonderten Abschnitt behandelt.

Mit der Entstehungsgeschichte im Rücken erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, einen Definitionsversuch zu wagen. Bestrebungen, das Internet im Rahmen

wissenschaftlicher Arbeiten angemessen zu erläutern reichen lange zurück. So erschien beispielsweise im Mai 1993 der Aufsatz „What is the Internet“⁴ von Krol und Hoffman. Trotz seines Alters finden sich in diesem Aufsatz wichtige Denkansätze, die bis heute nichts an ihrer Aktualität eingebüßt haben. Krol und Hoffman zählen gleich zu Beginn ihrer Arbeit drei zentrale Eigenschaften des Internets auf:

- * a network of networks based on the TCP/IP protocols,
 - * a community of people who use and develop those networks,
 - * a collection of resources that can be reached from those networks.
- (Krol & Hoffman, 1993, S. 1)

Meißelbach greift diese drei Punkte auf, wandelt sie allerdings etwas ab:

- Es ist ein Netzwerk
- Es dient dazu, Kommunikation zwischen Menschen zu vermitteln.
- Diese Kommunikation kommt durch eine spezifische technische Struktur zustande

(Meißelbach, 2009, S. 9)

Sowohl Krol und Hoffman als auch Meißelbach stimmen darin überein, dass es sich bei dem Internet um ein Netzwerk handelt, dessen Grundlage eine besondere technische Struktur bildet. Während allerdings Krol und Hoffman darauf hinweisen, dass das Internet von einer „Gemeinschaft benutzt und weiterentwickelt wird“, betont Meißelbach die Kommunikation innerhalb dieser Gemeinschaft. Unter Verwendung des von Herbert Kubicek entwickelten Systems der zwei Bedeutungsebenen in Bezug auf mediale Kommunikation gelingt es Meißelbach, die einzelnen Punkte seiner ursprünglichen Definition in Beziehung zu setzen und dadurch weiterzuentwickeln. Kubicek unterscheidet zwischen Medien erster und zweiter Ordnung. Unter Medien erster Ordnung fasst er alle technischen Aspekte zusammen, die es dem Medium ermöglichen, Informationen zu übermitteln. Als Medien zweiter Ordnung versteht er den eigentlichen Austausch von Informationen, die Kommunikation (Meißelbach, 2009, S. 9-13).

4 Der komplette Aufsatz lässt sich nach wie vor unter <http://tools.ietf.org/html/rfc1462> finden (abrufen am 31.7.2018).

Das Internet lässt sich somit charakterisieren als:

- ein technisches Informations- und Kommunikationsmedium, bestehend aus
- einem digital-dezentralen Netzwerk von Computer Netzwerken als globale Kommunikations-Infrastruktur (Medium erster Ordnung)
- und einer Vielzahl von diese Infrastruktur nutzenden Software-Applikationen, Diensten und Anwendungen (Medien zweiter Ordnung)

(Meißelbach, 2009, S.11)

Die Besonderheit an dem Netzwerk, das Meißelbach als Medium erster Ordnung beschreibt, ist die bereits erläuterte Dezentralität. Da das Internet über keinen zentralen Rechner verfügt, über welchen sämtliche gesendete Informationen laufen, ist es nicht notwendig, dass eine Datei nur einen einzelnen festgelegten digitalen Weg durch das Netzwerk nimmt. Gesendete Daten werden automatisch in kleinere Datenpakete zerteilt, auf unterschiedlichen Wegen in Richtung des Empfängers geschickt und dort schließlich wieder zu der ursprünglichen Datei zusammengesetzt. Ein großer Vorteil der Datenübertragung über ein dezentrales Netz ist, dass gesendete Daten nicht verloren gehen, sollte der Empfänger zum Zeitpunkt der Datenübertragung nicht mit dem Netzwerk verbunden sein. In diesem Fall verweilen die Datenpakete so lange im Netzwerk, bis wieder eine Verbindung zum Empfänger besteht. Die einzige Einschränkung in Bezug auf die Datenübertragung besteht, wenn der Internetanbieter (engl.: Provider) bestimmte Teile des Netzes für seine Kunden sperrt. Dies ist deshalb möglich, da sich jeder Kunde eines Providers zunächst über deren Einwahlknoten mit dem Internet verbinden muss. Allerdings sind solche Einschränkungen nur theoretischer Natur, da sich solche Sperren relativ einfach umgehen lassen.

Die bis zu diesem Punkt beschriebenen Eigenschaften des Internets sind weitestgehend beständig und unterliegen so gut wie keinem Veränderungsprozess. Zwar erweitert sich das Netzwerk kontinuierlich und es stehen den Benutzern immer schnellere Internetverbindungen zur Verfügung, die Grundstruktur und Funktionsweise der Technik des Internets bleibt allerdings bestehen und dürfte sich auch in der näheren Zukunft kaum verändern (Meißelbach, 2009, S. 16-22). Die „Dienste und Anwendungen“, welche die Medien zweiter Ordnung darstellen, werden im folgenden Abschnitt genauer erläutert.

4.2 Dienste und Anwendungen

Viele der im Rahmen des Internets verfügbaren Dienste und Anwendungen ermöglichen es, digitale Versionen von „traditionellen Medien“ zu nutzen. Beispiele hierfür sind Online-Ableger von Tageszeitungen oder digitalisierte Versionen von Radio- und Fernsehprogrammen. Ebenso ist es möglich, über das Internet zu telefonieren und Briefe in digitaler Form (E-Mails) zu versenden. Das Internet hat allerdings auch völlig neue Formen hervorgebracht, um Informationen auszutauschen und zu kommunizieren. Im Gegensatz zu der globalen Kommunikations-Infrastruktur sind die Dienste und Anwendungen einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen. Unterschiedlichste Wege der Kommunikation werden miteinander kombiniert und neu interpretiert, innovative Möglichkeiten zum Austausch von Informationen werden entwickelt, gleichzeitig verlieren manch andere Kommunikationswege zusehends an Bedeutung oder verschwinden völlig (Meißelbach, 2009, S. 23-24).

Zunächst erscheint es sinnvoll, die Begriffe „Dienste“ und „Anwendungen“ voneinander abzugrenzen. Christoph Meißelbach fasst die wichtigsten Punkte zur Klärung der beiden Begriffe wie folgt zusammen:

Sie [die Dienste] sind in ihrer Funktionsweise stark an die Funktionslogik der GKI [Globale Kommunikations-Infrastruktur] rückgebunden. Ihnen stehen jeweils eigene standardisierte Protokolle zur Verfügung, und sie benötigen spezielle Software. Anwendungen sind dann auf diese Dienste aufsetzende Applikationen, die deren Funktionalitäten adaptieren und neu kombinieren. (Meißelbach, 2009, S. 24)

Im Folgenden soll der wohl wichtigste und bekannteste Dienst, das World Wide Web, kurz erläutert werden. Daraufhin werden in einem kurzen Überblick die für die vorliegende Arbeit relevanten Anwendungen beschrieben.

4.3 Der bekannteste Dienst: das World Wide Web

Erst durch das Aufkommen des WWW erlangte das Internet die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit. Anstoß für die Entwicklung des WWW Ende der 80er Jahre war der Wunsch, komplexere Daten und Informationen zwischen

Computern austauschen zu können, als dies bis zu diesem Zeitpunkt möglich war. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war eine von Tim Berners-Lee entwickelte Idee: die Verbindung des Internets mit einem Hyperlink System.

Die Texte eines Buches, einer Zeitschrift sind grundsätzlich linear strukturiert. Gewöhnlich werden sie gelesen, ohne zwischen den Abschnitten und Kapiteln zu springen. [...] Mittels Hypertext ist es nun möglich, in einem Dokument Verweise auf andere Textstellen anzubringen, die es gestatten, direkt an diese Stellen zu springen. In Hypertextdokumenten wurde dies zum grundsätzlichen Gestaltungselement, so dass sie eine verzweigte Struktur anstelle der sonst üblichen linearen aufweisen. [...] Die ersten praktischen Versuche zur Umsetzung dieses Konzeptes wurden aber unabhängig von der Entwicklung des Internets angestellt. (Kirpal & Vogel, 2006, S. 142-143)

Das WWW wäre ohne das Hyperlink-System nicht denkbar; der Dienst lebt von einer Vernetzung seiner Inhalte. Ohne Hyperlinks wäre es beispielsweise nicht möglich, gezielt das Internet nach bestimmten Inhalten zu durchsuchen – ist schließlich jede Nutzung von Google letztlich nur eine Vernetzung von Web-Inhalten anhand eines Suchbegriffs.

Um die Inhalte des WWW auf den Rechnern der Nutzer darstellen zu können, wird ein eigenes Programm, ein sogenannter Browser benötigt. Browser ermöglichen es, ohne tiefergehende Kenntnisse im Bereich der Informatik auf das Internet und das WWW als Teil dessen zuzugreifen. Das Aufkommen der ersten Browser in den frühen 90er Jahren und die daraus resultierende Nutzung des WWW durch Privatpersonen, legte den Grundstein für das Internetzeitalter und die einhergehenden mannigfaltigen Auswirkungen auf fast alle menschlichen Lebensbereiche (Kirpal & Vogel, 2006, S. 143-144).

4.4 Populäre Anwendungen

Das Word Wide Web ermöglicht die Nutzung einer äußerst großen Anzahl unterschiedlicher Anwendungen. Eine detaillierte Aufzählung und Beschreibung jeder einzelnen Anwendung ist kaum realisierbar. Aus diesem Grund sollen nur diejenigen Anwendungen beschrieben werden, welche einen direkten Zusammenhang mit den in dieser Arbeit gestellten Forschungsfragen aufweisen.

4.4.1 Wikis

Die Bezeichnung „Wiki“ leitet sich von dem hawaiianischen Wort „Wikiwiki“ ab und bedeutet übersetzt „schnell“. Der Grundgedanke von auf das Wiki-System aufbauenden Webseiten ist die Möglichkeit einer einfachen und schnellen Bearbeitung von Texten und Hypertexten durch alle Besucher der Seite. Das Verfassen und Bearbeiten solcher Texte erfolgt im Browser, die Installation einer speziellen Software ist demnach nicht erforderlich. Da alle Benutzer eines Wikis zumindest in der Theorie dieselben Rechte haben, lassen sich Wiki-Projekte als Plattformen für gemeinschaftliches Arbeiten verstehen. Dieses System kann jedoch nur funktionieren, wenn den einzelnen Benutzern ein großes Maß an Vertrauensvorschuss entgegengebracht wird, da der Wert eines Wikis letztlich von der Qualität der verfassten Artikel abhängig ist. Um diesen von den Gründern eines Wikis festgelegten Qualitätsstandard zu ermöglichen, finden sich in den meisten Wiki-Projekten klar formulierte Regeln und ein Verhaltenskodex. So wird beispielsweise unsachliche und beleidigende Kritik an den Verfassern der Artikel untersagt. Sogenannte Moderatoren agieren als Aufpasser und sind notfalls in der Lage, „Wiederholungstäter“ aus dem Wiki zu verbannen. Eine Überprüfung in Bezug auf Inhalt und Qualität der Artikel erfolgt hingegen zu größten Teilen von den aktiven Wiki-Mitgliedern selbst. Ziel ist es, dass sich die Nutzer gegenseitig kontrollieren und ergänzen, um somit qualitativ möglichst hochwertige Artikel zu ermöglichen. Um die Kommunikation der Mitglieder untereinander zu erleichtern, besitzen so gut wie alle Beiträge innerhalb eines Wikis eine eigene Diskussionsseite, auf welcher sachliche Kritik angebracht und Verbesserungsvorschläge geäußert werden können. Weiterhin besitzt jeder Beitrag eine „history“, eine chronologische Auflistung aller an dem Beitrag vorgenommenen Änderungen. Dadurch ist es möglich, sich einen Überblick über den Entstehungsprozess eines Artikels zu verschaffen und gegebenenfalls Änderungen im Text rückgängig zu machen. Da alle Versionen eines Beitrages dauerhaft abgespeichert werden, lassen sich böswillige Angriffe auf das Wiki (beispielsweise, wenn ein Nutzer grundlos einen Artikel löscht) leicht ungeschehen machen. Weiterhin spielen bei Wikis interne Vernetzungen per Hyperlink von miteinander thematisch zusammenhängenden Beiträgen eine wichtige Rolle: So

lassen sich einzelne Beiträge in einen größeren Zusammenhang einordnen, zudem findet ein interessierter Leser schnell und ohne großen Suchaufwand weiterführende Artikel. Hyperlinks innerhalb von Wikis sind leicht an der blauen Schriftfarbe zu erkennen. Verweist der Link hingegen auf einen noch nicht vorhandenen Artikel, wird dieser rot dargestellt. Dadurch erkennen Wiki-Nutzer sofort, welche Themen noch bearbeitet werden müssen.

Aufgrund der ähnlichen Funktionsweise ähnelt sich die optische Gestaltung von Wiki-Seiten häufig. Ein Internetnutzer, der bereits Erfahrungen mit einem Wiki gesammelt hat, dürfte sich deshalb auch auf anderen Wikis problemlos zurechtfinden. Obwohl sich im WWW mittlerweile eine sehr große Anzahl unterschiedlichster Wikis finden lassen, sticht eine besonders heraus: „Wikipedia“, ein 2001 gegründetes Online-Lexikon. Wikipedia ist das weltweit größte und bekannteste Wiki, insgesamt finden sich dort über 49 Millionen Artikel in annähernd 300 Sprachen (Wikipedia 1, 2020).

Wikis ermöglichen eine Form der Kommunikation und des gemeinschaftlichen Arbeitens, die vor 20 Jahren noch undenkbar war. Das Verfassen eines Wiki-Artikels ist mit einem nicht unerheblichen Zeitaufwand verbunden. Zusätzlich zu der Recherche und der eigentlichen Schreibaarbeit kommt noch die konstruktive Interaktion und Kommunikation mit anderen Wiki-Mitgliedern hinzu, die den verfassten Artikel bewerten, über Inhalte diskutieren, Verbesserungsvorschläge geben, Fehler ausbessern, etc. Letztlich lässt sich ein Beitrag innerhalb eines Wikis nur in sehr wenigen Fällen als „abgeschlossen“ betrachten, vielmehr sind die Artikel einem ständigen Veränderungsprozess unterworfen (Ebersbach, Glaser & Heigl, 2016, S. 37-55; Ebersbach, Glaser & Heigl, 2005, S. 9-21; Stegbauer & Rausch, 2006, S. 221-223).

Trotz der positiven Aspekte haben Wikis häufig mit internen Problemen zu kämpfen. Sogenannte „Edit-Wars“ sind ein häufig auftretendes Phänomen innerhalb von Wikis. Edit-Wars entstehen, wenn sich zwei oder mehrere Autoren nicht auf inhaltliche oder strukturelle Aspekte eines Artikels einigen können. Häufig führt dies dazu, dass die jeweiligen Autoren fest auf ihrem Standpunkt bestehen und beginnen, sich gegenseitig zu sabotieren, beispielsweise indem ein

Artikel des vermeintlichen Kontrahenten immer wieder gelöscht und durch die eigene Arbeit ersetzt wird. Ein weiteres Problem vieler Wikis ist schlicht eine zu geringe Beteiligung ihrer Mitglieder. Dies betrifft allerdings kaum große Wikis wie Wikipedia, vielmehr sind eher kleinere Projekte betroffen. Wenn sich zu wenige Personen finden, die bereit sind, sich die Mühe zu machen Artikel anzufertigen, stagniert ein Wiki und stirbt letztendlich (Ebersbach, Glaser & Heigl, 2016, S. 55-57).

Zusätzlich zu diesen internen Problemen sehen sich Wikis häufig mit Kritik von außen konfrontiert. Ein häufiger Kritikpunkt am Wiki-System betrifft die Qualität und Richtigkeit der Artikel. Der Leser eines Wikis hat ohne eigene zeitaufwendige Recherche kaum die Möglichkeit festzustellen, ob die ihm zur Verfügung gestellten Informationen der Wahrheit entsprechen. Wie leicht sich falsche Behauptungen und Angaben verbreiten lassen, zeigt eindrucksvoll ein Fall aus dem Jahr 2009. Einen Tag bevor Karl-Theodor zu Guttenberg zum neuen Wirtschaftsminister ernannt wurde, erlaubte sich ein Wikipedia-Nutzer einen Spaß und fügte den Namen „Wilhelm“ zu der Auflistung der zehn Vornamen Guttenbergs hinzu. Bereits am nächsten Tag hielt der falsche Vorname in zahlreichen Medien Einzug und wurde unter anderem in der Süddeutschen Zeitung, der BILD, und der Online Ausgabe des Spiegels verbreitet. Auf der Diskussionsseite des Wikipedia-Artikels über zu Guttenberg forderte ein Leser eine genaue Quelle zu den zahlreichen Vornamen. Da journalistische Texte als Quellenangabe für Wikipedia ausreichend sind, war ein Beleg für den falschen „Wilhelm“ leicht gefunden (Graff & Kortmann, 2010; BILDblog, 2009). Diese Wechselbeziehung zwischen Wikipedia und der Presse wurde in dem Satiremagazin Titanic bereits 2008 mit folgender Grafik kritisiert:

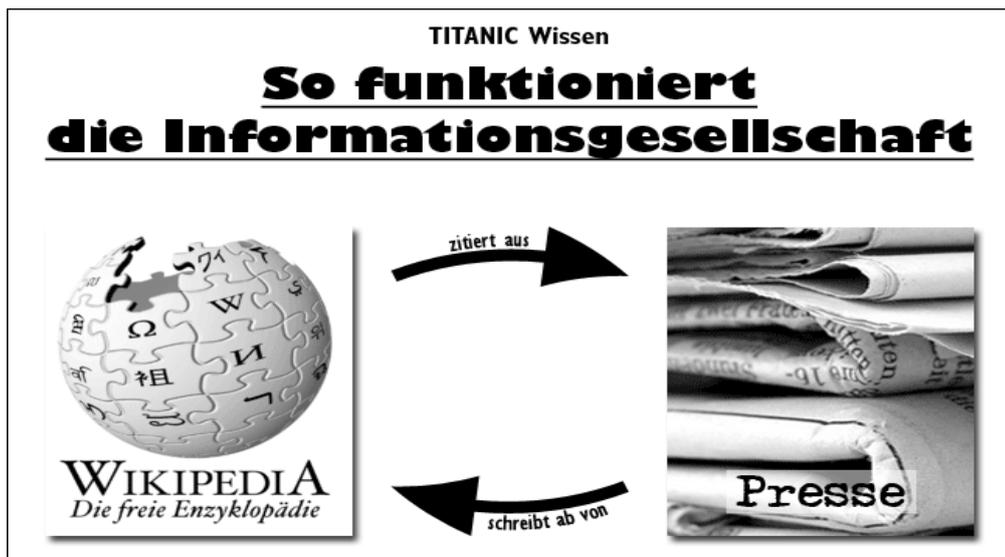


Abbildung 1 - So funktioniert die Informationsgesellschaft

Anhand dieses Beispiels lassen sich deutlich die Reichweite und der Einfluss von Wikipedia aufzeigen, aber auch die Risiken, die entstehen, wenn Informationen auf diesem Weg verbreitet werden.

An diesem Punkt lässt sich auch die Relevanz von Wikis allgemein und von Wikipedia in Bezug auf die in vorliegende Arbeit darlegen: Viele Artikel auf Wikipedia beschäftigen sich mit politischen Themen und Parteien oder legen geschichtliche Ereignisse dar, welche eine bis heute starke politische Bedeutsamkeit aufweisen (beispielsweise Artikel über das Dritte Reich oder die DDR). Aufgrund der großen Anzahl an aktiven Wikipedia-Mitgliedern sind politische Meinungsverschiedenheiten und Konflikte vorprogrammiert. Um dies möglichst einzudämmen, fordert die Online-Enzyklopädie von seinen Autoren, einen neutralen Standpunkt einzuhalten.

Der **neutrale Standpunkt** (*neutrale Sichtweise*; engl. *Neutral Point Of View*, kurz **NPOV**) ist eines der vier unveränderlichen Grundprinzipien der Wikipedia. Er soll im Sinne wissenschaftlicher Wertfreiheit dazu dienen, Themen sachlich darzustellen und persönliche Standpunkte aus Wikipedia-Artikeln herauszuhalten. Um das zu gewährleisten, werden Artikel *quellenbasiert*, im Gesamten *ausgewogen* und möglichst *objektiv* verfasst, wie im Folgenden beschrieben wird. Die Einhaltung dieses Prinzips ist eine Voraussetzung eines guten Wikipedia-Artikels. (Wikipedia 2, 2018; Hervorhebungen im Original)

Die geforderte Objektivität ist allerdings insbesondere in Bezug auf politische

Themen häufig nur schwer einzuhalten. Dies kann mehrere Gründe haben: So ist es denkbar, dass ein Wikipedia-Autor unbeabsichtigt seine politischen Überzeugungen mit in den Artikel einfließen lässt. Bedenklicher jedoch ist die Möglichkeit, dass Wikipedia bewusst dazu missbraucht werden kann, Wahlkampf zu betreiben oder radikale politische Standpunkte zu verbreiten.

Weiterhin finden sich Wikis, die nur zum Schein den Eindruck einer objektiven Enzyklopädie wahren, in Wahrheit aber als Plattform zur Verbreitung extremistischer politischer Standpunkte dienen. Das rechtsextreme Wiki „Metapedia“ ist ein Beispiel hierfür. Eine detaillierte Beschreibung und Analyse der Seite wird in Kapitel 7.1 vorgenommen.

4.4.2 Soziale Netzwerke

Seit einigen Jahren zählen die sozialen Netzwerke zu den bedeutendsten Applikationen des WWW. Danah M. Boyd und Nicole B. Ellison definieren soziale Netzwerke wie folgt:

We define social network sites as web-based services that allow individuals to (1) construct a public or semi-public profile within a bounded system, (2) articulate a list of other users with whom they share a connection, and (3) view and traverse their list of connections and those made by others within the system. The nature and nomenclature of these connections may vary from site to site. (Boyd & Ellison, 2007, S. 211)

Obwohl diese Definition bereits im Jahr 2007 verfasst wurde, findet sie aus zwei Gründen im Rahmen der vorliegenden Arbeit Verwendung. Zum einen ist sie sehr allgemein gehalten und deshalb nach wie vor aktuell. Weiterhin betont die Definition mehrfach die „connection“, also die Verbindung oder Beziehung der Benutzer Sozialer Netzwerke untereinander. Soziale Netzwerke sind keineswegs ausschließlich die digitale Version von im „realen Leben“ vorhandenen Freundschaften und Bekanntschaften, da ihre Mitglieder auch die Möglichkeit haben, sich mit fremden Personen zu vernetzen und mit diesen zu kommunizieren.

Jeffrey Boase, John B. Horrigan, Barry Wellman und Lee Rainie teilen die Bindungen innerhalb von sozialen Netzwerken in zwei Kategorien ein:

- **Core Ties:** These are the people in Americans' social networks with whom they have very close relationships – the people to whom Americans turn to discuss important matters, with whom they are in frequent contact, or from whom they seek help. This approach captures three key dimensions of relationship strength – emotional intimacy, contact, and the availability of social network capital.
- **Significant Ties:** These are the people outside that ring of “core ties” in Americans' social networks, who are somewhat closely connected. They are the ones with whom Americans to a lesser extent discuss important matters, are in less frequent contact, and are less apt to seek help. They may do some or all of these things, but to a lesser extent. Nevertheless, although significant ties are weaker than core ties, they are more than acquaintances, and they can become important players at times as people access their networks to get help or advice.

(Boase, Horrigan, Wellman & Rainie, 2006, S. 3)

Die hier vorgenommene Einteilung ist im Rahmen einer innerhalb der USA durchgeführten Studie über die Auswirkungen von Sozialen Netzwerken auf zwischenmenschliche Beziehungen entstanden. Zusammenfassend lassen sich „Core Ties“ als diejenigen Beziehungen innerhalb solcher Netzwerke bezeichnen, die am intensivsten gepflegt werden und insgesamt als freundschaftlich und nachhaltig anzusehen sind. Weiterhin ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass mit den „Core Ties“ wichtige Themengebiete diskutiert werden oder man sich Rat einholt. Im Gegensatz dazu bilden die „Significant Ties“ eine Gruppe von weniger eng vertrauten Personen, mit welchen man nicht häufig in direktem Kontakt steht. Zwar kann es durchaus sein, dass auch mit „Significant Ties“ über persönliche oder anderweitig wichtige Themen gesprochen wird, jedoch geschieht dies vergleichsweise selten.

Anhand dieser Einteilung erscheint es naheliegend, enge Freunde und Familienmitglieder eher zu den „Core Ties“ zu zählen, wohingegen man lockere (Online-)Bekanntschaften den „Significant Ties“ zuordnen würde. Allerdings ist diese Einteilung keineswegs starr und endgültig, vielmehr sind die Grenzen fließend (Kneidinger, 2010, S. 19-23).

Neben der reinen Vernetzung ihrer Mitglieder zeichnen sich soziale Netzwerke durch weitere charakteristische Eigenschaften aus. Nach Ebersbach, Glaser &

Heigl sind die folgenden Eigenschaften für soziale Netzwerke typisch:

- Es ist eine Registrierung erforderlich,
- Profilseiten geben Auskunft über Interessen und Tätigkeiten,
- Daten liegen hauptsächlich in strukturierter Form vor,
- Beziehungen zu anderen Menschen werden dargestellt,
- Bekanntschaften über die sprichwörtlichen „fünf Ecken“ werden nachvollziehbar gemacht

(Ebersbach, Glaser & Heigl, 2016, S. 95)

Diese Auflistung ist sehr allgemein gehalten, da hier der Versuch unternommen wurde, die Gemeinsamkeiten möglichst vieler sozialer Netzwerke zu beschreiben. Bei einer genaueren Betrachtung einzelner Netzwerke wird schnell deutlich, dass teilweise unterschiedliche inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. So hat sich beispielsweise „Xing“ auf geschäftliche und karrierebezogene Kontakte spezialisiert, die Nutzer dieses Netzwerkes können unter anderem neue Kunden gewinnen oder Mitarbeiter anwerben. Aus diesem Grund spielen hier private Interessen eine eher untergeordnete Rolle.

Einen starken Kontrast hierzu bilden diejenigen sozialen Netzwerke, welche sich auf das Privatleben ihrer Nutzer spezialisiert haben. Populäre Beispiele hierfür sind Facebook und Instagram. Im Rahmen dieser Arbeit soll sich der Schwerpunkt der Untersuchung auf Facebook konzentrieren. Dies hat folgenden Grund: Mit über zwei Milliarden monatlichen Nutzern ist Facebook das weltweit größte soziale Netzwerk und zudem die viert häufigste aufgerufene Webseite weltweit⁵ (Stand: Januar 2020). Deshalb ist davon auszugehen, dass trotz der Schnellebigkeit des WWW Facebook auch noch in einigen Jahren wahrscheinlich sehr populär sein wird.

Um Facebook nutzen zu können ist zunächst eine Registrierung notwendig. Neben der Angabe einer gültigen E-Mail-Adresse und der Wahl eines Passworts wird bei der Registrierung der vollständige Name sowie Geschlecht und Geburtsdatum abgefragt. Allerdings kann Facebook nicht überprüfen, ob die angegebenen Daten

⁵ Ausführlichere Daten finden sich unter <https://newsroom.fb.com/Key-Facts> und <http://www.alex.com/siteinfo/facebook.com>

tatsächlich der Wahrheit entsprechen. Demnach ist es ohne Probleme möglich, sich unter einem falschen Namen bei dem Netzwerk zu registrieren. Zwar verstößt dies gegen die Richtlinien der Plattform, die Betreiber können jedoch kaum zwischen echten und „Fake-Profilen“ unterscheiden. Nach der Registrierung kann sich der Nutzer frei innerhalb des Netzwerkes bewegen. Jedes Mitglied von Facebook besitzt eine eigene Profilseite und kann diese mit einem Profilbild versehen. Weiterhin können beispielsweise Informationen über Hobbys und Interessen, Ausbildung und Arbeitsplatz, den aktuellen Wohnort sowie über den Beziehungsstatus angegeben werden.

Die wichtigste Funktion von Facebook ist die Vernetzung mit anderen Mitgliedern. Dies geschieht mittels einer „Freundschaftsanfrage“, die wiederum von der „angefragten“ Person bestätigt werden muss. An dieser Stelle ist anzumerken, dass alle mit dem eigenen Profil vernetzten Kontakte als „Freunde“ bezeichnet werden, unabhängig davon, ob es sich um einen „Core Tie“, einen „Significant Tie“ oder gar um eine völlig fremde Person handelt.

Ebersbach, Glaser & Heigl weisen allerdings darauf hin, dass die Vernetzung mit fremden Personen innerhalb eines sozialen Netzwerkes eher kritisch zu betrachten ist:

»Contacts not friends«-Phänomen. Die Hemmschwelle für eine Kontaktaufnahme im Vergleich zur Realwelt ist stark abgeschwächt. Der Nutzer muss nur noch einen »Kontakt hinzufügen« Button drücken. Dies verleitet manche Nutzer dazu, möglichst viele Kontakte ergattern zu wollen, obwohl sie zum Teil keinerlei Bezug zu dem Gegenüber haben. Diese Haltung verwässert nicht nur deren eigenen Bekanntenkreis und bringt ihnen damit keinerlei Reputationsgewinn, sondern schwächt insgesamt Aussage und Sinn des Netzwerkes. (Ebersbach, Glaser & Heigl, 2016, S. 114, Hervorhebung im Original)

Facebook bietet weiterhin die Möglichkeit, Statusnachrichten, Hyperlinks sowie Fotos und Videos für alle „Freunde“ sichtbar zu verbreiten. Den „Freunden“ wiederum ist es möglich, die auf diesem Wege verbreiteten Informationen zu kommentieren sowie durch einen Klick auf den „Gefällt mir“ Button ihre Zustimmung auszudrücken. Weiterhin erlaubt es Facebook, Nachrichten zu versenden. Hierbei ist anzumerken, dass private Nachrichten auch an Mitglieder gesendet werden können, die nicht zu den eigenen „Freunden“ zählen.

Neben privaten Profilsseiten bietet Facebook auch die Möglichkeit, ein öffentliches Profil anzulegen. Diese Funktion wird häufig von prominenten Personen, Firmen, oder auch politischen Parteien genutzt. Neben den von den Betreibern der Seite verbreiteten Informationen dienen öffentliche Profilsseiten in vielen Fällen zusätzlich auch als ein Podium für Diskussionen unter Mitgliedern des Netzwerkes. Solche Diskussionen finden in einem öffentlichen Raum statt, sind für alle Facebook-Mitglieder sichtbar und bilden somit einen Kontrast zu Konversationen zwischen „freundschaftlich“ verbundenen Mitgliedern des Netzwerkes, welche sich zumindest im Idealfall auch in der „Offline-Welt“ kennen.

Die hier vorgestellten Funktionen von Facebook decken bei weitem nicht alle Möglichkeiten des Netzwerkes ab. Eine komplette Aufzählung ist im Rahmen dieser Arbeit nicht notwendig und zudem auch schwer zu realisieren, da Facebook einem andauernden Wandel unterliegt. Ständig kommen neue Funktionen hinzu oder werden entfernt. Eine lückenlose Aufführung aller Kommunikationswege wäre letztlich nur eine Momentaufnahme, die bereits nach wenigen Monaten veraltet sein kann.

4.4.3 Videoportale

Bereits lange vor der Entstehung der ersten Videoportale gab es diverse Möglichkeiten, Videos mithilfe des Internets öffentlich zugänglich zu machen, beispielsweise durch die Verwendung sogenannter „Filesharing Netzwerke“, die es den Nutzern erlauben, Daten aller Art untereinander auszutauschen. Das Jahr 2005 markierte einen Wendepunkt in der Art und Weise, wie Videos im Internet ausgetauscht und verbreitet wurden: YouTube, ein Videoportal, das typische Erkennungsmerkmale eines sozialen Netzwerkes mit der Möglichkeit, Videodateien zu veröffentlichen, verbindet, wurde gegründet. YouTube ist kein eigenständiger Dienst, sondern kann als Teil des WWW mit dem Browser geöffnet werden. Die Videos werden „gestreamt“, das bedeutet, dass die Videodateien im Fenster des Browsers abgespielt und nicht auf der Festplatte des Nutzers abgespeichert werden und somit lediglich temporär im Zwischenspeicher (engl. cache) vorliegen. Nicht nur das Betrachten, auch das Hochladen von Videos via YouTube ist relativ simpel. Es benötigt nur wenige Klicks, um eine Videodatei von

der Festplatte auf YouTube zu laden; die Konvertierung des Videoformats erfolgt automatisch.

Wie bereits angedeutet, spielt sowohl die soziale Interaktion der YouTube-Nutzer als auch die Vernetzung einzelner Videos untereinander eine wichtige Rolle. Lädt ein Nutzer eine Videodatei hoch, kann er diese mit einem Titel, einer Beschreibung, einem Vorschaubild und mit Schlüsselwörtern versehen. Diese Angaben sollten möglichst genau den Inhalt des Videos widerspiegeln und dienen außerdem dazu, einem Zuschauer automatisch weitere Videos mit ähnlichem Inhalt vorzuschlagen. Hierbei spielt auch die Popularität eines Videos eine zentrale Rolle: Je öfters ein Video bereits aufgerufen wurde, desto wahrscheinlicher wird es auch von YouTube an seine Nutzer weiterempfohlen.

YouTube bietet seinen Nutzern die Möglichkeit, sich kostenlos einen Account zu erstellen. Zwar können Videos auch ohne einen solchen Account angesehen werden, um ein Video hochzuladen ist er allerdings zwingend notwendig. Weiterhin erlaubt es ein Account, mit anderen Nutzern in Kontakt zu treten, beispielsweise durch das Kommentieren von Videos oder durch das Senden einer privaten Nachricht. Ebenso ist es möglich, Freundschaftsanfragen zu verschicken. Hierbei zeigen sich deutliche Parallelen zu anderen sozialen Netzwerken (Cheng, Dale & Liu, 2008, S. 205-206; Rudolph, 2014, S. 55-57).

YouTube ist das bis dato (Stand: Januar 2020) das größte und beliebteste Videoportal und auf Platz zwei der weltweit am häufigsten aufgerufenen Webseiten⁶. YouTube selbst nennt folgende Zahlen: Mehr als zwei Milliarden Menschen nutzen YouTube, täglich wird weltweit Videomaterial mit einer Gesamtlaufzeit von einer Milliarde Stunden abgerufen (YouTube About, 2020). Neben dieser schieren Menge an Videomaterial, welche mehr als genug verwertbare Daten für eine wissenschaftliche Untersuchung liefert, sticht insbesondere die enorme Reichweite und das damit verbundene Potential, eine große Zuschauerschaft zu erreichen, ins Auge. Aufgrund der enormen Popularität ist, ebenso wie bei Facebook, davon auszugehen, dass YouTube auch noch in ein

⁶ Detaillierte Daten unter <http://www.alex.com/siteinfo/YouTube.com>

paar Jahren eine zentrale Rolle innerhalb des WWW einnimmt.

4.4.4 Weblogs

Weblogs (kurz „Blogs“) zählen zu den populärsten Gattungen von Webseiten. Übersetzen lässt sich Weblog mit „Netz Tagebuch“. Der oder die Betreiber/-innen von Weblogs werden häufig als „Blogger“ bezeichnet. Thematisch variiert der Inhalt unterschiedlicher Blogs stark, das Spektrum reicht von Weblogs mit privaten Inhalten (zum Beispiel ein für Freunde betriebenes Urlaubsjournal) bis hin zu von mehreren Bloggern betriebenen Nachrichtenseiten mit sehr großem Publikum.

Eine der besonderen Charakteristika von Blogs ist deren Aufbau: Alle Einträge sind umgekehrt chronologisch angeordnet, der aktuellste Beitrag wird somit stets zuerst angezeigt. Weiterhin verfügen die meisten Blogs über eine Kommentarfunktion, wodurch sich Leser über den Inhalt von Blogbeiträgen austauschen und diskutieren oder dem Blogger Feedback und Verbesserungsvorschläge zukommen lassen können. Um einen Blog zu erstellen bedarf es keinerlei Programmierkenntnisse, innerhalb des WWW finden sich zahlreiche Programme und Applikationen, durch deren Hilfe die Gründung eines eigenen Blogs mit nur wenig Aufwand verbunden ist. Ein Phänomen, welches in den letzten Jahren immer mehr an Popularität gewinnen konnte, ist das sogenannte „Mikroblogging“. Maßgeblich daran beteiligt ist Twitter, ein Hybrid aus Blog und sozialem Netzwerk. Blogbeiträge auf Twitter dürfen maximal 280 Zeichen lang sein, daher rührt die Bezeichnung „mikro“. Der soziale Netzwerk-Aspekt entsteht dadurch, dass es auf Twitter möglich ist, anderen „Mikrobloggern“ zu folgen. Deren Beiträge, oftmals als „Tweets“ bezeichnet, werden ebenfalls in umgekehrt chronologischer Reihenfolge angezeigt, ähnlich einem „normalen“ Blog. Durch die so entstehende Vermischung der Beiträge verschiedener Mitglieder findet sich ein bunt gefächertes Spektrum an Informationen, Aussagen und Meinungen zu vielen unterschiedlichen Themenbereichen. Häufig weisen Tweets einen starken Bezug zu aktuellen Ereignissen auf (Taddicken & Schmidt, 2017, S. 11-12).

4.5 Web 2.0 und Social Web – zwei deckungsgleiche Begriffe?

Um dieses Kapitel abzuschließen, sollen die innerhalb der Fachliteratur häufig synonym verwendeten Termini „Web 2.0“ und „Social Web“ definiert und voneinander abgegrenzt werden.

Der Begriff „Web 2.0“ wurde maßgeblich von Tim O’Reilly geprägt. In dem Artikel „What is Web 2.0?“ aus dem Jahr 2005 beschreibt O’Reilly die wichtigsten Grundzüge der, wie der Name irrtümlich vermuten lässt, „zweiten Version“ des WWW. Zwar ermöglichten erst technische Neuerungen und schnellere Internetverbindungen das „Web 2.0“ – um eine völlig neu überarbeitete Variante des WWW handelt es sich aber keineswegs. O’Reilly legt den Fokus seines Artikels weniger auf technische Aspekte, vielmehr beschreibt er eine neue Art und Weise, wie Personen sich im Internet bewegen und miteinander kommunizieren. Allerdings handelt es sich bei „What is Web 2.0?“ nicht um eine sozialwissenschaftliche Abhandlung. Der Artikel ist vielmehr ein Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des „Web 2.0“ unter Berücksichtigung insbesondere wirtschaftlicher Aspekte.

Der Ausgangspunkt, welcher zu einer Neubewertung des WWW führt, liegt aus O’Reillys Sicht im Herbst des Jahres 2001. Ende der 90er Jahre erlebten Internet-Unternehmen einen regelrechten Hype an den Börsen, im Herbst 2001 zerplatzte allerdings die sogenannte „Dotcom-Blase“ und führte letztendlich zu einer Vielzahl von Firmeninsolvenzen und erheblichen Verlusten für Aktionäre. Rückblickend auf diese Ereignisse schreibt O’Reilly in seinem Artikel:

The concept of "Web 2.0" began with a conference brainstorming session between O'Reilly and MediaLive International. Dale Dougherty, web pioneer and O'Reilly VP, noted that far from having "crashed", the web was more important than ever, with exciting new applications and sites popping up with surprising regularity. What's more, the companies that had survived the collapse seemed to have some things in common. Could it be that the dot-com collapse marked some kind of turning point for the web, such that a call to action such as "Web 2.0" might make sense? We agreed that it did, and so the Web 2.0 Conference was born. (O'Reilly, 2005, S. 1)

O'Reilly betrachtet die Krise der Internet-Branche 2001 als „Wendepunkt“; der Weg wurde geebnet für neue Firmen und Internetseiten mit innovativen und revolutionären Ideen. An dieser Stelle ist es wichtig anzumerken, dass O'Reilly eine genaue Definition von „Web 2.0“ schuldig bleibt. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass er bewusst darauf verzichtet, um Raum für weitere Ergänzungen, Interpretationen und Neubewertungen des im Jahre 2005 noch jungen Begriffs zu lassen. In dem Artikel heißt es weiter:

Like many important concepts, Web 2.0 doesn't have a hard boundary, but rather, a gravitational core. You can visualize Web 2.0 as a set of principles and practices that tie together a veritable solar system of sites that demonstrate some or all of those principles, at a varying distance from that core. (O'Reilly, 2005, S. 1)

Dieser Erklärungsversuch zieht den Vergleich mit einem Sonnensystem heran, dessen Gravitationszentrum verschiedene, für das Web 2.0 typische Prinzipien bildet. Um dieses Zentrum kreisen alle Webseiten und orientieren sich daran, weichen allerdings auch unterschiedlich stark davon ab. O'Reilly verwendet einen Großteil des Artikels darauf, die wichtigsten Aspekte dieser zentralen Prinzipien genauer zu beschreiben. Dabei werden insbesondere die kollektive Intelligenz sowie die Möglichkeit der Zusammenarbeit einzelner Nutzer an demselben Projekt betont. Weiterhin bietet das Web 2.0 den Nutzern neue und vereinfachte Optionen, eigene Inhalte zu erstellen und mittels Hyperlinks miteinander zu verketten. Dieses System vergleicht O'Reilly mit den Synapsen im Gehirn.

Auch die Art und Weise, wie sich Software verbreitet, erfährt eine radikale Wandlung. Programme werden nicht mehr länger als mit Versionsnummern versehene Produkte angeboten, sondern ständig weiterentwickelt. Der Nutzer nimmt hierbei die Funktion eines „Produkttesters“ ein und ermöglicht durch sein Feedback eine gezielt kundenorientierte Verbesserung des Programms. Ein weiteres gewichtiges Merkmal des Web 2.0 ist seine Nutzbarkeit weit über die Grenzen des klassischen PCs hinaus. Noch bevor Smartphones und Tablets Einzug in das tägliche Leben von Millionen von Menschen hielten, wies O'Reilly auf das Potential von mobilen Geräten für die Weiterentwicklung und Nutzbarkeit des Web 2.0 hin.

An dieser Stelle soll nun die Frage geklärt werden, ob es sinnvoll erscheint, den

Begriff „Web 2.0“ im Rahmen einer (geistes-)wissenschaftlichen Arbeit zu verwenden. Dass sich überhaupt eine solche Frage stellt, mag auf den ersten Blick etwas befremdlich erscheinen, verwenden doch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten diesen Begriff, oftmals sogar bereits im Titel. Gibt es also einen Grund, einen Begriff nicht zu verwenden, der sich scheinbar in der Fachliteratur klar etabliert hat? Um dies zu beantworten, muss Folgendes bedacht werden: Bis heute gibt es keine einheitliche und verbindliche Definition von Web 2.0. O'Reilly, der Vater dieses Begriffs, verzichtete bewusst auf eine genaue Begriffsbestimmung. Außerdem weisen dessen Erläuterungen eine klar wirtschaftlich orientierte Tendenz auf. Ein weiteres Problem ist, dass viele wissenschaftliche Arbeiten sich nicht die Mühe machen, das Web 2.0 für sich zu definieren, der Leser muss sich häufig mit einem Verweis auf O'Reilly begnügen. Weiterhin wird der Zusatz „2.0“ in den Medien, in Produktnamen und teilweise sogar in der Alltagssprache verwendet, um zum Ausdruck zu bringen, dass es sich um etwas Neues und Revolutionäres handelt. Dies trägt zusätzlich zu einer Verwässerung des ohnehin schon sehr ungenau gehaltenen Begriffs bei.

Im Rahmen dieser Arbeit soll deshalb der Begriff „Social Web“ Verwendung finden. Ebersbach, Glaser & Heigl entwerfen eine sehr detaillierte Definition von Social Web.

Das „Social Web“ besteht aus:

- (im Sinne des WWW) webbasierten Anwendungen,
 - die für Menschen
 - den Informationsaustausch, den Beziehungsaufbau und deren Pflege, die Kommunikation und die kollaborative Zusammenarbeit
 - in einem gesellschaftlichen oder gemeinschaftlichen Kontext unterstützen, sowie
- den Daten, die dabei entstehen und
- den Beziehungen zwischen Menschen, die diese Anwendungen nutzen. (Ebersbach, A., Glaser, M. & Heigl, R., 2016, S. 32)

Diese Definition orientiert sich zwar merklich an O'Reillys „Web 2.0“ Begriff, verzichtet aber bewusst auf sämtliche ökonomische Gesichtspunkte und erscheint somit in Hinblick auf die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit als gut geeignet.

5. Theoretischer Ansatz und methodische Vorgehensweise

Bevor eine Analyse von internetbasierten Daten durchgeführt werden kann, stellt sich zunächst die Frage, nach welchem Schema die schier unüberschaubar große Menge an Informationen strukturiert werden soll. Da das zu untersuchende Forschungsfeld weder über einen „Anfang“ noch über ein „Ende“ verfügt, ist es notwendig, den Umfang des zu untersuchenden Datenkorpus sinnvoll einzugrenzen. Weiterhin muss geklärt werden, nach welchem Verfahren die erhobenen Daten analysiert werden sollen. Dieser Punkt ist von großer Bedeutung, da es kein einheitliches Analyseverfahren für Kommunikation, die im Rahmen des Internets stattfindet, gibt. Dieses Kapitel dient dazu, die genannten Problemstellungen zu lösen. Insbesondere soll hierbei der theoretische Ansatz sowie die Vorgehensweise der im Rahmen der vorliegenden Arbeit angewandten Analyse erläutert werden. Als Ausgangspunkt dienen zunächst drei zentrale Begriffe in den Werken des französischen Philosophen Michel Foucault: Diskurs, Wissen und Macht. Anschließend wird die Diskursanalyse als die der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Methodologie erläutert. Da sich in Foucaults Schriften allerdings keine genaue Anleitung für die Durchführung einer Diskursanalyse findet, erscheint es sinnvoll, die Werke weiterer Autoren zu beleuchten, welche Foucaults Gedanken aufgreifen und - unter Bezugnahme dieser - unterschiedliche Ansätze zur Untersuchung von Diskursen zu entwickeln. Abschließend soll anhand der so gewonnenen Informationen ein speziell für die Aufgabenstellung der vorliegenden Arbeit geeignetes Verfahren ausgearbeitet und die genaue methodische Vorgehensweise beschrieben werden.

5.1 Der Diskurs

5.1.1 Der Diskursbegriff

Der Diskursbegriff wurde maßgeblich von Michel Foucault geprägt, insbesondere durch dessen Werke „Archäologie des Wissens“ und „Die Ordnung des Diskurses“. Foucault untersuchte Schriften aus unterschiedlichen historischen Epochen und beobachtete für jede Epoche charakteristische und einzigartige Denkmuster, die

nach festen Regeln zu verlaufen scheinen. Dabei ging es Foucault weniger darum, die sprachliche Gestaltung der Texte zu untersuchen, vielmehr interessierte er sich für die Entschlüsselung eben dieser Regeln, die das Wissen innerhalb einer bestimmten zeitlichen Epoche ordnen und bewerten (Keller, 2011, S. 43-46; Keller, 2008, S. 131-133).

Allerdings ist zu beachten, dass Foucault den Diskursbegriff keineswegs einheitlich verwendet, vielmehr hat er den Begriff über die Jahre hinweg immer weiterentwickelt und von diversen Perspektiven aus beleuchtet. Weiterhin besteht eine sprachliche Differenz zwischen dem französischen Wort „discours“ und dem deutschen „Diskurs“. Während die Bedeutung von „discours“ sehr allgemein gehalten ist und letztlich am besten mit dem deutschen Wort „Rede“ übersetzt werden kann, meint „Diskurs“, unter anderem geprägt durch Habermas Gedanken zur rationalen Kommunikation, eher eine Diskussion, die sich durch den Austausch rationaler Argumente auszeichnet (Kammler, Parr & Schneider, 2014, S. 101; Ruoff, 2013, S. 101).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit wird der Diskursbegriff ähnlich wie er von Foucault in seiner Antrittsvorlesung „Die Ordnung des Diskurses“ am Collège de France 1970 erläutert wird, verstanden. „Die Ordnung des Diskurses“ bildet die Grundlage für ein bis heute im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten sehr weit verbreitetes Verständnis, auf welche Weise ein Diskurs aufgebaut ist und aus welchen Komponenten er sich zusammensetzt. Reiner Keller definiert „Diskurs“ wie folgt:

Der Begriff Diskurs bezeichnet – so Foucault – eine Menge von an unterschiedlichen Stellen erscheinenden, verstreuten Aussagen, die nach demselben Muster oder Regelsystem gebildet worden sind, deswegen ein- und demselben Diskurs zugerechnet werden können und ihre Gegenstände konstituieren. Aufgabe des Diskursanalytikers ist dann die Rekonstruktion dieses Regelsystems; [...] (Keller 2011, S. 46)

Diese Erläuterung erlaubt einen ersten Einblick in den Diskursbegriff, allerdings werden noch nicht alle Facetten berücksichtigt. Aus diesem Grund sollen im folgenden Abschnitt einzelne Termini, die untrennbar mit dem von Foucault beschriebenen Diskursbegriff in Verbindung stehen und gleichzeitig als Brücke

zwischen der theoretischen Grundlage und der methodischen Vorgehensweise fungieren, genauer dargelegt werden.

5.1.2 Die vier Formationsregeln

Als Ausgangspunkt für eine Erläuterung der Formationsregeln dient zunächst die Prämisse, dass innerhalb eines Diskurses nicht zu jedem Zeitpunkt alles gesagt werden kann, was sich theoretisch sagen ließe. Foucault interessiert sich dafür, weshalb ausgerechnet eine bestimmte Aussage an einer bestimmten Stelle auftritt und wer berechtigt ist, eben diese Aussage zu tätigen. Um dies zu klären, entwickelt Foucault in der „Archäologie des Wissens“ vier Formationsregeln:

- Die **Formation der Gegenstände** bestimmt die Entstehung der Inhalte des Diskurses und legt die Bedingungen fest, über was warum und wann gesprochen wird.
- Die **Formation der Äußerungsmodalitäten** legt die legitimen Sprecher innerhalb eines Diskurses fest und klärt die Frage, welche Person wann etwas zu dem Diskurs beitragen darf.
- Die **Formation der Begriffe** identifiziert bestimmte, für den jeweiligen Diskurs typische und immer wiederkehrende Begrifflichkeiten, Argumentationsweisen und rhetorische Schemata und wie diese den Diskurs beeinflussen und lenken.
- Die **Formation der Strategien** legt das Themengebiet des Diskurses fest und stellt einen Zusammenhang zwischen einzelnen Diskursen her. Dabei werden sowohl deren Gemeinsamkeiten und Unterschiede als auch die Wechselwirkung einzelner Diskurse untereinander beschrieben.

Anhand der vier Formationen lässt sich somit bestimmen, wer legitimerweise (Formation der Äußerungsmodalitäten) zu welchem Themengebiet (Formation der Strategien) was und zu welchem Zeitpunkt (Formation der Gegenstände) wie (Formation der Begriffe) spricht bzw. sprechen kann und darf (Foucault, 2008, S. 504-548; Kammler, Parr & Schneider, 2014, S. 54-56; Keller 2011, S. 46-48; Ruoff,

2013, S. 125-132).

Eine Entschlüsselung der Formationen gewährt erste Einblicke in die Natur des Diskurses, da sich einem Analytiker hierdurch einige grundlegende, den Diskurs bestimmende und lenkende Gesetzmäßigkeiten, offenbaren.

Reiner Keller entwickelt in seiner Arbeit „Diskursforschung“ einen Fragenkatalog, mit dessen Hilfe die Bestimmung der Formationsregeln vereinfacht wird:

- Die *Formation der Gegenstände* eines Diskurses lässt sich durch folgende (und ähnliche) spezifische Fragen erschließen: Nach welchen Regeln werden die Gegenstände gebildet, von denen die Diskurse sprechen? Welche wissenschaftlichen Disziplinen sind daran wie beteiligt? Welche Klassifikationsmuster kommen zum Einsatz?
- Die *Formation der Äußerungsmodalitäten* verweist auf Fragen, wie bspw.: Wer ist legitimer Sprecher bzw. von welchen institutionellen Orten und Subjektpositionen aus wird über einen Diskursgegenstand gesprochen? Wie hängen unterschiedliche Äußerungsformen – Statistik, Erzählung, Experiment u.a. – zusammen?
- Die *Formation der Begriffe* bezieht sich auf Fragen nach den Regeln, die den jeweiligen Aussagen zugrunde liegen: Wie werden bspw. Textelemente miteinander verbunden? Welche rhetorischen Schemata werden eingesetzt? Wie werden Argumente aufgebaut? Wie ist die Aussage im Gefüge anderer Texte – bspw. durch die Zitierweise – verortet? Wie werden quantitative in qualitative Aussagen übersetzt?
- Die *Formation der Strategien* richtet sich auf die Außenbezüge eines Diskurses: Was sind die Themen und Theorien des Diskurses? Wie beziehen sie sich auf andere Diskurse? Inwieweit geben sie vor, bessere Problemlösungen zu sein als jene? Was ist die Funktion eines Diskurses in nicht diskursiven Praktiken?

(Keller, 2011, S. 47-48; Hervorhebungen im Original)

Auf die genaue Verwendung dieses Fragenkatalogs im Rahmen der methodischen Vorgehensweise wird am Ende dieses Kapitels noch genauer eingegangen. Zunächst aber sollen weitere wichtige Eigenschaften und Facetten der Diskurstheorie nach Foucault erläutert werden.

5.1.3 Macht, Wissen, Regeln und Zugangsbeschränkungen

In seinen Schriften befasst sich Foucault mit einem breit gefächerten Spektrum an

unterschiedlichen Themenbereichen, allerdings lassen sich bestimmte Inhalte identifizieren, welchen Foucault besonders viel Aufmerksamkeit zuteilwerden lässt. So liegt einer von Foucaults Interessenschwerpunkte auf dem Ursprung und der Wirkung von Macht. Die Analyse von Machtmechanismen nimmt insbesondere bei den in den 1970ern entstandenen Werken Foucaults einen zentralen Stellenwert ein. Während Foucault in seinen frühen Arbeiten noch die theoretischen Machtmodelle anderer Autoren übernimmt, entwickelt er im Laufe seiner Schriften nach und nach ein eigenes, sich an der Philosophie Nietzsches orientierendes, Machtkonzept (Kneer, 2012, S. 266-267).

In seinem Werk „Der Wille zum Wissen“ beschreibt Foucault Macht wie folgt:

Allgegenwart der Macht: nicht weil sie das Privileg hat, unter ihrer unerschütterlichen Einheit alles zu versammeln, sondern weil sie sich in jedem Augenblick und an jedem Punkt – oder vielmehr in jeder Beziehung zwischen Punkt und Punkt – erzeugt. Nicht weil sie alles umfaßt, sondern weil sie von überall kommt, ist die Macht überall [...] die Macht ist nicht eine Institution, ist nicht eine Struktur, ist nicht eine Mächtigkeit einiger Mächtiger. Die Macht ist der Name, den man einer komplexen strategischen Situation in einer Gesellschaft gibt. [...] Die Macht ist nicht etwas, was man erwirbt, wegnimmt, teilt, was man bewahrt oder verliert; die Macht ist etwas, was sich von unzähligen Punkten aus und im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen vollzieht. [...] Die Macht kommt von unten, d.h., sie beruht nicht auf der allgemeinen Matrix einer globalen Zweiteilung, die Beherrscher und Beherrschte einander entgegengesetzt und von oben nach unten auf immer beschränktere Gruppen und bis in die Letzten Tiefen des Gesellschaftskörpers ausstrahlt. (Foucault, 1983, S. 114-115)

In dieser kurzen Textpassage lassen sich einige zentralen Punkte von Foucaults Machtkonzept finden. Foucault geht davon aus, dass Macht jeden Teilbereich der Gesellschaft durchdringt und somit omnipräsent ist - einen Macht-freien Raum gibt es nicht. Weiterhin widerspricht Foucault der Auffassung, nur wenige Menschen oder Institutionen haben Macht inne und üben diese aus - stattdessen sind sämtliche soziale Interaktionen von Machtprozessen betroffen.

Weiterhin stellt Foucault in seinen Schriften immer wieder einen Zusammenhang zwischen Macht und Wissen her. Da sich Macht „überall“ finden lässt, werden folglich auch sämtliche Wissensprozesse von ihr beeinflusst. In „Überwachen und Strafen“ schreibt Foucault über das Verhältnis von Wissen und Macht:

Man muß wohl auch einer Denktradition entsagen, die von der Vorstellung geleitet ist, daß es Wissen nur dort geben kann, wo die Machtverhältnisse suspendiert sind, daß das Wissen sich nur außerhalb der Befehle, Anforderungen, Interessen der Macht entfalten kann. Vielleicht muß man dem Glauben entsagen, daß die Macht wahnsinnig macht und daß man nur unter Verzicht auf die Macht ein Wissender werden kann. Eher ist wohl anzunehmen, daß die Macht Wissen hervorbringt (und nicht bloß fördert, anwendet, ausnutzt); daß Macht und Wissen einander unmittelbar einschließen; daß es keine Machtbeziehung gibt, ohne daß sich ein entsprechendes Wissensfeld konstituiert, und kein Wissen, das nicht gleichzeitig Machtbeziehungen voraussetzt und konstituiert. (Foucault, 2008, S. 730)

Anhand dieses Zitats lässt sich die enorme Bedeutung von Macht in Bezug auf den Diskursbegriff ableiten. Jeder Diskurs ist letztlich ein Kampf um Wissen und Wahrheit, denn „Diskurse stellen [...] die Bedeutungsstrukturen unserer Wirklichkeit her und damit *in gewissem Sinne* diese selbst“ (Keller, 2011, S. 67; Hervorhebung im Original). Diskursteilnehmer erheben einen Wahrheitsanspruch auf ihre Beiträge und ringen um Deutungshoheit. Foucault lehnt es allerdings ab, Wahrheit als eine objektive, allgemeingültige und unantastbare Tatsache zu begreifen, vielmehr beschreibt er Wahrheit als temporäre, von dem gerade vorherrschenden Zeitgeist anerkannte Wissensordnung. Wahr ist somit all das, was von der Gesellschaft als Wahrheit akzeptiert wird (Kajetzke, 2008, S. 34; Keller, 2008, S. 138-139).

Um seine Überlegungen zu veranschaulichen, nennt Foucault in „Die Ordnung des Diskurses“ ein Beispiel aus dem Bereich der Botanik:

die Botanik kann nicht als die Summe aller Wahrheiten, welche die Pflanzen betreffen, definiert werden. Es gibt dafür zwei Gründe: einmal bestehen die Botanik oder die Medizin, ebenso wie jede andere Disziplin, nicht nur aus Wahrheiten, sondern auch aus Irrtümern, die nicht Residuen oder Fremdkörper sind, sondern positive Funktionen haben, historisch wirksam sind und eine Rolle spielen, die von der der Wahrheit oft nicht zu trennen ist. Aber außerdem muß ein Satz, damit er zur Botanik oder zur Medizin gehöre, Bedingungen entsprechen, die in gewisser Weise strenger und komplexer sind, als es die reine und einfache Wahrheit ist [...] Innerhalb ihrer Grenzen kennt jede Disziplin wahre und falsche Sätze, aber jenseits ihrer Grenzen läßt sie eine ganze *Tératologie* des Wissens wuchern. [...] Man hat sich oft gefragt, wie die Botaniker oder die Biologen des 19. Jahrhunderts es fertiggebracht haben, nicht zu sehen, daß das, was Mendel sagte, wahr ist. Das liegt daran, daß Mendel von Gegenständen sprach, daß er Methoden verwendete und sich in einen theoretischen Horizont stellte, welche der Biologie seiner Epoche fremd waren. [...] Mendel sagte die Wahrheit, aber er war nicht »im Wahren« des biologischen Diskurses seiner Epoche: biologische Gegenstände und

Begriffe wurden nach ganz anderen Regeln gebildet. Es mußte der Maßstab gewechselt werden, es mußte eine ganz neue Gegenstandsebene in der Biologie entfaltet werden, damit Mendel in das Wahre eintreten und seine Sätze (zu einem großen Teil) sich bestätigen konnten. (Foucault, 2014, S. 22-25)

Dieses Beispiel verdeutlicht nicht nur Foucaults Wahrheitsbegriff, es zeigt zudem, dass ein Diskursteilnehmer, sollte er sich nicht an die „Regeln“ halten (in diesem Fall Mendel), auch nicht als *legitimer* Sprecher wahrgenommen wird. Gleichzeitig zeigt das Beispiel aber auch das enorme Machtpotential eines Diskurses, da dieser sogar gegebenenfalls in der Lage ist, durch neue Impulse die Wissensordnung einer Gesellschaft neu auszurichten. Ein Diskurs ermöglicht nicht nur Macht, er selbst ist Macht: „er [der Diskurs] ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault, 2014, S. 11). „Es gibt nicht bloß Wissens Elemente und Machtelemente. Sondern: damit das Wissen als Wissen funktionieren kann, muß es eine Macht ausüben. Innerhalb der tatsächlichen Wissensdiskurse übt jede als wahr betrachtete Aussage eine bestimmte Macht aus und schafft gleichzeitig eine Möglichkeit [...]“ (Foucault, 1992, S. 46).

Macht spielt innerhalb eines Diskurses nicht nur in Bezug auf die Generierung von Wissen und Wahrheit eine Rolle, alle Diskursteilnehmer selbst sind ebenfalls von Machtprozessen betroffen. Insbesondere um die „Formation der Äußerungsmodalitäten“ zu bestimmen und somit die Frage zu klären, welcher Diskursteilnehmer *legitimerweise* sprechen darf, ist eine Analyse der Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Teilnehmern des Diskurses unabdingbar (Schwab-Trapp, 2011, S. 284). Hierbei ist es wichtig zu beachten, dass nicht etwa nur einige wenige Diskursteilnehmer „Macht“ besitzen und deshalb zu Wort kommen. Selbstverständlich verfügen einzelne Personen aufgrund ihres gesellschaftlichen Status oder anderen Faktoren über eine gewisse Autorität, die ihnen dazu verhelfen kann, Gehör zu finden. Diese Form von Macht ist allerdings keineswegs der einzige Weg, *legitimerweise* das Wort zu ergreifen. Solange Diskursteilnehmer die spezifischen Regeln des jeweiligen Diskurses befolgen, kann potenziell jeder zu einem *legitimen* Sprecher werden. Diese Regeln können von Diskurs zu Diskurs stark variieren und müssen deshalb im Rahmen einer Analyse für jeden Diskurs individuell identifiziert und herausgearbeitet

werden.

Ein Diskurs kann nur dann entstehen, wenn er öffentlich und für eine Vielzahl von Personen sichtbar ausgetragen wird. Die Gesellschaft ist es, die den Diskurs „zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert“ (Foucault, 2014, S. 11). Allerdings werden keineswegs alle Teilbereiche eines Diskurses komplett in der Öffentlichkeit ausgetragen.

Niemand kann in die Ordnung des Diskurses eintreten, wenn er nicht gewissen Erfordernissen genügt, wenn er nicht von vornherein dazu qualifiziert ist. Genauer gesagt: nicht alle Regionen des Diskurses sind in gleicher Weise offen und zugänglich; einige sind stark abgeschirmt (und abschirmend), während andere fast allen Winden offenstehen und ohne Einschränkung jedem sprechenden Subjekt verfügbar erscheinen. (Foucault, 2014, S. 26)

Ein typisches Beispiel für einen zugangsbeschränkten Diskurs ist eine wissenschaftliche Diskussion. Sehr wahrscheinlich gilt ein passender akademischer Hochschulabschluss als Voraussetzung, um überhaupt an einem solchen Diskurs teilnehmen zu dürfen. Ein Laie auf dem Gebiet der Medizin, welcher versucht, im Rahmen eines wissenschaftlichen Diskurses einen Beitrag bezüglich Behandlungsmöglichkeiten einer bestimmten Krankheit kundzutun, dürfte nur schwerlich von den anderen Diskursteilnehmern Gehör geschenkt bekommen. Beschränkungen zeigen sich nicht nur in Form von Voraussetzungen in Bezug auf die Qualifikation der Teilnehmer, häufig gilt als Bedingung auch „die Anerkennung derselben Wahrheiten und die Akzeptierung einer - mehr oder weniger strengen - Regel der Übereinstimmung mit den für gültig erklärten Diskursen“ (Foucault, 2014, S. 29). Manche Diskurse fordern die Akzeptanz bestimmter, von den Diskursteilnehmern als „wahr“ und „allgemeingültig“ definierter Aussagen und Weltanschauungen. Foucault bezeichnet diese „allgemeingültigen Aussagen“ als Doktrin: „Die Doktrin bindet die Individuen an bestimmte Aussagetypen und verbietet ihnen folglich alle anderen; aber sie bedient sich auch gewisser Aussagetypen, um die Individuen miteinander zu verbinden und sie dadurch von allen anderen abzugrenzen“ (Foucault 2014, S. 29). Ein Diskursteilnehmer, der sich gegen bestehende Doktrinen ausspricht oder Äußerungen tätigt, die nicht mit der Doktrin vereinbar sind, riskiert, aus dem Diskurs ausgeschlossen zu werden (Foucault, 2014, S. 25-30; Schwab-Trapp, 2011,

S. 291-292).

Um diesen Abschnitt abzuschließen, lässt sich zusammenfassend Folgendes feststellen: „Diskurs und Macht bilden im Konzept Foucaults eine unauflösbare Einheit“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 284). Somit wäre eine Diskursanalyse, deren theoretischer Ansatz auf Foucaults Überlegungen beruht, ohne Berücksichtigung des Machtbegriffs nicht möglich. Anhand einer Auswertung der Machtverhältnisse lässt sich bestimmen, wer innerhalb eines Diskurses *legitimerweise* sprechen darf; weiterhin ist jeder Diskurs selbst Macht, da er potenziell dazu in der Lage ist zu bestimmen, was eine Gesellschaft als richtig und wahr ansieht.

5.1.4 Konflikte

Foucault weist darauf hin, dass ein Diskurs nicht als die bloße Summe einzelner Beiträge zu begreifen ist, vielmehr verleiht erst die Wechselwirkung der Beiträge untereinander einem Diskurs seine Dynamik. Dadurch, dass sich Diskursbeiträge aufeinander beziehen, ergänzen und häufig auch widersprechen, entstehen Konflikte. Diese Konflikte, in deren Mittelpunkt der bereits erläuterte Kampf um Deutungshoheit steht, bilden die Grundlage eines jeden Diskurses, denn „wo jedermann davon überzeugt ist, daß weiß weiß und schwarz schwarz ist und auf Grundlage dieser Überzeugung handelt, braucht niemand mehr sagen, daß weiß weiß und schwarz schwarz ist. Der Diskurs bestünde in diesem Fall aus einem verbindlichen und ‚geheiligten‘ Text, der allenfalls kommentarlos weitergeschrieben würde“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 286). Konflikte innerhalb eines Diskurses sind somit von enormer Bedeutung, weil sie Deutungsvorgaben erzeugen, die „das Richtige vom Falschen, das Gute vom Bösen, das Angemessene vom Unangemessenen oder das Normale vom Abweichenden trennen und somit soziales und politisches Handeln legitimieren“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 285). Die auf diesem Wege produzierten Deutungsvorgaben sind allerdings nicht statisch und unveränderlich. Da ein Diskurs niemals als komplett „abgeschlossen“⁷

7 Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, dass die Thematik eines Diskurses im Laufe der Zeit entweder an Relevanz oder auch an öffentlichem Interesse verliert. Dennoch sind auch solche Diskurse nicht komplett beendet, vielmehr ruhen sie nur. Häufig genügt ein einzelner neu

angesehen werden kann, besteht immer die Möglichkeit, dass zuvor entstandene Deutungen aufgelöst oder verändert werden (Schwab-Trapp, 2011, S. 284-286).

Abschließend muss noch darauf hingewiesen werden, dass sich keineswegs alle Diskursbeiträge an demselben Ort befinden und auf gleiche Weise kommuniziert werden müssen. Egal, ob es sich um eine Diskussion unter Freunden, um gedruckte Zeitungsartikel oder um Gespräche in Online-Chats zwischen fremden Personen handelt – all die so entstandenen Äußerungen können Teil desselben Diskurses sein, lediglich die diskursive Arena⁸ und die Art und Weise der Kommunikation ist unterschiedlich. Ein Diskursbeitrag kann somit in gesprochener oder geschriebener Weise, aber auch in Form eines Bildes oder eines Videos vorliegen. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass verschiedene Arenen über unterschiedliche Regeln verfügen, welche sich teilweise von den Regeln des „gesamten“ Diskurses unterscheiden.

Weiterhin ist ein Diskurs in seiner Gesamtheit zu komplex, das durch ihn produzierte Wissen zu facettenreich, als dass einzelne Personen in der Lage wären, die Kontrolle über den Diskurs zu erlangen und ihn komplett zu lenken oder zu bestimmen. Vielmehr ist der Diskurs historisch gewachsen, theoretisch kann sich zwar jeder an ihm beteiligen, niemand aber kann ihn steuern. Siegfried Jäger fasst dieses Phänomen wie folgt zusammen:

Wer aber, einfach gefragt, *macht* die Diskurse? Welchen Status haben sie? Das Individuum macht den Diskurs nicht, eher ist das Umgekehrte der Fall. Der Diskurs ist überindividuell. Alle Menschen stricken zwar am Diskurs mit, aber kein einzelner und keine einzelne Gruppe bestimmt den Diskurs oder hat genau das gewollt, was letztlich dabei herauskommt. In der Regel haben sich Diskurse als Resultate historischer Prozesse herausgebildet und verselbstständigt. Sie transportieren ein Mehr an Wissen, als den einzelnen Subjekten bewusst ist. (Jäger, 2011, S. 96; Hervorhebung im Original)

Sämtliche bis zu diesem Punkt vorgestellten Eigenschaften und Facetten eines Diskurses sind bewusst sehr allgemein gehalten, um möglichst für jeden Diskurs

verfasster Beitrag, um den gesamten Diskurs wieder zu reanimieren.

⁸ Die Begriffe „diskursive Arena“ und „Diskursarena“ werden im Rahmen der vorliegenden Arbeit synonym verwendet.

Gültigkeit zu besitzen – unabhängig von dessen Thematik, Teilnehmer und Austragungsort. Dieses erste „theoretische Grundgerüst“ soll im folgenden Teil der Arbeit differenziert und verfeinert werden.

5.2 Ergänzungen zu dem theoretischen Grundgerüst

5.2.1 Diskursive Gemeinschaften

Neben einer Analyse der diskursiven Formationen und des Austragungsortes des Diskurses stellen nach Schwab-Trapp (2011) die Untersuchung der diskursiven Gemeinschaften, der diskursiven Wortführer⁹ und der diskursiven Strategien die wichtigsten Eckpfeiler einer sich an Foucault orientierenden Diskursanalyse dar.

Auseinandersetzungen innerhalb eines Diskurses finden nicht nur zwischen einzelnen Personen statt, häufig lassen sich diskursive Gemeinschaften erkennen. Unter diskursiven Gemeinschaften versteht man „Trägergruppen konkurrierender Deutungen“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 292). Ein loser Verbund kulturell, religiös oder politisch „gleichgesinnter“ Personen kann ebenso eine diskursive Gemeinschaft bilden wie eine Organisation, Religionsgemeinschaft oder politische Partei. Im Gegensatz zu losen Diskursgemeinschaften weisen institutionalisierte Gemeinschaften sehr häufig ein klares Regelsystem auf. All das, was zu einem Thema gesagt werden darf und welche Aussagen verboten sind, wird von der Gemeinschaft vorgegeben und durch ihre Mitglieder kontrolliert. Dies bedeutet allerdings nicht, dass lose organisierte Gemeinschaften nicht auch über ein „Regelwerk“ verfügen. Diese Regeln sind allerdings häufig nicht so präzise definiert und die Konsequenzen bei einem möglichen Regelverstoß fallen meist nicht allzu drastisch aus. Ein Verstoß gegen die internen Regeln einer Diskursgemeinschaft kann zu einem Ausschluss aus dieser Gemeinschaft führen, wobei ein solcher Ausschluss aus einer losen Gemeinschaft sich aufgrund des Fehlens einer klaren Organisationsstruktur häufig lediglich auf die aktuelle diskursive Arena bezieht. Somit weisen Diskurse drei Arten von „Regelsets“ auf: (1)

9 Schwab-Trapp bezeichnet die diskursiven Wortführer auch als „diskursive Eliten“.

Regeln, die den Diskurs in seiner Gesamtheit betreffen und das diskursiv gewachsene Wissen einer Gesellschaft zu ordnen in der Lage sind. (2) Regeln, die sich auf eine bestimmte diskursive Arena beziehen. (3) Regeln, die nur für bestimmte Diskursteilnehmer aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Diskursgemeinschaft gelten.

Neben dem Grad der Institutionalisierung und den damit verbundenen unterschiedlich stark ausgeprägten Regeln gibt es auch Unterschiede bezüglich der Zugangsbeschränkungen zu den einzelnen Gemeinschaften. So ist die Voraussetzung, als Angehöriger oder vielleicht sogar im Namen einer politischen Partei in einem Diskurs sprechen zu dürfen, die tatsächliche Mitgliedschaft in dieser Partei. Repräsentiert man in einem Diskurs hingegen ein nicht klar eingegrenztes politisches Spektrum, wie beispielsweise „die Rechten“, so findet sich häufig die einzige Zugehörigkeitsvoraussetzung in dem Diskursbeitrag selbst, sollte dieser die Meinung des Großteils der Mitglieder dieser Diskursgemeinschaft adäquat widerspiegeln. Man stelle sich einen Diskurs mit einer Vielzahl an sprechenden Subjekten vor. Wie lässt sich nun erkennen, welcher Diskursteilnehmer sich einer bestimmten Diskursgemeinschaft zuordnen lässt? Das Problem hierbei ist, dass insbesondere Mitglieder einer nicht organisierten Diskursgemeinschaft zwar eben diese Gemeinschaft innerhalb des Diskurses vertreten, sich selbst aber ihrer Mitgliedschaft gar nicht zwangsweise bewusst sein müssen. Um das bereits verwendete Beispiel noch einmal aufzugreifen: Ein Diskursteilnehmer kann durch seine Beiträge argumentativ die Überzeugungen der politisch „Rechten“ vertreten und somit dieser diskursiven Gemeinschaft zugeordnet werden. Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass dieser Teilnehmer bewusst dieses politische Milieu vertritt, eventuell würde er dies sogar abstreiten. Anhand von zwei Indikatoren lässt sich die Zuordnung eines Diskursteilnehmers zu einer Gemeinschaft bewerkstelligen: Zum einen weisen Mitglieder einer Gemeinschaft in den meisten Fällen denselben oder einen sehr ähnlichen Katalog an Argumenten und Lösungsvorschlägen auf, oftmals lässt sich sogar die Verwendung einer ähnlichen Rhetorik und der häufige Gebrauch bestimmter Schlagwörter beobachten. Mitglieder derselben Diskursgemeinschaft orientieren sich nicht nur aneinander, sie grenzen sich zweitens auch bewusst von anderen

Gemeinschaften ab. Dies spiegelt sich häufig in Form einer absichtlich herbeigeführten Konfrontation von Mitgliedern konkurrierender Gemeinschaften wider (Schwab-Trapp, 2011, S. 292-293; Kajetzke, 2008, S. 110).

5.2.2 Diskursive Wortführer

Wie bereits erläutert, bestehen Diskurse zumeist aus einer nur schwer überschaubaren Menge an in unterschiedlichen Arenen erscheinenden und in Wechselwirkung zueinander stehenden Beiträgen. Ein Diskursanalyst steht vor der Aufgabe, zu entscheiden, welche dieser Beiträge er als genügend relevant einstuft, um diese im Zuge seiner Forschungsarbeit zu berücksichtigen. Hierbei darf nicht nur der Inhalt eines Diskursbeitrages berücksichtigt werden, sondern auch der Verfasser dieses Beitrages. Nicht jeder Diskursteilnehmer verfügt über dasselbe Maß an Autorität und Einfluss - es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Macht eines Diskursteilnehmers und der Gewichtigkeit der von ihm verfassten Beiträge. Aus diesem Grund verfügen Diskursgemeinschaften häufig über Wortführer. Dabei handelt es sich um einzelne Diskursteilnehmer, die als „Sprachrohr“ für die gesamte Gemeinschaft fungieren. Diese Wortführer zu identifizieren und deren Beiträge zu analysieren, spielt im Rahmen der Diskursanalyse eine wichtige Rolle. Dabei lassen sich Wortführer grob in zwei Kategorien einteilen: Bei Wortführern von institutionalisierten Gemeinschaften handelt es sich häufig um Mitglieder, die innerhalb dieser Gemeinschaft ein Amt ausführen und ihren Status oftmals durch eine Wahl erlangt haben. Ein typisches Beispiel hierfür ist ein gewählter Politiker, der im Sinne seiner Partei handelt und im Rahmen öffentlicher Diskurse deren Werte und Weltanschauung widerspiegelt. Im Gegensatz dazu finden sich innerhalb nicht-organisierter Gemeinschaften keine offiziellen Vertreter. Dennoch lassen sich auch hier Wortführer erkennen. Obgleich diese Wortführer kein offizielles Amt innehaben, werden sie wegen ihres Einflusses, ihrer Bekanntheit oder aufgrund anderer Faktoren von der Öffentlichkeit oder zumindest von den anderen Teilnehmern des Diskurses als Vertreter dieser Gemeinschaft wahrgenommen.

Es stellt sich die Frage, inwiefern sich die Diskursbeiträge der Wortführer von den „normalen“ Beiträgen unterscheiden. Schwab-Trapp zählt die vier wichtigsten

Faktoren auf: (1) Wortführern ist es möglich, bestimmte Themen innerhalb des Diskurses zu fokussieren und dadurch den Diskurs in eine bestimmte Richtung zu lenken. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass Wortführer ihren Einfluss darauf verwenden, einen bislang noch nicht geführten Diskurs anzustoßen. Wortführer sind somit in der Lage, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf eine bestimmte Problematik, auf einen Sachverhalt oder eine Fragestellung zu lenken. (2) Spiegeln die Aussagen eines Wortführers sehr wahrscheinlich die Überzeugungen und die Grundhaltung der gesamten Gemeinschaft wider. Somit erlaubt eine Analyse der Beiträge von Wortführern häufig, Rückschlüsse auf den Rest der Gemeinschaft zu ziehen. Da es allerdings keine Garantie dafür gibt, dass die Aussagen eines Wortführers tatsächlich mit der Meinung der Gemeinschaft übereinstimmen, erscheint es sinnvoll, die Diskursbeiträge von Wortführern mit einzelnen, zufällig ausgewählten Beiträgen von anderen Mitgliedern der Gemeinschaft oder auch mit den Beiträgen anderer Wortführer zu vergleichen. (3) Andere Diskursteilnehmer orientieren sich an den Aussagen der Wortführer, übernehmen deren Argumentationsweise oder widersprechen gezielt. Die Beiträge der Wortführer lassen sich somit als Dreh- und Angelpunkte des Diskurses ansehen. (4) Da Wortführer häufig über ein großes Maß an gesellschaftlichem Ansehen verfügen, werden deren Beiträge als „bedeutend“ angesehen. Bildlich gesprochen überträgt ein Wortführer sein Ansehen auf seine Beiträge. Das Besondere hierbei ist, dass andere Diskursteilnehmer auch von diesem Phänomen profitieren können, indem sie die Argumentation des Wortführers übernehmen und dadurch ebenfalls „bedeutsam“ aufgeladene Beiträge produzieren (Schwab-Trapp, 2011, S. 294-295).

Um zu erläutern, welche Faktoren einem Individuum dazu verhelfen, den eigenen Status und das Ansehen innerhalb einer Gemeinschaft auszubauen und somit Einfluss zu erlangen, bietet sich der Begriff „soziales Kapital“¹⁰ an. Wissenschaftliche Disziplinen, in deren Rahmen der Begriff Anwendung findet, sind vor allem die Soziologie, die Politik- sowie die Wirtschaftswissenschaften. Aufgrund dieses sehr breit gefächerten Spektrums überrascht es nicht, dass sich

¹⁰ Teilweise auch zusammengeschieden „Sozialkapital“.

keine einheitliche Definition finden lässt¹¹ (Franzen & Pointner, 2007, S. 66-67).

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll das von dem Sozialwissenschaftler Pierre Bourdieu entwickelte System der vier Kapital-Arten Verwendung finden. Der Grund hierfür ist, dass die Werke von Bourdieu und Foucault stellenweise deutlich erkennbare Parallelen aufweisen. Im Zuge der Vorlesung „Sozialer Raum und »Klassen«“, ursprünglich gehalten im Februar 1984 in Frankfurt, spricht Bourdieu unter anderem über den Zusammenhang von Macht und dem öffentlichen politischen Diskurs:

Denn Erkenntnis von sozialer Welt und, genauer, die sie ermöglichenden Kategorien: darum geht es letztlich im politischen Kampf, einem untrennbar theoretisch und praktisch geführten Kampf um die Macht zum Erhalt oder zur Veränderung der herrschenden sozialen Welt durch Erhalt oder Veränderung der herrschenden Kategorien zur Wahrnehmung dieser Welt. Die Fähigkeit, etwas explizit, öffentlich zu machen, zu veröffentlichen, gegenständlich, sichtbar, in Worte faßbar, ja offiziell werden zu lassen [...] stellt eine außergewöhnliche gesellschaftliche Macht dar: die, eine Gruppe zu schaffen durch Schaffung des *common sense*, des ausdrücklichen Konsens der ganzen Gruppe. (Bourdieu, 1985, S. 18-19; Hervorhebung im Original)

Wie dieses Beispiel verdeutlicht, befasste sich Bourdieu ebenso wie Foucault mit dem Zusammenhang von Macht, Wissen und Diskurs. Zwar unterscheidet sich die Herangehensweise beider Autoren an die Thematik aufgrund einer unterschiedlichen Schwerpunktsetzung, dennoch lassen sich die theoretischen Grundgerüste miteinander verbinden. In ihrer Arbeit „Wissen im Diskurs“ stellt Laura Kajetzke einen Theorievergleich zwischen Bourdieu und Foucault an. Kajetzke kommt dabei zu dem Ergebnis, dass deren Ansätze nicht nur kompatibel sind, sondern sich zudem sinnvoll ergänzen (Kajetzke, 2008, S. 75-85).

Bourdieu's Überlegungen spielen im Rahmen der in dieser Arbeit vorgenommenen Analyse eine wichtige Rolle in Bezug auf die Identifizierung der diskursiven Wortführer. Die von Bourdieu maßgeblich geprägten Begriffe „soziales Kapital“ und „symbolisches Kapital“ erlauben es, abstrakte Konzepte wie gesellschaftliches

¹¹ Eine kompakte Zusammenfassung verschiedener Definitionen von sozialem Kapital findet sich in dem Aufsatz „Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand“ (Haug, 1997)

Ansehen und sozialen Einfluss greifbar zu machen, wodurch sich diese leichter bestimmen lassen.

Bourdieu unterscheidet zwischen vier verschiedenen Kapitalarten: ökonomisches, kulturelles, soziales und symbolisches Kapital. Ökonomisches Kapital beschreibt sämtliche materiellen Güter, Geld und Immobilien, die ein Individuum besitzt. Kulturelles Kapital hingegen fasst die Bildung bzw. die potenziellen Möglichkeiten einer Person, sich Bildung anzueignen, zusammen (Bourdieu, 1983, S. 183-191; Fuchs, Heinritz & König, 2011, S. 163-168).

Soziales Kapital definiert Bourdieu wie folgt:

Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes von mehr oder weniger institutionalisierten *Beziehungen* gegenseitigen Kennens oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der *Zugehörigkeit zu einer Gruppe* beruhen. (Bourdieu, 1983, S. 191; Hervorhebungen im Original)

Im Gegensatz zu ökonomischem und kulturellem Kapital ist es nicht möglich, dass soziales Kapital von nur einem einzelnen Individuum in Anspruch genommen wird. Vielmehr lässt sich soziales Kapital am besten als ein „Beziehungsnetzwerk“ und den damit verbundenen Vorteile für ein Mitglied des Netzwerkes beschreiben: „[Das] Beziehungsnetz ist das Produkt individueller oder kollektiver Investitionsstrategien, die bewußt oder unbewußt auf die Schaffung und Erhaltung von Sozialbeziehungen gerichtet sind, die früher oder später einen unmittelbaren Nutzen versprechen“ (Bourdieu, 1983, S. 193).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Je größer das soziale Netzwerk eines Individuums ist und je ausgeprägter die Beziehung eines Individuums mit anderen Mitgliedern dieses Netzwerkes ist, umso höher ist auch dessen soziales Kapital und der sich daraus ergebene potenzielle Nutzen. Denn je höher das soziale Kapital einer Person ist, umso wahrscheinlicher erhält er Hilfe und Unterstützung und umso gewichtiger und einflussreicher sind dessen Taten und Aussagen. Allerdings bedarf soziales Kapital einer ständigen Pflege. Im Gegensatz zu ökonomischem und kulturellem Kapital verflüchtigt sich das soziale Kapital mit der Zeit, sollte es versäumt werden, soziale Beziehungen aufrecht zu erhalten (Bourdieu, 1983, S.

191-195; Fuchs, Heinritz & König, 2011, S. 168-171).

Die letzte von Bourdieu beschriebene Kapitalart ist das symbolische Kapital. Am besten lässt sich das symbolische Kapital mit den Begriffen „Prestige“ und „Anerkennung“ umschreiben. Symbolisches Kapital kann nicht unabhängig von den anderen Kapitalarten existieren, vielmehr sind die drei zuvor beschriebenen Kapitalarten in der Lage, symbolisches Kapital zu erzeugen. So kann zum Beispiel durch den Kauf eines teuren Statussymbols symbolisches Kapital aus ökonomischem Kapital erzeugt werden. Der Erhalt eines Hochschulzeugnisses nach einem abgeschlossenen Studium gewährt symbolisches Kapital aus kulturellem Kapital. Ebenso lässt sich ein deutlicher Zusammenhang von sozialem und symbolischem Kapital beobachten: Je besser ein Individuum mit den Mitgliedern einer Gemeinschaft vernetzt ist, umso größer ist wahrscheinlich auch dessen Ansehen innerhalb dieser Gemeinschaft. Dabei ist es allerdings nicht möglich, eine klare Trennlinie zwischen sozialem und symbolischem Kapital zu ziehen, da sich beide Begriffe an mehreren Stellen überschneiden (Fuchs, Heinritz & König, 2011, S. 171-173).

An dieser Stelle lässt sich eine Brücke von Bourdieus Überlegungen hin zu der Diskursanalyse im allgemeinen und insbesondere zu Schwab-Trapps Ausführungen über diskursive Wortführer schlagen: Je größer das soziale Kapital bzw. das symbolische Kapital eines Diskursteilnehmers ist, umso gewichtiger sind dessen Beiträge und umso eher wird er zu einem Wortführer seiner Gruppe. Wie aber kann soziales & symbolisches Kapital gemessen werden? Hierzu gibt es mehrere unterschiedlichen Verfahren. Beispiele sind der von Claude Fischer ausgearbeitet „Namensgenerator“ aus dem Jahr 1977 oder der 2004 entwickelte „Ressourcengenerator“ von Van der Gaag und Snijders.¹² Allerdings sind diese Verfahren nicht oder nur bedingt für Messungen im Rahmen des Social Web zu gebrauchen, da dort häufig Beiträge unter dem Deckmantel der vermeintlichen Anonymität verfasst werden und der soziale Status des Diskursteilnehmers dadurch nicht mehr ersichtlich ist. Allerdings spielen Bourdieus Überlegungen

¹² Ein Überblick über unterschiedliche Messmethoden findet sich bei Franzen & Pointner, 2007, S. 8-11

immer dann eine Rolle, wenn sich Personen des öffentlichen Lebens, Vertreter einer Partei oder einer Institution an einem Diskurs beteiligen.

5.2.3. Diskursive Strategien nach Schwab-Trapp

Eine Analyse der Art und Weise *wie* einzelne Diskursteilnehmer versuchen, ihre Kontrahenten von ihrem Standpunkt zu überzeugen und somit eine Deutungshoheit zu erlangen, gehört zu den Aufgaben eines Diskursanalytikers. Schwab-Trapp (2011) untergliedert diskursive Strategien in eine sprachliche und eine interfraktionelle Seite. Mithilfe der sprachlichen Strategien soll, wie der Name bereits vermuten lässt, versucht werden, sein Gegenüber durch gesprochene oder geschriebene Worte zu überzeugen mit dem Ziel einer „Institutionalisierung neuer oder [...] Veränderung bestehender Deutungen“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 296). Um dies zu erreichen, können gesellschaftlich allgemein anerkannte Deutungen modifiziert und abgeändert werden. Die Idee hinter dieser diskursiven Strategie ist, dass eine bereits etablierte Deutung von anderen Teilnehmern des Diskurses möglicherweise weniger kritisch hinterfragt wird, wodurch wiederum eine leichte Abwandlung oder auch Neuinterpretation dieser Deutung unter Umständen auf nur geringen Widerstand stößt. Eine ähnliche, häufig angewandte Strategie bezeichnet Schwab-Trapp als *Techniken der Legitimierung*. Diese sind „innerhalb einer Kultur weitestgehend terminologisch stabilisiert und werden routinemäßig erwartet, wo die Bewertung von Handlungen und Ereignissen fragwürdig ist. Sie bestehen aus mehr oder wenig standardisierten Verfahren der Erklärung und Rechtfertigung von Ereignissen und Handlungen“ (Schwab-Trapp, 2011, S. 297). Diese diskursive Strategie lässt sich häufig beobachten und umfasst verschiedene Rechtfertigungsversuche, die eine Person unternimmt, um Schuld von sich zu weisen bzw. unangebrachtes Handeln und Aussagen zu relativieren. Ein Beispiel hierfür wäre die Aussage: „Mich trifft keine Schuld an der schlechten Note, da ich genug gelernt habe. Der Prüfer hat unfaire und zu schwere Fragen gestellt.“ Auch Aussagen, die beispielsweise unangebrachtes Verhalten relativieren („Der Diebstahl ist nicht schlimm, der Bestohlene hat ohnehin so viel Geld“) oder auch einem Opfer die Schuld für ein widerfahrenes Unglück zuzuweisen (beispielsweise mit den Worten „Selbst Schuld, wenn...“) fallen unter die

„Techniken der Legitimierung“.

Die Veränderung bestehender Deutungen und die „Techniken der Legitimierung“ sind typische diskursive Strategien auf einer sprachlichen Ebene. Dem gegenüber stehen die „Interfraktionelle Strategien“, welche allerdings in den Ausführungen über diskursive Gemeinschaften und Eliten bereits zu großen Teilen erläutert wurden und deshalb an dieser Stelle nur noch kurz angeschnitten werden. Einzelne Akteure, die sich aufeinander beziehen und voneinander abgrenzen, sich in mehr oder weniger organisierten Gemeinschaften zusammenschließen, die Argumentation eines Wortführers übernehmen, um sich dessen Einfluss zunutze machen – all diese „Manöver“ zählen zu den „Interfraktionellen Strategien“. Um diese zu entschlüsseln, steht der Diskursanalyst vor der Aufgabe, das Netz aus Wechselbeziehungen, welches die Diskursteilnehmer verbindet, aber auch voneinander abgrenzt, zu entwirren (Schwab-Trapp, 2011, S. 296-298).

Diskursbeiträge müssen nicht zwangsläufig versprachlicht sein, so können beispielsweise auch Bilder und Videos dazu benutzt werden, Argumenten Nachdruck zu verleihen. Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass einzelne Bilder oder Videos über ein genügend großes Maß an „Aussagekraft“ verfügen und deshalb als eigenständiger Diskursbeitrag angesehen werden können. Aus diesem Grund soll in der vorliegenden Arbeit die von Schwab-Trapp erarbeitete Untergliederung der diskursiven Strategien in eine sprachliche und interfraktionelle Seite ergänzt werden durch die Kategorie der visuellen Beiträge. Zwar lässt sich häufig beobachten, dass sich die sprachliche und visuelle Seite überschneidet¹³, dennoch erscheint diese Untergliederung in Hinblick auf die Fragestellung dieser Arbeit aufgrund der Vielzahl an Möglichkeiten, innerhalb des Social Web zu kommunizieren, sinnvoll.

5.2.4 Die Analyse der Überzeugungsstrategien

Insgesamt lässt sich eine unüberschaubar große Anzahl an unterschiedlichen Strategien identifizieren, die dazu dienen können, eine Diskussion für sich zu

¹³ Ein Beispiel hierfür sind geschriebene Worte, die in ein Bild eingefügt wurden.

entscheiden. Da es nicht möglich ist, sämtliche diskursiven Strategien an dieser Stelle aufzuzählen, soll auf die allgemeine Vorgehensweise der dieser Arbeit zugrundeliegenden Analyse dieser Strategien eingegangen werden.

Vorweg muss darauf hingewiesen werden, dass die in dieser Arbeit zu analysierenden Diskursbeiträge nicht dahingehend bewertet werden, welcher Diskursteilnehmer „Recht hat“. Dies hat zwei Gründe: Zum einen soll möglichst ein für das wissenschaftliche Arbeiten notwendiger neutraler Standpunkt gewahrt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass die politischen Überzeugungen des Diskursanalytikers in die Bewertung mit einfließen. Der zweite Grund lässt sich aus der theoretischen Grundlage dieser Arbeit ableiten. Eine Bewertung, welcher Diskursteilnehmer eine absolute und objektiv allgemeingültige Wahrheit ausspricht, lässt sich nicht mit Foucaults Überlegungen vereinbaren und würde somit den theoretischen Wurzeln der vorliegenden Arbeit widersprechen. Allerdings ist es möglich, die von den Diskursteilnehmern angewandten Überzeugungsstrategien zu analysieren und zu bewerten. Wie im vorherigen Abschnitt bereits erläutert, schneidet Schwab-Trapp diese Thematik kurz an und stellt mit der *Veränderung bestehender Deutungen* und den *Techniken der Legitimierung* zwei mögliche Strategien vor.

Eine Literatursuche zu dem Themenfeld „Überzeugungsstrategien“ offenbart eine große Anzahl an verschiedenen Ratgebern und Leitfäden, die ihre Leser dabei unterstützen sollen, deren Gesprächspartner effektiv von dem eigenen Standpunkt zu überzeugen. Zielgruppe dieser Bücher sind hauptsächlich Privatpersonen sowie Leute, die im Bereich Marketing und Verkauf tätig sind. Allerdings finden sich zu dieser Thematik auch einige Werke aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich. Zunächst erscheint es sinnvoll, kurz darauf einzugehen, was es eigentlich bedeutet, jemanden zu „überzeugen“. Chaniotis, Kropp und Steinhoff fassen die wichtigsten Facetten des Überzeugens wie folgt zusammen:

Der Initiator einer auf Überzeugung ausgerichteten Kommunikation bemüht sich darum, einen oder mehrere Adressaten zu einer Entscheidung oder Handlung zu bewegen. Er selbst ist von der Zweckmäßigkeit der Entscheidung bzw. Handlung überzeugt, bisweilen auch von deren Richtigkeit oder Legitimität. Mitunter kann ihm aber auch bewußt sein, daß die erwünschte Entscheidung oder Handlung primär – oder gar ausschließlich – ihm und nicht dem Adressaten Vorteile bringt.

Manchmal dient die Kommunikation auch der Rechtfertigung einer bereits getroffenen Entscheidung oder erzwungenen Handlung. (Chaniotis, Kropp & Steinhoff, 2009, S. 1)

In dieser kurzen Textpassage werden gleich mehrere wichtige Merkmale von Überzeugungsstrategien angesprochen, deren Untersuchung im Rahmen einer Diskursanalyse durchgeführt werden kann. Bevor Argumente detailliert betrachtet werden, bietet es sich zunächst an, zu bestimmen, ob diese Argumente nur an eine Person oder an mehrere Adressaten gerichtet sind. Obwohl sich innerhalb einer diskursiven Arena meist eine größere Anzahl an Personen an einer Diskussion beteiligt, kann sich dennoch ein argumentativer Schlagabtausch zwischen lediglich zwei Diskursteilnehmern entwickeln. Auch die im vorhergegangenen Zitat vorgeschlagene Unterteilung in Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente kann einen wichtigen Schritt für den weiteren Verlauf der Analyse darstellen. Allerdings lassen sich die beiden Kategorien nicht immer klar voneinander abgrenzen. Manche Argumente zielen darauf, einen Standpunkt sowohl zu rechtfertigen als auch andere von diesem zu überzeugen. Ob allerdings ein Sprecher selbst tatsächlich von der Richtigkeit seiner Argumente überzeugt ist, lässt sich in den meisten Fällen nicht feststellen.

Weiterhin lassen sich die Begriffe „Überzeugen“ und „Überreden“ unterscheiden. Gelingt es einem Sprecher, jemanden von seinem Standpunkt zu überzeugen, so stimmt diese Person den Ansichten des Sprechers zu und übernimmt diese auch häufig. Im Gegensatz dazu ist es Ziel des Überredens, jemanden zu einer Handlung zu bewegen. Die überredete Person muss dabei allerdings nicht zwangsläufig von der Richtigkeit dieser Handlung überzeugt sein. In der Praxis lassen sich „Überreden“ und „Überzeugen“ nicht immer klar voneinander abgrenzen, beispielsweise lässt sich eine kommerzielle Werbung sowohl dem Feld des „Überredens“ als auch des „Überzeugens“ zuteilen. Zum einen muss ein Kunde dazu überredet werden, ein Produkt zu kaufen, gleichzeitig muss er allerdings auch davon überzeugt werden, dass genau dieses Produkt und nicht etwa ein Konkurrenzprodukt das Beste auf dem Markt ist bzw. das beste Preis-Leistungs-Verhältnis besitzt (Chaniotis, Kropp & Steinhoff, 2009, S. 2).

Eine weitere denkbare Klassifikation von Überzeugungsstrategien wäre die

Unterscheidung zwischen einer fairen und einer unfairen Argumentationsweise. Idealerweise besteht ein Diskurs aus einem Austausch von rational nachvollziehbaren Argumenten, die wiederum durch möglichst seriöse und objektive Quellen gestützt sind. Dabei begegnen sich alle Diskursteilnehmer mit Respekt, lassen sich gegenseitig ausreden (bzw. machen sich die Mühe, die Beiträge der anderen Diskursteilnehmer zu lesen und nachzuvollziehen) und weichen nicht bewusst von dem eigentlichen Thema des Diskurses ab. Im Gegensatz dazu stehen Diskursbeiträge, die einen unfairen und manipulativen Charakter aufweisen.

So können sämtliche Argumente, die persönliche Beleidigungen oder Drohungen enthalten und dazu dienen, andere Diskursteilnehmer einzuschüchtern, als „unfair“ bezeichnet werden. Auch „emotionale“ Argumente gehören zu dieser Kategorie. Anstatt sachlicher Argumente werden Beiträge produziert, die bewusst darauf ausgelegt sind, andere Diskursteilnehmer durch das Erzeugen von Mitgefühl, Schuldgefühl, Angst etc. zu manipulieren. Ein weiteres Beispiel für eine „unfaire“ Argumentationsweise ist der bewusste Einsatz einer Lüge. An dieser Stelle offenbart sich wiederum die Schwierigkeit einer Bewertung von Diskursbeiträgen anhand fester, voneinander abgegrenzter Kategorien. Ist beispielsweise ein Diskursteilnehmer vom Wahrheitsgehalt seiner Aussage überzeugt, so handelt es sich nicht um eine Lüge¹⁴ und somit auch nicht um eine „unfaire“ Argumentationsweise. Weiterhin ist es auch denkbar, dass ein Argument sowohl „faire“ als auch „unfaire“ Komponenten enthält, beispielsweise durch die Verbindung einer sachlichen Argumentationsweise mit einer Beleidigung.

Die an dieser Stelle angeführten Überlegungen sollen verdeutlichen, dass es nur sehr schwer möglich ist, diskursive Strategien in ein allzu starres System an zuvor

¹⁴ Damit eine Lüge auch als solche bezeichnet werden kann, muss der Sprecher wissen, dass er eine Unwahrheit kommuniziert oder sich zumindest dessen bewusst sein, dass das Gesagte eventuell nicht der Wahrheit entspricht. Immanuel Kant schreibt in hierzu: „Es kann sein, daß nicht alles wahr ist, was ein Mensch dafür hält (denn er kann irren); aber in allem, was er sagt, muß er wahrhaft sein (er soll nicht täuschen) [...] Eine Lüge aber, sie mag innerlich oder äußerlich sein, ist zwiefacher Art: 1) wenn man das für wahr ausgiebt, dessen man sich doch als unwahr bewußt ist, 2) wenn man etwas für gewiß ausgiebt, wovon man sich doch bewußt ist subjectiv ungewiß zu sein“ (Kant, 2020, S. 421-422).

festgelegten Kategorien zu zwingen. Bewertet man Argumente und Aussagen anhand absoluter Kriterien wie beispielsweise „unfair – fair“ oder anhand dessen, ob es sich bei dem Argument um den Versuch handelt, jemanden zu überreden oder zu überzeugen – sobald ein Diskursanalyst ein derartig starres System für seine Untersuchung wählt, ist er zwangsläufig an dieses System gebunden. Um ein empirisches Ergebnis zu erhalten, kann auf den ersten Blick ein zuvor ausgearbeitetes Bewertungssystem anhand fester Kategorien sinnvoll erscheinen. Allerdings erweisen sich bei genauerer Betrachtung Diskurse als zu dynamisch und schnelllebig sowie Argumente als zu vielfältig und facettenreich, als dass sich allzu starre Kategorien für eine Bewertung finden ließen. Dies soll allerdings nicht bedeuten, dass es generell nicht möglich ist, Gemeinsamkeiten von Aussagen und Argumenten herauszuarbeiten. Allerdings kann eine derartige Einteilung erst nach der genauen Analyse von mehreren einzelnen Diskursbeiträgen erfolgen. Dabei sollen nach Möglichkeit folgende vier wichtige Fragen beantwortet werden:

1. Was ist der Inhalt der Aussage oder des Arguments?
2. Wie wird die Aussage oder das Argument kommuniziert? Welche diskursive Strategie kommt dabei zum Einsatz?
3. Wird die Aussage oder das Argument belegt? Wenn ja, mit welchen Quellen?
4. Lassen sich Gemeinsamkeiten oder Unterschiede in den angewandten diskursiven Strategien erkennen?

Nach der Analyse der diskursiven Strategien innerhalb unterschiedlicher Arenen werden die so gewonnenen Erkenntnisse in einem finalen Schritt miteinander verglichen. Ziel dabei ist es, ein Muster oder Schema herauszuarbeiten, eine für diesen speziellen Diskurs typische Argumentationsweise. Auch hierbei sollte allerdings darauf geachtet werden, dass dieses Schema ein gewisses Maß an Spielraum enthält und nicht zu starr und unflexibel formuliert wird, um ein möglichst allgemeingültiges und nicht nur ein auf die konkret untersuchten diskursiven Arenen beschränktes Ergebnis zu erhalten.

5.2.5 Der politische Diskurs

Ein Großteil der im Rahmen dieser Arbeit zu analysierenden Texte und Beiträge sind in einem politischen Kontext entstanden. Aus diesem Grund erscheint es an dieser Stelle sinnvoll, kurz auf die Schwierigkeiten einzugehen, die sich eventuell bei der Analyse eines politischen Diskurses ergeben können. Foucault selbst betrachtet den politischen Diskurs (neben dem Diskurs über Sexualität) zwar einerseits durch gesellschaftliche Tabus und Verbote eingeschränkt, weist aber auch darauf hin, dass eben genau diese Verbote einen Indikator für die „bedrohlichen Kräfte“, welche diese Diskurse zu entfalten in der Lage sind, darstellen:

Man weiß, daß man nicht das Recht hat, alles zu sagen, daß man nicht bei jeder Gelegenheit von allem sprechen kann, daß schließlich nicht jeder beliebige über alles beliebige reden kann. [...] Ich möchte nur anmerken, daß es heute zwei Bereiche gibt, in denen der Raster besonders eng ist und die Verbote immer zahlreicher werden: die Bereiche der Sexualität und der Politik. Offensichtlich ist der Diskurs keineswegs jenes transparente und neutrale Element, in dem die Sexualität sich entwaffnet und die Politik sich befriedet, vielmehr ist er ein bevorzugter Ort, einige ihrer bedrohlichsten Kräfte zu entfalten. (Foucault, 2014, S. 11)

Verbote können in zweierlei Kategorien unterteilt werden: Zum einen gibt es Aussagen, die zwar juristisch nicht relevant sind, allerdings als „unangemessen“ angesehen werden. Dem gegenüber stehen diejenigen Aussagen, welche von Gesetzes wegen verboten sind. So stehen beispielsweise sämtliche rechtsextremistischen Äußerungen, welche die Kategorien des §130 StGB erfüllen, in Deutschland unter Strafe. Während gesetzliche Verbote klar definiert sind, gestaltet sich die Identifizierung „unangemessener“ Äußerungen wesentlich schwieriger. Der Grund hierfür ist, dass es keine objektiven Kategorien gibt, die es ermöglichen, eine Aussage als „unangemessen“ zu identifizieren. Vielmehr bestimmt das Umfeld des Diskurses und dessen Teilnehmer bzw. die beteiligten Diskursgemeinschaften, ob eine bestimmte Äußerung gestattet ist oder nicht. Dabei spielt insbesondere der Austragungsort des Diskurses eine große Rolle. So kann es beispielsweise sein, dass eine Aussage an einem Ort mit hauptsächlich politisch rechts orientierten Diskursteilnehmern große Zustimmung erhält, dieselbe Aussage in einem politisch links orientierten Umfeld allerdings auf

Ablehnung stößt. Natürlich sind auch komplett neutrale Arenen denkbar, die es jedem gestatten, die eigene Meinung kundzutun und diese mit den anderen Diskursteilnehmern unvoreingenommen zu diskutieren. Allerdings lassen sich solche Arenen in der Praxis kaum finden, weiterhin konzentriert sich die in dieser Arbeit angewandte Diskursanalyse auf politisch radikale/extremistische Inhalte und Arenen. Konkret bedeutet dies, zunächst das politische Milieu der einzelnen diskursiven Arenen zu untersuchen. Dabei können die folgenden Fragen als Ausgangspunkt dienen:

- Finden sich in der zu untersuchenden diskursiven Arena offensichtlich gesetzlich verbotene Aussagen? Wenn ja, wie viele Teilnehmer tätigen solche Aussagen und wie reagieren die anderen Diskursteilnehmer darauf?
- Finden sich Aussagen, die pauschal von einer Mehrheit der Diskursteilnehmer in dieser Arena abgelehnt werden? Wenn ja, welche Gründe lassen sich hierfür erkennen? Wird eine Aussage nur deshalb abgelehnt, weil sie nicht kompatibel mit dem politischen Milieu der diskursiven Arena ist?
- Lässt sich auf den ersten Blick eine gemeinsame politische Überzeugung der versammelten Personen in der Arena erkennen? Anhand welcher Indizien lässt sich dies aufzeigen?

Anhand dieser Fragen kann das politische Milieu des jeweiligen diskursiven Austragungsortes grob bestimmt und politisch radikale/extremistische Arenen identifiziert werden. Je radikaler/extremistischer¹⁵ ein Diskursbeitrag ist, desto einfacher lässt sich dieser häufig auch als solcher erkennen. Allerdings kann es durchaus vorkommen, dass der Verfasser eines Beitrages bewusst versucht, eine verbotene Aussage zu verschleiern¹⁶. Aus diesem Grund dienen die hier vorgeschlagenen Fragen lediglich dazu, erste Eindrücke bezüglich der zu untersuchenden Arena zu sammeln und offensichtlich radikale/extremistische

¹⁵ Eine genaue Unterscheidung der Begriffe „politischer Extremismus“ und „politischer Radikalismus“ findet sich in Kapitel 6.1.

¹⁶ Der Grund hierfür kann beispielsweise Furcht vor einer strafrechtlichen Verfolgung sein.

Inhalte zu identifizieren. Um „verborgene“ Aussagen zu erkennen, bedarf es weiterer Analysearbeit. Um dies zu bewerkstelligen besteht für den Diskursanalytiker die Notwendigkeit, „zwischen den Zeilen“ zu lesen. Mit anderen Worten: berücksichtigt werden muss nicht nur, was gesagt/geschrieben wird, sondern auch, was mit der Aussage gemeint bzw. bezweckt wird. Wie bereits beschrieben, ist eines der wichtigsten Merkmale von Diskursen, dass jeder einzelne Beitrag mit anderen Beiträgen verknüpft ist und sich auf diese bezieht. Somit muss jede Aussage in einem politischen Diskurs einen Bezugspunkt besitzen. Die Art und Weise, wie ein Diskursteilnehmer einen bereits vorhandenen Diskursbeitrag liest und bewertet, spiegelt sich letztlich auch in dem von ihm verfassten Beitrag wider. Eine Analyse eben dieser Leseart kann im Rahmen der Diskursanalyse wichtige Rückschlüsse über politische Überzeugungen einzelner Diskursteilnehmer liefern und helfen, deren Aussagen besser zu verstehen und dadurch verborgene oder ironisch gemeinte Aussagen zu erkennen. Die wahre Intention hinter einer Aussage bleibt ohne die Berücksichtigung des Kontextes häufig im Verborgenen. Paolo Donati beschreibt in seiner Arbeit über die Analyse politischer Texte genau dieses Problem: „Jedweder Text umfaßt nicht alle Informationen, die zu seinem Verständnis und zu seiner Interpretation notwendig sind“ (Donati, 2011, S. 163). Um einem Diskursbeitrag diese verborgenen Aussagen zu entlocken, zieht Donati das „Framing“-Konzept, welches maßgeblich von Erving Goffman geprägt wurde, heran. Frames sind kognitive Strukturen, die sich auf die Wahrnehmung von Realität auswirken, da neue Erfahrungen mit bereits vorhandenen Deutungsmustern verbunden werden (Goffman, 1974, S. 21-39).

Ein frame ist also eine vorstrukturierte, standardisierte und generelle Struktur (in dem Sinne, daß sie bereits Teil des Rezipienten-Wissens ist), die Re-Kognition erlaubt und so die Wahrnehmung strukturiert (Minsky 1981)¹⁷. Es handelt sich um Wahrnehmungsstrukturen – diese umfassen relevante Fakten, Ursachen und Folgen, die das so entsprechende Deutungsmuster betreffen, die Akteure in jeder (neuen) Situation ins Gedächtnis rufen, das Wissen des Rezipienten verdichten und ihm ermöglichen, bestimmte Erwartungen über das, was nun zu tun ist oder geschehen wird, zu formulieren. (Donati, 2011, S. 165)

17 Donati verweist an dieser Stelle auf folgende Arbeit: Minsky, M. (1981): A Framework for Representing Knowledge. In: Haugeland, J. (Hrsg.): Mind Design. Montgomery: Vt: Bradford.

Frames dienen somit dazu, Wahrnehmungen zu gruppieren und einem Deutungsmuster zuzuweisen. Dabei ist zu beachten, dass eine solche Gruppierung nur möglich ist, wenn ein passender frame bereits in der Gedankenwelt eines Individuums vorhanden ist. „Akteure verleihen den Dingen Sinn eben durch deren ‚Wieder-Erkennung‘ als Elemente einer sinnhaft geordneten Welt“ (Donati, 2011, S. 164).

Eine weitere zentrale Eigenschaft von frames ist, dass diese relativ starr sind und sich nicht ohne weiteres verändern lassen. So werden Informationen, die nicht mit einem bereits vorhandenen Deutungsschema kompatibel sind oder diesem sogar widersprechen, entweder angepasst oder komplett ignoriert. Passen die Informationen hingegen zu einem Deutungsschema, so kommt es zu einer „Wieder-Erkennung“, weiterhin werden eventuell vorhandene Datenlücken ergänzt (Donati, 2011, S. 164-165).

Wie lässt sich nun ein Zusammenhang herstellen zwischen dem „Framing“-Konzept und der Diskursanalyse? Ein Ansatzpunkt ist die Überschneidung mit Foucaults Überlegungen über die Konstruktion von Wissen und Wahrheit. Ein Diskurs erzeugt keine objektive und allgemeingültige Wahrheit, vielmehr herrscht ein Kampf um Deutungshoheit – dies gilt insbesondere für den politischen Diskurs. Ein Diskursanalyst darf keineswegs erwarten, dass jeder Diskursteilnehmer den zur Debatte stehenden Sachverhalt unvoreingenommen und neutral bewertet, das Für und Wider unterschiedlicher Lösungsansätze abwägt und schließlich das Ergebnis dieser Überlegungen in Form eines Diskursbeitrages kommuniziert.

Im Rahmen einer Analyse von (politischen) Diskursen stößt man häufig auf das Phänomen, dass viele Teilnehmer bereits vor dem Eintritt in den Diskurs eine feste und kaum veränderbare Meinung über ein Thema haben. Genau dieser Sachverhalt lässt sich mithilfe des „Framing“-Konzeptes erklären. Damit es zu dem für frames charakteristischen Wieder-Erkennen kommen kann, genügt es bereits häufig, lediglich die Überschrift eines Beitrages, bzw. die ersten Sätze zu lesen.

Weiterhin besteht die Möglichkeit, dass Diskursteilnehmer die Überschriften ihrer

Beiträge bewusst so formulieren, um bei den Lesern ein bestimmtes Deutungsmuster in den Sinn zu rufen. Beginnt beispielsweise ein Diskursbeitrag mit dem Satz „Das Glas ist halb voll“, so löst dies bei den Lesern eine bestimmte Erwartungshaltung über den weiteren Verlauf des Beitrages aus. Lautet der erste Satz hingegen „Das Glas ist halb leer“, so beschreibt dies zwar denselben Sachverhalt, eventuell löst dies aber bei den Lesern ein anderes Deutungsmuster aus. Somit erklärt das „Framing“-Konzept die Art und Weise, wie Personen Informationen gruppieren, kategorisieren und dadurch einem Sinnzusammenhang zuweisen. Gleichzeitig können frames bewusst dazu verwendet werden, Meinungen zu manipulieren.

Werden die vorherrschenden frames der einzelnen diskursiven Arenen rekonstruiert, so ergibt sich für den Analytischen die Möglichkeit nachvollziehen zu können, weshalb eine bestimmte Aussage an einer bestimmten Stelle erscheint. Weiterhin ist es sogar möglich, Vorhersagen zu tätigen, wie die Diskursteilnehmer in dieser Arena auf eine bestimmte Aussage wahrscheinlich reagieren werden. Für Donati stellt die Analyse von frames die zentrale Aufgabe der politischen Diskursanalyse dar:

Politische Diskursanalyse versteht sich als ein Instrument zur Analyse der Art und Weise, wie politische Realität durch Diskurse ‚definiert‘ (framed) wird, in diesem Sinne auch, wie soziale Akteure sie verstehen. Dazu analysieren sie die Entwicklung und den Wandel der ideellen Konstrukte, die um die legitime Definition der ‚Natur‘ politischer Sachverhalte konkurrieren. (Donati, 2011, S. 166)

Wie aber kann ein Diskursanalytiker frames erfassen, spielt sich doch die Deutung und Gruppierung von Informationen ausschließlich innerhalb der Gedankenwelt jedes einzelnen Individuums ab? Der Schlüssel hierzu ist das bereits erwähnte „zwischen den Zeilen lesen“. Um den richtigen Deutungsrahmen zu identifizieren, ist es sinnvoll, die Thematik des Diskurses und seiner Beiträge in einen größeren Zusammenhang einzuordnen. Lassen sich alle oder die meisten Beiträge eines Diskursteilnehmers auf einen „gemeinsamen Nenner“ bringen, gibt es eine gemeinsame „Kernaussage“ der Beiträge, so ist dies ein wichtiger Indikator für den Deutungsrahmen, mit dessen Hilfe dieser Teilnehmer den Diskurs einordnet und bewertet. Finden sich übereinstimmende frames bei einem Großteil der Diskursteilnehmer innerhalb einer Arena, so handelt es sich sehr wahrscheinlich

um einen an diesem diskursiven Ort vorherrschenden Deutungsrahmen. Gleichzeitig lässt sich dadurch auch das politische Milieu der diskursiven Arena erkennen. Donati weist auf zwei Faustregeln hin, mithilfe derer ein Diskursanalytiker überprüfen kann, ob die von ihm herausgearbeiteten Frames korrekt sind:

a) Ein Deutungsrahmen sollte stets durch eine Kategorie von Objekten, Handlungen oder Ereignissen repräsentiert werden, die genereller und gemeinhin bekannter sind als das definierte Objekt oder der definierte Sachverhalt. Der Rahmen sollte als eine Art Leitmodell für das zu Verstehende fungieren.

b) Die Definition des Deutungsrahmens kann als korrekt eingeschätzt werden, wenn die Bedeutung des Textes sich nicht ändert oder zumindest tautologisch wird, wenn man die Definition des Rahmens an jenen Stellen des Textes einfügt, an denen das Thema (topic) bezeichnet wird. (Donati, 2011, S. 171)

5.2.6 Der Diskurs innerhalb des WWW

Bereits zu Beginn dieses Kapitels wurde kurz auf ein Problem eingegangen, das sich im Rahmen einer Untersuchung von Internetquellen ergibt: die schier unüberschaubare Menge an Daten sowie eine Vielzahl unterschiedlicher Verfahren zu deren Analyse. Aus diesem Grund muss jedes Forschungsprojekt, welches Daten aus dem Internet analysiert, sich für ein an die jeweilige Fragestellung passendes Vorgehen entscheiden und dieses gegebenenfalls anpassen. Hierbei stellt sich auch immer die Frage, ob spezielle Software zur Analyse von Internetseiten und Suchanfragen in Anspruch genommen werden soll. So erlaubt es beispielsweise „Google Trends“¹⁸ nach bestimmten Schlagworten zu suchen und auswerten zu lassen. Anschließend wird in Form eines Graphen das Interesse an dem Suchbegriff seit dem Jahr 2004 dargestellt. Das Problem an dem auf diese Weise gewonnenen Informationen ist, dass es sich hierbei lediglich um Metadaten handelt. So lässt sich beispielsweise der Grund für ein gesteigertes Interesse an einem Thema häufig nur sehr schwer und zumeist gar nicht erkennen. Weiterhin sind Analyseprogramme nicht in der Lage, zwischen für das Forschungsziel relevanten und nicht-relevanten Internetquellen zu unterscheiden, sarkastische und nicht ernst gemeinte Aussagen zu erkennen und den Inhalt von Bildern und Videos

¹⁸ Google Trends lässt sich unter <https://www.google.de/trends/> kostenlos verwenden.

zu analysieren. Da es sich bei der in der vorliegenden Arbeit vorgenommenen Untersuchung um eine Diskursanalyse nach Foucault handelt, können technische Hilfsmittel nur bedingt zum Einsatz kommen.

Welker und Wünsch (2010) haben eine Liste mit typischen Schwierigkeiten erstellt, die im Zuge einer Online-Inhaltsanalyse auftreten. Die in Hinblick auf die vorliegende Arbeit wichtigsten Gedanken dieser Autoren sollen an dieser Stelle rezitiert und anschließend ein Lösungsvorschlag für das jeweilige Problem gegeben werden.

Flüchtigkeit, Dynamik und Transitorik der Inhalte: Online-Inhalte werden von den Anbietern in der Regel kontinuierlich verändert, aktualisiert oder gelöscht. Dies folgt in den meisten Fällen keinem bestimmten Rhythmus, wie man sie beispielsweise vom Publikationsrhythmus klassischer Massenmedien (Tageszeitung, Fernsehen etc.) kennt. Meist stehen außerdem die veränderten oder gelöschten Inhalte anschließend nicht mehr oder nicht mehr vollständig zur Verfügung – sie werden seitens der Anbieter nicht zwangsläufig archiviert. (Welker & Wünsch, 2010, S. 496)

Um den Auswirkungen der hier beschriebenen Flüchtigkeit von Internetquellen entgegenzuwirken, werden sämtliche für die Analyse auszuwertenden Texte, Bilder und Videos auf einer Festplatte abgespeichert. Dadurch bleibt der Zugang zu den Daten erhalten, sollte der Online-Inhalt nicht mehr verfügbar sein. Da dem Leser diese Datensätze allerdings nicht zur Verfügung stehen, wird darauf geachtet, kurz vor der Fertigstellung der vorliegenden Arbeit noch einmal sämtliche angegebenen Hyperlinks auf ihre Aktualität zu überprüfen. Ein wichtiges Kriterium dafür, eine Internetquelle in den zu untersuchenden Datenkorpus aufzunehmen, ist unter anderem auch, ob es sich um eine möglichst „stabile“ Quelle handelt. Inhalte auf einer Seite, die seit Jahren besteht und nach wie vor zahlreiche Besucherzahlen aufweist, existieren wahrscheinlich auch noch einige Zeit nach Abschluss dieser Arbeit. Eine Garantie hierfür gibt es freilich nicht, insbesondere Seiten mit juristisch verbotenen Inhalten können gegen den Willen der Betreiber von Rechts wegen geschlossen werden. Sollten bei der abschließenden Überprüfung der Hyperlinks wichtige Inhalte tatsächlich nicht mehr verfügbar sein, besteht die Möglichkeit, einen Screenshot der Quelle anzufügen.

Nonlinearität/Hypertextualität: Texte liegen im Internet in der Regel, in einer

nicht linearen Form vor. Dies äußert sich durch Verlinkungen, die von einem Text auf einen anderen Text (oder Video, Bild etc.), häufig auch auf andere Webseiten verweisen. Diese verlinkten Netzwerke bilden dann eine eigenständige ‚kommunikative Einheit‘. Dadurch verwischen auch die Grenzen zwischen verschiedenen Inhalten. (Welker & Wünsch, 2010, S. 496)

Dieser Punkt beschreibt sowohl die schwierigste Aufgabe in Bezug auf die Analyse eines Online-Diskurses, gleichzeitig aber auch deren größten Reiz. Analysiert man eine politische Diskussion, der im Bundestag geführt wird, so weist diese Diskursarena eine klare Struktur auf. Verschiedene Diskursteilnehmer tragen der Reihe nach einen Diskursbeitrag an einem festgelegten Ort mit klar definierten Regeln vor. Eine politische Diskussion innerhalb des Social Web zeigt sich hingegen als wesentlich chaotischer. So wirken durch den Einsatz von Hyperlinks und die damit verbundene Möglichkeit, sich auf jede beliebige Quelle im Internet zu beziehen, Online-Diskurse ungeordnet, geradezu „durcheinander“. Dieses Chaos an unterschiedlichen Beiträgen zu entschlüsseln und dadurch Gesetzmäßigkeiten zu erkennen kann äußerst ertragreiche Erkenntnisse in Bezug auf die Kommunikation innerhalb des Social Web liefern.

Reaktivität und Personalisierung: Klassische Medieninhalte liegen in einer „stabilen“ unveränderlichen Form vor, z.B. als gedruckte Artikel in einer Zeitung oder als fertig produzierte Nachrichtensendung. Dagegen stellen sich Online-Inhalte in diesem Punkt als völlig neuartig dar: Die Inhalte können bei jedem Abruf aktuell generiert werden und interaktiv auf Merkmalen des Nutzers (z.B. welchen Browser er verwendet) oder auf Nutzereingaben basieren. So entstehen quasi personalisierte Angebote. Dies erfolgt beispielsweise durch eine datenbankgesteuerte Generierung von Inhalten entsprechend individueller Suchabfragen, individueller Account-Angebote in Communities und Portalen, individueller Navigation durch die Angebote eines Online-Shops etc. sowie durch mögliche Interaktivität, die eine kollektive bzw. usergestützte Inhaltsproduktion in Foren, Blogs etc. ermöglicht. (Welker & Wünsch, 2010, S. 496)

Dieses Phänomen der personalisierten Angebote ist innerhalb des Social Web sehr häufig zu beobachten. So erhält jeder Facebook-Nutzer, nachdem er sich bei dem Netzwerk angemeldet hat, individuell anhand seiner Verbindungen („Freunde“ und „Gefällt mir“-Angaben) abgestimmte Neuigkeiten und Informationen. Dies erschwert die Analyse von Inhalten auf Facebook, da hierdurch diskursive Verbindungen schwer nachzuvollziehen sind. Um die Problematik zu lösen, wurde im Rahmen der Forschungsarbeit ein eigener Account auf Facebook angelegt. Dieser Account dient dazu, sich mit in Hinblick auf die Fragestellung relevanten

Facebook-Profilen zu verbinden.

Quantität: Anfang 2009 zählte das Internet Systems Consortium (ISC) (2009) insgesamt 625 Millionen einzeln adressierbare Hosts im Internet. Dahinter verbirgt sich eine gigantische Menge an Inhalten. Auf Grund der weiteren Entwicklung des Internets, der Datenübertragungskapazitäten und neuer Inhalte ist davon auszugehen, dass diese Menge weiterhin rasant zunimmt. (Welker & Wünsch, 2010, S. 497)

Die Problematik der unüberschaubar großen Datenmenge wurde bereits kurz angeschnitten. Selbstverständlich ist es nicht möglich, die Gesamtheit des Internets nach politisch radikalen Inhalten zu durchsuchen bzw. sämtliche auffindbare Daten auszuwerten. Hinzu kommen noch sprachliche Barrieren. Aus diesem Grund wird der Fokus der Analyse auf deutschsprachige Seiten gelegt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass anderssprachige Webinhalte komplett von der Untersuchung ausgeschlossen werden. Verweist ein Diskursteilnehmer beispielsweise auf Inhalte einer englischsprachigen Webseite als Quelle für seine Aussage, so werden diese in der Analyse berücksichtigt. Auch das Sammeln von Metadaten erscheint in Hinblick auf die Fragestellung wenig sinnvoll. Aus diesem Grund wird der Schwerpunkt der Analyse auf einen kleinen Kreis von Internetauftritten gelegt, da ein allzu aufgeblähter Datenkorpus letztlich nur dazu führen würde, dass viele wichtige Informationen übersehen werden bzw. nicht berücksichtigt werden können. Ein kleinerer Datenkorpus ermöglicht es, die zu untersuchenden Inhalte genau und detailliert zu analysieren. Dies ist deshalb notwendig, da nur durch eine differenzierte Auswertung der Daten ein Diskurs nachkonstruiert und bewertet werden kann.

An dieser Stelle sollen noch weitere ergänzende Gedanken über Online-Diskurse dargelegt werden. Wie bereits erläutert, kann die Identifikation des Wortführers im Rahmen einer Diskursanalyse wichtige Erkenntnisse liefern. Je größer das soziale Kapital eines Diskursteilnehmers ist, umso höher ist dessen Ansehen innerhalb des Diskurses und umso wahrscheinlicher kann er zu einem Wortführer werden. Die Aussagen eines Wortführers werden von anderen Diskursteilnehmern als bedeutend und gewichtig angesehen, weiterhin ist ein Wortführer häufig in der Lage, den Diskurs in eine bestimmte Richtung zu lenken. Wie aber kann soziales Kapital in einem Diskurs gemessen werden, der komplett im Internet ausgetragen

wird? Häufig verwenden Parteien, Politiker oder andere bekannte Vertreter einer bestimmten politischen Richtung das WWW als Kommunikationsplattform und nutzen ihre Popularität aus, um als Wortführer zu fungieren. Der Großteil an politischen Beiträgen (insbesondere mit extremistischem Inhalt) werden allerdings im Schutze der „Anonymität“¹⁹ innerhalb des Internets verfasst. Informationen über Aussehen, Alter, Geschlecht, gesellschaftlichen Status oder akademische Titel sind somit in den meisten Fällen nicht einsehbar. Demnach spielen diese Faktoren, die häufig in einem direkten Zusammenhang mit dem sozialen (und auch symbolischen) Kapital stehen, innerhalb eines Online-Diskurses eine eher untergeordnete Rolle. Wie aber ist es dann möglich, innerhalb des WWW zu einem Wortführer werden? Im Zuge der für diese Arbeit unternommenen Datenauswertung konnten zwei häufig auftretende Strategien beobachtet werden, mit deren Hilfe es Diskursteilnehmern gelingt, in einer Online-Diskussion zu einem Wortführer zu werden. Eine zentrale Rolle hierbei nimmt die für das Social Web typische Kommentarfunktion ein. Fast jeder Blogeintrag, jedes Video und jeder Beitrag innerhalb eines sozialen Netzwerkes bietet Internetnutzern die Möglichkeit, sich zu äußern und die eigene Meinung zu der angesprochenen Thematik kundzutun. Die so produzierten Kommentare bilden eine eigene diskursive Arena. Der Verfasser des ursprünglichen Beitrages (bzw. Uploader des Videos) ist somit der Initiator einer auf diese Weise entstehenden Diskussion. Weiterhin steht es dem Initiator offen, sich ebenfalls an der Diskussion mithilfe der Kommentarfunktion zu beteiligen. Die so entstehenden Beiträge des Initiators erhalten meist große Aufmerksamkeit, somit treten die Initiatoren häufig auch als Wortführer in der von ihnen erzeugten Arena auf.

Dies ist allerdings nicht die einzige Möglichkeit, innerhalb eines Online-Diskurses als Wortführer wahrgenommen zu werden, potenziell kann jeder Diskursteilnehmer zu einem Wortführer werden. Wichtigste Voraussetzung hierbei ist es, sich rege an einer Diskussion zu beteiligen und dabei

¹⁹ An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass es sich hierbei nur um eine Schein-Anonymität handelt, da jede Internetverbindung über eine vom Provider individuell zugeteilte IP-Adresse verfügt, mithilfe derer der Nutzer identifiziert werden kann.

Diskursbeiträge zu verfassen, die als Dreh und Angelpunkt für den weiteren Verlauf der Diskussion dienen. In diesem Fall wird soziales Kapital durch rhetorische bzw. inhaltliche Aspekte diskursiver Beiträge erzeugt. Je mehr Diskursteilnehmer auf einen bestimmten Beitrag reagieren, sich auf diesen beziehen (sei es ablehnend oder zustimmend) und den Beitrag verlinken, umso wahrscheinlicher handelt es sich bei dem Autor des Beitrages um einen diskursiven Wortführer.

Abschließend soll noch kurz auf das Thema Datenschutz eingegangen werden. Welker und Wünsch schreiben hierzu:

Im Bundesdatenschutzgesetz werden personenbezogene Daten sowie personenbezogene Daten „besonderer Art“ differenziert. Letztere sind laut BDSG sensible Angaben wie solche über die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen, Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheit oder Sexualleben. Das Speichern, Verändern oder Nutzen dieser Art personenbezogener Daten ist zulässig, wenn dies zur Durchführung wissenschaftlicher Forschung erforderlich ist, ein öffentliches Interesse am Forschungsvorhaben besteht und der Zweck der Forschung auf andere Weise nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand erreicht werden kann (BDSG §14, Abs. 5). Der wissenschaftlichen Forschung werden somit besondere Rechte eingeräumt. (Welker & Wünsch, 2010, S. 489)

Im Zuge der durchgeführten Forschungsarbeit wurden viele Beiträge abgespeichert, welche die politische Meinung des jeweiligen Verfassers unmissverständlich widerspiegeln. Verwendet der Verfasser einer solchen Äußerung anstelle seines echten Namens ein Pseudonym, so wird dieses Pseudonym in dieser Arbeit genannt. Sollte allerdings der Klurname ersichtlich sein (wie es beispielsweise häufig bei Facebook der Fall ist), wird bewusst auf die Nennung des vollen Namens verzichtet. Dadurch soll verhindert werden, Persönlichkeitsrechte zu verletzen. Ausgenommen hiervon sind öffentlich einsehbare Internetbeiträge von Politikern und anderen Personen des öffentlichen Lebens.

5.3 Aufbau der Analyse

5.3.1 Zusammensetzung des Datenkorpus

Der Fokus der Analyse wurde auf Internetauftritte gelegt, mit deren Hilfe ein möglichst großes Publikum erreicht werden soll. Dennoch soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich innerhalb des WWW auch zahllose „Schattenseiten“, also schwer aufzuspürende Webauftritte, die nur wenigen Internetnutzern bekannt sind, befinden. Solche Seiten werden häufig von extremistischen Gruppierungen genutzt, um sich untereinander auszutauschen, gesetzlich verbotene Schriften zu verbreiten oder auch Aktionen und Veranstaltungen zu organisieren und zu koordinieren. Meist erhalten nur ausgewählte Personen Zutritt zu diesen Schattenseiten, häufig gilt als Voraussetzung eine persönliche Verbindung zu den Betreibern der Seite. Aus diesem Grund gestaltet sich die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet äußerst schwierig. Allerdings erscheint es aufgrund des Forschungsdesigns der vorliegenden Arbeit ohnehin sinnvoller, den Fokus auf politisch radikale/extremistische/populistische Seiten zu legen, die jeder Internetnutzer einfach finden und aufrufen kann.

Es stellt sich die Frage, anhand welcher Kategorien konkret entschieden wird, ob es sich bei der einem Internetauftritt um eine „relevante“ Quelle handelt. Der wichtigste Faktor hierbei ist die Reichweite der Seite. Manche Seiten geben Informationen über die Anzahl der Aufrufe insgesamt oder auch über die aktuell aktiven Zugriffe preis. Dies erleichtert eine Abschätzung der Reichweite einer Seite ungemein, allerdings gibt es auch weitere Indikatoren, die eine ungefähre Bestimmung der Relevanz zulassen. So lässt sich beispielsweise anhand der Anzahl der täglich neu produzierten Beiträge gut erkennen, ob ein Internetauftritt nach wie vor aktiv genutzt wird. Weiterhin kann anhand dessen, wie oft diese Beiträge kommentiert und verlinkt werden, die Reichweite dieser Beiträge ungefähr bestimmt werden. Auch eine einfache Google-Suche nach der zu analysierenden Seite kann hierzu wichtige Rückschlüsse liefern. Hierbei gilt die Faustregel: Je weiter oben die Seite nach einer gezielten Suche bei Google aufgelistet wird, umso wahrscheinlicher wird diese Seite auch von Nutzern des WWW „entdeckt“ und

aufgerufen.²⁰ Eine detaillierte Begründung für die Auswahl der einzelnen im Rahmen dieser Arbeit analysierten Webauftritte findet sich im analytischen Teil dieser Arbeit.

Insgesamt wurden drei Webauftritte in den Datenkorpus der Arbeit aufgenommen:

1. Das rechtsextremistische Wiki „Metapedia“. Da sich wie bereits erläutert ein Wiki in einem ständigen Veränderungsprozess befindet und die Beiträge nicht chronologisch geordnet sind, wurde versucht, sämtliche Artikel des Wikis, die eine Relevanz zu den untersuchten Diskursen aufweisen, in den Datenkorpus aufzunehmen. Metapedia ist zwar nicht durch eine einfache Google Suche auffindbar, allerdings ist das Wiki seit vielen Jahren aktiv und es handelt sich um das größte Nachschlagewerk für rechtsextreme Gedanken ihrer Art.
2. Die Homepage der Identitären Bewegung sowie der YouTube-Kanal und der Twitter-Account der Gruppierung. Die Identitäre Bewegung erlangte in den letzten Jahren große mediale Aufmerksamkeit, insbesondere aufgrund der gekonnten Selbstinszenierung der Gruppierung innerhalb der Sozialen Medien sowie durch die geschickte rhetorische Verschleierung ihrer rechtsradikalen bis rechtsextremen Ideologie.
3. Die Homepage und der Facebook-Account der rechtspopulistischen Partei AfD. Die AfD ist innerhalb der Sozialen Medien äußerst aktiv. Aus diesem Grund wurde der Untersuchungszeitraum des offiziellen Facebook-Accounts der AfD auf alle Beiträge, die im Jahr 2019 erschienen sind, beschränkt. Weiterhin werden ausgewählte Reden von führenden Politiken der Partei berücksichtigt sowie einzelne Beiträge der offiziellen Parteizeitung „AfD-Kompakt“.

²⁰ Um ein möglichst „neutrales“ Suchergebnis zu erlangen, wurden vor jeder Google-Suche nach den zu untersuchenden Internetauftritten sämtliche Cookies gelöscht, um den möglichen Auswirkungen der „Filter Bubble“ entgegenzuwirken.

5.3.2 Fragenkatalog

Um den theoretischen Teil abzuschließen, soll kurz ein Überblick über den Aufbau der Untersuchung gegeben werden. Ziel bei der Erarbeitung des folgenden Fragenkataloges ist es, sämtliche in diesem Kapitel besprochenen Inhalte miteinzubeziehen. Der grobe Aufbau der in dieser Arbeit vorgenommenen Diskursanalysen sieht wie folgt aus:

1. Klärung der Grundlagen

- Weshalb wurde dieser Diskurs für die Analyse ausgewählt?
- Wie verläuft der Diskurs außerhalb der konkret untersuchten diskursiven Arenen?

2. Rahmen des Diskurses und diskursive Arenen

- Welche diskursiven Arenen gibt es und welche dieser Arenen werden genauer untersucht?
- Wo liegen die Unterschiede zwischen den einzelnen Arenen?
- Gibt es Zugangsbeschränkungen zu den einzelnen Arenen?
- Wie sind die Arenen untereinander vernetzt?
- Lässt sich erkennen, dass Diskursteilnehmer Inhalte des Diskurses anhand von frames bewerten? Wie lässt sich das politische Milieu der einzelnen Arenen beschreiben?

3. Bestimmung der vier Formationsregeln

- Welche konkreten Inhalte werden angesprochen? Weshalb werden diese Themen gerade zu diesem Zeitpunkt thematisiert und was ist der Anstoß dafür? (Formation der Gegenstände)
- Welche diskursiven Gemeinschaften gibt es? Wer sind deren Wortführer

und wodurch lassen sich diese erkennen? Darf jeder Diskusteilnehmer zu Wort kommen? Wie wird mit ungeliebten Sprechern umgegangen? (Formation der Äußerungsmodalität)

- Welche Argumentationsstrategien werden angewandt? (Formation der Begriffe)
- Welche Wechselwirkung besteht zwischen diesen und anderen Diskursen? Wo lassen sich Gemeinsamkeiten erkennen, wo gibt es Unterschiede? (Formation der Strategien)

4. Abschließende Betrachtung und Zusammenfassung der Ergebnisse

- Zu welchem Ergebnis kommt der Diskurs? Welche „Wahrheit“ wird erzeugt?
- Lässt sich ein festes Muster erkennen, nach welchem der Diskurs Arena-übergreifend verläuft?

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass es sich bei dem hier vorgestellten Fragenkatalog lediglich um eine grobe Orientierungshilfe handelt und nicht etwa um eine starre Vorlage, welche Punkt für Punkt abgearbeitet wird. So kann es beispielsweise sein, dass Fragen nicht in exakt der hier angegebenen Reihenfolge beantwortet werden. Der Grund hierfür ist, dass es wenig sinnvoll erscheint, ein derartig dynamisches und verworrenes Konstrukt wie den Diskurs im Rahmen einer qualitativen Untersuchung in ein allzu starres Analyseschema zu zwängen.

6. Ergänzende theoretische Erläuterungen

6.1 Radikalismus und Extremismus – der Versuch einer Begriffsbestimmung

Eine klare Abgrenzung zwischen den Begriffen „Radikalismus“ und „Extremismus“ zu ziehen, gestaltet sich als schwierig. In der Alltagssprache werden „Radikalismus“ und „Extremismus“ häufig synonym verwendet. Auch im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten kam es bislang kaum zu einer Gegenüberstellung beider Begriffe (Bötticher & Mareš, 2012, S. 54). Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterscheidet die Begriffe wie folgt:

Bei „Radikalismus“ handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits „von der Wurzel (lat. radix) her“ anpacken will. Im Unterschied zum „Extremismus“ sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. [...] Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. [...] Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen. (Bundesamt für Verfassungsschutz 2, 2019)

Demnach ist politischer Radikalismus durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt. Politischer Extremismus hingegen lehnt die freiheitliche Demokratie nicht nur ab, sondern bekämpft diese aktiv. Extremismus ist somit nach dieser Definition eine Steigerung von Radikalismus. Bötticher & Mareš schlagen eine ähnliche Abgrenzung vor, stellen aber zusätzlich noch einen Bezug zu „Terrorismus“ her. „Alle Terroristen sind Extremisten und radikal. Alle Extremisten sind radikal, aber (noch?) keine Terroristen. Radikale sind keine Extremisten und Terroristen“ (Bötticher & Mareš, 2012, S. 54). Auch hier findet eine klare Steigerung von Radikalismus zu Extremismus bis hin zu Terrorismus als Endpunkt statt. Diese Abgrenzung soll auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit Anwendung finden, allerdings sei an dieser Stelle auch auf eine Problematik in Hinblick auf eine zu starre Grenzziehung zwischen den Begriffen hingewiesen. Im Zuge einer Diskursanalyse ist es meist nur sehr schwer ersichtlich, ob ein Beitrag als radikal oder extremistisch einzustufen ist, da die Grenzen zwischen

Radikalismus und Extremismus keineswegs starr sind, sondern fließend ineinander übergehen. Auch können Diskursteilnehmer, beispielsweise aus Angst vor rechtlichen Konsequenzen, eine extremistische Aussage sprachlich „abschwächen“, um diese dadurch zu verschleiern. Zwar kann ein einschlägiger Diskursbeitrag meist relativ sicher im Bereich des politischen Radikalismus/Extremismus verortet werden, allerdings ist eine klare Bestimmung, ob es sich konkret um eine „nur“ radikale oder schon um eine extremistische Aussage handelt, meist nur sehr schwer möglich. Aus diesem Grund wird in dieser Arbeit von „Radikalismus/Extremismus“ als zusammengehörende Begrifflichkeiten gesprochen. Lediglich wenn eine Aussage zweifelsohne als „radikal“ oder „extremistisch“ eingestuft werden kann, wird diese auch so benannt.

6.2 Alternative Fakten im postfaktischen Zeitalter und die „Filter Bubble“

Ende 2015 erschienen in einem Zeitraum von gerade mal einem Monat auf Spiegel Online drei Kolumnen von Sasha Lobo, welche politisch rechte Online-Diskurse thematisieren. Die erste Kolumne trägt den Titel „Wir sind das Volk! Wir sind das Opfer!“ und ging am 04.11.2015 online. Lobo arbeitet in diesem Beitrag eine typische Eigenart rechtspopulistischer Diskurse heraus: das sich selbst zum Opfer hochstilisieren. Der im Fahrwasser von Pegida groß gewordene Begriff „besorgte Bürger“ zeigt dieses Opferverständnis deutlich auf. Lobo fasst dieses Phänomen wie folgt zusammen: „rechtspopulistische Kommunikation im Netz ist 2015 die fortwährende Beschwörung des eigenen Opferkults. Wir sind das Volk, wir sind die Opfer! [...] Natürlich ist die beabsichtigte, implizite Folge des Opferstatus zugleich, jede eigene Verantwortung abzulehnen. Ein Opfer trägt ja nie die Schuld“ (Lobo, 2015a).

Eine Woche später, am 11.11.2015 greift Lobo diese Thematik ein weiteres Mal auf und veröffentlicht die Kolumne „Immer her mit der Nazikeule“. „Es geht meist gar nicht um Gespräche, sondern um Signale der Zusammengehörigkeit an Gleichgesinnte. Diskussion als Austausch von Positionen ist selten erwünscht [...]. Selbst sanfte Entgegnungen und zaghafte Zweifel werden oft brachial gekontert, es

geht dabei offensichtlich um Selbstvergewisserung vor der Gruppe“ (Lobo, 2015b) – so beschreibt Lobo eine typisch rechtsradikale Diskussion.

Der letzte an dieser Stelle angeführte Artikel von Sasha Lobo trägt den Titel „Der Knalleffekt ersetzt die Erkenntnis“ und zeichnet ein sehr düsteres Bild des Online-Diskurses: „Der Internetkommentar ist ironischerweise das Symbol für das vorläufige Ende des Diskurses: Es kommt nur noch auf die emotionale Inszenierung des Moments an. Die spontan gefühlte Wahrheit ersetzt die Wahrheit, die momentane Überrumpelung ersetzt das Argument, der plötzliche Knalleffekt ersetzt die Erkenntnis“ (Lobo, 2015c).

Lobo stellt in seinen Kolumnen drei für die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit relevante Thesen auf: (1) Im rechtspopulistischen bis rechtsextremen Online-Diskurs stellen sich die Diskursteilnehmer häufig als Opfer dar, (2) die Bestätigung durch die Gruppe ist von größerer Bedeutung als eine offen geführte Diskussion und (3) rationale Argumente werden zunehmend von emotional aufgeladenen Aussagen verdrängt. Eines der Ziele der vorliegenden Arbeit soll sein, eben solche „typischen“ diskursiven Strategien aufzuzeigen und zu beschreiben. Obwohl Lobos Analysen eher oberflächlich erfolgen, geben diese dennoch einen guten ersten Einblick in gebräuchliche diskursive Strategien. Von den hier beschriebenen Phänomenen ist der in Öffentlichkeit und Wissenschaft wohl am häufigsten diskutierte Punkt die Argumentation unter Zuhilfenahme von nicht validierten, aber emotional aufgeladenen Behauptungen. Zwar handelt es sich hierbei keineswegs um eine neue Form der Diskursführung, populär wurde das Phänomen in den letzten Jahren insbesondere durch die Wahl von „postfaktisch“ zum Wort des Jahres 2016 durch die Gesellschaft für deutsche Sprache (GfdS, 2016). Ebenso wurde 2016 im englischsprachigen Raum der deckungsgleiche Begriff „post-truth“ durch die Oxford Dictionaries zum „word of the year“ ernannt. Die Oxford Dictionaries definieren „post truth“ als „Relating to or denoting circumstances in which objective facts are less influential in shaping public opinion than appeals to emotion and personal belief“ (Oxford Dictionaries, 2017). In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll, auch auf die Bezeichnung „alternative facts“, welcher am 22. Januar 2017 durch Kellyanne Conway, einer

Beraterin von Donald Trump, während eines Interviews mit dem Fernsehsender NBC verwendet wurde, einzugehen (NBC, 2017). In besagtem Interview wird Conway mit der Frage konfrontiert, weshalb Sean Spicer – zu diesem Zeitpunkt Pressesprecher des Weißen Hauses – bewusst unwahre Aussagen verbreitet. Spicer hatte in seiner ersten Pressekonferenz am 21. Januar 2017 behauptet: "Das war das größte Publikum, das jemals bei einer Vereidigung [eines U.S. Präsidenten] dabei war, sowohl vor Ort als auch weltweit, punktaus"²¹ (Kolb, 2017). Conway wich der Frage zunächst mehrere Male aus. Auf Drängen des Moderators hin verteidigte sie schließlich die Behauptung von Spicer und gab an, dass es sich hierbei um „alternative Fakten“ handele. Dies ist deshalb bemerkenswert, da es sich in diesem Fall keineswegs um eine alternative Interpretation eines streitbaren Sachverhaltes handelt. Vielmehr liegt hier die Wahrheit in einer simplen mathematischen Größe: der Anzahl der Zuschauer. Keith Still, Professor für das Fach „Crowd Science“ an der Manchester Metropolitan University verglich Luftaufnahmen der Amtseinführung von Donald Trump mit Fotos von der Amtseinführung von Barack Obama im Jahr 2009. Still kommt zum Schluss, dass bei Trump lediglich etwa ein Drittel der Zuschauer als sein Vorgänger hatte (Wallace, Yourish & Griggs, 2017). Bemerkenswert dabei ist, dass es keineswegs einen Experten auf dem Gebiet der „Crowd Science“ braucht, um dies zu erkennen. Jeder Laie bemerkt den frappierenden Unterschied an Zuschauern bereits auf den ersten Blick, zudem sind Bilder beider Amtseinführungen ohne Aufwand und für jeden im Internet aufrufbar. Genau dieser Umstand macht die Bezeichnung „alternative Fakten“ so interessant. Denn natürlich erscheint die Frage, welcher Präsident bei seiner Amtseinführung mehr Zuschauer hatte, zunächst völlig banal. Doch lässt sich hier ein größeres Bild zeichnen: Leicht überprüfbare Fakten, die sich problemlos verifizieren lassen, werden dennoch geleugnet und angezweifelt. Somit kann jeder Sachverhalt, welcher nicht zum eigenen Weltbild passt, ganz einfach als unwahr abgestempelt werden. Wenn wir in einer „postfaktischen“ Zeit leben, bestimmt durch „alternative Fakten“, so scheint auch der Wahrheitsbegriff in eine

21 Die Übersetzung stammt aus dem Artikel „Angeben, Attackieren, Ablehnen“ von Matthias Kolb für die Süddeutsche Zeitung. Wörtlich sagte Spicer: "This was the largest audience to ever witness an inauguration – period – both in person and around the globe."

Krise zu geraten.

An dieser Stelle soll noch einmal auf Foucault verwiesen werden: Wie bereits erläutert, erheben Diskursteilnehmer typischerweise einen Wahrheitsanspruch auf ihre Beiträge und ringen um Deutungshoheit. Weiterhin sieht Foucault „Wahrheit“ immer als historisch gewachsen und dadurch wandelbar.

Jede Gesellschaft hat ihre eigene Ordnung der Wahrheit, ihre 'allgemeine Politik' der Wahrheit: d.h. sie akzeptiert bestimmte Diskurse, die sie als wahre Diskurse funktionieren lässt; es gibt Mechanismen und Instanzen, die eine Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen ermöglichen und den Modus festlegen, in dem die einen oder anderen sanktioniert werden; es gibt bevorzugte Techniken und Verfahren zur Wahrheitsfindung; es gibt einen Status für jene, die darüber zu befinden haben, was wahr ist und was nicht. (Foucault, 1978, S. 51)

Führt man sich Foucaults Wahrheitsbegriff vor Augen und vergleicht diesen mit „alternativen Fakten“, so lässt sich folgende Hypothese aufstellen: Alternative Fakten bilden eine Art Gegenpol zu einer allgemein anerkannten und historisch gewachsenen Wahrheit, gleichzeitig werden herkömmliche Mechanismen und Techniken der Wahrheitsfindung ausgehebelt. Verstärkt wird dieser Effekt durch den häufig heraufbeschworenen „postfaktischen“ Zeitgeist und das Social Web mit seinen Echokammern und Filterblasen. Es entsteht eine Art diskursive Parallelgesellschaft. Sehr deutlich lässt sich dies anhand der Aktivitäten auf Twitter am 22. Juli 2016 aufzeigen. An diesem Tag ereignete sich in der Innenstadt von München ein Amoklauf. Gerret von Nordheim wertete an diesem Tag über 80.000 Tweets aus und kommt zu folgendem Ergebnis:

Die vom Autor erstellte Netzwerkanalyse basiert auf 83.594 Tweets, die zwischen Freitag, 19.05 Uhr, und Sonnabend, 7.18 Uhr, unter dem Hashtag *München* gepostet wurden. Sie zeigt, wie deutlich zwei beinahe isolierte Hauptcluster die Twitter-Sphäre bestimmten: Im Cluster rund um den Twitter-Account der Polizei München (dargestellt durch den größten Knoten im unteren Cluster) finden sich vor allem klassische Medien (u.a. Spiegel Online, die Tagesschau, Bild, Zeit Online, ZDF heute), viele Journalisten, die privat twitterten und auch einige Politiker. Im zweiten, kleineren Cluster finden sich unter anderem Accounts verschiedener AfD-Ortsgruppen und -Politiker. Der Tweet mit der größten Reichweite in diesem Cluster steht repräsentativ für die dominierenden Frames innerhalb des Clusters: Politik- und Medienversagen werden angeprangert, die Ereignisse werden schnell mit fremdenfeindlichen Deutungsmustern verbunden. (von Nordheim, 2016; Hervorhebungen im Original.)

Der in diesem Zitat angesprochene Tweet mit der größten Reichweite wurde von der AfD veröffentlicht. Darin ist zu lesen: „Deutschland im Visier des islamistischen Terrors! Nun muss das deutsche Volk für die Fehler der Regierung Merkel bluten!“ Bemerkenswert dabei ist, dass es sich bei dem Amoklauf um keinen terroristischen Anschlag handelte und die AfD diesen Tweet veröffentlichte, bevor es gesicherte Hinweise über den oder die Täter oder das Motiv gab. Von Nordheims Analyse legt die Existenz von Diskursen nahe, welche parallel zu den allgemein öffentlichen Diskursen bestehen, ohne sich mit diesen zu überschneiden.

Die Neigung der Selbstbestätigung durch Medien, beispielsweise durch die Wahl der Tageszeitung, bestand sicherlich schon vor der Zeit sozialer Medien. Ein Unterschied scheint indes darin zu bestehen, dass klassische Medienangebote nur bis zu einem gewissen Maße individualisierbar waren. So wurde der zur Selbstbestätigung neigende Rezipient auch immer mit Informationen konfrontiert, die ihn veranlassten, seine Meinungen neu zu verhandeln. Dem kann der User in den sozialen Netzwerken heute entgehen. Alle kommunikativen Grundbedürfnisse scheinen innerhalb dieser Systeme gedeckt: In sozialen Medien vernetzen und bestätigen sich nicht nur Menschen mit gleicher Weltsicht, sondern sie folgen auch alternativen Medien, die sie mit Informationen versorgen, Prominenten, mit denen sie sich identifizieren können, [...] so bildet sich, wie am Beispiel München sichtbar wird, ein selbsttragendes Parallelnetzwerk, das sich selbst genügt in einem stabilen Gleichgewicht aus Angebot und Nachfrage konsistenter Sinnzuschreibungen. (von Nordheim, 2016)

Von Nordheim beschreibt hier, dass sich User des Social Web willentlich mit „gleichgesinnten“ Informationsquellen vernetzen – dies scheint eine wichtige Rolle für die Existenz der diskursiven Parallelgesellschaften zu spielen. Allerdings wird auch häufig eine weitere Eigenart des Social Web diskutiert, die 2011 durch den Begriff „Filter Bubble“ bekannt wurde. In dem gleichnamigen Buch beschreibt Eli Pariser diese „Filter Bubble“ als ein Verfahren, mithilfe dessen die Nutzer des Social Webs mit durch einen Algorithmus ausgewählten Informationen versorgt werden. Diese Informationen orientieren sich an zuvor abgerufenen Daten, Nachrichten und Anzeigen. Das Verfahren ist nicht nur in Hinblick auf eine für jeden Nutzer individuell abgestimmte Schaltung von Werbung relevant, auch Meldung über politische Themen werden auf diesem Weg einer bestimmten Zielgruppe bevorzugt zugänglich gemacht (Pariser, 2012, S. 117-144). Daher kommt auch die Bezeichnung „Filter Bubble“ – der Nutzer des Social Web befindet

sich in einer sprichwörtlichen Informationsblase, die ihn nicht nur mit individualisierten Werbeanzeigen versorgt, sondern auch bevorzugt solche Nachrichten zukommen lässt, die seinem politischen Weltbild entsprechen. Selbstverständlich kommt es auch in „klassischen“ Medien wie der Tageszeitung zu einer Filterung von Informationen, da es immer auch ein Teil der journalistischen Arbeit ist, die Relevanz und Glaubwürdigkeit von Nachrichten zu bewerten und dann zu verbreiten. Dennoch besteht aufgrund der „Filter Bubble“ eine erhöhte Gefahr, dass Leute mit Informationen, die nicht unmittelbar ihren Ansichten entsprechen, gar nicht erst in Berührung kommen. Dadurch, dass die eigene Meinung somit immer wieder bestätigt wird, erscheint diese auch mehrheitsfähig und allgemein anerkannt. Dies gilt selbstverständlich auch für „alternative Fakten“ und „gefühlte Wahrheiten“, welche sich mithilfe von Filtersystemen schnell verbreiten können – unabhängig davon, ob die so propagierten Informationen ausreichend belegt sind oder sich dabei gar um bewusst gestreute Lügen handelt. In „Die fröhliche Wissenschaft“ schreibt Nietzsche: „Die perfideste Art, einer Sache zu schaden, ist, sie absichtlich mit fehlerhaften Gründen vertheidigen“ (Nietzsche, 1988, S. 504). Etwas überspitzt lässt sich sagen: In Hinblick auf diskursive Auseinandersetzungen innerhalb des Social Web scheint dies nicht zu stimmen. Im Gegenteil werden Lügen absichtlich weiterverbreitet und scheinen innerhalb spezieller Arenen eine völlig legitime Form der Diskursführung zu sein. Sollte jemand bereits eine feste Meinung über ein Thema haben, so besteht die Möglichkeit, dass diese durch die „Filter Bubble“ weiterhin verstärkt und gefestigt wird. Dieser Verdacht, welcher schon seit mehreren Jahren in öffentlichen Debatten immer wieder geäußert wird, konnte unter anderem im Jahr 2015 im Rahmen der empirischen Studie „The spreading of misinformation online“ bestätigt werden:

Digital misinformation has become so pervasive in online socialmedia that it has been listed by the WEF as one of the main threats to human society. Whether a news item, either substantiated or not, is accepted as true by a user may be strongly affected by social norms or by how much it coheres with the user's system of beliefs [...]. Many mechanisms cause false information to gain acceptance, which in turn generate false beliefs that, once adopted by an individual, are highly resistant to correction [...]. In this work, using extensive quantitative analysis and data-driven modeling, we provide important insights toward the understanding of the mechanism behind rumor spreading. Our findings show that users mostly tend

to select and share content related to a specific narrative and to ignore the rest. In particular, we show that social homogeneity is the primary driver of content diffusion, and one frequent result is the formation of homogeneous, polarized clusters. Most of the times the information is taken by a friend having the same profile (polarization) — i.e., belonging to the same echo chamber. (Del Vicario, Bessi, Zollo, Petroni, Scala, Caldarelli, Stanley & Quattrociocchi, 2015)

Die Autoren dieser Studie weisen auf einen weiteren Aspekt in Bezug auf durch die „Filter Bubble“ beeinflusste Online-Kommunikation: Ein Individuum, das einmal eine Fehlinformation als die Wahrheit ansieht, scheint hochresistent gegenüber einer Berichtigung dieser Fehlinformation zu sein. Dieser Sachverhalt wird durch eine weitere groß angelegte Studie, welche über einen Zeitraum von fünf Jahren 54 Millionen Facebook-Profilen quantitativ auf die Verbreitung von Verschwörungstheorien untersuchte, bestätigt. „Our findings shows that very few users of the conspiracy echo-chamber interact with debunking posts and that, when they do, their interaction often leads to increasing interest in conspiracy-like content. When users are confronted with new and untrusted opposing sources online, the interaction leads them to further commit to their own echo chamber“ (Zollo, Bessi, Del Vicario, Scala, Caldarelli, Shekhtman, Havlin & Quattrociocchi, 2015, S. 11). So lautet das Fazit der Forscher, die betonen, dass die Konfrontation mit Inhalten, die den eigenen Überzeugungen widersprechen nicht etwa zu einer kritischen Auseinandersetzung oder Neubewertung führen, sondern häufig das Gegenteil bewirken: eine verstärkte Hinwendung zu den bereits vertrauten Echokammern.

An dieser Stelle lässt sich eine Brücke zu dem Begriff „Lügenpresse“ schlagen, welcher in den vergangenen Jahren insbesondere in dem Umfeld der Pegida Bewegung sowie der AfD ein „Comeback“ erlebte. Denn wenn die eigene politische Auffassung permanent durch die „Filter Bubble“ und die dadurch entstehenden Echokammern bestätigt, ja sogar scheinbar von einem Großteil der Leute geteilt wird, so müssen es folglich die großen etablierten Medien sein, die Unwahrheiten verbreiten. Eine weitere Studie aus dem Jahr 2017 fand heraus, dass 20% der erwachsenen Bevölkerung der USA sich häufig über aktuelle Nachrichten mithilfe von Social-Media-Kanälen (insbesondere auf Facebook und YouTube) informieren. Weiterhin gaben 27% der Befragten an, dies manchmal zu tun (Shearer & Gottfried, 2017). Auch wenn diese Prozentzahlen nicht komplett auf

Europa übertragen werden können, so ist dennoch davon auszugehen, dass sich auch hier eine große Anzahl an Menschen Informationen mithilfe von Social-Media-Angeboten beschaffen. Dabei besteht die Gefahr, dass „die sozialen Medien die traditionellen Gatekeeper des Journalismus zum Teil entmachtet haben, stehen bei Facebook und Google nun fragwürdige Rechtspostillen und Verschwörungsblogs scheinbar gleichberechtigt neben Quellen, die sich an journalistische Standards halten. Was jemand aus diesem Potpourri zu sehen bekommt, entscheidet der Algorithmus“ (Stöcker, 2016).

Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass es durchaus auch kritische Stimmen in Bezug auf den vermuteten Einfluss der „Filter Bubble“ gibt. Die Existenz einer Informationsblase lässt sich leicht nachprüfen, beispielsweise kann die gleiche Google-Suche mit zwei unterschiedlichen Endgeräten auch zu unterschiedlichen Ergebnissen führen – abhängig von vorherigen Suchanfragen und der – durch einen Algorithmus berechneten – Interessen des Nutzers. Strittig ist allerdings, wie stark jeder einzelne Internetnutzer tatsächlich von der „Filter Bubble“ und den Echokammern beeinflusst wird, insbesondere dann, wenn der Nutzer von deren Existenz weiß. Auch besteht die Möglichkeit, aus der „Filter Bubble“ auszubrechen, beispielsweise durch das Löschen aller auf den Endgeräten gespeicherten Cookies und dem Wechsel der IP-Adresse. Im Rahmen von Facebook erscheint dieser Ausbruch allerdings schon etwas komplizierter. Es müsste dazu ein neuer Account angelegt werden, da Facebook sämtliche Aktivitäten seiner Nutzer abspeichert und diese nicht mehr „rückgängig“ gemacht werden können.

Zusammenfassend lässt sich an dieser Stelle festhalten, dass obwohl das Konzept der „Filter Bubble“ nicht ganz unumstritten ist, es dennoch den berechtigten Verdacht gibt, dass Nutzer, die bereits eine bestimmte (politische) Überzeugung vertreten, mithilfe von Online-Diskursen in eben diesen Überzeugungen bestärkt werden. Dies befeuert die Entstehung von „diskursiven Parallelgesellschaften“, die sich von den in der Öffentlichkeit geführten Debatten abgrenzen und nach komplett eigenen Regeln zu funktionieren scheinen. Dieses Phänomen wird bereits 2008 von Habermas beschrieben: „Im Kontext liberaler Regime überwiegt jedoch

eine andere Tendenz. Hier fördert die Entstehung von Millionen von weltweit zerstreuten *chat rooms* und weltweit vernetzten *issue publics* eher die Fragmentierung jenes großen, in politischen Öffentlichkeiten jedoch gleichzeitig auf gleiche Fragestellungen zentrierten Massenpublikums. Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltene Zufallsgruppen. Auf diese Weise scheinen die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden“ (Habermas, 2008, S. 161–162; Hervorhebungen im Original).

7. Analyse ausgewählter Webauftritte

7.1 Metapedia

7.1.1 Allgemeines

Unter den rechtsextremen Internetpräsenzen nimmt „Metapedia“ eine gesonderte Rolle ein: Ebenso wie Wikipedia lässt sich Metapedia als Online-Enzyklopädie beschreiben. Besucher der Seite sind angehalten nicht nur lediglich als Leser zu fungieren, sondern sich aktiv durch das Verfassen und Verbessern von Artikeln zu beteiligen. Auf der deutschen Startseite definiert sich Metapedia selbst wie folgt:

Metapedia ist eine Weltnetz-Enzyklopädie mit Schwerpunkt auf den Themenbereichen Kultur, Geschichte, Politik, Wissenschaft und Philosophie. Sie besteht seit 2007 und ist Teil eines größeren internationalen Netzwerkes. Dieses bezweckt die Unterrichtung der Öffentlichkeit durch Bereitstellung wahrheitsgemäßer lexikalischer Informationen, wie konforme Medien sie nicht bieten. Die Enzyklopädie will zudem einen Beitrag dazu leisten, das deutsche Kulturerbe zu bewahren und zugleich die deutsche Sprache zu schützen. Metapedia stellt auch Sachverhalte und Positionen dar, die anderweitig bewußt tabuisiert werden. Nicht zuletzt klärt Metapedia über antideutsche Vorurteile auf. (Metapedia 1, 2019)

Metapedia grenzt sich bewusst inhaltlich von anderen Online-Enzyklopädiën ab, insbesondere Wikipedia verbreite „in Artikeln zu politischen und historischen Themen jedoch grundsätzlich linkslastiges und sogar dezidiert antideutsches Gedankengut mit auffälliger Tendenz zu Geschichtsfälschungen und verweist zudem regelmäßig auf linksextreme und jugendgefährdende Netzseiten“ (Metapedia 2, 2019). Im Gegensatz hierzu betont Metapedia, keinerlei politische Ziele zu verfolgen, sondern lediglich objektive Sachverhalte darzustellen. Auf der Projektseite von Metapedia, welche die Ziele der Online-Enzyklopädie beschreibt, findet sich folgender Abschnitt:

Das Projekt will dem Leser keine Meinungen aufdrängen, für die Verbreitung persönlicher Ansichten ist Metapedia der falsche Ort. Allerdings ist es vielfach unerlässlich, das Vokabular des Systems zu ignorieren oder zu verwerfen, welches z. B. kriminelle Zivilkuppanten als „Schutzsuchende“ zu verherrlichen sucht. Dinge und Sachverhalte zutreffend und gegebenenfalls strikt beim Namen zu nennen, bedeutet für sich genommen keine politische Agitation. Wir leben heute in

einem System und ideologischen Umfeld, das totalitär Bekenntnisse zu kulturmarxistisch festgelegten „Wahrheiten“ fordert – beispielsweise, wer wann an welchem Krieg schuld war oder wer als Täter von Völkermordaktionen anzusehen ist oder dafür gar nicht in Frage kommt. Für nachdenkliche Menschen mit Bildung und eigenem Urteilsvermögen sind das Zumutungen, die sie zurückweisen. Das sind unsere Leser. (Metapedia 3, 2019)

Entgegen dieser Eigendarstellung stuft die Bundesregierung Metapedia als rechtsextrem ein. Bereits 2008 stellte die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar eine Anfrage bezüglich der Erkenntnisse der Bundesregierung über Metapedia sowie über geplante Maßnahmen gegen die Internetpräsenz. Ein Dokument, welches unter anderem diese Anfragen sowie deren Beantwortung enthält, wird auf der Internetseite des Deutschen Bundestages zur Verfügung gestellt. Darin heißt es über Metapedia:

Die deutschsprachige Sektion ging im Mai 2007 online und enthält derzeit über 1000 Artikel, die auf Interessen von Rechtsextremisten zugeschnitten sind. Eine Vielzahl der Einstellungen weist Verlinkungen zu rechtsextremistischen Internetpräsenzen sowie entsprechende Downloadmöglichkeiten auf. [...] Aufgrund der rechtsextremistischen Inhalte hat das Bundesamt für Verfassungsschutz die zuständigen Strafverfolgungsbehörden unterrichtet. Darüber hinaus wurde bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien ein Indizierungsverfahren eingeleitet. (Deutscher Bundestag, 2008, S. 6-7)

Zwar lässt sich Metapedia nach wie vor abrufen, eine direkte Google-Suche nach „Metapedia“ führt allerdings nicht mehr unmittelbar auf die Seite, was auf eine Indizierung seitens der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hindeutet. Dennoch lässt sich die Domain von Metapedia sehr einfach per Google herausfinden, da bereits vier der ersten fünf Treffer bei einer Suche nach „Metapedia“ auf Internetauftritte verweisen, die Metapedia weiterverlinken.

Mithilfe einer gezielten Google-Suche nach den Themenbereichen und Artikeln, die Metapedia selbst als „besonders lesenswert“ einstuft, konnte kein Suchergebnis gefunden werden, welches direkt auf Metapedia verweist. Somit ist es als eher unwahrscheinlich anzusehen, per Zufall auf Metapedia zu gelangen. Dennoch erscheint es wichtig, im Zuge der im Rahmen dieser Arbeit vorgenommenen Analyse Metapedia zu berücksichtigen. Dies hat zwei Gründe: Zum einen nimmt Metapedia aufgrund ihres Wiki-Charakters eine besondere Stellung innerhalb der rechtsradikalen/rechtsextremen Internetauftritte ein. Das einzige vergleichbare

Projekt war die „Encyclopaedia Germanica“, welche allerdings mittlerweile nicht mehr erreichbar ist. Der zweite Grund ist, dass Metapedia eine so deutliche rechtsextreme Tendenz aufweist wie keine andere im Rahmen der vorliegenden Arbeit untersuchte Internetpräsenz. Metapedia kann, nicht zuletzt auch wegen ihrer Größe, als zentrales Nachschlagewerk für rechtsextreme Gedanken angesehen werden.

7.1.2 Internetauftritte

7.1.2.1 Deutschsprachige Hauptseite

Auf den ersten Blick erinnert die optische Erscheinung der Hauptseite von Metapedia sofort an Wikipedia. In der linken oberen Ecke ist das Logo der jeweiligen Enzyklopädie abgebildet, darunter befindet sich eine Rubrik mit weiterführenden Links, welche die Navigation innerhalb des Wikis erleichtern. Weiter unterhalb findet sich die Rubrik „Mitarbeit“ bzw. „Mitmachen“. Darin enthalten sind einige Verlinkungen zu Seiten, die dazu dienen sollen, sowohl die Mitarbeit an dem Wiki zu erleichtern als auch Besucher der Seite zu animieren, an dem Wiki-Projekt mitzuarbeiten. Weitere Gemeinsamkeiten der beiden Wiki-Startseiten sind Verweise auf aktuelle Nachrichten und Themen sowie eine Suchleiste, mit deren Hilfe es möglich ist, schnell und gezielt einzelne Artikel aufzurufen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich die Betreiber von Metapedia bezüglich des Aufbaues und des gesamten Erscheinungsbildes offenbar bewusst an Wikipedia orientiert haben.

7.1.2.2 Artikel

Die Relevanz eines Wikis lässt sich unter anderem an der Anzahl der einzelnen Artikel erkennen. Wie bereits erläutert, leiden viele Wikis an einer zu geringen Beteiligung ihrer Besucher, was letztlich dazu führt, dass ein Wiki „sterben“ kann. Dieser Gefahr scheint Metapedia allerdings aktuell nicht ausgesetzt zu sein. Obwohl das Wiki bereits seit 2007 online ist, wächst es nach wie vor. Am 30.7.2014 betrug die die Anzahl der deutschsprachigen Artikel 50027 (Metapedia 5, 2014), fünf Jahre später am 04.09.2019 verzeichnet das Wiki bereits 69854

deutschsprachige Artikel (Metapedia 6, 2019).

Dadurch mag der Eindruck entstehen, dass sehr viele Besucher von Metapedia aktiv an dem Projekt mitarbeiten. Ein Blick in die Statistiken offenbart allerdings, dass lediglich 1010 Benutzer bei dem Wiki registriert sind, gerade mal 43 davon haben in den letzten 30 Tagen (Stand: 06.09.2019) Artikel verfasst oder bearbeitet (Metapedia 6, 2019). Hier wird eine Besonderheit von Metapedia deutlich, die sie von einem Großteil der Wikis absetzt. Nicht jeder Besucher ist in der Lage, Artikel zu verfassen bzw. zu bearbeiten. Vielmehr ist es notwendig, sich zuvor zu registrieren. Dies allein ist noch nichts Außergewöhnliches, allerdings ist eine Registrierung nur auf Antrag möglich. Auf der „Hilfe“ Seite des Wikis heißt es: „Um mitzuarbeiten, schreibe eine E-Post (metapedia@protonmail.com) und gib Deinen gewünschten Benutzernamen und ein gewünschtes Paßwort an. Die ehrenamtlichen Administratoren werden dann ein Konto einrichten“ (Metapedia 7, 2019). Benutzern, die gewillt sind an dem Wiki mitzuarbeiten, eine derartige Hürde in den Weg zu legen, erscheint auf den ersten Blick unlogisch, da es dem Charakter und dem Grundgedanken von Wikis im Allgemeinen widerspricht. Erklären lässt sich diese Einschränkung mit dem scheinbaren Befürchten der Betreiber, dass Artikel verfasst werden könnten, welche nicht den „Richtlinien“ des Wikis entsprechen. Auf der Seite „Metapedia: Schreibregeln“ präsentiert sich das Wiki weltoffen, liberal und wahrheitsgetreu:

Metapedia begrüßt gerne neue Autoren, die keine antideutschen Vorurteile hegen; [...] Ungeachtet dessen bedeutet dies, daß unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen, denn einseitige Auslegungen schaden dem Ziel und dem Selbstverständnis von Metapedia. [...] Weiterhin verpflichtet sich der Autor, die Richtlinie einzuhalten, nur wahrheitsgemäß über Themen zu berichten. Es verbieten sich bloße Spekulationen, erst recht unbelegte politische oder persönliche Verdächtigungen. [...] Metapedia ist eine Enzyklopädie und keine Sammlung von Vermutungen. Sie dient zur Vermittlung von Tatsachenwissen, denn wir folgen bei Metapedia den Kerngedanken: Information, Aufklärung und Wahrheit! Zuverlässig und sachlich Auskunft zu erteilen, Aspekte aufzuhellen, auch solche, die anderswo zeitbedingt politisch unerwünscht sind, ist die Aufgabe dieser deutschen Ausgabe einer mehrsprachigen Enzyklopädie. (Metapedia 8, 2019)

Diese Selbstdarstellung steht in einem harten Kontrast zu den eigentlichen Inhalten des Wikis. Eine kurze Sichtung einzelner Artikel legt schnell den Verdacht

nahe, dass die Eigendarstellung von Metapedia nicht mit der Realität übereinstimmt. So finden sich zwar zahlreiche Artikel über Themengebiete, die ebenso in anderen Enzyklopädien behandelt werden, allerdings werden diese Themen auf Metapedia im Sinne eines rechtsextremen Weltbildes interpretiert.²²

Weiterhin finden sich auf Metapedia Begrifflichkeiten, Interpretationen und Aussagen, die bereits während der Nazidiktatur auf gleiche Weise verwendet wurden. Deutlich wird dies beispielsweise in dem Metapedia-Artikel „Vernegerung“, der frappierende Ähnlichkeiten zu Textstellen aus „Mein Kampf“ aufweist.²³

Hierdurch entsteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der einerseits in den Schreibregeln festgelegten Forderung, „daß unterschiedliche Ansichten zu Wort kommen“ sollen, um „einseitigen Auslegungen“ entgegenzuwirken, und dem tatsächlichen Inhalt der einzelnen Artikel. Dieser Widerspruch wird gelöst durch den eher unscheinbaren Satz innerhalb der Schreibregeln: „Metapedia begrüßt

22 Symptomatisch seien an dieser Stelle drei Beispiele gegeben.

In dem Artikel über den **Zweiten Weltkrieg** heißt es: „Deutlicher als der Erste Weltkrieg, war er [der Zweite Weltkrieg] im wesentlichen ein gegen Deutschland gerichteter Vernichtungskrieg der führenden Großmächte des 20. Jahrhunderts“ (Metapedia 9, 2019).

In dem Artikel **„Befreiung vom Nationalsozialismus“** heißt es: „Befreiung vom Nationalsozialismus ist eine insbesondere in der BRD verbreitete Propagandaparole zur pauschalen Verunglimpfung des Nationalsozialismus. [...] Diese Sichtweise wird vom bundesdeutschen Besatzungskonstrukt medien- sowie bildungspolitisch als solche unnachgiebig und alternativlos diktiert. Der 8. Mai 1945 war allerdings für alle Deutschen und viele Europäer dagegen der Tag der Besatzung, der Niederlage und der Trauer. Diesem Tag folgten Willkür, Entrechtung, Internierung, Vertreibung, Völkermord und Mord. Eine bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt andauernde Ära der Schande, des (moralischen) Elends, der Überfremdung und der Fremdherrschaft nahm ihren Lauf“ (Metapedia 10, 2019).

In dem Artikel über **Rassenkunde** heißt es: „Die Rassenkunde ist erst im 20. Jahrhundert umfassend ausgebildet worden, gefördert wurde sie besonders durch den Nationalsozialismus. Nach dessen staatlicher Zerstörung wurde die Rassenlehre mit Hilfe der Frankfurter Schule und deren Scheinmoral sowie pseudowissenschaftlichen Argumenten linker Ideologen als angeblich nicht-wissenschaftlich geächtet“ (Metapedia 11, 2019).

23 So heißt es auf Metapedia: „Die Vernegerung oder Verkäfferung [...] ist die rassische Veränderung (→ Rassenreinheit) eines nicht negroiden Volkes durch die Vermischung mit Negern (→ Mulatten), aber auch dessen soziale und moralische Verwahrlosung, verbunden mit einem einsetzenden kulturellen Verfall und der Ausbreitung einer Mentalität der Gleichgültigkeit“ (Metapedia 12, 2019).

Im Vergleich hierzu findet sich in Mein Kampf die Textstelle: „denn in einer verbastardierten und vernegerten Welt wären auch alle Begriffe des menschlich Schönen und Erhabenen sowie alle Vorstellungen einer idealisierten Zukunft unseres Menschentums für immer verloren. Menschliche Kultur und Zivilisation sind auf diesem Erdteil unzertrennlich gebunden an das Vorhandensein des Ariers“ (Hitler, 1939, S. 421).

gerne neue Autoren, die keine antideutschen Vorurteile hegen“ (Metapedia 8, 2019). Der Begriff „antideutsch“ ist auf den Artikel „Deutschfeindlichkeit“ (Metapedia 13, 2019) verlinkt. Dort wird eine angebliche weltweite „pathologische Abneigung gegen alles Deutsche“ thematisiert. Als Grund für eine „Deutschfeindlichkeit“ innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wird in dem Metapedia-Artikel die „Umerziehung“ durch die Alliierten nach dem 2. Weltkrieg sowie das Wirken politisch linksgerichteter Gruppierungen angegeben. Dieser „Antigermanismus“²⁴ führe oftmals dazu, dass „jede Liebe zum deutschen Vaterland als nationalsozialistisches Gedankengut“ gewertet wird. Metapedia sieht sich selbst als Gegenentwurf zu den „deutschlandfeindlichen“ Strömungen und erhebt den Anspruch, im Gegensatz zu den klassischen Massenmedien²⁵, die Wahrheit zu dokumentieren. Berücksichtigt man dieses von Metapedia propagierte Weltbild, lässt sich das Paradoxon zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Wikis erklären: Eine Aussage wird innerhalb von Metapedia immer dann als wertneutral und somit wahr angesehen, wenn diese nicht der von Metapedia aufgestellten Definition von „Deutschlandfeindlichkeit“ entspricht. Gleichzeitig wird allen klassischen Massenmedien sowie der Geschichtswissenschaft vorgeworfen, Lügen zu verbreiten. In dem Artikel „Geschichtspolitik“ wird der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfen, die Geschichtsschreibung bewusst zu verfälschen und die Meinungsfreiheit zu

24 Die Begriffe „Antigermanismus“, „Deutschenhaß“, „Antiteutonismus“, „Teutophobie“ oder „Germanophobie“ werden innerhalb der Metapedia als Synonyme für Deutschfeindlichkeit verwendet

25 Einige Auszüge aus Metapedia Artikel über bekannte Massenmedien:

Süddeutsche Zeitung: „Die Süddeutsche Zeitung (Abkürzung SZ) ist als überregionale Tageszeitung Umerziehungsliteratur der BRD-Lügenpresse. [...] Die Zeitung ist judäozentristisch, links-destruktiv und antideutsch ausgerichtet“ (Metapedia 14, 2019).

Spiegel: „Die wichtigste Konstante der Zeitschrift ist ihre Treue zu den globalistischen Kräften in den VSA und des Westens. Hieraus ergibt sich die journalistische Linie. In bezug auf Deutschland ist sie darauf ausgerichtet, die Kriegserfolge der Alliierten nach dem 1945 eingetretenen Ruhen der Waffen durch psychologische Kriegführung gegen das deutsche Volk, seine Werte und seine Kultur zu sichern und auszubauen. Das Konzept folgt insoweit der Generallinie der Feindmächte des von England 1939 entfesselten europäischen Krieges, der durch den Eintritt der VSA zum Weltkrieg wurde. Sie besteht in einem Vernichtungsfeldzug gegen Deutschland und sein Volk“ (Metapedia 15, 2019).

ARD: „Daß Das Erste seine Lizenz den Besatzungsmächten zu verdanken hat, ist an seiner politischen Berichterstattung zu erkennen, die sich besonders bei historischen Themen mit Bezug zu Deutschland weithin in unqualifizierter und volksbeschmutzender Weise zeigt“ (Metapedia 16, 2019).

unterdrücken. So heißt es dort unter anderem: „Die Intention solcher staatlicher Einschränkungen des Rechtes der Meinungsfreiheit ist, daß sich falsche Ansichten durchsetzen und zu einem Dogma werden könnten. Geschichte lebt jedoch davon, daß man sie interpretiert und alle Ansichten bedenkt und abwägt, was schnell die Absurdität der Holocaust-Fabel entlarven würde“ (Metapedia 17, 2019). Metapedia inszeniert sich selbst als Opfer der staatlich verordneten „Politischen Korrektheit“, welche als „Fortsetzung kommunistischer Ideologie“ (Metapedia 18, 2019) bezeichnet wird. Insbesondere wird kritisiert, dass es in Deutschland kein wirkliches Recht auf freie Meinungsäußerung gebe, denn „obschon das Recht auf Meinungsfreiheit ein absolutes ist, wird es in der BRD nicht frei gewährt. In der BRD besteht somit keine reale Meinungsfreiheit. Wer etwa die angebliche Massenvernichtung von Zigeunern und Juden im Umfang von sechs Millionen Opfern anzweifelt, der darf diese Meinung nicht öffentlich äußern“ (Metapedia 19, 2019).

Um die in Hinblick auf eine an Foucault orientierten Diskursanalyse wichtige Frage zu klären, **wer** legitimerweise zu **welchem** Themengebiet **was** sprechen kann und darf, muss die innerhalb von Metapedia vorherrschende Auffassung von Wahrheit und Wissen berücksichtigt werden: Innerhalb der Bundesrepublik Deutschland werde im Sinne der „Politischen Korrektheit“ Geschichtsfälschung betrieben, mit dem Ziel, den „Selbsthaß“ des deutschen Volkes zu fördern (Metapedia 20, 2019) und gleichzeitig das deutsche Volk planmäßig durch „Überfremdung“ „auszulöschen“ (Metapedia 21, 2019; Metapedia 22, 2019). Die Medien unterstützen die Bundesrepublik bei ihrem Vorhaben, da deren Verleger entweder in „jüdischer Hand“ oder linksextrem seien, Metapedia hingegen kläre über die Wahrheit auf.

Dieses Weltbild beschreibt gleichzeitig auch den Deutungsrahmen, der sich wie ein roter Faden durch alle Artikel auf Metapedia zieht: Wahr ist alles, was diesem Weltbild einer systematischen Verschwörung gegen das deutsche Volk entspricht. Weiterhin werde der Nationalsozialismus verunglimpft, Verbrechen wie der Holocaust seien frei erfunden. Sämtliche Aussagen, die von dieser Doktrin abweichen seien Lügen, die dazu dienen sollen, dem deutschen Volk zu schaden.

Anhand dieses Deutungsrahmens ist es möglich, das politische Milieu des Wikis zweifelsfrei zu bestimmen: Bei Metapedia handelt es sich um einen rechtsextremen Internetauftritt. Die innerhalb des Dokumentes „Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 8. September 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung“ vertretene Einschätzung zu Metapedia behält auch elf Jahre nach Erscheinen des Dokuments ihre Gültigkeit.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Legitimer Sprecher darf auf Metapedia jeder werden, der das dort propagierte Weltbild übernimmt und im Sinne der sich daraus ergebenden Deutungsrahmen Artikel verfasst oder bearbeitet. Unliebsame Sprecher sollen dabei möglichst mithilfe der Zugangsbeschränkung von vornherein aussortiert werden. Da es sich bei Metapedia um ein Wiki handelt, können Beiträge oder Änderungen an Artikeln, die nicht dem „Metapedia-Weltbild“ entsprechen, ohne größeren Aufwand gelöscht bzw. rückgängig gemacht werden.

7.1.2.3 Social-Media-Kanäle und multimediale Daten

Im Gegensatz zu anderen großen rechtsradikalen/rechtsextremen Internetauftritten besitzt Metapedia keinen offiziellen deutschsprachigen Facebook-Account. Der offizielle Twitter-Account kann als verwaist angesehen werden, da der letzte Eintrag auf den 4. September 2010 datiert ist (Twitter 1, 2019). Weiterhin besitzt Metapedia keinen eigenen YouTube-Kanal, allerdings sind auf Metapedia zahlreiche Videos verlinkt, die von unterschiedlichen YouTube-Kanälen stammen oder sich auf anderen Videoportalen befinden. Diese Videos werden häufig direkt in die Artikel eingebettet, wodurch das Video angesehen werden kann, ohne das entsprechende Videoportal aufrufen zu müssen. Es lässt sich allerdings nicht feststellen, ob die auf diese Weise verlinkten Videos von aktiven Metapedia-Nutzern auf die Videoportale hochgeladen wurden. Weiterhin werden viele Videodateien zum direkten Download angeboten. Der Zweck der Videos ist meist, die in dem Artikel vermittelten Aussagen zu unterstreichen sowie Videomaterial aus der Zeit des Nationalsozialismus zu verbreiten. So lassen sich beispielsweise die drei antisemitischen Propagandafilme „Der ewige Jude“, „Jud Süß“ sowie „Die Rothschilds“ in kompletter Länge auf Metapedia ansehen

(Metapedia 23, 2019; Metapedia 24, 2019; Metapedia 25, 2019).

Neben Videodateien verweisen viele Metapedia-Artikel auf Download-Links zu Audiodateien und Dokumenten. Beispielsweise bietet der Artikel zu „Mein Kampf“ die Möglichkeit, das Buch in unterschiedlichen Dateiformaten herunterzuladen (Metapedia 26, 2019). In dem Metapedia-Artikel über die zwischen 1923 bis 1945 erschienene antisemitische Zeitung „Der Stürmer“ ist eine Internetseite verlinkt, die über 130 Ausgaben als Download anbietet (Metapedia 27, 2019).

Insgesamt lässt sich Metapedia als Sammelbecken und Archiv für rechtsextrêmes Gedankengut beschreiben. Neben den Wiki-Artikeln findet sich eine unübersehbar große Anzahl an verlinkten Videos, Audiodateien und Dokumenten. In den Statistiken gibt Metapedia an, dass sich insgesamt 75.101 verschiedene Dateien auf dem Wiki befinden (Metapedia 6, 2019).

7.1.3 Analyse ausgewählter Diskurse

7.1.3.1 Revisionismus

Metapedia zeichnet sich durch einen stark ausgeprägten Geschichtsrevisionismus aus. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz definiert Revisionismus wie folgt:

Revisionisten versuchen, den historischen Nationalsozialismus positiv darzustellen und das NS-Regime von Schuld zu entlasten oder ganz freizusprechen. Man unterscheidet zwischen einem Revisionismus im engeren Sinne (Leugnung der Massenvernichtung von Juden) und einem Revisionismus im weiteren Sinne (z.B. Leugnung oder Relativierung der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Klage über die „Umerziehung“ der Deutschen durch die Alliierten, Diffamierung der Widerstandskämpfer als Vaterlandsverräter). (Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz, 2019)

Wie bereits anhand einiger Beispiele aufgezeigt wurde, lässt sich auf Metapedia sowohl ein Revisionismus im engeren als auch im weiteren Sinne finden. Metapedia selbst macht aus der eigenen revisionistischen Haltung keinen Hehl, dem Begriff „Revisionismus“ wird keine negative Konnotation zugeschrieben. In dem Artikel „Revisionismus“ auf Metapedia wird der Begriff wertneutral als der Versuch definiert, „eine als allgemein anerkannt geltende historische, politische

oder wissenschaftliche Erkenntnis und Position nochmals zu überprüfen, in Frage zu stellen, neu zu bewerten oder umzudeuten“ (Metapedia 28, 2019). Diese Definition wurde fast Wort für Wort aus dem Wikipedia-Artikel über Revisionismus übernommen (Wikipedia 3, 2019). Im weiteren Verlauf des Metapedia-Artikels wird allerdings schnell klar, dass dieser keineswegs von einem wertneutralen Standpunkt aus verfasst wurde. So findet sich der Satz „Ein Beispiel für solche Revisionisten im engeren Sinn sind diejenigen Wissenschaftler, die eine historische Evidenz des sogenannten Holocausts, d.h. die angebliche millionenfache Vernichtung von Juden während des Zweiten Weltkrieges, auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen bestreiten“ (Metapedia 28, 2019). Durch die Begriffe „sogenannt“ und „angeblich“ wird der Holocaust in Frage gestellt.

Auf Metapedia werden die Ziele der „revisionistischen Forschung“ angegeben. So wird sowohl die Planung als auch die Durchführung der Tötung von Juden während der Zeit des Nationalsozialismus bestritten, weiterhin wird die in der Geschichtsschreibung angegebene Opferzahl von 6 Millionen getöteten Juden sowie Dokumente und Zeugenaussagen, die dies belegen, in Frage gestellt (Metapedia 29, 2019). Dies geschieht unter Berufung auf Werke verschiedener Holocaustleugner. Exemplarisch sei an dieser Stelle die Artikel über den in den Jahren 1995 und 2007 wegen Leugnung des Holocaust verurteilten Germar Rudolf genannt (Spiegel Online, 2007; Mudrak, 2009). Dieser verfasste 1992 das sogenannte „Rudolf-Gutachten“, in welchem Rudolf unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden aus dem Bereich der Chemie nachzuweisen versucht, dass keine Vergasung von Menschen im Konzentrationslager Auschwitz stattgefunden haben kann. In seinem Gutachten kommt Rudolf zu folgendem Schluss: „Die von den gerichtlich vernommenen Zeugen bekundeten, im zitierten Urteil festgestellten und in wissenschaftlichen und literarischen Veröffentlichungen beschriebenen Vorgänge der Massenvergasungen, in welchen Gebäuden in Auschwitz auch immer, sind mit der Dokumentenlage, den technischen Sachzwängen und naturwissenschaftlichen Gesetzen unvereinbar“ (Rudolf, 2001, S. 182). Auf Metapedia wird das Rudolf-Gutachten sowie die Person Rudolfs in einem durchweg positiven Licht dargestellt. In den entsprechenden Metapedia-Artikeln wird die Meinung vertreten, die Verurteilung Rudolfs sei

unrechtmäßig und diene zur „Verhinderung freier Wissenschaft und Meinungsäußerung“ (Metapedia 30, 2019). Das Rudolf-Gutachten selbst sei wissenschaftlich korrekt: „Trotz mehrerer Ansätze dazu [...] wurde bis Sommer 2009 kein Gutachten oder Gegengutachten veröffentlicht, das wesentliche fachliche Fehler oder Ungenauigkeiten Rudolfs benannt oder Rudolfs Sachbeweisführung angegriffen hätte“ (Metapedia 31, 2019). Die Formulierung „bis Sommer 2009“ ist etwas irritierend, da der Eindruck entstehen könnte, im Sommer 2009 wurde ein Gegengutachten veröffentlicht. Dies ist an dieser Stelle allerdings nicht gemeint. Die Autoren des Artikels beziehen sich auf die Haftentlassung Rudolfs im Sommer 2009. Die sinngemäße Aussage ist somit: Bis zu der Haftentlassung Rudolfs konnte sein Gutachten nicht wissenschaftlich widerlegt werden. Die Behauptung, dass das Rudolf-Gutachten keine wissenschaftlichen Mängel aufweist, ist falsch. Tatsächlich gibt es durchaus Gegenstudien, die dies belegen, beispielsweise „Chemistry is Not the Science: Rudolf, Rhetoric & Reduction“ von Richard J. Green und Jamie McCarthy. Dort werden Rudolfs Schlussfolgerungen als fehlerhaft bewertet: „Thus we see that the deniers' chemical arguments are faulty and do not - cannot - demonstrate the invalidity of history“ (Green & McCarthy, 2000).

In dem Metapedia-Artikel über Rudolf wird „Das Rudolf-Gutachten“ komplett als PDF zum Download angeboten. Der Metapedia-Artikel „Holocaust Handbooks“ (Metapedia 32, 2019) listet eine große Anzahl an revisionistischer Literatur auf. Weiterhin wird dort auf die Seite <http://holocausthandbuecher.com/> verwiesen. Dort kann ein großer Teil der auf Metapedia aufgelisteten Literatur runtergeladen werden.

Der Artikel über Rudolf steht stellvertretend für eine der am häufigsten angewandten Strategie, mithilfe derer auf Metapedia der Holocaust geleugnet wird: der Verweis auf pseudowissenschaftliche Thesen und Folgerungen. Kern dieser Strategie ist es wahrscheinlich, eine Leserschaft, die nicht über das nötige Wissen auf dem Gebiet der Chemie und Physik verfügt, um die dort verwendeten Formeln und Tabellen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, von der wissenschaftlichen Korrektheit der Schlussfolgerungen zu überzeugen. Ein

weiteres Beispiel hierfür ist der Artikel „Gaskammertemperatur“ (Metapedia 33, 2019). Dort wird unter Verwendung von physikalischen Berechnungen versucht nachzuweisen, dass eine Vergasung mit Zyklon B unmöglich ist. In dem Artikel findet sich folgende Tabelle:

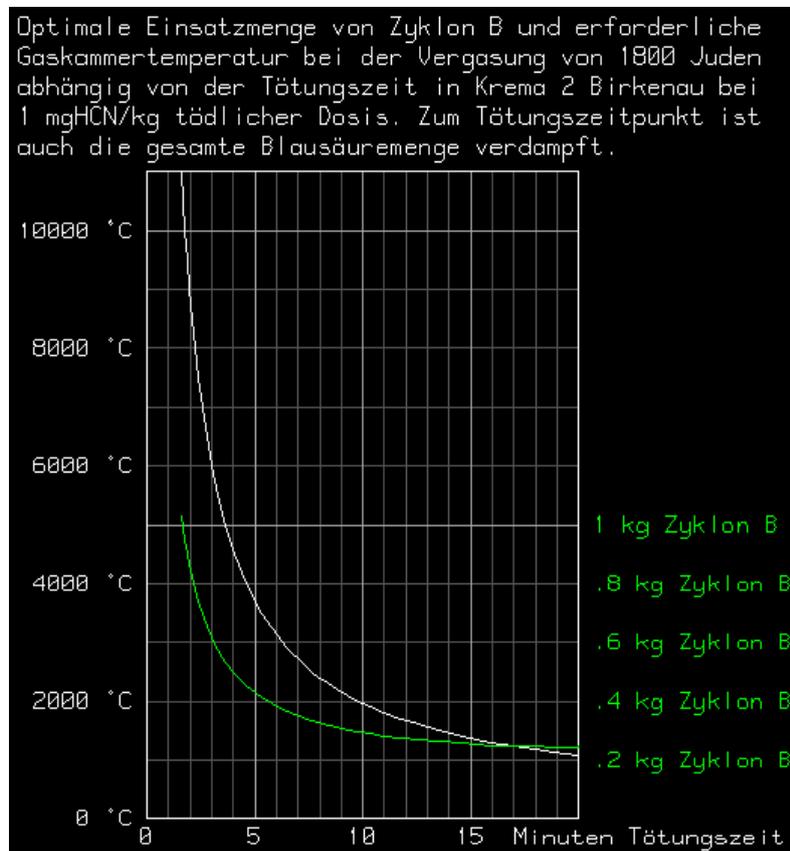


Abbildung 2 - Temperaturkurve Zyklon B

Diese Tabelle soll einen Zusammenhang zwischen dem Todeszeitpunkt in einer Gaskammer und der Verdampfungszeit von Zyklon B herstellen. Metapedia beruft sich auf die Angaben von Zeugen, dass der Tod in der Gaskammer nach circa 2 – 3 Minuten eintrat. Laut der Tabelle müsste somit die Temperatur in der Gaskammer 9000° C betragen haben. Da es „keinem menschlichen Wesen möglich gewesen wäre, in solche hochtemperierten Gaskammern hineinzugehen“ (Metapedia 33, 2019) wird in dem Metapedia Artikel geschlussfolgert, dass es keine Massentötung durch Zyklon B gegeben haben kann. Anhand dieser Behauptung lässt sich die diskursive Strategie, den Leser durch eine scheinbar wissenschaftlich abgesicherte

Tatsache zu überzeugen, sehr gut aufzeigen. Logiklücken in der Argumentationskette sowie fehlerhafte Ergebnisse werden durch eine Vielzahl an kompliziert anmutenden Berechnungen verborgen. Exemplarisch sei an dieser Stelle ein kleiner Ausschnitt aus dem Metapedia Artikel gegeben:

Die **wärmeübertragende Fläche F des quadratischen Behälters** resultiert aus dem Zyklon-B-Schüttvolumen und der Schüttgrundfläche des Teils „Partie Mobile“. Das Schüttvolumen beträgt $0,00361 \text{ m}^3/\text{kg}$ und die Schüttgrundfläche $(0,15 \text{ m})^2 - (0,1 \text{ m})^2 = 0,0125 \text{ m}^2$. Damit ergibt sich eine Füllhöhe von $0,00361 \text{ m}^3/\text{kg} / 0,0125 \text{ m}^2 = 0,2888 \text{ m/kg}$. Die Fläche **F** beträgt dann für 1 kg Zyklon B (= 1 kg Blausäure):

$$F = 4 * 0,15 \text{ m} * 0,2888 \text{ m/kg} = \mathbf{0,1733 \text{ m}^2/\text{kg}}$$

Demnach läßt sich die zur Erwärmung des Eisenblechs erforderliche Wärmemenge Q_1 wie folgt ermitteln:

$$Q_1 = 0,0005 \text{ m} * 449 \text{ J/kgK} * 7874 \text{ kg/m}^3 * 0,1733 \text{ m}^2/\text{kg} = \mathbf{306,34 \text{ J/kgK}}$$

(Metapedia 33, 2019; Hervorhebungen im Original)

Derartige Berechnungen erscheinen willkürlich und konfus, da die zugrunde liegenden Formeln nicht erläutert oder benannt werden. Weiterhin wird die angegebene Wärme, die benötigt wird, um Zyklon B zu verdampfen, mit keiner Quelle belegt. Die auf Metapedia vorgenommenen Berechnungen lassen sich auch ohne tiefere Kenntnisse auf dem Gebiet der Chemie oder Physik widerlegen: Zyklon B verdampft bereits ab $25,7^\circ \text{ C}$. (Benz, Graml & Weiß, 1997, S. 815).

Zwar lassen sich die Angaben auf einer naturwissenschaftlichen Ebene leicht entkräften, das Augenmerk soll allerdings an dieser Stelle auf die angewandten diskursiven Strategien gelegt werden. Es lässt sich nicht feststellen, ob der Autor des Artikels von der Richtigkeit seiner Berechnungen und Schlussfolgerungen überzeugt ist oder ob es sich um eine bewusste Täuschung handelt. Unabhängig davon werden die auf Metapedia vorzufindenden revisionistischen Thesen als eine absolute Wahrheit verkauft. Eine diskursive Strategie, die hierbei zum Einsatz kommt, lässt sich mit „sich selbst als Opfer inszenieren“ beschreiben. Auf Metapedia wird die Auffassung vertreten, dass der Erste Weltkrieg ein gegen Deutschland geführter „Vernichtungskrieg“ war, „da das Deutsche Reich zunehmend als unliebsamer, vielfach unabhängiger Konkurrent zum bereits damals weitgehend plutokratisch ausgerichteten Weltwirtschaftssystem erschien“

(Metapedia 43, 2019). Anschließend fand laut Metapedia 1933 eine „Jüdische Kriegserklärung an Deutschland“ statt, welche „wegbereitend für die Entfesselung des gegen das Deutsche Reich gerichteten Zweiten Weltkrieges“ war (Metapedia 9, 2019). Diese Behauptung inszeniert Deutschland nicht nur als Opfer, es ist auch ein Beispiel für die von Schwab-Trapp beschriebenen „Techniken der Legitimierung“: Opfer und Täter werden bewusst vertauscht. Der 8. Mai 1945 wird auf Metapedia als ein „Tag der Besatzung, der Niederlage und der Trauer“ (Metapedia 10, 2019) bezeichnet. Seitdem befinde sich das Deutsche Reich unter Fremdherrschaft: „Die treffendere Bezeichnung wäre 'Bundesrepublik in Deutschland' (BRiD), denn es handelt sich bei der BRD um eine völkerrechtlich zweifelhafte Institution der Fremdherrschaft auf dem Boden des weiterhin existenten und rechtsfähigen, jedoch handlungsunfähig gemachten Staates namens Deutsches Reich“ (Metapedia 35, 2019). Seit der Gründung der BRD finde eine „Umerziehung“ des Deutschen Volkes statt. Diese Umerziehung habe das Ziel, „durch aufgezwungene und systematische Indoktrination“ dem Nationalstolz und der Selbsterhaltungsfähigkeit des deutschen Volkes Schaden zuzufügen (Metapedia 36, 2019). Weiterhin gebe es in Deutschland eine Holocaustreligion, die als „quasi-offizielle Staatsreligion der BRD“ bezeichnet wird. Ziel dieser Religion sei es, das deutsche Volk mittels Schuldzuweisung und Propaganda zu zerstören: „Die Etablierung der Holocaustreligion ist ein in der Weltgeschichte einzigartiges Verbrechen gegen deutsches Volkstum, mithin ein Werkzeug des Völkermordes“ (Metapedia 43, 2019). Auf Metapedia werden Verschwörungstheorien mit einem Opferkult verbunden, das deutsche Volk werde systematisch unterdrückt und mithilfe falscher Informationen indoktriniert. Dadurch wird pauschal die Geschichtsschreibung, die Politik, staatliche Organe wie Schulen sowie die Presse als verlängerter Arm der propagierten „Umerziehung“ beschrieben. Metapedia sieht sich selbst als Verfechter einer Wahrheit, die allerdings von staatlicher Seite mit strafrechtlichen Mitteln unterdrückt wird.

Neben der Verbreitung von wissenschaftlich nicht haltbaren Thesen und der Inszenierung der eigenen Opferrolle findet sich auf Metapedia eine weitere diskursive Strategie zur Leugnung des Holocaust: die Diskreditierung der Opfer.

Der Artikel „Juden“ bedient eine Vielzahl rassistischer Klischees. So werden Juden als hinterlistig und geldgierig beschrieben, auch körperliche Merkmale wie die „Hakennase“ werden betont (Metapedia 44, 2019). Der Artikel über Sinti und Roma, auf Metapedia mit dem diskriminierenden Begriff „Zigeuner“ bezeichnet, weist ebenso rassistische Vorurteile und Klischees auf. Sinti und Roma seien häufig „Hausierer, Bettler und Diebe“. In dem Metapedia-Artikel sind zudem zwei Photographien zu sehen, welche die Bildunterschriften „Zigeuner bestehlen einen Touristen an einem Pariser Geldautomaten (2014)“ und „Zigeuner entleeren Altkleidercontainer in Berlin-Friedrichshain (2016)“ tragen. Somit wird auf Metapedia sowohl Juden als auch Sinti und Roma pauschal unterstellt, sich nicht an Gesetze und Regeln zu halten und nur die eigenen Vorteile im Blick zu haben. Indem Opfer von vornherein als unglaubwürdig beschrieben werden, werden deren Zeugenaussagen ebenso als fraglich dargestellt. Weiterhin gebe es Berufszeugen, die im Auftrag der Besatzungsmächte lügen würden:

Berufszeugen sind ausgesuchte Zeitgenossen Deutschlands und sonstiger europäischer Länder [...] welche sich nach dem Zweiten Weltkrieg in Schauprozessen insbesondere gegen deutsche Nationalsozialisten für willkürliche, oftmals vollkommen haltlose Denunziationen instrumentalisieren ließen und für derlei Dienste nicht unerhebliche finanzielle Zuwendungen von Seiten der Besatzungsmächte erhielten. (Metapedia 46, 2019; Hervorhebung im Original)

Nach der Auffassung von Metapedia würden viele Holocaust-Überlebende bewusst lügen, um Bekanntheit zu erlangen und die erfundene Geschichte gewinnbringend zu vermarkten (Metapedia 47, 2019). Auch diese diskursive Strategie erzeugt bewusst eine Narrative, die Täter und Opfer vertauscht.

Die vierte große Argumentationsstrategie auf Metapedia in Hinblick auf den dort vorgenommenen Revisionismus kann als „Beweislastumkehr“ beschrieben werden. Auf Metapedia wird die Auffassung vertreten, dass es „für 99% des 'Holocausts' keine handfesten Beweise gibt“ (Metapedia 47, 2019). Darüber hinaus wird die Existenz von Gaskammern komplett geleugnet. In dem Artikel „Offene Fragen an die Holocaust-Industrie“ heißt es:

„Das angeblich größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte‘ wird durch keine einzige Autopsie belegt und von den behaupteten Tatwaffen fehlt bis zum heutigen Tage eine offizielle forensische Untersuchung, die diese Bezeichnung auch verdient. Von einer tatsächlich in Betrieb gewesenen Gaskammer gibt es keinen

einzigsten dokumentarischen Beweis: keine Bauzeichnung, keine Betriebsanleitung und kein einziges Foto, keine Filmaufnahme.“ (Metapedia 49, 2019)

An anderer Stelle innerhalb des Wiki wird hingegen die Existenz von Gaskammern nicht geleugnet, allerdings wird die These vertreten, die Gaskammern dienten zur „desinfizierenden Durchgasung der Personenbekleidung sowie zum Abtöten von Kleiderläusen als Überträger von Typhus“ (Metapedia 49, 2019)²⁶. Historische Bildaufnahmen, welche die Gräueltaten des Holocaust zeigen, seien Fälschungen oder würden bewusst falsch interpretiert werden. So sind die Fotos mit abgebildeten Leichen zwar authentisch, allerdings seien die Häftlinge als Folge von Typhus-Epidemien verstorben (Metapedia 48, 2019). Durch die Behauptung, dass Zeugenaussagen unglaubwürdig seien und es auch ansonsten keine Beweise für den Holocaust gebe, wird versucht, die offizielle Geschichtsschreibung als politisch motiviert zu diskreditieren. Dies geht Hand in Hand mit dem bereits erläuterten Narrativ von der „Umerziehung mit dem Ziel, das deutsche Volk zu zerstören“ sowie mit der Betonung der eigenen Opferrolle. In der BRD gebe es eine „aus politischen Motiven gewählte Form der Geschichtsdeutung und den damit verbundenen Versuch, das Volk auf diese Version der Geschichte zu verpflichten“ (Metapedia 17, 2019). Freie Meinungsäußerung sowie freie unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, die den Holocaust bezweifeln, seien nicht möglich. Metapedia versucht bewusst, sich als politisch neutral darzustellen und drängt auf eine objektive und unvoreingenommene Neubewertung des Holocaust. Dies geschieht durch die Forderung nach Beweisen für den Holocaust, gleichzeitig werden bereits bestehende Beweise und Zeugenaussagen ignoriert oder als Fälschungen und Lügen abgetan.

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass auf Metapedia der Holocaust offen geleugnet wird. Hierbei kommen vier diskursive Strategien zum Einsatz: (1) Es werden pseudowissenschaftliche Arbeiten, die den Holocaust anzweifeln, als

26 Eine ähnliche Aussage findet sich in dem Artikel „Konzentrationslager Auschwitz“. Dort heißt es: „Aufgrund der eskalierenden Typhus-Epidemie wurde während des Weltkrieges im Auschwitz-Komplex ein Quarantänelager zur Separierung und Behandlung von an Typhus Erkrankten eingerichtet. Insbesondere in diesen Bereichen kam es zu umfangreichen Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen; u. a. wurden Gegenstände wie z. B. Kleidung mit dem Desinfektionsmittel Zyklon B durchgast“ (Metapedia 50, 2019).

Quellen verwendet. (2) Es werden die Narrative erzeugt, dass deutsche Volk sei Opfer einer Verschwörung und freie Meinungsäußerung werde verfolgt. (3) Zeugen werden als unglaubwürdig und verlogen diskreditiert. (4) Es werden (trotz bestehender Beweislage) „echte“ Beweise für den Holocaust gefordert.

7.1.3.2 Umvolkung, Islamisierung und „Lügenpresse“

Ein zentrales Thema auf Metapedia ist das Narrativ von einem „Bevölkerungsaustausch“ oder einer „Umvolkung“. Hierbei handelt es sich um eine Verschwörungstheorie, die besagt, dass es einen Plan gebe, das deutsche Volk langsam und unbemerkt durch eine von der Regierung geförderte Masseneinwanderung zu zerstören. Die Folge der „Umvolkung“ wird auf Metapedia mit folgenden Worten beschrieben: „Hierbei degeneriert ein vormals von einem bestimmten Volk geprägter Volkskörper zu einer weitgehend identitätsarmen Bevölkerungsmasse vielfacher Herkunft. Dies geschieht durch in großer Zahl angelockte oder gar zwangsweise umgesiedelte fremde Volkszugehörige bei gleichzeitiger politisch gewollter Vernachlässigung des angestammten Volkes“ (Metapedia 52, 2019). In dieser Aussage spiegelt sich eine bereits beschriebene diskursive Strategie wider: die eigene Inszenierung als Opfer einer Verschwörung. Metapedia verlinkt an dieser Stelle auf den Artikel „Völkermord“. Dort wird die These aufgestellt, dass aktuell innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Völkermord am deutschen Volk stattfindet, „mittels herbeigerufener sowie eingeschleuster fremdrassischer Zivilinvasoren“ (Metapedia 37, 2019). Metapedia verwendet innerhalb des gesamten Wikis einen deutlich rechtsextremen Rassebegriff, der biologische und sich daraus ergebende kulturelle Unterschiede von Menschen betont. So seien typische Eigenschaften von Ariern eine „edle Lebensführung“, „edle Gedanken“ und „edle Taten“ (Metapedia 38, 2019). Auf Metapedia wird der abwertende Begriff „Neger“ verwendet, diese seien im Gegensatz zu den „Ariern“ triebhaft, unhygienisch, ungebildet, empathielos, unkreativ und kriminell (Metapedia 39, 2019). Metapedia fordert eine „Rassenreinheit“, die innerhalb des Wikis als „erstrebenswerte Homogenität (Reinheit des Blutes)“ beschrieben wird und „zum Schutz der Völker und der Menschheit“ dienen solle (Metapedia 40, 2019). Werde die Rassenreinheit nicht

eingehalten, so führe dies zu einem „Einheitsmensch“, zu „ethno-kulturell kastrierte Systemmenschen ohne Identität und Heimat statt Volksgemeinschaft, Leitkultur und vaterländische Selbstbestimmung“ (Metapedia 41, 2019). Dies führe irgendwann unweigerlich zum „Volkstod“ (Metapedia 53, 2019). Handlungen, die diesen vermeintlichen Volkstod dulden oder bewusst herbeiführen, werden auf Metapedia als „Rassenverrat“ titulierte. Die schlimmste Form des Rassenverrats sei die „Rassenschande“, die als „das Durchbrechen der Rassenschranke durch Partnerschaft, Ehe, Sexualkontakt und Fortpflanzung mit Nichtweißen“ (Metapedia 54, 2019) definiert wird. Weiterhin wird es auf Metapedia als Rassenverrat angesehen, wenn „Weiße ein rassefremdes Kind adoptieren“, auch jeder „vermeidbare Umgang mit Nichtweißen“ gilt in dem auf dem Wiki propagierten Weltbild als verwerflich (Metapedia 55, 2019). Ferner spricht sich Metapedia explizit gegen die in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschriebene Würde des Menschen aus. Sowohl „Menschenwürde“ als auch „Allgemeine Menschenrechte“ seien lediglich Propagandabegriffe; das Recht des Einzelnen solle sich dem Recht der Volksgemeinschaft unterordnen (Metapedia 56, 2019; Metapedia 57, 2019). Der Wert und die Würde eines Menschen wird auf Metapedia anhand rassistischer Kriterien definiert, weiterhin gilt ein gemäß der Theorie des Sozialdarwinismus „Recht des Stärkeren“. Somit erscheint es konsequent, dass das Wiki auch die Demokratie als Staatsform ablehnt, da es einer demokratisch gewählten Regierung aufgrund wechselnder Mehrheiten im Parlament unmöglich sei, verantwortungsvoll zu regieren. Der Kompromiss als ein Grundpfeiler der Demokratie wird kritisiert. Stattdessen wird eine „Führer-Demokratie“ gefordert, die „auf der inneren Verbundenheit des Volkes mit seinem Führer [...] steht“ und „im Dienste der Volksgemeinschaft“ handelt (Metapedia 58, 2019). Der „Volkswille“ wird als etwas einheitliches und natürlich gegebenes beschrieben. Allerdings werde eben dieser Wille bewusst unterdrückt und Kritiker mundtot gemacht. Eine wichtige Rolle komme hierbei den Massenmedien zu, die nach der Auffassung von Metapedia in staatlicher Hand sind.

Der auf Metapedia propagierte „Völkermord am Deutschen Volk“ werde bewusst durch die Politik, aber auch durch Massenmedien gefördert. Dies zeige sich insbesondere in einer durch gezielte Propaganda herbeigeführten

„Willkommenskultur“, die auf Metapedia als „eine vom BRD-System und den gleichgeschalteten Medien (→ Lügenpresse) befohlene Multikulturbegeisterung“ definiert wird (Metapedia 42, 2019). Die Artikel „Lügenpresse“ (Metapedia 59, 2019) und „BRD-Systemmedien“ (Metapedia 60, 2019) zeichnen das Bild einer korrupten und nicht vertrauenswürdigen Medienlandschaft innerhalb der BRD. Die großen Medienhäuser würden im „Sinne der herrschenden Politik in der Bundesrepublik Deutschland mittels entsprechender Inszenierungen produzieren und verbreiten, womit sie in Ergänzung zur Umerziehung stehen. [...] So wird beispielsweise bei Ausländerkriminalität regelmäßig die rassische Herkunft der Täter entweder verschwiegen oder es findet überhaupt keine Berichterstattung statt“ (Metapedia 60, 2019). Als Beleg für die vermeintliche internationale Verschwörung mit dem Ziel, das deutsche Volk zu zerstören, werden Quellen angegeben, die zu großen Teilen einem rechtsradikalen bis rechtsextremen Milieu zuzuordnen sind. So wird beispielsweise ein vermeintlicher Bevölkerungsaustausch anhand von Büchern belegt, die im Kopp Verlag erschienen sind.²⁷ Der Kopp Verlag zeichnet sich durch eine große Anzahl an publizierten Büchern für eine politisch rechts orientierte Leserschaft sowie für Anhänger von Verschwörungstheorien aus (Soldt, 2017). Auch Literatur, die im Schelm Verlag erschienen ist, findet sich in den Quellenangaben. Der Schelm Verlag, dessen Inhaber ein verurteilter Rechtsextremer ist, machte 2016 mit dem Vorhaben Schlagzeilen, „Mein Kampf“ undokumentiert zu veröffentlichen (Kellerhoff, 2016). Viele Internetquellen, auf die Metapedia verweist, lassen sich ebenso wie das Wiki selbst einem rechtsradikalen bis rechtsextremen Milieu zuordnen. An dieser Stelle zeigt sich die Besonderheit von Metapedia als Diskursarena: Aufgrund des Wiki-Systems und dem eigenen Anspruch, als seriöses Lexikon wahrgenommen zu werden, werden viele Aussagen und Behauptungen auf Metapedia mit Quellen gestützt. Allerdings handelt es sich bei den verwendeten Quellen nicht um wissenschaftliche Literatur. Auf Metapedia werden Meinungen und politisch motivierte Aussagen als objektive und

²⁷ Exemplarisch seien hier zwei im Kopp Verlag erschienene Bücher genannt: *Hermann H. Mitterer: Bevölkerungsaustausch in Europa: Wie eine globale Elite die Massenmigration nutzt, um die einheimische Bevölkerung zu ersetzen (2018)* und *Udo Ulfkotte: Albtraum Zuwanderung – Lügen, Wortbruch, Volksverdummung (2011)*.

unumstößliche Wahrheiten verkauft. Dies führt zu der Entstehung einer Echokammer: Andere Sichtweisen werden nicht zugelassen, die Leser des Wikis bekommen lediglich einseitige Informationen zur Verfügung gestellt. Echokammern im digitalen Raum stehen unter Verdacht, aufgrund ihrer Eigenschaft Nutzer mit den immer gleichen Informationen zu konfrontieren, ein bereits determiniertes (politisches) Weltbild zu festigen oder zu verstärken. Somit ist es durchaus denkbar, dass sich Leser von Metapedia zunehmend radikalisieren. Metapedia selbst scheint eine Radikalisierung der Leserschaft bewusst zu fördern. Insbesondere geschieht dies durch den Versuch, gezielt Feindbilder aufzubauen und bei dem Leser eine „Wir gegen die Anderen“ Geisteshaltung hervorzurufen. Das Narrativ von einer vermeintlichen Zerstörung des deutschen Volkes mithilfe einer „Umvolkung“ geht Hand in Hand mit der These, es finde gerade eine „Islamisierung des Abendlandes“ statt. Spätestens seit den Terroranschlägen am 11.09.2001 in New York ist der Islam zu einem zentralen Feindbild rechter Gruppierungen in den USA und in Europa avanciert. Der Beginn des Bürgerkrieges in Syrien im Jahre 2011 stellte einen weiteren zentralen Einschnitt in Hinblick auf die öffentliche Wahrnehmung des Islams dar. Zu den größten geopolitischen Folgen des Bürgerkrieges kann die massiv erhöhte Einwanderungswelle nach Europa (in der medialen Berichterstattung häufig als „Flüchtlingskrise“ tituliert) sowie die Ausbreitung der Terrororganisation „Islamischer Staat“ gesehen werden. Schlagwörter wie „Terrorgefahr“, „Unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ und „Offene Grenzen“ wurden Teil des öffentlichen Diskurses. Metapedia greift diesen Diskurs auf und interpretiert ihn gemäß der „Wir gegen die Anderen“-Geisteshaltung. Insbesondere geschieht dies durch das bewusste Schüren von Angst. Hierbei handelt es sich um eine diskursive Strategie, die weniger auf eine sachliche Argumentationsführung abzielt, sondern stattdessen versucht, Aussagen emotional aufzuladen, um dadurch Zustimmung zu erhalten. Der Metapedia Artikel über den Islam stellt die These auf, eine gezielte Masseneinwanderung verbunden mit einer hohen Geburtenrate gehöre zu den Eroberungsstrategien des Islam (Metapedia 63, 2019). Laut Metapedia werde eine immer weiter fortschreitende Islamisierung allerdings in der Öffentlichkeit systematisch geleugnet, obwohl es schon deutliche Anzeichen hierfür gebe. Als Beispiele werden unter anderem das Tolerieren von Zwangsehen und

Ehrenmorden, forcierte Moscheebauten, Halal-Nahrungsmittel in Supermärkten sowie das Herausbilden einer Scharia-Paralleljustiz genannt. Insgesamt werden 30 unterschiedliche Punkte aufgezählt, die eine Islamisierung veranschaulichen sollen (Metapedia 64, 2019). Weiterhin wird auf Metapedia die Auffassung vertreten, dass Ausländer überproportional häufig Straftaten begehen, so werden unter anderem folgende Statistiken aufgezählt:

- Bei Mord liegt der Ausländeranteil bei 37 Prozent.
- Bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung/Übergriffe liegt der Ausländeranteil bei 38 Prozent.
- Bei der Gewaltkriminalität liegt der Ausländeranteil bei 38 Prozent.

(Metapedia 65, 2019)

Belegt werden diese Zahlen mit einem Verweis auf den Artikel „Kriminalstatistik: Ausländer sind krimineller als Deutsche“ von Stefan Schubert, erschienen auf der Internetseite des Kopp Verlags (Schubert, 2018). Schubert wiederum gibt als Quelle dieser Statistik den „Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017“ an. Da es sich hierbei um ein offizielles Dokument des Innenministeriums handelt, kann diese Quelle als seriös angesehen werden. Allerdings spricht die offizielle Kriminalstatistik von „nichtdeutschen Tatverdächtigen“. Schubert hingegen setzt „Tatverdächtige“ mit bereits überführten und verurteilten Straftätern gleich. Durch diese kleine sprachliche Abänderung wird das rechtsstaatliche Grundprinzip der Unschuldsvermutung angegriffen, da nicht jeder Tatverdächtige automatisch die ihm zulasten gelegte Straftat begangen hat und dafür verurteilt wird. An dieser Stelle lässt sich eine weitere diskursive Strategie erkennen, mit deren Hilfe versucht wird, ein negatives Bild von Einwanderern zu zeichnen. Neben dem bereits erwähnten „Wir [gesetzestreue Deutsche] gegen die Anderen [kriminelle Ausländer]“ und dem Schüren von Angst wird sowohl in dem Metapedia Artikel als auch in dem verlinkten Artikel von Schubert ein komplexer Sachverhalt heruntergebrochen und im Sinne einer politischen Ideologie interpretiert. Der Diskurs über das Thema „Ausländerkriminalität“ ist insbesondere im Zuge der „Flüchtlingskrise“ verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Thematik ist äußerst facettenreich und mit zahlreichen politischen, juristischen und humanitären Herausforderungen verwoben. Aufgrund der Komplexität des Themas ist es nicht möglich, im Zuge der

vorliegenden Arbeit eine abschließende Bewertung von Lösungsansätzen zu erarbeiten, unabhängig davon, ob diese aus einem politisch rechten oder linken Umfeld kommen. Allerdings kann an dieser Stelle festgehalten werden, dass eine Statistik niemals „für sich selbst“ spricht, sondern auch angemessen interpretiert werden muss. Um dies zu veranschaulichen, seien zwei Beispiele genannt. Eine denkbare Erklärung für die erhöhte Anzahl an „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ kann mithilfe von demografischen Daten gefunden werden. Im Schnitt sind Asylsuchende 29,4 Jahre alt und somit 15 Jahre jünger als der Durchschnitt der restlichen Bevölkerung, zudem sind zwei Drittel der Flüchtlinge Männer (Zeit Online, 2018). Generell werden die meisten Straftaten in Deutschland von jungen Männern verübt – die Herkunft spielt hierbei keine Rolle. Der hohe Anteil an jungen Männern unter Flüchtlingen kann somit die Kriminalstatistik verzerren. Es ist unwahrscheinlich, dass dies der einzige ausschlaggebende Faktor für die hohe Anzahl an tatverdächtigen Flüchtlingen ist. Auch eine Herkunft aus patriarchischen Gesellschaftsstrukturen, Arbeitslosigkeit, geringe Schulbildung oder eine erhöhte Konfrontation mit Gewalt und Kriegen in der Biographie vieler Flüchtlinge können Faktoren darstellen (Steinke, 2019). Diese Überlegungen sollen die Komplexität der Thematik veranschaulichen. Die auf Metapedia erhobene Pauschalisierung, Ausländer seien krimineller als Deutsche, wird dieser Komplexität nicht gerecht. Zudem wird auf Metapedia, gemäß der dort herrschenden rechtsextremen Weltanschauung, ein Zusammenhang zwischen Kriminalität und „Rasse“ hergestellt: „Des Weiteren ist häufig ein Zusammenhang erkennbar zwischen bestimmten Straftatbeständen und ihrer Häufigkeit einerseits, sowie dem Rassetypus des Täterklientels andererseits“ (Metapedia 65, 2019). Um das Bild des kriminellen Ausländers zu untermalen werden auf Metapedia zwei Listen geführt: „Liste der von Ausländern in Deutschland getöteten Deutschen bis 2015“ (Metapedia 67, 2019) und „Liste der von Ausländern in Deutschland getöteten Deutschen ab 2015“ (Metapedia 68, 2019). Als Quellenangaben für die einzelnen Verbrechen werden zahlreiche Zeitungs- und Online-Artikel großer Medienhäuser genannt. Hieraus ergibt sich ein gewisses Paradoxon, da ein Großteil der verwendeten Quellen zu den auf Metapedia stets geschmähten „regierungstreuen Massenmedien“ und somit zur „Lügenpresse“ gehören. Dies legt den Verdacht nahe, dass auf Metapedia Quellen immer nur dann als richtig und

wahr angesehen werden, wenn deren Inhalt die jeweilige Argumentation unterstützt. Dieses „Rosinenpicken“ zeigt sich auch auf eine weitere Art und Weise: Zwar werden umfangreiche Listen mit „Verbrechen von Ausländern“ geführt – Straftaten, die von Deutschen begangen werden und in einem rechtsextremen Kontext stehen, werden entweder ignoriert oder geleugnet. So wird beispielsweise die rechtsextreme Gesinnung des für den Angriff auf eine Synagoge am 09.10.2019 in Halle verantwortlichen Täters in Frage gestellt. Stattdessen wird die Tat als eine Geheimoperation von CIA und MI6 beschrieben (Metapedia 69, 2019). Die Fokussierung auf einzelne durch Flüchtlinge oder Migranten begangene Straftaten offenbart eine weitere diskursive Strategie: die Anekdotische Evidenz. Mithilfe dieser diskursiven Strategie wird versucht, anhand einzelner Ereignisse oder Sachverhalte allgemeingültige Aussagen zu treffen oder eine statistische Größe zu widerlegen. Eine auf diese Art und Weise vorgenommene Verallgemeinerung bzw. Generalisierung kann sich sowohl auf persönliche Erfahrungen eines Diskursteilnehmers stützen oder auch auf allgemein bekannte Sachverhalte.²⁸ In dem Fall von Metapedia werden Straftaten, die von Menschen mit Migrationshintergrund begangen wurden, nachdrücklich betont und in den Vordergrund gerückt. Dadurch werden die Täter als repräsentatives Beispiel einer ganzen Bevölkerungsgruppe oder Religionsgemeinschaft beschrieben.

Metapedia spricht sich gegen jegliche Form von Multikulturalismus aus, der als „Auswuchs einer egalitären Ideologie – der marxistischen Ideologie der 'Frankfurter Schule'“ beschrieben wird. Weiterhin heißt es: „Als solcher postuliert er ein angeblich in Frieden mögliches und für wertvoll zu erachtendes Nebeneinander verschiedenster Kulturformen und Lebenseinstellungen zahlreicher Ethnien innerhalb einer Gesellschaft“ (Metapedia 21, 2019). Zudem wird auch jede Form der Integration abgelehnt; der angebliche Unwille mancher Bevölkerungsgruppen, sich zu integrieren, wird sogar begrüßt. So heißt es in dem Artikel „Türken in der BRD“: „Ein Großteil der in Millionenkohorten

²⁸ Zwei Beispiele für die Anekdotische Evidenz sind „Rauchen ist nicht schädlich, denn mein Opa war Raucher und wurde 90 Jahre alt.“ oder „Rauchen ist nicht schädlich. Helmut Schmidt wurde schließlich 96 Jahre alt.“

eingewanderten Türken lehnt Anpassung, Integration oder gar Assimilierung glücklicherweise ab. Dies eröffnet die politische Möglichkeit, daß eine volksfremde Gruppe dann auch als Ganze und vollständig von künftigen Remigrationsinitiativen erfaßt und zurückgeführt werden kann“ (Metapedia 66, 2019).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass auf Metapedia die Auffassung vertreten wird, dass eine von der Regierung geförderte „Umvolkung“ in Deutschland stattfindet, die letztlich zum „Volkstod“ führt. Den Massenmedien kommt hierbei eine tragende Rolle zu, da diese in trügerischer Absicht mittels Propaganda eine „Willkommenskultur“ fördern. Weiterhin sind, so Metapedia, Ausländer wesentlich krimineller als Deutsche, dies wird allerdings von Politik und Medien bewusst verschleiert. Um diese Standpunkte zu vertreten, kommen auf Metapedia diverse diskursive Strategien zum Einsatz. Dazu gehören: (1) Die Selbstinszenierung als Opfer, (2) der Aufbau von Feindbildern und die Förderung einer „Wir gegen die Anderen“-Mentalität, (3) das „Schüren von Angst“ wodurch Diskursbeiträge emotional aufgeladen werden, (4) die Nutzung einseitiger Quellen sowie das Ignorieren und Diskreditieren von Quellen welche die eigene Argumentation nicht unterstützen, (5) die Simplifizierung komplexer Sachverhalte sowie deren einseitige Interpretation, (6) die Anekdotische Evidenz.

7.1.3.3 Politische Korrektheit und die Gender Debatte

Neben der bereits beschriebenen Ablehnung des politischen Systems der BRD und der Massenmedien werden auf Metapedia zudem soziale Normen bewusst angegriffen und verunglimpft. Als großes Feindbild gilt die „Politische Korrektheit“.

Die Wurzeln einer politisch korrekten Sprache finden sich in den USA der 1980er Jahre. In Deutschland wurde erstmals in den frühen 1990er Jahren über die Thematik diskutiert. Politisch korrekter Ausdrucksweise liegt die Überlegung zugrunde, dass Sprache unseren Blick auf die Welt und letztlich auch unser Handeln beeinflusst. Ziel eines politisch korrekten Sprachgebrauchs ist es, diskriminierende Ausdrücke und Bezeichnungen einzudämmen oder durch weniger negativ konnotierte Termini zu ersetzen (Forster, 2010). Allerdings hat die

Forderung nach einer politisch korrekten Sprache auch einen öffentlichen Diskurs losgetreten. So schreibt beispielsweise Norbert Bolz in dem im Tagesspiegel erschienenen Artikel „Politische Korrektheit führt zur geistigen Knechtschaft“: „Unter dem Deckmantel der Politischen Korrektheit wird die Meinung an die Moral gebunden. Damit wird die Gesellschaft zum Opfer eines politisch motivierten 'Tugendterrors'“ (Bolz, 2017). Dem gegenüber stehen Verfechter der politisch korrekten Sprache, wie beispielsweise Till Raether, der in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Wer »politische Korrektheit« ablehnt, lehnt im Grunde ur-konservative Tugenden ab: gutes Benehmen, Höflichkeit im Umgang miteinander, Respekt vor anderen, Eigeninitiative und Verantwortung“ (Raether, 2019). Die Beiträge von Bolz und Raether stehen beispielhaft für den öffentlichen Diskurs über Politische Korrektheit. Es scheinen sich zwei Lager gebildet zu haben: Befürworter der politisch korrekten Sprache sehen in ihr eine Waffe gegen Diskriminierung und die Möglichkeit zu einem respektvolleren Umgang miteinander. Gegner der politisch korrekten Sprache werfen dieser vor, die Meinungsfreiheit mithilfe von Sprechverböten einzuschränken. Das Gefühl der Bevormundung durch die Politische Korrektheit scheint weit verbreitet. Darüber hinaus gibt es bestimmte Themengebiete, die als besonders brisant gelten und aus Sicht vieler Bürger mit Sprechverböten versehen sind. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der FAZ kommt zu folgendem Ergebnis:

Annähernd zwei Drittel der Bürger sind überzeugt, man müsse heute „sehr aufpassen, zu welchen Themen man sich wie äußert“, denn es gäbe viele ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind. Allen voran gehört das Flüchtlingsthema für die große Mehrheit zu den heiklen Themen, bei denen man mit Äußerungen vorsichtig sein sollte, gefolgt von Meinungsbekundungen zu Muslimen und dem Islam. Auch die Nazizeit und Juden gehören für die Mehrheit zu den heiklen Themen, für knapp die Hälfte auch Rechtsextremismus und Gespräche über die AfD. Darüber hinaus haben weite Bevölkerungskreise den Eindruck, dass man sich nur mit Vorsicht zu Themen wie Patriotismus, Homosexualität oder zu der Diskussion um das dritte Geschlecht äußern kann. (Köcher, 2019)

Besonders bemerkenswert an den hier genannten Themen, zu denen man vermeintlich seine Meinung nicht frei äußern könne, ist, dass eben genau diese Themen eine zentrale Rolle in der Kommunikation konservativer bis politisch rechts agierender Personen und Gruppierungen einnehmen.

In der bisherigen Analyse von Metapedia konnte gezeigt werden, dass diese mit Tabus versehenen Themen auch als Schwerpunkte des Wikis angesehen werden können. Da sich Metapedia in ihrer Eigendarstellung als ein Botschafter der Wahrheit und Kämpfer gegen die staatlich verordnete „Umerziehung“ präsentiert, wird Politische Korrektheit abgelehnt:

Politische Korrektheit (engl. „Political Correctness“, Abkürzung: „PC“) ist eine ironische sowie spöttische Bezeichnung und bezeichnet die Gesamtheit der in moralistischer Phrase und Pose vorgetragenen Methoden, der Mittel und des Systems der ständigen und systematischen, persönlichen oder medialen Beeinflussung des Denkens und Verhaltens von Menschen im Sinne marxistischer Ideologie (→ Frankfurter Schule). Politische Korrektheit hat auch eine Funktion als öffentliche Lüge- und Heuchelsprache (→ Sprache der BRD) und bedarf eines totalitären Systems (westliche Demokratien), das unhinterfragbare quasi-religiöse Dogmen aufstellt. (Metapedia 61, 2019)

Politische Korrektheit wird hier als ein Mittel zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit beschrieben. Metapedia greift gezielt den öffentlichen Diskurs über Politische Korrektheit auf und deutet diesen im Sinne eines rechtsextremen Weltbildes um. Wie bereits erläutert, stößt innerhalb des in der Öffentlichkeit ausgetragenen Diskurses die Forderung nach einer politisch korrekten Sprache auch zuweilen auf Ablehnung und Kritik; häufig geschieht dies allerdings mit sachlichen Argumenten. Auf Metapedia hingegen wird die Politische Korrektheit als eine Art Verschwörung gegen das deutsche Volk angesehen. Die Behauptung, Politische Korrektheit sei eine Ausdrucksform marxistischer Ideologie wird nicht belegt und erscheint willkürlich; ebenso die Behauptung, politisch korrekte Sprache bedarf eines totalitären Systems wie die westlichen Demokratien.

Im Zusammenhang mit der Politischen Korrektheit steht weiterhin auch die Bezeichnung „Gutmensch“. Der Duden definiert einen Gutmenschen als „[naiven] Mensch, der sich in einer als unkritisch, übertrieben, nervtötend o. ä. empfundenen Weise im Sinne der Political Correctness verhält, sich für die Political Correctness einsetzt“ (Duden, 2019). Der Begriff „Gutmensch“ weist somit eine stark negative Konnotation auf und wurde 2015 sogar zum „Unwort des Jahres“ gewählt (Spiegel Online, 2016). Neu ist der Begriff allerdings keineswegs, bereits in den 1990er Jahren wurde er erstmals verwendet. Eine sprachliche „Wiederauferstehung“ ließ sich schließlich 2015 im Zuge der Flüchtlingsdebatte

beobachten (Geisel, 2016). Ebenso wie im Rahmen des öffentlichen Diskurses über politisch korrekte Sprache scheint es auch in Hinblick auf Gutmenschen zwei sich gegenüberstehende Lager zu geben. Die eine Seite wirft Gutmenschen vor, „Notorisch, ewig, eifrig, überzeugt, klassisch, grün, links, naiv, selbsternannt, moralisierend und heuchlerisch“ (Geisel, 2016) zu sein. Diese Scheinheiligkeit zeige sich beispielhaft in folgender Situation: „Ein Gutmensch heisst zum Beispiel Flüchtlinge willkommen, doch ein Zimmer in seiner Wohnung würde er ihnen natürlich nicht anbieten“ (Geisel, 2016). Dieser Auffassung gegenüber steht die Überzeugung, dass es per se nicht negativ sein kann, wenn jemand versucht, etwas Gutes zu tun und Anderen zu helfen. So schreibt die Darmstädter Jury zur Begründung für die Wahl zum Unwort des Jahres: „Mit dem Vorwurf Gutmensch, Gutbürger oder Gutmenschentum würden Toleranz und Hilfsbereitschaft pauschal als naiv, dumm und weltfremd, als Helfersyndrom oder moralischer Imperialismus diffamiert“ (Zeit Online, 2016). Gegen diese pauschale Diffamierung spricht sich auch Gina Schad in einem Kommentar auf ze.tt, einem Onlineauftritt des Zeit-Verlags mit jugendlicher Zielgruppe, aus: „Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der 'Gutmensch' ein Schimpfwort ist. Wie kann es als etwas Schlechtes angesehen werden, anderen Menschen zu helfen?“ (Schad, 2016). Auf Metapedia wird Gutmensch als Kampfbegriff verwendet. Dort heißt es:

Alle Gutmenschen bekennen sich ohne Einschränkung zu dem Dogma: „Wir sind nicht verantwortlich, nie; wir sind die Guten, immer!“ Eigentlich trifft das alte Wort „Heuchler“ hier auch zu, allerdings mit einer gewaltigen Beimengung von Naivität. Es handelt sich um aggressiv behrend auftretende Menschen, welche die aus ihren Forderungen und Haltungen resultierenden Konsequenzen einerseits nicht schlüssig herleiten wollen oder können und andererseits dafür auch keinerlei Verantwortung übernehmen wollen. Gegenüber allen von ihnen als „nicht-gut“ Verorteten erweisen sich Gutmenschen regelmäßig als dialogunwillig beziehungsweise dialogunfähig. Sie sind üblicherweise gegenüber fundierten Herleitungen und Überlegungen sowie seriösen, von ihren Sichtweisen abweichenden Anregungen und Hinweisen beratungsresistent. (Metapedia 62, 2019)

Metapedia geht somit mit der Überzeugung d'accord, Gutmenschen seien scheinheilig und heuchlerisch. Allerdings wird auf Metapedia dieses negative Bild noch zusätzlich verschärft, indem alle Gutmenschen als unreflektiert und dialogunwillig dargestellt werden. Zudem wird auf Metapedia ein Zusammenhang

zwischen Gutmenschen und dem Holocaust hergestellt: „An überzeugten deutschen Shoaisten läßt sich das Sozialverhalten des typischen Gutmenschen vorbildlich studieren“ (Metapedia 62, 2019). Mit „Shoaisten“ werden auf Metapedia Personen beschrieben, die einer vermeintlichen „Holocaustreligion“ angehören und mit Schuldzuweisung dem deutschen Volk schaden wollen. Somit sind nach der Auffassung von Metapedia alle Personen, die den Holocaust nicht leugnen, automatisch Gutmenschen. An dieser Stelle zeigt sich deutlich der Unterschied zwischen dem in öffentlichen Diskursen verwendete Begriff „Gutmensch“ und der rechtsextremen Auslegung des Begriffes auf Metapedia.

Laut der bereits vorgestellten FAZ-Umfrage gehören auch Homosexualität und die Diskussion um das dritte Geschlecht zu den „heiklen Themen“, die eine freie Meinungsäußerung in den Augen vieler Bürger nur bedingt zulassen. Ab dem 1. Oktober 2019 ist es homosexuellen Paaren in Deutschland erlaubt zu heiraten. Während insbesondere konservative und religiöse Organisationen dies unter Hinweis auf das traditionelle Familienbild von Mann und Frau kritisieren, dreht sich der Diskurs im politischen und juristischen Bereich eher um Fragen nach der Anpassung und Neuausrichtung des Familienrechts²⁹ (Bingül, 2019). Auch Metapedia greift den Diskurs über Homosexualität und gleichgeschlechtliche Ehe auf, verbindet diesen allerdings mit Volks- und Rassegedanken: „Die Gleichgeschlechtlichkeit ist ihrem Wesen nach volksfeindlich, da sie die gemeinschaftliche Aufgabe der Sicherung des Fortbestandes eines Volkes ablehnen muß und gleichzeitig einen krankhaften Individualismus propagiert“ (Metapedia 70, 2019). Auch in Hinblick auf Homosexualität wird auf Metapedia das bereits erläuterte Narrativ vertreten, es finde eine „Umerziehung“ des Deutschen Volkes statt: „In der BRD macht die Umerziehung auch nicht an Schulen beziehungsweise an Kindern von unter zehn Jahren halt. Selbst diese bekommen sogar schon homosexuelle Propaganda in Schrift und Ton vorgesetzt, um zu Homosexuellen bekehrt zu werden“ (Metapedia 70, 2019). Dies führt laut Metapedia zu einer

29 Ein Streitpunkt ist das Sorgerecht: „Erst einmal gerät nach der Ehe für alle das Familienrecht ins Blickfeld. Denn zwei verheiratete Frauen bekommen nicht automatisch beide das Sorgerecht für ein Kind, sondern nur die Frau, die das Kind austrägt. Die andere hat keine Rechte am eigenen Wunschkind“ (Bingül, 2019).

„Heterophobie“ (Metapedia 71, 2019) die letztlich eine „Homosexualisierung“ der Gesellschaft zur Folge hat. Ziel der „Homosexualisierung“ sei es, „Ehe und Familie zu unterwühlen und zu zerstören“ (Metapedia 72, 2019).

Neben Homosexualität wird auf Metapedia Feminismus abgelehnt und als „kulturmarxistische Ideologie“ im Sinne der Frankfurter Schule beschrieben. Feminismus habe ebenso „die Zerstörung von Ehe, Mutterschaft und Familie“ (Metapedia 73, 2019) als Ziel. Der Ausdruck „Kulturmarxismus“ (engl. Cultural Marxism) ist insofern bemerkenswert, da es sich hierbei nicht um einen wissenschaftlichen Begriff, sondern um einen Kampfbegriff der „Neuen Rechten“ in den USA handelt.³⁰ Seit einigen Jahren taucht der Begriff auch in Deutschland auf. Kulturmarxismus meint einen vermeintlichen Kampf gegen den „weißen christlichen Mann“ durch Schuldzuweisung sowie die Unterdrückung unliebsamer Meinungen mittels einer „Gedankenpolizei“ (Grumpe & Grampes, 2016). Diese Vorstellung von einer „Gedankenpolizei“ geht Hand in Hand mit dem Narrativ von der Politischen Korrektheit als Instrument zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Generell wird auf Metapedia keine Unterscheidung zwischen dem biologischen Geschlecht und der Geschlechtsidentität getroffen. So gebe es feste, durch das biologische Geschlecht determinierte gesellschaftliche Rollen, deren Erfüllung hohe Priorität hat. Nicht-binäre Geschlechtsidentitäten werden auch von zahlreichen konservativen und religiösen Gruppierungen abgelehnt. Meist geschieht dies aufgrund einer Unvereinbarkeit mit Glaubensgrundsätzen oder althergebrachten Wertevorstellungen. Die Beschwörung klassischer gesellschaftlicher Rollen von Mann und Frau erfolgt hingegen auf Metapedia im Sinne einer Ideologie, die den Fortbestand eines rassistisch definierten Volkskörpers in den Mittelpunkt stellt. Elternschaft stellt hier die „Keimzelle eines jeden Volkes und der Nation“ (Metapedia 74, 2019) dar. Weiterhin werden Männlichkeit und Weiblichkeit als zwei sich gegenüberstehende Pole beschrieben. Typisch für den Mann sei die „Rolle des Kriegers“ aufgrund größerer körperlicher Kraft, zudem

³⁰ Bei einer Literatursuche konnte kein wissenschaftlicher Text gefunden werden, der Kulturmarxismus im Sinne der „Neuen Rechten“ verwendet. Eine Google Suche nach dem Begriff zeigt, dass dieser lediglich von politisch rechts orientierten Gruppierungen verwendet zu werden scheint.

verfügen laut Metapedia Männer über größere intellektuelle Fähigkeiten. Dies sei der Grund, „weshalb nahezu ausnahmslos alle bedeutenden kulturellen und technischen Entdeckungen von Männern geschaffen wurden“ (Metapedia 75, 2019). Dem gegenüber steht die Frau, deren gesellschaftliche Aufgabe sich hauptsächlich auf „die Pflege des Nachwuchses sowie das Instandhalten des Heimes“ (Metapedia 76, 2019) beschränkt. Diese traditionellen Rollenbilder sind laut Metapedia gefährdet beziehungsweise werden bewusst unterwandert und zerstört, insbesondere durch „Geschlechtergleichschaltung“ und „Gender Studies“. Geschlechtergleichschaltung führe zu einer „Destabilisierung der sexuellen Identität und damit der Identität überhaupt“ (Metapedia 77, 2019). Bei Gender Studies handle es sich um eine pseudowissenschaftliche Disziplin, die nicht unabhängig agieren kann, sondern einer politischen und wissenschaftlichen „Gleichheitsideologie“ folgt (Metapedia 78, 2019).

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Forderung nach Politischer Korrektheit wirkt sich auf zahlreiche öffentliche Diskurse aus und stellt zudem selbst einen eigenen „Meta-Diskurs“ dar, der die Vor- und Nachteile von politisch korrekter Sprache aushandelt. In Hinblick auf die vorliegende Arbeit erscheint die Politische Korrektheit deshalb relevant, da eine nicht unerhebliche Anzahl an Bürgern das Gefühl hat, sich zu bestimmten Themen nicht frei äußern zu können und es aufgrund einer öffentlich geforderten politisch korrekten Sprache eine Vielzahl an Sprachverboten gibt. Dieser empfundene Eingriff in die freie Meinungsäußerung wird auf Metapedia aufgegriffen und im Sinne einer rechtsextremen Ideologie umgedeutet. Dabei kommt die bereits beschriebene diskursiven Strategie des „sich selbst als Opfer beschreiben“ zum Tragen sowie das Narrativ von der heimlichen „Umerziehung“ und das Fehlen einer echten Meinungsfreiheit in Deutschland. Weiterhin wird auf Metapedia die Anerkennung des Holocaust als geschichtliche Tatsache abwertend als „politisch korrekt“ angesehen. Personen, die den Holocaust nicht leugnen, seien „Gutmenschen“. Weiterhin spricht sich Metapedia gegen Homosexualität, Feminismus und nicht-binäre Geschlechtsidentitäten aus; gleichzeitig wird ein traditionelles Familienbild propagiert: Eine „klassische“ Familie sei der einzige Weg für den Erhalt des Volkes als rassistisch definierte Einheit.

7.2 Identitäre Bewegung

7.2.1 Allgemeines

Die „Identitäre Bewegung“ zählt zu den noch relativ jungen Gruppierungen innerhalb des politisch rechten Spektrums. Im Jahr 2012 trat die „Bewegung“ erstmals öffentlich in Erscheinung; ihre Wurzeln lassen sich allerdings in verschiedenen Vereinigungen, die sich in Frankreich der frühen 2000er Jahre bildeten, zurückverfolgen (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg, 2019). Der Verfassungsschutz erklärte im Juni 2016 die Identitäre Bewegung zum Verdachtsfall. Nach einer dreijährigen Beobachtung stuft der Verfassungsschutz die Identitäre Bewegung im Juli 2019 als „gesichert rechtsextrem“ ein. Der Verfassungsschutz begründet diese Entscheidung in einer Pressemitteilung damit, dass, „die Positionen der IBD [Identitäre Bewegung Deutschland] [...] nicht mit dem Grundgesetz vereinbar [sind] [...]. Die IBD zielt letztlich darauf ab, Menschen mit außereuropäischer Herkunft von demokratischer Teilhabe auszuschließen und sie in einer ihre Menschenwürde verletzenden Weise zu diskriminieren. Menschen ohne gleiche ethnische Voraussetzungen können aus Sicht der IBD niemals Teil einer gemeinsamen Kultur sein“ (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2019). Aufgrund der Einstufung als „gesichert rechtsextrem“ ist es dem Verfassungsschutz nun möglich, die Identitäre Bewegung einer vollständigen Beobachtung zu unterziehen (Zeit Online, 2019). Im Vergleich zu anderen rechtsextremen/rechtsradikalen Gruppierungen weist die Identitäre Bewegung eine geringe Mitgliederzahl auf, die allerdings stetig ansteigt: 2017 zählte der Verfassungsschutz rund 500 Mitglieder, 2018 ist die Zahl auf etwa 600 gestiegen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2019, S. 82). Trotz der überschaubaren Größe konnte die Identitäre Bewegung sehr viel mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, nicht zuletzt wegen geschickt inszenierten und öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie beispielsweise die Besetzung des Brandenburger Tors im Jahre 2016 (Stempfle, 2019). Dabei orientieren sich die Organisatoren hinter der Bewegung an Aktionsformen urbaner Jugendkulturen (Funke, 2016, S. 127). Ein weiterer wichtiger Grund für die Bekanntheit der Identitären Bewegung ist der Einsatz von diversen Social-Media-Kanälen für die

Verbreitung ihrer Ideologie. Die Identitäre Bewegung inszeniert sich dabei als „jung“ und „hipp“, dem Klischee des glatzköpfigen und Springerstiefel tragenden Nazis wird bewusst nicht entsprochen. Vielmehr wird versucht, das rechtsextreme Weltbild der Gruppierung zu kaschieren, um potenzielle neue Mitglieder oder Sympathisanten nicht abzuschrecken. So wird der Begriff „Rasse“ durch „Kultur“ ersetzt. Ein zentraler Begriff innerhalb der „Identitären“-Ideologie ist der „Ethnopluralismus“. Hinter dem Begriff steht die Auffassung, „eines friedlichen Nebeneinanders jeweils homogener Kulturen, die sich gegenseitig respektieren, aber untereinander nicht vermischen dürfen“ (Funke, 2016, S. 126). Hier zeigt die „Identitären“-Ideologie ihr Janusgesicht: Zwar wird offiziell betont, es „existieren keine qualitativ höherwertigen oder minderwertigen Rassen und der Wert des Menschen wird nicht über die Zugehörigkeit einer Gruppe definiert“ (Identitäre Bewegung 1, 2019), gleichzeitig wird allerdings auch die Überzeugung vertreten, dass Ethnien aufgrund unvereinbarer kultureller Unterschiede stets voneinander getrennt leben müssen.

Die Identitäre Bewegung versteht es wie kaum eine andere rechtsradikale/rechtsextreme Gruppierung, ihre Ideologie zu verschleiern, um dadurch ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Gleichzeitig werden bewusst mithilfe des Social Web und medienwirksamen Aktionen Jugendliche angesprochen. Aus diesem Grund wird die Identitäre Bewegung trotz ihrer eher geringen Mitgliederzahl im Rahmen der vorliegenden Arbeit genauer untersucht.

7.2.2 Internetauftritte

7.2.2.1 Die Homepage der Gruppierung

Die Homepage der Identitären Bewegung (Identitäre Bewegung 2, 2019) bildet das Zentrum innerhalb der Online-Auftritte der Gruppierung. Hier erläutern die Identitären ihre zentralen politischen Standpunkte und Forderungen, verweisen auf den offiziellen Twitter- sowie YouTube-Kanal und bieten einen Online-Shop an. Dort finden sich neben Klamotten und Bier auch Flugblätter, Poster und Aufkleber. Weiterhin bietet die Homepage die Möglichkeit, Geld an die Identitäre Bewegung zu spenden.

Das Erkennungszeichen der Identitären Bewegung ist das von einem Kreis umrandete griechische Lambda-Zeichen in den Farben Gelb und Schwarz. Weshalb sich die Identitäre Bewegung für dieses Symbol entschieden hat, ist nicht zweifelsfrei geklärt. Als wahrscheinlich gilt allerdings, dass das Symbol aus dem Film „300“ aus dem Jahr 2006 übernommen wurde (Weiß, 2013). Der Film handelt von der Schlacht bei den Thermopylen, die sich als Teil der Perserkriege um circa 500 v. Chr. ereignete. Allerdings legt der Film wenig Wert auf historische Genauigkeit, vielmehr handelt es sich um klassisches „Popcornkino“. Überzeichnete Gewaltdarstellung und brachiale Action-Szenen sind die wichtigsten Bestandteile des Films; inhaltlich geht es um den Kampf von 300 Spartanern gegen eine persische Übermacht. Bereits 2011, also vor der Gründung der Identitären Bewegung, stellte eine Analyse von Neonazi-Strategien in Sozialen Netzwerken fest: „Nazis interpretieren den Film als Kampf der guten, ehrenhaften und gestählten Griech/innen gegen die wilden persischen Horden. Das erinnert nicht nur an den Körperkult Leni Riefenstahls, sondern auch an den Kampf 'Arier' gegen die 'Untermenschen'“ (Groß & Rafael, 2011, S. 18). Das Lambda-Symbol ist auf den Schilden der griechischen Soldaten eingraviert und während des ganzen Films gut zu sehen. Aufgrund der scheinbaren Beliebtheit des Films innerhalb politisch rechter Kreise erscheint es naheliegend, dass sich die Identitäre Bewegung von der Symbolik des Films inspirieren hat lassen. Das Symbol der Identitären Bewegung nimmt eine zentrale Rolle in deren Öffentlichkeitsarbeit ein. In den medienwirksamen Aktionen der Gruppierung kommen Fahnen, Aufkleber und Flugblätter, die das Symbol zeigen, massiv zum Einsatz, um ein schnelles „Wiedererkennen“ der Gruppierung zu ermöglichen.

Bei der Homepage der Identitären Bewegung handelt es sich nicht um eine offene Diskursarena. Zwar lassen sich alle Inhalte und Artikel auf der Homepage als offizielle Diskursbeiträge der Identitären Bewegung ansehen, allerdings ist es abgesehen von den Verwaltern der Seite niemandem möglich, eigene Diskursbeiträge auf der Plattform zu veröffentlichen. Selbst der sich auf der Homepage befindende Blog gestattet es den Lesern nicht – wie es normalerweise auf Blogs üblich ist – Kommentare zu hinterlassen. Die Seite dient dazu, die Ideologie der Gruppierung sowie deren offiziellen Standpunkte zu politischen

Fragen zu vermitteln. Ein Austausch mit der Leserschaft findet auf der Homepage nicht statt, allerdings betreibt die Identitäre Bewegung zwei große Social-Media-Kanäle. Diese sollen im folgenden Abschnitt genauer betrachtet werden.

7.2.2.2 Social-Media-Kanäle und multimediale Daten

Neben der Homepage spielen der offizielle Twitter-Account sowie der offizielle YouTube-Kanal eine wichtige Rolle bei der Verbreitung der Ideologie der Identitären Bewegung. Im Gegensatz zu der Homepage handelt es sich bei Twitter und dem YouTube-Kanal um Diskursarenen, innerhalb derer eine große Anzahl unterschiedlicher Diskursteilnehmer zu Wort kommen können. Der Twitter Account (Twitter 2, 2019) wird aktiv genutzt, fast täglich erscheinen neue Tweets. Seit Bestehen wurden 4446 Tweets abgesetzt, 25200 Personen folgen dem Account (Stand 14.12.2019). Neben eigenen Beiträgen werden hier auch Postings anderer Twitter-Nutzer verbreitet.³¹ So sind beispielsweise Beiträge des privaten Twitter-Accounts von Martin Sellner, dem Sprecher der Identitären Bewegung in Österreich, oder auch von der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die als rechtspopulistisch angesehen werden kann und der AfD nahe steht (Mahlberg, 2017), in Form von „Retweets“ auf dem Account der Identitären Bewegung zu sehen.

Der YouTube-Kanal der Identitären Bewegung (YouTube 1, 2019) besteht seit 2015. Insgesamt hat die Gruppierung dort 36 Videos hochgeladen. Trotz dieser eher geringen Anzahl an Videos hat der Kanal 21.700 Abonnenten (Stand: 15.12.2019). Thematischer Schwerpunkt bildet die Dokumentation von öffentlichen Aktionen. Weiterhin finden sich auf dem Kanal „Image Filme“, also Videos, mit deren Hilfe ein möglichst positives Bild der Identitären Bewegung gezeichnet werden und neben der Eigenwerbung zugleich auch dem Zuschauer die Ideologie der Gruppierung nähergebracht werden soll. Dabei scheint, wie bereits erwähnt, ein besonderes Augenmerk darauf gelegt worden zu sein, ein möglichst junges Publikum anzusprechen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, dass es sich

³¹ Das Verbreiten von Beiträgen anderer Twitter-Nutzer in der eigenen Timeline wird als „retweeten“ bezeichnet.

bei den Protagonisten der Videos fast ausnahmslos um Jugendliche oder junge Erwachsene handelt. Auch die eingesetzte Filmsprache, beispielsweise schnelle Schnitte und moderne Musik, wirkt auf ein junges Publikum zugeschnitten.

Im Gegensatz zu der offiziellen Homepage ist es auf Twitter und YouTube jedem Internetnutzer möglich, direkt in Kontakt mit der Identitären Bewegung zu treten und in einem öffentlichen Raum auf deren Diskursbeiträge zu reagieren bzw. eigene Diskursbeiträge zu verfassen.

7.2.3 Analyse ausgewählter Diskurse

7.2.3.1 Migration und Integration

Eine Sichtung der einzelnen Beiträge auf der Homepage sowie der Social-Media-Auftritte macht das Hauptziel der Gruppierung deutlich. Ziel ist es, den Identitätsbegriff im Sinne der ethnopluralistischen Ideologie umzudeuten. In dem Abschnitt „Forderungen“ findet sich folgender Text:

Wir wollen endlich eine offene Debatte über die Identitätsfrage im 21. Jahrhundert. Das etablierte Meinungsspektrum verengt diese Frage lediglich auf die Utopie einer einheitlichen One-World-Ideologie. Wir hingegen fordern eine Welt der Vielfalt, Völker und Kulturen. Die Bewahrung unserer ethnokulturellen Identität muss als Grundkonsens und als Grundrecht in der Gesellschaft verankert werden. (Identitäre Bewegung 3, 2019)

Mit der Forderung, eine offene Debatte über die Identitätsfragen zu führen, gibt sich die Identitäre Bewegung gegenüber allen Meinungen und Weltanschauungen aufgeschlossen. Ein genauerer Blick auf die Artikel der Homepage zeichnet allerdings ein anderes Bild. Es wird eine klare Trennlinie zwischen „Wir“ und „Die Anderen“ gezogen. Das „Wir“, im Sinne von „die Deutschen“, wird hierbei stets positiv dargestellt; andere Völker und Kulturkreise werden hingegen als Gefahr für die deutsche Gesellschaft beschrieben. Die geforderte „offene Debatte“ findet nicht statt, stattdessen wird auf die negativen Einflüsse von Personen aus anderen Kulturkreisen auf die deutsche Kultur hingewiesen, Immigration wird durchweg als etwas Negatives dargestellt. Dabei wird allerdings versucht, diese Ablehnung von Immigration in ein positives Licht zu rücken. In dem Artikel „Das

Multikulturalismus-Paradox“ wird anhand eines fiktiven Beispiels dieser Euphemismus deutlich:

Saskia ist eine deutsche Studentin in einer deutschen Großstadt. Sie versteht sich selbst als multikulturell, das heißt, dass sie echtes Vergnügen an ethnischer und kultureller Vielfalt empfindet. Sie geht beispielsweise gerne ausländisch essen und möchte die jeweilige Kultur dann natürlich auch möglichst authentisch erleben. Nun ergibt sich für Saskia plötzlich ein Problem: Der Kellner, der ihr eben das bestellte Papadam und das Curry serviert hat, ist kein Inder, sondern ein Weißer. Das stört Saskia, weil sie gerne mit einer fremden Kultur konfrontiert werden möchte, wenn sie ausländisch essen geht. Darüber gerät sie ins Grübeln. Verhält sich dieser weiße Kellner im Sinne der multikulturellen Forderung einer gleichwertigen Durchmischung nicht völlig korrekt? Indem Saskia der Frage nachgeht, was genau sie daran stört, gelangt sie zu der Einsicht, dass ihr Vergnügen an ethnischer und kultureller Vielfalt davon anhängt, dass die anderen ethnisch und kulturell unterscheidbar bleiben. (Identitäre Bewegung 4, 2019)

Die Identitäre Bewegung spricht sich gegen eine „Durchmischung“ verschiedener Kulturen aus, folglich wird von der Gruppierung Einwanderung und Migration kritisiert. Dies wird untermalt durch eine pauschale Ablehnung von Integration. Der Kerngedanke dieser Ablehnung wird insbesondere in dem Artikel „Integration und Selbsthass I“ (Identitäre Bewegung 5, 2019) thematisiert. In dem Artikel wird Volksvertretern sowohl aus dem rechten als auch aus dem linken politischen Spektrum vorgeworfen, nicht identitär sondern etatistisch zu denken, denn „sie sehen das Bestehen unseres Staates, das Florieren unserer Wirtschaft und den Erhalt von Ruhe und Ordnung getrennt vom Wohlbefinden und der Zukunft des Staatsvolkes“ (Identitäre Bewegung 5, 2019). Dabei werden in dem Artikel explizit Beispiele von „gelungener Integration“ genannt und auf den „netten, sympathischen türkischen Gemüsehändler an der Ecke, dessen Tochter am Schwimmunterricht teilnehmen darf und begeistert Harry Potter liest“ oder den „lebensfrohen jungen Tunesier, der gerade seine Ausbildung als Fitnesscoach macht und am Wochenende gerne im Harz wandern geht“ hingewiesen (Identitäre Bewegung 5, 2019). Die Identitäre Bewegung lehnt allerdings auch diese Form von Integration ab. Als Grund hierfür wird angegeben, dass auf diese Weise integrierte Personen zwar der Gesellschaft in einem rein ökonomischen und rechtlichen Sinn zugehörig sind, allerdings niemals ein echter Bestandteil von ihr werden können. Dies wird begründet unter Zuhilfenahme des Identitätsbegriffs. Mitgliedern anderer Kulturkreise, die nach Deutschland einwandern, sei es nicht möglich, die

vorherrschende Identität der ethnokulturellen Gemeinschaft lückenlos zu übernehmen: „Wie viele der auch voll 'Integrierten' mit türkischem Migrationshintergrund in Wien können sich mit Stolz an die zurückgeschlagenen Türkenbelagerungen erinnern? Das ist natürlich keine 'Staatsbürgerpflicht', aber wir sind der Ansicht, dass es klar zu unserer Identität gehört“ (Identitäre Bewegung 5, 2019). Das Ziel der „Multikulti-Ideologien“ sei es, die „ethnokulturelle Identität aller Menschen im Staatsgebiet“ zu zerstören. Als Beweggrund wird der „Liberalkapitalismus“ angegeben: „Indem der Mensch nur als Konsument und Produzent, als kulturloser 'Teilnehmer am Markt' gesehen wird, zerstört man seine ethnokulturelle Dimension“ (Identitäre Bewegung 5, 2019).

Die Gruppierung stellt im Rahmen ihrer Ideologie eine eigene, wissenschaftlich nicht haltbare Definition von Identität auf. Der Soziologe Heinz Abels setzt sich in seinem Buch „Identität“ ausführlich mit dem Begriff auseinander und beleuchtet ihn aus zahlreichen Blickwinkeln. Nach über 400 Seiten versucht Abels die angesichts der Tragweite des Begriffes schwierige Frage, was denn nun Identität eigentlich sei, zu beantworten: „Meine Antwort auf die Frage nach der Wahrheit der Identität, wie sie das Individuum von sich annimmt, lautet deshalb so: Für das Individuum ist seine Identität das, was es gerade von sich annimmt“ (Abels, 2017, S. 419). Es zeigt sich ein starker Kontrast zwischen dieser Auffassung von Identität und der Ideologie der Identitären Bewegung, die Identität weitestgehend losgelöst von dem einzelnen Individuum versteht und stattdessen das Kollektiv und die Volksgemeinschaft überbetont. Nach der Ideologie der Identitären Bewegung ist es nicht möglich, dass der „sympathische türkische Gemüsehändler“ oder der „lebensfrohe junge Tunesier“ eine deutsche Identität annimmt. Diese Ideologie fußt auf der Überzeugung, dass es eine kulturelle Identität gibt, die in jedem Individuum fest verwurzelt und zudem unveränderbar ist. Aus wissenschaftlicher Sicht ist dies kaum haltbar. „Mind, Self and Society“ von George H. Mead gilt als ein wegweisendes Werk in Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Identität und Gesellschaft. Sozialität und Identität gehen für Mead Hand in Hand, Ich-Identität kann sich nur im Wechselspiel zwischen Individuum und Gesellschaft

entwickeln (Göymen-Steck & Völcker, 2016, S. 125-126). Dieses Wechselspiel ist allerdings ein ständiger, niemals abgeschlossener Prozess. Weiterhin ist das Individuum nicht etwa ein passiver Spielball von gesellschaftlichen Prozessen, vielmehr kann es reflexiv auf diese reagieren. „Ich-Identität bleibt damit prozessual und meint viel mehr eine Synthese reflexiver und performativer Positionierungen gegenüber Fremderwartungen, als die schiere Übernahme gesellschaftlicher Normen“ (Göymen-Steck & Völcker, 2016, S. 127). Mead weist darauf hin, dass sich Identität nicht nur durch Anpassung an gesellschaftliche Normen vollzieht, sondern auch durch bewusste Abgrenzung:

in the human individual it is a matter of taking the attitudes of the others and adjusting one's self or fighting it out. It is this recognition of the individual as a self in the process of using his self-consciousness which gives him the attitude of self-assertion or the attitude of devotion to the community. He has become, then, a definite self. (Mead, 1934, S. 193)

Ein Individuum benötigt immer ein „Du“ um das „Ich“ zu erkennen. Mead macht dies deutlich am Beispiel von „Mode“: Man kann sich an modische Trends anpassen oder sich bewusst dagegen entscheiden. „Perhaps one says that he does not care to dress in a certain fashion, but prefers to be different; then he is taking the attitude of others toward himself into his own conduct“ (Mead, 1934, S. 193). Sowohl Anpassung als auch die Abgrenzung erfordert Wissen über gesellschaftliche Normen. Ohne das Wissen, was die aktuelle Mode ist, wäre es auch nicht möglich, sich davon bewusst abzugrenzen.

Die wichtigsten Merkmale von Identität lassen sich somit wie folgt zusammenfassen: Identität entsteht in einer Wechselbeziehung zwischen Individuum und Gesellschaft, dabei ist die Identitätsbildung ein niemals abgeschlossener, sondern vielmehr ein lebenslang andauernder Prozess. Im Mittelpunkt der Identität steht das Individuum und dessen Annahmen *über sich selbst*. Gesellschaftliche Normen und Handlungsweisungen beeinflussen zwar Identität, allerdings ist es dem Individuum möglich, sich reflexiv damit auseinanderzusetzen und sich gegebenenfalls auch bewusst gegen diese zu stellen.

Die Identitäre Bewegung vertritt hingegen eine völlig andere Auffassung von Identität. Anhand der Beiträge, die sich auf der offiziellen Homepage der

Gruppierung finden lassen, ist es möglich, diese herauszuarbeiten. Identität wird fast ausschließlich durch den Kulturkreis, in welchen jeder Mensch hineingeboren wird, bestimmt. Diese Identität wird in die Wiege gelegt, ist unveränderbar und bleibt ein Leben lang konstant. Das Selbstbild, die eigene Auffassung und Annahme über die eigene Identität spielen keine Rolle. Es ist dem Individuum nicht möglich, seine Identität anzupassen, zu verändern oder sich kritisch damit auseinanderzusetzen (Identitäre Bewegung 5, 2019). Identität zeigt sich in drei Ebenen: (1) Die regionale Ebene „zeichnet sich dies durch die unmittelbare örtliche Verbundenheit zur eigenen Stadt oder zum Dorf aus. Dialekte, Bräuche, Sitten und die regionale Geschichte prägen diese Identität im Besonderen“ (Identitäre Bewegung 6, 2019). (2) Übergeordnet befindet sich die „nationale Ebene“, die sich „durch die direkte Bindung zu einem Volk oder einem Staat charakterisiert“ (Identitäre Bewegung 6, 2019). (3) Die höchste Ebene bildet die zivilisatorische Identität: „Durch Herkunft, Geschichte und Kultur teilen wir alle Europäer ein gemeinsames Erbe und ein gemeinsames Schicksal (Identitäre Bewegung 6, 2019). Zwar spielen auch persönliche Faktoren bei der Bildung der Identität eine Rolle, diese nehmen aber nur einen Randplatz ein angesichts der Identität, die jeder Mensch aufgrund seiner Kulturzugehörigkeit hat. Diese ist auch der Grund, weshalb die Gruppierung Integration pauschal als nicht möglich ablehnt, da die Identität eines Individuums bereits bei der Geburt feststeht. Eine solche Auffassung von Identität widerspricht nicht nur dem wissenschaftlichen Konsens, es lassen sich sogar Parallelen zur „Blut und Boden“-Ideologie der NS Zeit erkennen. Die „Blut und Boden“-Ideologie postuliert eine untrennbare Einheit zwischen einem rassistisch definiertem Volk und dem Gebiet, das dieses Volk bewohnt (Benz, Graml, & Weiß, 1997, S. 399-400). Auch die Identitäre Bewegung spricht sich für eine klare räumliche Trennung von Ethnien aus, der Geburtsort wird dadurch zu einem ausschlaggebenden Faktor in Hinblick auf die Identität eines Individuums. Der einzige Unterschied – zumindest auf den ersten Blick – scheint zu sein, dass die Identitäre Bewegung Ethnien nicht rassistisch definiert. Dennoch kann die Ideologie der Gruppierung als rassistisch angesehen werden. Die Identitäre Bewegung wird in der medialen Berichterstattung teilweise als „kulturrassistisch“ bezeichnet (z.B. Förster, 2017; Krusemark, 2017) – scheinbar um darauf hinzuweisen, dass die Gruppierung keinen “biologischen Rassismus“

vertritt. Damit übernehmen die Autoren allerdings zu Teilen die Narrative der Gruppierung. Wie bereits erläutert, versucht sich die Identitäre Bewegung durch Ersetzung des Begriffs „Rasse“ mit „Kultur“ in einem möglichst positiven Licht darzustellen. Hierbei handelt es sich aber keineswegs um eine neuartige diskursive Strategie innerhalb politisch rechter Kreise. Bereits 1975 beschreibt Adorno diese Anpassung der Rassentheorie wie folgt:

Die Stelle erlaubt Einblick in die subtilen Mechanismen der Anpassung der Rassentheorie an die veränderte politische Lage. Anstelle der »weißen Rasse« setzt der Sprecher »in diesem Fall« -- also doch wohl im Gedanken an den gegenwärtigen Konflikt von Westen und Osten -- die »abendländische Kultur«. Nicht selten verwandelt sich der faschistische Nationalismus in einen gesamteuropäischen Chauvinismus, so wie es etwa der Titel der Zeitschrift von Hans Grimm »Nation Europa« verrät. Das vornehme Wort Kultur tritt anstelle des verpönten Ausdrucks Rasse, bleibt aber ein bloßes Deckbild für den brutalen Herrschaftsanspruch. (Adorno, 1975, S. 276)

Die Einschätzung, die Identitäre Bewegung sei „kulturrassistisch“, erscheint somit fragwürdig. Zum einen ist schwer, eine klare Trennlinie zwischen „Kulturrassismus“ und „biologischem Rassismus“ zu ziehen, da beide Erscheinungsformen häufig nicht nur Hand in Hand gehen, sondern sich auch oftmals überschneiden. Weiterhin wird meist, wie von Adorno beschrieben, der Kulturbegriff lediglich dazu verwendet, den Rassebegriff zu verschleiern. Auch besteht die Gefahr, dass die Bezeichnung „Kulturrassismus“ als „weniger verwerflich“ angesehen wird; schließlich kann der Eindruck entstehen, dass äußerliche Erscheinungsmerkmale wie die Hautfarbe in einem kulturrassistischen Kontext keine Rolle spielen.

Anhand dieser Überlegungen kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass es sich bei der Identitären Bewegung um eine rassistische Gruppierung handelt, die Personen aus anderen Kulturkreisen diskriminiert und abwertet. Die Identitäre Bewegung begründet dies mit unvereinbaren kulturellen Unterschieden. Gleichzeitig sind die Parallelen mit der „Blut und Boden“-Ideologie gravierend und der von der Gruppierung verwendete Identitätsbegriff stark auf die Abstammung des Individuums fokussiert. Dies legt den Eindruck nahe, dass die „Rassentheorie“ tief in der Geisteshaltung der Identitären Bewegung verwurzelt ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Identitätsbegriff der Identitären Bewegung wissenschaftlich nicht haltbar ist. Dennoch bildet er den Dreh und Angelpunkt für sämtliche Diskursbeiträge der Gruppierung. Die Umdeutung des Identitätsbegriffs ist eines der ausgeschriebenen Ziele der Identitären Bewegung: „Wir führen einen Kampf um Begriffe, um das Sagbare, letztlich auch um das Denken“ (Identitäre Bewegung 2, 2019). Dieser Identitätsbegriff stellt gleichzeitig auch den Deutungsrahmen dar, der sich in fast allen Diskursbeiträgen von Mitgliedern und Sympathisanten der Gruppierung erkennen lässt. So werden alle politischen und gesellschaftlichen Phänomene anhand dieser Auffassung von Identität bewertet. Gleichzeitig wird politischen Parteien, den Medien sowie großen Teilen der Bevölkerung vorgeworfen, nicht „identitär“ zu denken (Identitäre Bewegung 5, 2019). Durch diesen Deutungsrahmen entsteht ein klares Feindbild, ein „Wir gegen die Anderen“. Nicht nur Migration zerstöre die deutsche Kultur, die breite Masse in Deutschland zerstöre sich aufgrund einer adaptierten „Multikulti-Ideologie“ selbst. Die „Guten“ sind in diesem Weltbild nur Anhänger der Identitären Bewegung selbst. Gleichzeitig ist die Gruppierung allerdings darum bemüht, sich ein möglichst positives öffentliches Image aufzubauen und insbesondere junge Leute anzusprechen. Unter anderem soll dies durch ein gezieltes Abstreiten der – bei einer genauen Analyse kaum zu leugnenden – rechtsradikalen bis rechtsextremen Gesinnung der Gruppierung gelingen. Auf der FAQ-Seite der Homepage wird die Frage „Sind eure Ziele nicht rassistisch/extremistisch?“ wie folgt beantwortet:

Nein. Das Einstehen für ein patriotisches, freiheitliches und heimatliebendes Wertegerüst ist die Grundlage jeder verbindlichen menschlichen Gemeinschaft. [...] Dass das Einstehen für die Bewahrung der ethnokulturellen Identität heute jedoch von den etablierten Politikern als verfassungsfeindlich eingestuft wird, zeigt einen bedenklichen Zustand, wonach es unsere politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsträger für nicht notwendig erachten, eine selbstbewusste Haltung zur eigenen Identität zu entwickeln. [...] Daher fordern wir lediglich eine patriotische Normalität auch für Deutschland, die nichts mit Extremismus oder Rassismus zu tun hat. (Identitäre Bewegung 6, 2019)

Dieses Beispiel zeigt, dass die Gruppierung ihre Ziele als „patriotische Normalität“ deklariert und gleichzeitig bestreitet, über ein extremistisches oder rassistisches Weltbild zu verfügen. Dadurch wird eine Gegennarrative zu der medialen

Berichterstattung über die Gruppierung sowie zu der Bewertung durch den Verfassungsschutz erzeugt.

Um der eigenen Ideologie Ausdruck zu verleihen, bedient die Identitäre Bewegung ähnliche Narrative wie Metapedia und verwendet beinahe identische diskursive Strategien. Ebenso wie auf dem rechtsextremen Wiki wird von der Identitären Bewegung die Verschwörungstheorie von einem planmäßigen „großen Austausch“ der deutschen Bevölkerung propagiert. Dies soll anhand der zwei am häufigsten aufgerufenen YouTube-Videos der Identitären Bewegung veranschaulicht werden.

Das fast vierminütige YouTube-Video „Identitäre Bewegung Bayern stellt sich vor“³² beginnt mit dem Satz „Wir treten an gegen den großen Austausch“ (YouTube 2, 2016). In dem Video, das mit heroisch klingender klassischer Musik unterlegt ist, kommen Anhänger der Identitären Bewegung zu Wort, um zentrale Standpunkte der Gruppierung in knappen Statements zu erläutern. Zudem werden in dem Video zahlreiche Landschaftsaufnahmen sowie sportliche Aktivitäten in einem Wald gezeigt. Die drei zentralen Themenfelder des Videos sind: Freiheit, Tradition und Heimat. Insbesondere die Freiheit sieht die Gruppierung als gefährdet an. In dem Video heißt es:

Unsere Freiheit wird zunehmend eingeschränkt. Der Staat greift nach den Seelen unserer Kinder für die Umsetzung einer Ideologie die entgegen der Realität umgesetzt wird. Die Faktenlage wird geleugnet. Eine alles hemmende Political Correctness verhindert jeglichen wirklichen Lösungsansatz. Jedoch: Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und würd' er in Ketten geboren. (YouTube 2, 2016)

In diesem Zitat lässt sich die diskursive Strategie „Selbstinszenierung als Opfer“ erkennen. Der Staat schränke die Freiheit der Bürger unter Leugnung der Faktenlage ein, aufgrund der Politischen Korrektheit könne keine Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden. Eine zusätzliche Emotionalisierung der Aussage wird durch die Behauptung erreicht, der Staat greife „nach den Seelen unserer Kinder“. Der Satz „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei und würd' er in Ketten geboren“ ist ein direktes Zitat aus dem Schiller Gedicht „Die Worte des Glaubens“. Dieses Zitat soll wahrscheinlich die Verbundenheit der Identitären

³² Insgesamt 390.954 Aufrufe (Stand: 20.12.2019)

Bewegung mit der deutschen Kultur unterstreichen. Ein deutlicher Verknüpfungspunkt des Videos mit rechtsextremen Gedanken findet sich gegen Ende des Videos. Hier wird ein Aufmarsch der Identitären Bewegung gezeigt. Deutlich lässt sich ein Banner mit der Aufschrift „Heute sind wir tolerant, morgen fremd im eigenen Land“ erkennen. Bei dieser Aussage handelt es sich um eine Textzeile des Liedes „Tolerant und geisteskrank“, welches von der rechtsextremen Band „Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten“ auf dem Album „Adolf Hitler lebt!“ veröffentlicht wurde (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2016).

Das Zweite an dieser Stelle zu analysierende Video trägt den Titel „Zukunft für Europa – Identitäre Bewegung“³³. Der Aufbau des fast dreiminütigen Videos ist stringent: Abwechselnd kommen einzelne Mitglieder der Gruppierung zu Wort und werfen der Bundesregierung sowie politischen Gegnern vor, deutsche Werte und Traditionen für eine multikulturelle Utopie zu opfern (YouTube 3, 2016). Die Gesichter der jeweiligen Sprecher werden in Großaufnahme gezeigt, untermalt wird auch dieses Video mit heroisch klingender klassischer Musik. In dem Video heißt es:

Unser Europa liegt im Sterben, unsere Zukunft ist bedroht. [...] Ihr verhängt Denk- und Sprachverbote und etabliert den kranken Zeitgeist. [...] Ihr liebt und fördert das Fremde und hasst und bekämpft das Eigene. Ihr wollt uns einreden, dass wir keine Identität haben und zu homogen sind. Wir sollen verdrängt und ausgetauscht werden. [...] Ihr bevölkert unsere Heimat mit Fremden, die wir nicht verstehen. Ihr schafft euch ein neues Volk und macht uns zu Fremden. [...] Wir fordern ein Ende des Bildungssystems, welches uns Scham und Selbsthass anerziehen will. Wir fordern das Ende des gesellschaftlichen Mainstream, indem der gesunde Menschenverstand der Politischen Korrektheit weicht. [...] Eure Politik sorgt dafür, dass wir keine Zukunft haben werden. Wir aber wollen eine Zukunft für uns und unsere Kinder. (YouTube 3, 2016)

In diesem kurzen Abschnitt lassen sich gleich mehrere diskursive Strategien erkennen. Durch die Aussage, Europa würde im Sterben liegen, wird ein Untergangsszenario gezeichnet und Angst geschürt. Dies führt zu einer Emotionalisierung des Diskursbeitrages. Weiterhin lässt sich auch hier die „Wir gegen die Anderen“-Mentalität erkennen, wobei „die Anderen“ in diesem Fall alle

33 Insgesamt 579.520 Aufrufe (Stand: 20.12.2019)

Nicht-Deutschen sowie deutsche Politiker sind. Letzteren wird vorgeworfen, dass diese sich ein „neues Volk“ schaffen wollen durch eine geplante Masseneinwanderung. Das „Wir“ ist das deutsche Volk, das als Opfer dieser Verschwörung angesehen wird. Durch das Vermitteln von Scham und Selbsthass mithilfe des Bildungssystems, durch das Verhängen von Denk- und Sprachverboten sowie durch die Förderung von Politischer Korrektheit werde der Untergang und der „Austausch“ des deutschen Volkes vorangetrieben. Die Identitäre Bewegung inszeniert sich hierbei als Retter von Heimat, Tradition und der deutschen Identität.

Das Narrativ von einem „großen Austausch“ findet sich auch in zahlreichen weiteren Diskursbeiträgen der Identitären Bewegung. So heißt es beispielsweise in einem Tweet der Identitären Bewegung Franken: „+++ Der Große Austausch +++ Anhand der offiziellen Statistik der Stadt #Nürnberg lässt sich für die Jahre 2013 bis 2017 folgender Trend feststellen: im Schnitt sank der Anteil der Deutschen ohne MGH um 1,1 % pro Jahr! In 2 Jahren stellen sie keine Mehrheit mehr. #Migration“ (Twitter 3, 2019). Die Vorhersage, dass in zwei Jahren Deutsche ohne Migrationshintergrund in Nürnberg keine Mehrheit mehr darstellen werden, lässt sich anhand der in dem Tweet verlinkten Statistik der Stadt Nürnberg nicht erkennen und ist deshalb nur eine Spekulation. Ein ähnliches Bild wird auch in anderen Tweets der Identitären Bewegung gezeichnet. Der Aufbau ist hierbei immer ähnlich: Es wird eine deutsche Großstadt genannt, verbunden mit der Aussage, dass dort bald Deutsche ohne Migrationshintergrund in der Minderheit seien.³⁴ Da es sich bei Twitter um eine „offene Diskursarena“ handelt, ist es anderen Internetnutzern möglich, auf die Tweets der Identitären Bewegung zu reagieren. Durch die Markierung mit einem „Gefällt mir“ kann Zustimmung ausgedrückt werden. Im Schnitt „gefallen“ 237 Nutzern die hier genannten Tweets der Identitären Bewegung (Stand: 27.12.2019). In dem Kommentarbereich der jeweiligen Tweets lässt sich größtenteils starker Zuspruch, aber auch vereinzelt heftige Ablehnung beobachten. So schreibt beispielsweise Twitter-Nutzer

34 z.B. Bielefeld (Twitter 4, 2018), Frankfurt am Main (Twitter 5, 2019), Berlin (Twitter 6, 2019), Duisburg (Twitter 7, 2019)

„Mutzkies“: „Es ist ein Austausch und dieser wird weiter forciert. Völlig ohne Gegenwehr. Die Angst, als "Nazi" abgestempelt zu werden, ist offenbar stärker als der Überlebenswille“ (Twitter 7, 2019). Dem gegenüber stehen Aussagen, die sich offen gegen die Identitären Bewegung und deren Ideologie wenden, beispielsweise schreibt „klunker42“: „Wer waren nochmal diese Menschen ohne Migrationshintergrund? Gibt es die auch ohne euer fiktives Konstrukt der ‚homogenen Volksgemeinschaft?‘“ (Twitter 3, 2019). Ein Blick auf weitere Twitter-Beiträge der Identitären Bewegung offenbart ein ähnliches Bild: Die Tweets erhalten in der Kommentarfunktion zu großen Teilen Zuspruch, dennoch finden sich auch immer Gegenstimmen und Kritik an den Aussagen der Gruppierung.

Ein weiterer Tweet der Identitären Bewegung sticht besonders ins Auge: „Fällt die von den politischen Eliten in Europa betriebene Ersetzungseinwanderung unter die UN-Definition von Völkermord? #DerGroßeAustausch“ (Twitter 8, 2019). Der Tweet verweist auf ein Video (YouTube 4, 2019), das auf dem privaten YouTube Account von Martin Sellner hochgeladen wurde.

Sellner ist neben seiner Funktion als Sprecher der Identitären Bewegung in Österreich auch innerhalb des deutschen Ablegers der Gruppierung eine sehr prominente Persönlichkeit. Zahlreiche Blogbeiträge, die auf der Homepage der Identitären Bewegung zu finden sind, stammen aus seiner Feder. Weiterhin werden zahlreiche Videos und Tweets, die auf den privaten Social-Media-Kanälen von Sellner zu finden sind, von der Gruppierung weiterverbreitet. Sellner kann somit als „Wortführer“ innerhalb der Identitären Bewegung bezeichnet werden. Dies bedeutet, dass Sellner über genug Einfluss verfügt, bestimmte Themenbereiche zu fokussieren. Weiterhin werden seine Aussagen und Interpretationen von anderen Mitgliedern der Identitären Bewegung übernommen und rezitiert. Sellner scheint somit innerhalb der Bewegung über ein großes Maß an symbolischem Kapital zu verfügen.

Sellners YouTube-Video³⁵, in dem er die Frage stellt, ob der

³⁵ Das Video wurde am 29.11.2019 hochgeladen und wurde innerhalb eines Monats von 78376 Personen aufgerufen (Stand: 29.12.2019)

„Bevölkerungsaustausch“ unter die Definition von Völkermord fällt, dauert 13 Minuten und ist relativ schlicht gehalten. Sellner spricht mit ruhiger Stimme in die Kamera, eine musikalische Untermalung gibt es nicht. Im Hintergrund ist eine animierte Karte von Europa, Asien und Afrika zu sehen; eine Vielzahl an Linien bewegen sich auf Mitteleuropa zu. Dies soll eine Einwanderung aus aller Welt nach Europa symbolisieren. Das Video beginnt mit der Aussage, dass der Bevölkerungsaustausch eine nicht zu leugnende Tatsache darstellt. Sellner erklärt im weiteren Verlauf des Videos unter Berufung auf UN-Statuten, dass es sich bei dem „Bevölkerungsaustausch“ um einen völkerrechtswidrigen Tatbestand handelt, der eventuell sogar die Kriterien eines „Völkermords“ erfüllt. Den Politikern wirft er vor, diese völkerrechtswidrige Praxis bewusst herbeizuführen. Auf dieser Überzeugung fußt die komplette von Sellner angebrachte Argumentation. Diese diskursive Strategie erinnert an die von Schwab-Trapp beschriebene „Veränderung bestehender Deutungen“.³⁶ Die erhöhte Einwanderung von Flüchtlingen nach Europa seit dem Jahr 2015 ist eine statistisch leicht zu überprüfende Tatsache. Diesen Umstand greift Sellner auf und deutet gängige Erklärungen für die Zunahme der Migrationszahlen wie den Bürgerkrieg in Syrien und andere humanitäre Katastrophen um: Die Einwanderung nach Europa sei ein von Politikern gewollter und geförderter Zustand mit dem Ziel, die dortige Bevölkerung „auszutauschen“. Diese kleine Abänderung in Hinblick auf die Ursache von Einwanderung ermöglicht es ihm, die „multikulturalistische Politik der Massenmigration und der Ersetzungsmigration“ (YouTube 4, 2019) als verbrecherische Praxis zu beschreiben. Sellner bedient somit in seinem Video ebenso wie viele Diskursbeiträge der Identitären Bewegung das Narrativ vom „Austausch“ der Bevölkerung. Allerdings verschärft er seine Aussage indem er die Frage in den Raum wirft, ob es sich bei der aktuellen Migrationspolitik nicht sogar um Völkermord an Europäern handelt. Sellners Argumentationsweise weist frappierende Ähnlichkeiten zu Aussagen auf Metapedia auf, die Migration

³⁶ Wie bereits im Theorie-Teil der vorliegenden Arbeit beschrieben, zielt diese diskursive Strategie darauf ab, gesellschaftlich allgemein anerkannte Deutungen leicht zu modifizieren. Eine bereits etablierte Deutung wird wahrscheinlich weniger hinterfragt, eine leichte Abänderung oder Uminterpretation einer solchen Deutung stößt deshalb möglicherweise auf nur geringen Widerstand.

ebenfalls als Völkermord bezeichnen (Metapedia 37, 2019). Das Video wurde 1903-mal kommentiert (Stand: 30.12.2019). Die meisten Kommentare drücken Zustimmung aus. Häufig werden auch zentrale Inhalte des Videos übernommen. So schreibt „Hermine H.“: „Endlich nennt ihr das Kind beim Namen – es ist Völkermord – Genozid – ein in der Geschichte einmaliges Verbrechen.“ (YouTube 4, 2019), „3dfx Voodooovor“ fasst ein zentrales Narrativ des Videos mit den Worten „Multi-kulti = GENOZID“ (YouTube 4, 2019) zusammen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass gemäß der Ideologie der Identitären Bewegung Integration nicht möglich ist und letztlich nur zu einer Vermischung von Kulturkreisen und deren Zerstörung führt. Die Auffassung, Mitglieder anderer Kulturkreise seien niemals in der Lage, die Identität des Einwanderungslandes zu übernehmen, zeugt von einem innerhalb der Gruppierung tief verwurzelten Rassismus. Getarnt wird dieser Rassismus als Achtung und Liebe zu der eigenen, aber auch zu anderen Kulturen. Dabei kommen insbesondere folgende diskursive Strategien zum Einsatz: (1) Die Verschleierung von Rassismus durch die Hervorhebung des Wortes „Kultur“. (2) Die Selbstinszenierung als Opfer (3) Der Aufbau von Feindbildern und die Förderung einer „Wir gegen die Anderen“ Mentalität (4) Das „Schüren von Angst“ wodurch Diskursbeiträge emotional aufgeladen werden (5) Die Veränderung und Uminterpretation bestehender Deutungen.

7.2.3.2 Gender Debatte, Familienbild, Politische Korrektheit und Meinungsfreiheit

Die Identitäre Bewegung spricht sich gegen Liberalismus aus, der nach Auffassung der Gruppierung die Gesellschaft zersetzt (Identitäre Bewegung 7, 2015). Insbesondere Feminismus und „Gender-Mainstream“ als Ausdrucksformen des Liberalismus erklärt die Gruppierung zu Feindbildern, da diese die Sitte zerstören würden und Eltern und Kinder unmündig mache (Identitäre Bewegung 7, 2015). Gleichzeitig betont die Identitäre Bewegung insbesondere die Wichtigkeit einer „traditionellen Familie“, da diese die Keimzelle eines Volkes darstellt. „Durch niedrige Geburtenraten der deutschen und europäischen Völker bei gleichzeitiger massiver muslimischer Zuwanderung werden wir in nur wenigen Jahrzehnten zu

einer Minderheit im eigenen Land“ (Identitäre Bewegung 10, 2019). Wie bereits erläutert ist die Auffassung, eine „echte“ Familie könne nur aus einem Mann, einer Frau und deren Kinder bestehen, insbesondere in religiösen und konservativen Kreisen weit verbreitet. Die Identitäre Bewegung schlägt allerdings hier eine Brücke zwischen dieser konservativen Auffassung von Familie zu dem Narrativ von einem „Großen Austausch“. Diese Argumentation scheint rassistischer Natur zu sein. Zwar verwendet die Gruppierung auch hier nicht das Wort „Rasse“, letztlich läuft die Argumentation allerdings darauf hinaus, dass das deutsche Volk eine biologische und/oder kulturelle Einheit darstellt, die nicht von „Fremden“ gestört werden darf. Die Prämisse, dass eine Person mit Migrationshintergrund niemals wirklich zum deutschen Volk gehören kann und dadurch zum „Großen Austausch“ und dem „Volkstod“ beiträgt, ist offen rassistisch. Auch an dieser Stelle zeigt sich die „Wir gegen die Anderen“-Mentalität.

Die Identitäre Bewegung vertritt die Auffassung, dass die Zerstörung des Konzepts der traditionellen Familie bewusst vorangetrieben werde und bereits im Deutschen Bildungssystem verankert ist:

Unsere Kinder aber werden, wenn sich Gender Mainstreaming an unseren Schulen durchsetzt, darum beraubt, eine solche gefestigte Identität zu entwickeln. Denn beigebracht werden soll ihnen, daß alles möglich ist da gilt natürlich keine Moral, keine Kultur, keine Tradition mehr. Auch die Familie gilt dann nichts mehr, weil Familie alles sein kann. (Identitäre Bewegung 8, 2015)

Die an den Schulen gelehrt Gender-Ideologie habe letztlich eine „völlige Verwirrung des Einzelnen, ob seines Geschlechtes und somit das identitätslose Wesen“ (Identitäre Bewegung 9, 2015) als Folge. Auch an dieser Stelle wird der Identitätsbegriff der Gruppierung deutlich: Identität, die sich in Form eines individuellen Lebensentwurfes äußert, wird abgelehnt. Vielmehr stehen Gemeinschaft, Tradition und das Volk im Mittelpunkt. Auch in Hinblick auf Geschlechterrollen ist Identität in die Wiege gelegt und somit biologisch determiniert. Politiker, Medien und Linke würden allerdings versuchen, diese natürliche Identität anzugreifen und zu zerstören. Als weiteren Grund für die Zerstörung der Familie sieht die Identitäre Bewegung den Feminismus. Bei Feminismus handle es sich um eine „kulturmarxistische Pädagogik“, die sich auf alle Bereiche der Gesellschaft auswirkt und unser Denken und Handeln zu

beeinflussen versucht. „Gerade junge Frauen – ohne dass sie explizit feministisch orientiert sein müssen – sind von der Annahme beeinflusst, das klassische Familienbild würde ihre Freiheit einschränken, würde nur Abhängigkeit und Unterdrückung bedeuten“ (Identitäre Bewegung 11, 2017). Wie bereits erläutert handelt es sich bei der Bezeichnung „Kulturmarxismus“ um einen Ausdruck, der nahezu ausschließlich in politisch rechten Kreisen Verwendung findet. Die Aussage, dass sich viele junge Frauen aufgrund von feministischen Ideen oder wegen einer befürchteten Einschränkung von Freiheit gegen eine Familie entscheiden würden, wird mit keiner Quelle belegt und wirkt dadurch konstruiert.

Laut der Identitären Bewegung steht Politische Korrektheit für „strikte Denk- und Sprachverbote“ (Identitäre Bewegung 12, 2015). Dies zeige sich insbesondere darin, dass es in Deutschland keine echte Meinungsfreiheit gibt: „Patriotismus, Heimatliebe und der positive Bezug auf die eigene Identität werden vom linken Mainstream unterdrückt, verleumdet und zensiert. [...] Formell ist die Meinungsfreiheit im Grundgesetz festgeschrieben. In der Realität ist sie jedoch nur für ein linksliberales Establishment gültig“ (Identitäre Bewegung 13, 2019). Auch an dieser Stelle ist die Hervorhebung der eigenen Opferrolle, die Betonung von angeblichen Sprechverboten und das Fehlen einer echten Meinungsfreiheit die auffälligste diskursive Strategie. Weiterhin greift die Identitäre Bewegung die etablierten Medien an, insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten. Diesen wirft die Gruppierung vor, die gesetzliche Verpflichtung zu einer neutralen Berichterstattung zu ignorieren und stattdessen „zwangsfinanzierte Propaganda“ im Sinne der Regierung zu betreiben und hierbei „zutiefst ideologisch“ und politisch motiviert zu agieren. Regierungskritische Stimmen werden laut der Identitären Bewegung diffamiert und aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt (Identitäre Bewegung 14, 2020).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Identitäre Bewegung Diskurse über Geschlechterrollen und dem Familienbild aufgreift und dabei eine Position, die sich als rechtsradikal bis rechtsextrem beschreiben lässt, vertritt. Während auf Metapedia der Rassebegriff im Vordergrund steht, wird von der Identitären Bewegung der Identitätsbegriff hervorgehoben. Dennoch bleibt die grundlegende

Argumentation gleich: Eine individuelle Lebensgestaltung wird abgelehnt, der Fortbestand des Volkes steht im Mittelpunkt. Politiker, Medien und „kulturmarxistische Ideologien“ wie der Feminismus werden als Feindbilder aufgebaut. Die eigene Opferrolle wird durch die Betonung einer fehlenden Meinungsfreiheit sowie durch die Aussage, dass innerhalb des deutschen Bildungssystems die Identität von Kindern und Jugendlichen zerstört wird, hervorgehoben.

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, noch einmal auf die Besonderheiten eines Diskurses, der innerhalb des Social Web geführt wird, einzugehen. Die bereits erläuterten theoretischen Überlegungen lassen sich gut am Beispiel der Online-Aktivitäten der Identitären Bewegung nachzeichnen. Die Identitäre Bewegung kann als ein Wortführer von Diskursen, die von politisch rechten Akteuren ausgetragen werden, angesehen werden. Dies bedeutet, dass die Gruppierung aufgrund ihrer Mitgliederzahl und der vielen „Follower“ ihrer Social-Media-Kanäle über genug Einfluss verfügt, bestimmte Themenbereiche zu fokussieren. Dies geschieht beispielsweise, indem offizielle von Behörden veröffentlichte Zahlen zur Migration aufgegriffen und entsprechend der politischen Weltanschauung der Gruppierung interpretiert und (um)gedeutet werden. Das Ziel hierbei ist es, eine „Wahrheit“ zu konstruieren und dieser mithilfe verschiedener diskursiver Strategien Deutungshoheit über andere „Wahrheiten“ zu verleihen.

Die Homepage der Identitären Bewegung kann als Nachschlagewerk für die Ideologie der Gruppierung angesehen werden. Sämtliche politische Positionen werden dort in Form von Blogeinträgen und im Rahmen einer FAQ-Seite verbreitet. Internetnutzern ist es nicht möglich, auf diese Inhalte zu reagieren. Es handelt sich somit um eine geschlossene Diskursarena. Nur ausgewählte Mitglieder der Identitären Bewegung sind in der Lage, hier Diskursbeiträge zu verfassen. Dem gegenüber stehen die Social-Media-Auftritte der Gruppierung. Auf Twitter und YouTube werden Diskursbeiträge in einem Rahmen veröffentlicht, der sich als eine offene Diskursarena beschreiben lässt. Andere Internetnutzer können hier durch „Likes“ und Kommentare auf die dort vorzufindenden Diskursbeiträge reagieren. Die Besonderheit des Social Web als Austragungsort für Diskurse

kommt insbesondere an dieser Stelle zum Vorschein: Jeder Diskursbeitrag der Identitären Bewegung auf Twitter oder YouTube eröffnet eine eigene kleine diskursive Arena. Weiterhin können diese Diskursbeiträge von einzelnen Internetnutzern weiterverbreitet werden, beispielsweise durch die Möglichkeit, YouTube-Videos auf dem eigenen Facebook-Profil zu teilen. Hierdurch entsteht wiederum eine neue diskursive Arena. Jeder Diskursbeitrag innerhalb des Social Web lässt sich mit nur wenigen Klicks reproduzieren und kann sich potentiell wie in einem „Schneeballsystem“ weiterverbreiten, wodurch ein stetig wachsendes Publikum erreicht werden kann.

7.3 Die Partei „Alternative für Deutschland“

7.3.1 Allgemeines

Der dritte Teil der im Rahmen der vorliegenden Arbeit durchgeführten Analyse befasst sich mit Diskursbeiträgen der AfD. Dabei sollen sowohl Äußerungen von offiziellen Vertretern der Partei berücksichtigt sowie die von der Partei betriebenen Kommunikationskanäle analysiert werden. Da die vorliegende Arbeit ihren Schwerpunkt auf die Untersuchung von Diskursen legt, die als radikal bis extremistisch einzustufen sind, bedarf es an dieser Stelle eine genaue Erläuterung, weshalb Diskursbeiträge der AfD, die als demokratisch gewählte Partei in zahlreichen Landtagen sowie im Bundestag vertreten ist, ebenfalls einer Analyse unterzogen werden.

Die im Jahr 2013 gegründete AfD konnte bei der Bundestagswahl 2017 insgesamt 12,6 % der Stimmen für sich beanspruchen und zog als drittstärkste Kraft mit 94 Sitzen in den Bundestag ein (Der Bundeswahlleiter, 2017). Bereits kurz nach ihrer Gründung konnte die AfD viel öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, insbesondere aufgrund der frühen Wahlerfolge der noch jungen Partei in einzelnen Bundesländern. Allerdings wurde die AfD von Beginn an auch kritisch betrachtet. Bereits 2014 weist die Bundeszentrale für politische Bildung darauf hin, dass eine politische Einordnung der AfD schwierig sei, allerdings werde die Partei in politikwissenschaftlichen Arbeiten mehrheitlich als rechtspopulistisch

eingestuft. Bernd Lucke, zu diesem Zeitpunkt Parteivorsitzender der AfD, kritisierte die Bundeszentrale für politische Bildung für diese Einschätzung und sah in der Bezeichnung „rechtspopulistisch“ eine klare Diffamierung (Bender, 2014). Wenn man erläutern möchte, was „populistisch“ denn eigentlich bedeutet, muss zwischen einer wissenschaftlichen Wortdefinition und der Alltagssprache unterschieden werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist „populistisch“ kein wertneutraler Begriff, vielmehr verfügt er über eine negative Konnotation. Neben dieser wertenden Eigenschaft wird der Begriff insbesondere in der medialen Berichterstattung geradezu inflationär verwendet, ohne dabei zu definieren, was unter „populistisch“ genau zu verstehen ist – dieses Verständnis wird bei den Lesern/Zuschauern vorausgesetzt. Die „klassische“ Form des Populismus in der medialen Berichterstattung ist der „Rechtspopulismus“ mit seinen üblichen Verdächtigen: die FPÖ in Österreich, die Front National in Frankreich, die Lega Nord in Italien oder die PVV in den Niederlanden. Allerdings ist der Populismus keineswegs an das politisch rechte Spektrum gebunden. Auch die Linkspartei sieht sich zuweilen mit einem „Populismus-Vorwurf“ konfrontiert (Lang, 2016), aber auch die CSU als Volkspartei (Otto, 2018). Daneben werden vereinzelt Politiker als Populisten betitelt, deren Parteien nicht im Verdacht zu stehen scheinen, populistische Politik zu betreiben. Ein Beispiel hierfür ist Martin Schulz, der SPD-Kanzlerkandidat aus dem Jahr 2017 (Gerwien, 2017). Ein Blick in wissenschaftliche Abhandlungen offenbart, dass der Begriff selbst lange Zeit stark umstritten war, insbesondere aufgrund einer Vielzahl an unterschiedlichen Erscheinungsformen und inhaltlichen Akzentsetzungen von „populistischen“ Akteuren auf einer internationalen Ebene (Lewandowsky, 2015, S. 121).

Um das der vorliegenden Arbeit zugrundeliegende Verständnis davon, was Populismus als politische Erscheinungsform ausmacht, genauer zu erläutern, werden die Werke „The Populist Zeitgeist“ und „Populist radical right parties in Europe“ von Cas Mudde herangezogen. „Mudde kann als jener Autor gelten, der in der jüngeren internationalen Populismusforschung bedeutend dazu beigetragen hat, eine Minimaldefinition und damit eine konzeptionelle Grundlage des Rechtspopulismus zu entwickeln“ (Lewandowsky, 2015, S.121).

Bei dem Versuch „Populismus“ zu erläutern, wird häufig die Metapher der Stammtischpolitik herangezogen und das Klischee von älteren Herren, die zusammen in der Kneipe sitzen und dabei bierselig auf Politiker schimpfen, bedient. Hierbei werden politische Themen nicht von verschiedenen Blickwinkeln aus beleuchtet, um diese anschließend dialektisch und konstruktiv zu diskutieren. Vielmehr werden Sachverhalte emotionalisiert, vereinfacht, verkürzt und anschließend ein scheinbar offensichtlicher und simpler Lösungsvorschlag gegeben. Eben dieser Lösungsvorschlag mag auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, bei einer genauen Betrachtung hält dieser aber der Komplexität des Problems nicht stand. „Stammtischpolitik“ muss sich keineswegs tatsächlich in einer Kneipe abspielen oder von älteren Herren betrieben werden, der Begriff ist synonym für eine Emotionalisierung und Vereinfachung eines politischen Sachverhalts. Diese Beschreibung von Populismus scheint durchaus einen wahren Kern zu besitzen – aus wissenschaftlicher Sicht ist sie allerdings problematisch. Anhand welcher Parameter kann man bestimmen, ob ein Lösungsvorschlag „simpel“ oder „komplex“ ist, wann ist ein Argument „emotional“ und wann ist es „sachlich“? Je nach Sichtweise und der angelegten Schablone lässt sich wahrscheinlich fast jedes Argument, jeder Diskursbeitrag als „emotional“ und „simpel“ betiteln (Mudde, 2004, S. 542). Ein anderer Definitionsversuch von Populismus lenkt den Fokus auf die Wählerschaft. Populismus wird hierbei als opportunistische Politik verstanden, welche darauf abzielt, möglichst viele Wählerstimmen zu erlangen. Dabei geht es nicht um langfristige und sinnvolle Lösungsvorschläge für politische Probleme, sondern um eine kurzfristige „Befriedigung“ der Bedürfnisse der potentiellen Wähler, beispielsweise durch das Versprechen von Steuersenkungen. Ein anderes Beispiel wäre sicherlich auch die von US-Präsident Trump versprochene Grenzmauer zu Mexiko, welche sich langfristig kaum auf die Migration in die USA auswirken würden. Eine, wie Trump sie bezeichnet, „big beautiful wall“ ist eine vermeintlich schnelle und konkrete Lösung eines heraufbeschworenen politischen Problems. Auch dieser Erklärungsversuch von Populismus erscheint auf den ersten Blick plausibel, lässt sich aber nicht objektiv überprüfen, da es nicht möglich ist, eine klare Grenze zwischen „kurzfristig bzw. opportunistisch“ und „vorausschauend bzw. sinnvoll“ zu ziehen (Mudde, 2004, S. 542-543). Cas Mudde sichtete eine Vielzahl an

akademischen Abhandlungen über Populismus, die meisten dort vorzufindenden Definitionsversuche hatten eine Gegenüberstellung von „Volk“ und „Elite“ gemein. Mudde sieht diese heraufbeschworene Unvereinbarkeit, den Kampf des „normalen Volkes“ gegen die „korrupten Eliten“, als zentralen Bestandteil des Populismus. Er kommt dadurch zu folgender Definition: „I define populism as *an ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the volonté générale (general will) of the people.*“ (Mudde, 2004, S. 543; Hervorhebung im Original) Wie aus dieser Definition hervorgeht, handelt es sich bei Populismus um eine Ideologie, welche allerdings, wie Mudde im weiteren Verlauf seiner Abhandlung ausführt, sehr dünn („thin-centred“) und dadurch anschlussfähig an andere Ideologien wie etwa Kommunismus, Nationalismus und Sozialismus ist (Mudde, 2004, S. 544). Diese Definition verzichtet bewusst darauf, genauer zu erläutern, welche Personengruppen mit „the pure people“ gemeint sind. Der Grund hierfür liegt darin, dass die große Anzahl an unterschiedlichen populistischen Strömungen eine genaue Bestimmung unmöglich macht. So können beispielsweise alle Bürger und Bewohner eines Landes zu den „pure people“ gezählt werden – selbstverständlich mit Ausnahme der vermeintlich korrupten Elite. Andere Ausprägungsformen des Populismus, häufig angesiedelt am rechten Rand des politischen Spektrums, weisen einen exkludierenden bis fremdenfeindlichen Charakter auf. So werden nur die Einwohner eines Landes zu den „pure people“ gezählt, wenn diese auch dort geboren wurden – Menschen mit Migrationshintergrund, Einwanderer und Flüchtlinge werden ausgeschlossen. Die innerhalb von rechten Kreisen häufig zu vernehmende Aussage „Deutschland den Deutschen“ bringt dies deutlich auf den Punkt (Mudde, 2007, S. 138-142). Die Liste von exkludierenden Kategorien lässt sich beliebig weiterführen, jede populistische Strömung bzw. populistische Partei definiert ihre „Ausschlusskriterien“ selbst. Beispielsweise können auch die sexuelle Orientierung oder die Religionszugehörigkeit dazu führen, in den Augen populistischer Akteure nicht mehr zu den „pure people“ zu gehören. Aus diesem Grund ist Muddes Definition so offen gehalten: Kleinster gemeinsamer Nenner aller populistischen Strömungen ist die Gegenüberstellung der „normalen Bevölkerung“ (wie auch immer diese definiert sein mag) und den korrupten Eliten.

Nun stellt sich die Frage nach der politischen Einordnung der AfD. Während sich die mediale Berichterstattung scheinbar darauf geeinigt hat, die AfD dem Rechtspopulismus zuzuordnen, zeigt ein Blick in die wissenschaftliche Fachliteratur kein so eindeutiges Bild. Lewandowsky weist darauf hin, dass eine genaue politische Einordnung der AfD aufgrund unterschiedlicher innerparteilicher Strömungen schwierig ist. Zu Beginn pflegte die AfD in ihrer Außendarstellung „den Habitus der Professorenpartei, die ihre gegen die gemeinsame europäische Währung gerichteten Positionen mit ökonomischer Vernunft begründete“ (Lewandowsky, 2015, S. 119). Populistische Facetten waren allerdings ebenso früh zu erkennen. So versuchte die AfD stets, sich als Gegenentwurf zu den „Alten Parteien“ und dem „Establishment“ zu präsentieren – dies spiegelt sich nicht zuletzt auch im Parteinamen wider. Nach einer umfassenden Auswertung diverser wissenschaftlicher Studien und Arbeiten über die AfD zieht Lewandowsky folgendes Fazit: „Will man zwischen den eher normativen und den eher empirisch angeleiteten Arbeiten eine Schnittmenge hinsichtlich ihrer Ergebnisse ziehen, so liegt diese in dem Schluss, dass die AfD relativ eindeutig als populistisch bezeichnet werden kann“ (Lewandowsky, 2015, S. 119). Allerdings muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die von Lewandowsky durchgeführte Sichtung von Studien bereits im Jahr 2015 erfolgt ist, zu einer Zeit, als die AfD noch jung war und sich in einer Art „Selbstfindungsphase“ befand. Dennoch bekräftigt bereits ein Blick in das offizielle Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 den Verdacht, dass es sich bei der AfD unverändert um eine populistische Partei handelt. Unter dem Abschnitt „Das Volk muss wieder zum Souverän werden“ heißt es: „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen“ (AfD 1, 2017, S. 8). Das Feindbild „the corrupt elite“ kommt hier deutlich zum Vorschein. Auch der Kampf der „normalen Bevölkerung“ gegen diese Eliten wird im weiteren Verlauf des Wahlprogramms

angesprochen: „Die Völker Europas werden diese Entwicklung nicht klaglos hinnehmen und sich zu Recht gegen die politischen Eliten auflehnen“ (AfD 1, 2017, S. 14).

Die AfD lässt sich somit relativ eindeutig dem Populismus zuordnen; aufgrund der bereits genannten innerparteilichen Strömungen gestaltet sich die Einordnung der Partei in ein „klassisches“ Rechts-Links Schema schwieriger.

So finden sich innerhalb der Partei ein wirtschaftsliberaler, ein rechtskonservativer sowie ein rechtspopulistischer Flügel. Auf den ersten Blick können die einzelnen Flügel als politische Gegensätze angesehen werden. In seiner Analyse über die politische Ausrichtung der AfD betont Frank Decker, dass konservative und wirtschaftsliberale Strömungen mehrere Berührungspunkte aufweisen, beispielsweise wenn Zuwanderungspolitik in Hinblick auf den wirtschaftlichen Nutzen der Einwanderer betrieben wird. Der populistischen Ausrichtung der Partei kommt hierbei eine Art Brückenfunktion zwischen den einzelnen Flügeln zu. Die inhaltliche Ausrichtung einer Partei lässt anhand zweier übergeordneter Kategorien bewerten: In Hinblick auf sozioökonomische Fragestellung können Marktfreiheit und soziale Gerechtigkeit als sich gegenüberstehende Pole angesehen werden, soziokulturelle Fragestellungen weisen ein Spannungsfeld zwischen konservativen und libertären Positionen auf. Soziale Gerechtigkeit und libertäre Positionen können hierbei als politisch links angesehen werden. Marktfreiheit und konservative Wertehaltungen können dem politisch rechten Spektrum zugeordnet werden. Frank Decker kommt nach einer Untersuchung der AfD anhand dieses Bewertungsschemas zu dem Schluss, dass sich „die AfD in beiden Fällen eindeutig auf der Rechten verorten [...] [lässt]. Wirtschaftspolitisch liegt sie mit ihren liberalen Positionen in etwa auf derselben Linie wie die FDP, gesellschaftspolitisch rangiert sie deutlich rechts von der CDU und etwas weniger deutlich rechts von der CSU“ (Decker, 2016, S. 11). Ebenso wie die von Lewandowsky durchgeführte Analyse ist die Arbeit von Decker bereits ein paar Jahre alt – angesichts der jungen Parteigeschichte sowie eines innerparteilichen Führungswechsels besteht die Gefahr, dass die Schlussfolgerungen von Decker nicht mehr aktuell sind. Um eine abschließende und möglichst aktuelle politische

Verortung der AfD zu gewährleisten, soll ein Verfassungsschutz-Gutachten, welches am 15. Januar 2019 erschienen ist, herangezogen werden. Das über 400 Seiten umfassende Gutachten trägt die Kennzeichnung „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“ und ist somit nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen. Am 28.01.2019 ist das Dokument allerdings „geleakt“³⁷ worden und wurde von der Seite netzpolitik.org in voller Länge veröffentlicht. Ziel des Gutachtens ist die Überprüfung der AfD als Gesamtpartei sowie innerparteilicher Gruppierungen und Organisationen in Hinblick auf eventuell vorhandene extremistische Tendenzen. Um dies zu gewährleisten, werteten die Autoren eine über 1069 Seiten umfassende Materialsammlung, welche von den einzelnen Landesämtern für Verfassungsschutz zusammengetragen wurde, qualitativ aus. Neben (Wahlkampf-)Reden wurde zudem ein Fokus auf von der AfD und von AfD-Funktionären betriebene Social-Media-Kanäle, insbesondere Facebook, gelegt. Während Decker die AfD rechts der Mitte aber keineswegs im radikalen oder gar extremistischen Bereich verortet, äußert das Verfassungsschutz-Gutachten dahingehend zumindest einen leisen Verdacht.

Das Gutachten kommt zu folgendem Ergebnis:

Bei der Gesamtpartei AfD liegen zwar erste, aber für eine Beobachtung noch keine hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte dafür vor, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet. [...] Aus der oben ausgeführten Analyse der Programmatik sowie der der AfD zurechenbaren Aussagen ergeben sich erste tatsächliche Anhaltspunkte, die für eine extremistische Bestrebung sprechen. (Bundesamt für Verfassungsschutz 1, 2019)

Wesentlich deutlicher bewertet das Gutachten hingegen die Jugendorganisation der AfD:

Hinsichtlich der JA ist das Verfahren zur Einleitung der Verdachtsfallbearbeitung zu eröffnen. Es liegen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass in der JA verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden [...] Die Vielzahl der durch Funktionäre der JA getätigten Aussagen belegt deutlich, dass es sich bei den die Garantie der Menschenwürde verletzenden Positionen eben nicht um einzelne Entgleisungen handelt, sondern diese charakteristisch für das politische Konzept

³⁷ Eine genaue Übersetzung für das in diesem Zusammenhang gebräuchliche Wort „Leak“ existiert im Deutschen nicht. Der Begriff lässt sich aber mit „ungewollt an die Öffentlichkeit gelangte Informationen oder Dokumente“ umschreiben.

der Jugendorganisation der AfD sind. [...] Schließlich ist es bemerkenswert, dass in der JA eine breite Bereitschaft zu bestehen scheint, Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen und zu relativieren. (Bundesamt für Verfassungsschutz 1, 2019)

In Hinblick auf den sogenannten „Flügel“ kommt das Gutachten zu dem Urteil:

Auch hinsichtlich der Teilorganisation der AfD „Der Flügel“ ist das Verfahren zur Erhebung der Organisation zum Verdachtsfall einzuleiten. Es liegen hinreichend gewichtige Anhaltspunkte dafür vor, dass in der Teilorganisation verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt werden. [...] Insbesondere auf den Kyffhäusertreffen, den für den Zusammenhalt und das Selbstverständnis des „Flügels“ prägenden Veranstaltungen, wurden immer wieder Äußerungen getätigt, die in völkisch-nationalistischer Weise den Fortbestand eines organisch-einheitlichen Volkes als höchsten Wert ansehen, den einzelnen Deutschen dementsprechend als Träger des Deutschtums wertschätzen und den Nicht-Deutschen als nicht in das Volk integrierbaren Fremdkörper den gleichen Wert absprechen. (Bundesamt für Verfassungsschutz 1, 2019)

Anhand der in diesem Abschnitt dargelegten Überlegungen kann an dieser Stelle der Versuch einer politischen Einordnung der AfD vorgenommen werden: Bei der AfD handelt es sich um eine populistische Partei, welche sich im politischen Spektrum rechts der Mitte bewegt. Weiterhin besteht zumindest die Möglichkeit, dass Teilbereiche der AfD extremistische Tendenzen aufweisen könnten. Aus diesem Grund werden Diskursbeiträge, welche der AfD als Gesamtpartei, einzelnen Vertretern sowie innerparteilicher Organisation zugeordnet werden können, in den Datenkorpus der vorliegenden Arbeit aufgenommen. Dies geschieht dem Sachverhalt zum Trotz, dass die AfD im Deutschen Bundestag sowie in zahlreichen Landtagen vertreten ist. Selbstverständlich darf nicht unerwähnt bleiben, dass die AfD aufgrund nicht unbeachtlicher Wahlerfolge durchaus in ihrer Funktion als demokratisch gewählte Partei den Willen einer breiten Bevölkerungsschicht vertritt. Dennoch, oder vielleicht gerade deshalb, erscheint es unumgänglich, die AfD im Rahmen einer wissenschaftlichen pädagogischen Arbeit, die sich mit politisch extremistischen Diskursen beschäftigt, genauer zu beleuchten. Dies leitet sich aus der der vorliegenden Arbeit zugrundeliegenden Überzeugung ab, dass die Pädagogik als wissenschaftliche Disziplin stets kritisch und aufmerksam gegenüber gesellschaftlichen und nicht zuletzt gegenüber politischen Phänomenen bleiben sollte.

7.3.2 Internetauftritte

Die Homepage der AfD (AfD 2, 2020) dient als ein zentraler Ort, um an Informationen über die Partei zu gelangen. Dort können die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2017 und zur Europawahl 2019 eingesehen werden, weiterhin findet sich hier ein „Grundsatzprogramm“, das die zentralen politischen Positionen der Partei darlegt. Die Homepage bietet außerdem die Möglichkeit, sich über die wichtigsten Vertreter der Partei sowie über die Fraktion im Bundestag, die Fraktion im EU-Parlament und die einzelnen Landtagsfraktionen und Verbände zu informieren. Darüber hinaus werden auf der Homepage aktuelle Pressemitteilungen der Partei veröffentlicht und auf den offiziellen Facebook- und Twitter-Account verwiesen. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll insbesondere das „Grundsatzprogramm“ genauer analysiert werden.

Ein weiterer Focus der Analyse liegt auf den Social-Media-Auftritten der Partei, dabei sind sowohl der offizielle Facebook- und Twitter-Account von Interesse.

Die Facebook-Seite der AfD (Facebook 1, 2020) wurde am 3. März 2013 erstellt. Aktuell haben 513.147 Personen die Seite abonniert, 486.429 Personen „gefällt“ die AfD (Stand: 13.01.2020). Somit erreicht die AfD auf Facebook im Vergleich zu den anderen im Rahmen der vorliegenden Arbeit analysierten Web-Auftritten die mit Abstand größte Anzahl an Personen. Weiterhin ist die AfD auf Facebook sehr aktiv, täglich werden mehrere neue Beiträge veröffentlicht. Der Twitter Account der AfD (Twitter 9, 2020) wird ebenfalls von der Partei vielfach genutzt, auch hier werden täglich mehrere „Tweets“ abgesetzt. Der Account besteht seit September 2012 und hat 151.000 Follower. Insgesamt finden sich dort 20.700 Tweets (Stand: 13.01.2020). Die AfD scheint den Großteil aller Beiträge gleichzeitig auf Facebook und Twitter zu veröffentlichen. Aus diesem Grund weisen die Inhalte beider Kanäle starke Parallelen auf, weshalb sich die folgende Analyse auf Facebook beschränkt.

7.3.3 Analyse ausgewählter Diskurse

7.3.3.1 Migration

Die AfD gilt in der öffentlichen Wahrnehmung als eine Partei, die sich gegen die aktuelle Migrationspolitik der Regierung ausspricht und generell eine sehr kritische Haltung gegenüber Migration einnimmt. Ein Blick in das Grundsatzprogramm bestätigt dieses Bild. Die AfD bezeichnet den aktuellen demographischen Wandel in Deutschland als „Fehlentwicklung“, deren Lösung nicht in Masseneinwanderung liegen kann (AfD 3, 2020, S. 41). Hierfür nennt die AfD zwei Gründe: Zum einen sei Masseneinwanderung „volkswirtschaftlich nicht tragfähig“ und „konfliktträchtig“ (AfD 3, 2020, S. 41). Die fehlende volkswirtschaftliche Tragfähigkeit wird dadurch begründet, „dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen“ (AfD 3, 2020, S. 42). Als konfliktträchtig sieht die AfD Migration als Folge einer mangelnden Integration. Insbesondere in großen Städten bestehe die Gefahr, dass sich Parallelgesellschaften bilden, wodurch der soziale Zusammenhalt, das gegenseitige Vertrauen sowie die öffentliche Sicherheit gefährdet werden (AfD 3, 2020, S. 42). Die aktuelle Flüchtlingspolitik bezeichnet die AfD als „irregeleiteten Humanitarismus“ als dessen Folge die Gefahr „sozialer und religiöser Unruhen sowie eines schleichenden Erlöschens der europäischen Kulturen“ (AfD 3, 2020, S. 59) bestehe. Um diesem Erlöschen der europäischen Kulturen und insbesondere der deutschen Kultur entgegenzuwirken, betont die AfD die Bedeutung der „deutsche[n] kulturelle[n] Identität als Leitkultur“ (AfD 3, 2020, S. 47). Der von der AfD verwendete Identitätsbegriff wird nicht genau definiert. Allerdings betont die AfD, dass „unser aller Identität [...] vorrangig kulturell determiniert“ (AfD 3, 2020, S. 46) sei. Dies erweckt zumindest den Eindruck, dass ebenso wie die „Identitäre Bewegung“ die AfD-Identität weitestgehend losgelöst von dem einzelnen Individuum begreift und stattdessen von einer Art „Volks-Identität“ ausgeht, die jeder Deutsche innehat. Dieser Auffassung von Identität stellt die AfD den Islam gegenüber: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen

sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung“ (AfD 3, 2020, S. 49). Weiterhin betont die AfD, dass im Zuge der Masseneinwanderung die Kriminalität ansteige. Dies werde allerdings von öffentlichen Stellen und den Medien aus politischen Gründen verschwiegen oder beschönigt (AfD 3, 2020, S. 64).

Die bis zu diesem Punkt der Analyse erläuterten Positionen der AfD stammen allesamt aus dem bereits erwähnten Dokument „Grundsatzprogramm“, das die Partei auf ihrer offiziellen Homepage zur Verfügung stellt. Aus diesem Grund können die Inhalte des Dokuments als die offiziellen politischen Standpunkte der AfD angesehen werden. Von besonderem Interesse ist im weiteren Verlauf der Analyse, wie die AfD eben diese Standpunkte im Rahmen ihrer Social-Media-Kanäle kommuniziert. Während Inhalte des „Grundsatzprogramm“ zwar bereits als Beiträge der AfD im Rahmen des Diskurses über Migration und den Islam angesehen werden können, so weist die Facebook-Seite der Partei in ihrer Funktion als eine eigene diskursive Arena eine völlig eigene Dynamik auf.

Die AfD setzt bei der Kommunikation über ihren Facebook-Kanal häufig auf den Einsatz von Bildern, welche die einzelnen Diskursbeiträge visuell unterstützen. Auffällig ist hierbei, dass diese visuelle Untermalung fast ausnahmslos sehr einheitlich gestaltet ist. Als Grundlage dient jeweils ein Bild, das die Aussage des Beitrages symbolisch veranschaulicht. Über das verwendete Bild wird meist via Fotobearbeitung ein blauer Filter gelegt (die Parteifarbe der AfD), die Kernaussagen des Beitrages werden in weißer Schrift auf rotem Untergrund zentral in der Mitte des Bildes positioniert. Am unteren Rand des Bildes befindet sich ein blaues Banner mit dem Logo der AfD. Da die AfD einen Schwerpunkt ihrer politischen Inhalte auf die Flüchtlingspolitik legt, verwundert es nicht, dass sich sehr viele Inhalte der Facebook-Seite mit dieser Thematik befassen. Die Sichtung der Beiträge aus dem gesamten Jahr 2019 zeigt, dass sich die Beiträge zu dem Thema Migration größtenteils in zwei Kategorien einteilen lassen: (1) Zuwanderung und die damit verbundenen Kosten; (2) Durch Migranten begangene Straftaten und Terrorgefahr. Im Folgenden sollen einzelne Beiträge, die sich in eine der beiden Kategorien einteilen lassen, genauer analysiert werden.

7.3.3.1.1 Durch Migranten begangene Straftaten und Terrorgefahr

Wie bereits in der Analyse von Metapedia dargelegt, handelt es sich bei dem Thema „Ausländerkriminalität“ um einen äußerst facettenreichen Sachverhalt. Die pauschale Unterstellung „Ausländer sind krimineller als Deutsche“ wird diesem komplexen Thema nicht gerecht, da beispielsweise Faktoren wie demographische Daten die Statistik verzerren können. Die AfD scheint dennoch bewusst das Narrativ vom „Kriminellen Ausländer“ auf Facebook zu fördern. Dabei fällt auf, dass ein großer Fokus auf Straftaten gelegt wird, deren Opfer Kinder oder andere wehrlose Personen sind. Allein zwischen Juli und Dezember 2019 erschienen folgende Beiträge: „Wie krank: wir wollen darüber nicht mehr berichten müssen! 89-Jährige in den eigenen vier Wänden geschändet!“ (Facebook 2, 2019), „Frankfurter Kindermord: Der kleine Junge könnte noch leben, wären unsere Grenzen gesichert!“ (Facebook 3, 2019), „Pößneck: Er lockte sie in seine Wohnung! Afghane soll Mädchen (13, 16) vergewaltigt haben!“ (Facebook 4, 2019), „Sie war erst fünf: Asylbewerber missbrauchte kleines Mädchen!“ (Facebook 5, 2019), „Mehrere Übergriffe auf Menschen mit Behinderung in wenigen Tagen: 'Südländer' schlagen und treten behinderte Frauen!“ (Facebook 6, 2019), „Gruppenvergewaltigung in Ulm! 5 Asylbewerber sollen 14-Jährige vergewaltigt haben!“ (Facebook 7, 2019), „Ulm: Kaum ein Monat nach seit letzter Gräueltat vergangen! Nicht schon wieder! 14-Jährige von Migranten gruppenvergewaltigt!“ (Facebook 8, 2019). Bei den hier aufgezählten Straftaten handelt es sich zweifelsohne um schreckliche Verbrechen. Allerdings besteht der Verdacht, dass die AfD die hier aufgezählten Beiträge bewusst mit der Intention verbreitet, Stimmung gegen Personen mit Migrationshintergrund sowie gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik zu machen. Die AfD verzichtet im Rahmen von Facebook darauf, offizielle Statistiken über die von Personen mit Migrationshintergrund begangenen Straftaten zu verbreiten und über mögliche Ursachen und Lösungsansätze zu diskutieren. Vielmehr wird die diskursive Strategie der „Anekdotischen Evidenz“ angewendet: Durch die Betonung einzelner durch Flüchtlinge begangener Straftaten wird der Eindruck erweckt, Personen mit Migrationshintergrund sind pauschal krimineller als Personen ohne Migrationshintergrund. Weiterhin werden durch die Auswahl der genannten Straftaten, deren Opfer Kinder, Rentner oder

Menschen mit Behinderung sind, die Beiträge sehr stark emotional aufgeladen. Auch scheint die AfD bewusst eine „Wir gegen die Anderen“-Mentalität zu propagieren und Feindbilder aufzubauen. Feinde sind hierbei nicht nur Personen mit Migrationshintergrund, sondern auch die Regierung Merkel, der die Partei vorwirft, an den Straftaten eine Mitschuld zu haben („Der kleine Junge könnte noch leben, wären unsere Grenzen gesichert“). Darüber hinaus ist anzumerken, dass es sich bei den von der AfD verurteilten Personen um Tatverdächtige handelt. Dies widerspricht dem rechtsstaatlichen Grundprinzip der Unschuldsvermutung, die jedem Tatverdächtigen das Recht einräumt, bis zum endgültigen Beweis seiner Schuld als unschuldig zu gelten.

In der Kommentarfunktion der einzelnen Beiträge finden sich vereinzelt rassistische Kommentare. So schreibt Pika S.: „Dunkle Hautfarbe sagt doch schon alles ohne Worte man weiß echt nimmer was man dazu sagen soll. Unmöglich sowas...“ (Facebook 2, 2019). Weiterhin finden sich Kommentare, die Gewaltphantasien beinhalten. Beispielsweise schreibt Norbert T. „Nicht mehr reden Handeln [sic!] erschlagen alle“ (Facebook 8, 2020). Ein großer Teil der Kommentare wendet sich außerdem gegen Angela Merkel, die von vielen Kommentatoren als die Hauptschuldige für die von Menschen mit Migrationshintergrund begangenen Straftaten angesehen wird. Angelika K.: „Wiederlich [sic!] diese Kreatur von Merkel die sollte in der Hölle schmoren“ (Facebook 6, 2019). Bisweilen lassen sich auch Gegenstimmen erkennen. Daniel B.: „Ein kleiner Junge stirbt und diese armselige Partei benutzt das für ihre Rechtspropaganda... Schämt euch“ (Facebook 3, 2019). Solche Gegenstimmen stellen allerdings eine Ausnahme dar. Ein Großteil der Kommentare assimiliert das Narrativ vom „kriminellen Ausländer“ und der daran schuldigen Regierung. Ruft man sich an dieser Stelle noch einmal das „Framing“-Konzept (die Bewertung neuer Erfahrungen anhand bereits vorhandener Deutungsmuster) vor Augen, scheint es durchaus denkbar, dass Facebook-Nutzer das von der AfD verbreitete Narrativ pauschal auf andere Meldungen übertragen. Genau dies lässt sich bei zwei AfD-Beiträgen aus dem Dezember 2019 beobachten. Die AfD titelt „München-HBF: Attacke bei Kontrolle! Täter rammt Messer feige in den Rücken unseres Polizisten! Messer-Epidemie endlich beenden!“ (Facebook 9, 2019). In dem

Beitrag heißt es: „Heute Morgen hat ein 23-jähriger Deutscher am Hauptbahnhof in München einen Polizisten mit dem Messer attackiert und dabei schwer verletzt“ (Facebook 9, 2019). Trotz der Betonung, dass es sich um einen deutschen Täter gehandelt hat, finden sich Kommentare, die einen Zusammenhang der Tat zu Menschen mit Migrationshintergrund herstellen. Dies reicht von der Nachfrage „Wie viele Staatsbürger- schafften [sic!] hat er ???“ (Facebook 9, 2019), welche auf einen Zweifel der Facebook-Nutzerin an der Staatsbürgerschaft des mutmaßlichen Täters schließen lässt, bis hin zu der Aussage „Unser Land versinkt in Gewalt durch Menschen mit Migrationshintergrund. [...] Wehr dich gegen die Kriminellen Asylanten. Es wird Zeit das Thema selbst in die Hand zu nehmen. Politik schützt uns und unsere Kinder nicht mehr!“ (Facebook 9, 2019). Ähnliche Kommentare lassen sich bei dem Betrag „Köln: weitere Mitarbeiterin schwer verletzt! Mann tötet Stadt-Mitarbeiter mit Messer! Messer-Epidemie endlich stoppen!“ (Facebook 10, 2019) beobachten. Die Nationalität des mutmaßlichen Täters wird nirgendwo in dem Beitrag thematisiert, dennoch finden sich Kommentare wie „Was hat diese Frau Merkel für Menschen ins Land geholt und die Bevölkerung kann das ausbaden und [sic!] es gibt nicht einmal gerechte Strafen“ (Facebook 10, 2019) oder „Wahrscheinlich wieder ein Deutscher, der Ali heisst“ (Facebook 10, 2019).

Die AfD vertritt die Auffassung, dass sich aufgrund der Flüchtlinge die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Anschlägen in Deutschland stark erhöht hat. Dies wird allerdings von der AfD nicht anhand von statistischen Zahlen belegt, stattdessen wird auch hier die „Anekdotische Evidenz“ als diskursive Strategie zur Untermauerung dieser Auffassung angewendet. Exemplarisch seien an dieser Stelle sechs Facebook-Beiträge aufgezählt, die innerhalb von nur zwei Monaten von der AfD verbreitet wurden: „Kam mit der Flüchtlingswelle 2015: Syrer steuert LKW in Menschenmenge!“ (Facebook 11, 2019); „Vorbereitung auf Terror-Anschlag: Asylbewerber testen Bomben auf Friedhof!“ (Facebook 12, 2019); „Unfassbarer Leichtsinn: IS-Kämpfer werden jetzt EINGEFLOGEN!“ (Facebook 13, 2019); „+++ EILMELDUNG +++ Mehrere IS-Kämpfer wegen Anschlagsplänen in Offenbach verhaftet!“ (Facebook 14, 2019); „Völliger Wahnsinn! IS-Terroristen: Alle, die kommen, sind auf FREIEM Fuß!“ (Facebook 15, 2019); „+++ EILMELDUNG +++ Spezialeinheit nimmt Syrer wegen Anschlagsplänen fest!“

(Facebook 16, 2019); „Abdullah H.: Lebensgefahr für unsere Kinder? Verhafteter Bomben-Syrer arbeitete in Grundschule!“ (Facebook 17, 2019).

Ebenso wie bei den Meldungen über Straftaten, die mutmaßlich von Menschen mit Migrationshintergrund begangen wurden, setzt die AfD auch in Hinblick auf die Terrorgefahr auf eine Emotionalisierung der Beiträge. Dies geschieht bei den Meldungen über Terrorgefahr insbesondere durch das Schüren von Angst: „Der Nachschub an all jenen, die uns bedrohen, reißt nicht ab“ (Facebook 16, 2019) oder „Wie viele Abdullahs sich derzeit noch als tickende Zeitbomben in Deutschland befinden, weiß niemand“ (Facebook 17, 2019). Die Meldung über den verhafteten Syrer, der an einer Grundschule gearbeitet hat, wird zusätzlich emotional aufgeladen durch die Spekulation, dass es sich bei den Opfern eines möglichen Anschlages um Kinder gehandelt hätte. Bemerkenswert hierbei ist, dass es keinen Hinweis darauf gibt, dass der Tatverdächtige tatsächlich eine Schule als mögliches Anschlagziel ausgewählt hat – dies steht sogar in dem Artikel der BILD-Zeitung, den die AfD selbst unter ihrem Beitrag als Quelle verlinkt hat. Um keine leicht zu enttarnende Falschmeldung zu verbreiten, scheint die Aussage bewusst mit einem Fragezeichen versehen worden zu sein: „Abdullah H.: Lebensgefahr für unsere Kinder?“ Obwohl es sich lediglich um einen Tatverdacht handelt und es keine Anhaltspunkte für Anschlagziele gibt, zeigt sich auch in dem Kommentarbereich dieses Beitrages das für den Facebook-Auftritt der AfD typische Bild. Yessica S.: „Mit Merkels Grenzöffnung kam der Terror in unser Land. Sie muss dafür bestraft werden“ (Facebook 17, 2019) oder Ursula B.: „Macht endlich die Grenzen zu und prüft die Menschen welche auf unsere Kinder losgelassen werden !!!!!“ (Facebook 17, 2019).

7.3.3.1.2 Zuwanderung und die damit verbundenen Kosten

Neben dem Narrativ vom „kriminellen Ausländer“ legt die AfD einen weiteren Schwerpunkt auf die Betonung der Kosten, welche dem Deutschen Staat aufgrund von Zuwanderung entstehen. Im Jahr 2019 hat die AfD insgesamt 20 Beiträge auf Facebook gepostet, die explizit auf die durch Flüchtlinge verursachten Kosten hinweisen. Die dahinterstehende diskursive Strategie soll anhand zweier Beiträge genauer aufgezeigt werden.

Der erste Beitrag trägt den Titel „Es ist offiziell: Afrikaner wollen unser Geld – Asyl nur Mittel zum Zweck!“ (Facebook 18, 2019). Auch hier scheint die AfD bewusst das Heraufbeschwören einer „Wir gegen die Anderen“-Mentalität als diskursive Strategie einzusetzen. Dies zeigt sich bereits an der Aussage, dass Afrikaner „unser Geld“ wollen. Der Verdacht erhärtet sich bei einem genaueren Blick in den Text des Beitrages. Die AfD schreibt dort: „Eine aktuelle UN-Umfrage zeigt die wahren Gründe auf, warum Migranten ihre Heimat verlassen. Überraschung! Es sind doch tatsächlich die Segnungen unseres Sozialsystems. Das Märchen von den armen Kriegsflüchtlingen, die Leib und Leben riskieren, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, hat ausgedient!“ (Facebook 18, 2019). Bei der UN-Umfrage, auf die sich die AfD bezieht, handelt es sich um die Studie „The Scaling Fences: Voices of Irregular African Migrants to Europe“ (UNDP, 2019), die im Oktober 2019 veröffentlicht wurde. In der Studie wurden 3069 Personen aus 43 afrikanischen Staaten befragt, die in 13 unterschiedliche europäische Staaten eingewandert sind. Insgesamt gaben 1099 Personen an, vor Krieg, Gewalt oder Unterdrückung zu fliehen, 1970 Personen gaben schlechte ökonomische Verhältnisse als Hauptgrund für die Flucht nach Europa an (UNDP, 2019, S. 17). Die AfD vereinfacht die Ergebnisse der Studie, indem diese Erkenntnisse aus ihrem Zusammenhang gerissen werden. So wird vom „Märchen von den armen Kriegsflüchtlingen“ gesprochen, obwohl die von der AfD als Quelle verwendete Studie ergibt, dass ein Drittel der Flüchtlinge aus Afrika vor Krieg und Gewalt flüchten. Weiterhin wirkt die Aussage, dass diese vermeintlichen Kriegsflüchtlinge „Leib und Leben riskieren, um über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen“, geradezu zynisch. Unabhängig von dem Grund für die Flucht sind im Jahr 2019 insgesamt 1327 Menschen im Mittelmeer ertrunken oder gelten als vermisst (Uno Flüchtlingshilfe, 2020). Auch weist die AfD nicht auf eine weitere zentrale Erkenntnis der Studie hin: Obwohl es sich bei den Geflüchteten zum Großteil in Hinblick auf Einkommen und Bildungsgrad durchschnittlich besser gestellte Personen handelt, gab dennoch die Hälfte an, in Afrika nicht genug verdient zu haben um „über die Runden zu kommen“ (UNDP, 2019, S. 17). Dies zeigt die prekäre Lage, in der sich viele der Geflüchteten befanden. Die AfD erweckt allerdings in ihrem Beitrag den Eindruck, bei Flüchtlingen aus Afrika handelt es sich fast ausnahmslos um Schmarotzer und Ausbeuter des deutschen

Sozialsystems. Dadurch werden Feindbilder aufgebaut und Personen, die auf der Verliererseite der Globalisierung stehen, als Täter abgestempelt.

Der zweite genauer zu analysierende Beitrag trägt den Titel „Ihre Alternative deckt auf: 3 von 4 Syrern kassieren Hartz 4!“ (Facebook 19, 2019). Dort heißt es: „Es gelingt in der Mehrzahl der Fälle nicht, die Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Selbst die Vermittlung einfachster Tätigkeiten gestaltet sich vielfach unmöglich - weil simple Kenntnisse fehlen oder die Betroffenen schlicht keine Lust haben, sich morgens um 6 Uhr die Hände schmutzig zu machen“ (Facebook 19, 2019). Hier wird das Narrativ vom „faulen Flüchtling“ bedient, der keine Lust hat, sich „die Hände schmutzig zu machen“ und dadurch mutwillig das deutsche Sozialsystem ausnutzt. Auch hierbei handelt es sich um ein komplexes Problem, denn die Gründe für eine zum bundesdeutschen Durchschnitt vergleichsweise niedrigen Beschäftigungsrate sind vielfältig. Die pauschale Behauptung, dies liege entweder an dem Fehlen von simplen Kenntnissen oder Faulheit, wird nicht belegt. Weiterhin bietet die AfD in ihrem Beitrag als einzigen Lösungsvorschlag für die komplexe Problematik lediglich die Forderung, „die Syrer in Richtung Heimat zu schicken“ (Facebook 19, 2019).

Innerhalb der Kommentarfunktion der beiden analysierten Beiträge finden sich viele polemische bis hin zu rassistischen Aussagen. So schreibt Salza N. über die geflüchteten Afrikaner: „und das merkt ihr erst jetzt ? die kommen aus dem tiefsten Busch , können nix und vergreifen sich an unseren Mädchen, Frauen, und selbst hochbetagten Seniorinnen !“ (Facebook 18, 2019). Normen W. kommentiert: „Und dennoch kommen immer mehr . Das ist alles so gewollt um uns abzuschaffen“ (Facebook 18, 2019).

Die AfD fungiert innerhalb ihres Facebook-Accounts als Wortführer und ist somit in der Lage, Themen zu fokussieren und entsprechend der politischen Ausrichtung der Partei zu interpretieren. Die untersuchten Beiträge der AfD wurden im Schnitt circa 2700-mal kommentiert (Stand: 27.01.2020). Dabei fällt auf, dass ein überwiegend großer Teil das Narrativ der AfD übernimmt und Menschen mit Migrationshintergrund sowie Angela Merkel als Feindbild ansehen. Zwar ist es theoretisch jedem Facebook-Nutzer möglich, die Beiträge der AfD zu kommentieren, dennoch handelt es sich hierbei nicht um eine „offene“

Diskursarenen. Obwohl es keine offensichtlichen Sprechverbote gibt, kann nicht jeder Diskursteilnehmer zu einem legitimen Sprecher innerhalb dieser Arenen werden. Der Grund hierfür liegt in der Fülle an Kommentaren, die den Aussagen der AfD zustimmen und Gegenstimmen untergehen lassen. Dadurch bildet der Facebook-Auftritt der AfD ein verzerrtes Bild des Flüchtlingsdiskurses in seiner Gesamtheit ab. An dieser Stelle werden die bereits angeführten Überlegungen zu den möglichen Auswirkungen der „Filter Bubble“ relevant. Personen, die einen Großteil ihrer Informationen und Nachrichten über Soziale Medien erlangen und die aufgrund eines Algorithmus viele Beiträge der AfD angezeigt bekommen, laufen Gefahr, diese einseitige Berichterstattung über „Kriminelle Flüchtlinge“ als alternativlose Interpretation der Flüchtlingsdebatte anzusehen. Um die Analyse des Themenbereichs „Migration“ abzuschließen, soll im nächsten Abschnitt der Fokus auf Reden von führenden AfD Politikern gelegt werden.

7.3.3.1.3 Bevölkerungsaustausch

Ebenso wie Metapedia und die Identitäre Bewegung scheint auch die AfD bewusst das Narrativ von einem gewollten und staatlich herbeigeführten „Bevölkerungsaustausch“ und einem daraus resultierenden „Volkstod“ der Deutschen heraufzubeschwören. Dies lässt sich insbesondere an Aussagen von führenden Politikern der AfD erkennen. Bei seiner Eröffnungsrede des AfD-Parteitags im Juni 2018 verbreitet der damalige Parteivorsitzende Alexander Gauland die Verschwörungstheorie:

Liebe Freunde, die Migrationsfrage ist die Schicksalsfrage Europas. Dieses Thema lässt sich gar nicht überbewerten. Aus einer Währungsunion kann man austreten. Ein zerstörtes Land kann man wieder aufbauen. Eine Energiewende umkehren. Aber einen Bevölkerungsaustausch solchen Tempos und in dieser Größenordnung – als Messstation kommen einzig die Schulen und Kindergärten in Frage. Nur dort sieht man die Zukunft: ein solcher Bevölkerungsaustausch ist irreversibel und den müssen wir um jeden Preis verhindern, dafür sind wir angetreten. (YouTube 5, 2018)

Eine ähnliche Aussage findet sich in einem Interview mit Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen und Anführer des sogenannten „Flügel“. Höcke beschwört den "bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch" (Höcke & Hennig, 2018, S. 216) und bedient dadurch ein

rechtsradikales bis rechtsextremes Deutungsmuster von Migration.

Auch AfD-Politiker, die nicht direkt die Verschwörungstheorien von einem vermeintlichen Bevölkerungsaustausch verbreiten, kündigen dennoch durch Migration ausgelöste verheerenden Folgen auf den Wohlstand und den sozialen Frieden in Deutschland an. Jörg Meuthen, aktuell einer der zwei Parteivorsitzenden der AfD, zeichnet in einem Interview aus dem Jahr 2017 ein negatives Bild über die Zukunft Deutschlands:

so geht Rechtsstaat nicht und wir verlieren Schritt für Schritt, in langsamen Schritten, und dieses langsame macht es auch gefährlich, weil es die Menschen nicht merken – wir verlieren unser eigenes Land. Nun bin ich Vater von fünf Kindern und seit letzter Woche von zwei Enkelkindern und es ist mein Wunsch, dass meine Kinder und Enkelkinder in diesem Land wirklich noch leben können und zwar in Frieden und Freiheit. Und wenn die, die uns derzeit regieren, das weiter tun, dann wird das nichts werden, dann werde ich es vielleicht nicht mehr erleben, weil ich schon zu alt bin, aber vielleicht erlebe ich es ja noch, dass meine Kinder und Enkelkinder dieses Land verlassen, weil man in diesem Land nicht mehr in Frieden und Freiheit leben kann. Das zu verhindern, ist die zentrale Triebfeder meines politischen Handelns, darum tue ich das alles. (YouTube 6, 2017)

Meuthen geht davon aus, dass es aufgrund von Migration unmöglich sein wird, in Frieden und Freiheit zu leben. Dadurch verneint Meuthen die Möglichkeit einer gelungenen Integration von Flüchtlingen, stattdessen würden „wir“ langsam „unser eigenes Land“ verlieren. Auch hier wird das deutsche Volk als Opfer einer aus Sicht der AfD gescheiterten Flüchtlingspolitik angesehen.

Die drei an dieser Stelle vorgestellten Diskursbeiträge von führenden AfD Politikern sind deshalb von großem Interesse, da es sich bei Gauland, Höcke und Meuthen aufgrund ihrer Funktionen innerhalb der AfD um diskursive Wortführer handelt. Dadurch besteht zumindest die Möglichkeit, dass Anhänger und Sympathisanten der AfD Deutungsmuster übernehmen, die ursprünglich lediglich in rechtsradikalen bis rechtsextremen diskursiven Arenen vertreten waren. Die Verschwörungstheorie über einen Bevölkerungsaustausch sowie der propagierte Verlust von Frieden und Freiheit als dessen Folge kann dadurch Einzug in den öffentlichen geführten Diskurs über die Flüchtlingspolitik halten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die AfD genau die Strategie zu verfolgen scheint, die Adorno in seiner Rede „Aspekte des neuen

Rechtsradikalismus“ mit „die Zuhörerschaft zum Sieden bringen“ (Adorno, 2019, S. 36) angesprochen hat. Menschen mit Migrationshintergrund werden entweder als Gewaltverbrecher oder als faul, nicht integrierbar und somit als Belastung für den Staat und den Steuerzahler beschrieben. Weiterhin scheint die AfD bewusst die Verschwörungstheorie über einen von der Regierung gewollten Bevölkerungsaustausch zu befeuern. Wie bereits erläutert, kann es nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, die Flüchtlingspolitik der Regierung Merkel dahingehend zu bewerten, ob diese „richtig“ oder „sinnvoll“ ist. An dieser Stelle kann nur bewertet werden, welche diskursiven Strategien die AfD einsetzt, um ihren politischen Überzeugungen „Wahrheit“ zu verleihen. Dabei entsteht der Eindruck, dass die AfD nicht an einem offenen und lösungsorientierten Diskurs in Hinblick auf die Probleme, die sich im Zuge der „Flüchtlingskrise“ ergeben haben, interessiert ist. Vielmehr geht es offenbar darum, die Vorurteile und den Hass der Leserschaft zu bedienen. Dabei verwendet die AfD folgende diskursiven Strategien: (1) Die „Anekdotische Evidenz“ (2) Eine Emotionalisierung der Diskursbeiträge durch das Schüren von Angst und eine Hervorhebung von Kindern und anderen schutzbedürftigen Menschen als Opfer von Straftaten (3) Die Förderung einer „Wir gegen die Anderen“-Mentalität. (4) Einseitige Interpretation von Quellen und das Herausreißen von einzelnen Aspekten aus komplexen Sachzusammenhängen.

7.3.3.2 Meinungsfreiheit, politische Korrektheit und Familienbild

Die AfD vertritt die Auffassung, dass die Meinungsfreiheit in Deutschland zunehmend verschwindet. In dem Facebook-Beitrag „'Soziale Folgekosten': Angriffe, Mobbing und Jobverlust! Dreiviertel der Bürger beklagen Verlust der Meinungsfreiheit!“ schreibt die AfD:

Danke liebe Medien, danke liebe Nanny-Talkshows, danke Mainstream, Politik und links-aggressive Bessermenschen-Horden! [...] Wehe man formuliert Kritik zu den belastenden Migrationsproblemen, schlägt sich auf die Seite der Diesel- und SUV-Fahrer oder schüttelt den Kopf über die gegenwärtige Klimahysterie. Dann muss man bereit sein, die sozialen Folgekosten zu stemmen. Im Ernstfall bedeutet das Angriffe auf Leib und Leben, oft Mobbing im Job oder gleich der Verlust der Existenzgrundlage. (Facebook 20, 2019)

Als Quelle für die Aussage, dreiviertel der Bürger würde den Verlust der Meinungsfreiheit beklagen, nennt die AfD die bereits erwähnte Allensbach-Umfrage, die 2019 im Auftrag der FAZ zum Thema Meinungsfreiheit durchgeführt wurde sowie die 18. Shell Jugendstudie, die ebenfalls 2019 erschienen ist. Allerdings erscheint die Interpretation der Umfrage durch die AfD irreführend. Denn die Allensbach-Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass ein Großteil der Bürger der Meinung ist, das Recht auf freie Meinungsäußerung im Großen und Ganzen gesichert sei. Allerdings empfinden 2/3 der Bürger (und nicht wie von der AfD behauptet 3/4) in Hinblick auf bestimmte Bereiche wie beispielsweise die Flüchtlingsthematik auch Einschränkungen, dort gäbe es „ungeschriebene Gesetze, welche Meinungen akzeptabel und zulässig sind“ (Köcher, 2019). Weiterhin kommt die Umfrage zu dem Ergebnis, dass es Themenfelder gibt, die nach Auffassung eines Großteils der Bürger eine freie Meinungsäußerung zulassen. Unter anderem sind dies Klimaschutz, Gleichberechtigung und Kindererziehung (Köcher, 2019). Die AfD erweckt bereits in der Überschrift durch die Aussage, dass dreiviertel der Bürger den „Verlust der Meinungsfreiheit“ beklagen, den Anschein, als würden die Bürger den Verlust der Meinungsfreiheit in ihrer Gesamtheit beanstanden. Dem ist aber, wie die Umfrage gezeigt hat, nicht so. Als Schuldige für den vermeintlichen Verlust der Meinungsfreiheit hat die AfD die Medien, die Politik sowie „links-aggressive Bessermenschen-Horden“ ausgemacht. Laut der AfD kann eine freie Äußerung über Migrationsprobleme, eine Sympathie für Diesel- und SUV-Fahrer oder bereits ein Kopfschütteln über die „Klimahysterie“ zu einer Gefahr für Leib und Leben oder dem Verlust der Existenzgrundlage führen. Diese Behauptung wird von der AfD mit keiner Quelle belegt und scheint eine freie Interpretation des Verfassers des AfD Beitrages zu sein. Insbesondere die Aussage, dass bereits ein Kopfschütteln über die Klimahysterie derartig schwerwiegende Konsequenzen hat, wirkt konstruiert. Insbesondere wenn man sich vor Augen hält, dass die von der AfD zitierte Allensbach-Umfrage zu dem gegenteiligen Ergebnis kommt und die meisten Bürger Äußerungen über den Klimaschutz als eben nicht tabuisiert ansehen. Ein Blick auf die ebenfalls von der AfD herangezogene Shell Jugendstudie offenbart ein weiteres nennenswertes Detail. Die AfD schreibt in ihrem Facebook-Beitrag: „Selbst in der Shell-Studie beklagen 68 Prozent der Jugendlichen einen Maulkorb“ (Facebook 20, 2019). In der Tat kommt die Shell

Studie zu dem Ergebnis, dass 68% der Jugendlichen der Aussage „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“ zustimmen (Shell Jugendstudie, 2019, S. 4). Die Shell Studie stellt zwar fest, dass viele populistische Argumentationsmuster auch unter Jugendlichen verbreitet sind, allerdings geben auch 57% der Jugendlichen an, „dass sie es gut finden, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat“ (Shell Jugendstudie, 2019, S. 4). Damit wendet sich die Mehrheit der Jugendlichen explizit gegen das Fundament der politischen Agenda der AfD. Dieses Detail wird von der AfD weder in dem hier genauer analysierten Facebook-Beitrag noch in einem anderen Beitrag thematisiert.

Ein Blick auf den Umgang der AfD mit der Allensbach-Umfrage und der Shell Jugendstudie legt den Verdacht nahe, dass die AfD zur Untermauerung der eigenen Argumentation die Ergebnisse von Studien nicht vollständig wiedergibt, sondern stattdessen einzelne Teilergebnisse aus dem Zusammenhang reißt und hervorhebt. Diese einseitige Betrachtungsweise wird mit einer dramatisch anmutenden Sprache untermauert und zudem mit nicht belegten Spekulationen und Behauptungen verknüpft.

Das Narrativ von der zunehmend verschwindenden Meinungsfreiheit wird von der AfD nicht nur auf Facebook verbreitet, auch führende Politiker der Partei äußern sich auf ähnliche Art und Weise. Alexander Gauland wird in dem Mitglieder-Magazin der Partei „AfD Kompakt“ mit folgenden Worten zitiert: „Die Moralkeule wird von den etablierten Medien und der Politik mit immer größerer Härte und Unerbittlichkeit geschwungen. [...] Wer in Deutschland unbequeme Wahrheiten und nicht eliten-genehme Meinungen öffentlich artikuliert, hat mit sozialer Vernichtung zu rechnen“ (AfD 4, 2018). Als Schuldige für das vermeintliche Verschwinden der Meinungsfreiheit sieht Gauland sowohl „die Politik“ als auch die „etablierten Medien“. In einem anderen Artikel greift Gauland die gleiche Thematik noch einmal auf und wirft explizit den „Grünen und Linken“ vor, die Alltagssprache „säubern“ zu wollen. Dadurch sterbe laut Gauland die Freiheit in Deutschland. In demselben Artikel werden Beispiele für die „Säuberung der Alltagssprache“ genannt. So ist es nach der Auffassung von Gauland „Freiheitsberaubung“, wenn beispielsweise „Negerküsse und Zigeunersoße aus

unserem Sprachgebrauch verschwinden sollen“ (AfD 5, 2019). Gleichzeitig beschreibt sich die AfD selbst als Verfechter der Meinungsfreiheit: „Wir, die AfD, treten dafür ein, dass Meinungsfreiheit nicht nur erhalten bleibt, sondern kämpfen gegen die sogenannte political correctness und Tabuthemen, die uns links-grüne Ideologen mit erhobenem Zeigefinger aufzwingen wollen“ (AfD 5, 2019).

Ebenso wie Metapedia und die Identitäre Bewegung beschuldigt auch die AfD die etablierten Medien und dabei insbesondere die öffentlich-rechtlichen Medien, nicht wertneutral, sondern im Sinne der „Politischen Korrektheit“ zu berichten. Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, äußert sich hierzu mit folgenden Worten: „In den überreichlich mit Zwangsgebühren alimentierten öffentlich-rechtlichen Medien hat sich eine Spezies arroganter Oberlehrer bequem eingerichtet, die sich zu Gesinnungsrichtern über die Bürger aufschwingen und mit ihrer politischen Voreingenommenheit und Doppelmoral das Land und die Gesellschaft spalten“ (AfD 6, 2018). Weiterhin wirft die AfD den Medien vor, als „unkritisch-verklärendes Sprachrohr der Regierungspositionen“ (AfD 7, 2017) zu agieren und unfair über die AfD zu berichten. Die Partei sieht sich als Opfer einer medial vorangetriebenen „Hass-, Hetz- und Lügenpropaganda“ (AfD 8, 2019).

In Hinblick auf die Gender Debatte nimmt die AfD eine konservative Position ein. Laut der Partei geht „die Wertschätzung für die traditionelle Familie [...] in Deutschland zunehmend verloren“ (AfD 3, 2020, S. 80). Den Grund hierfür sieht die AfD im „Gender-Mainstream“, der traditionelle Geschlechterrollen stigmatisiert (AfD 3, 2020, S. 80). Nach Auffassung der AfD besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Politischer Korrektheit und der Gender Debatte. Gauland erhebt gegenüber „Grünen und Linken“ folgenden Vorwurf: „Sie wollen unsere Alltagssprache säubern und von uns entfremden, naturgegebene Unterschiede zwischen Mann und Frau verwischen und uns dadurch in ein absurdes ideologisches Korsett zwingen, das nicht zu unserem Leben passt“ (AfD 5, 2019). Die „Ehe für Alle“ und das sich daraus ergebende Adoptionsrecht für homosexuelle Paare lehnt die AfD ab und warnt vor den Folgen: „Das klassische Familienmodell, das die Keimzelle für die Zukunft unseres Landes ist, wird somit mit perfider Gleichgültigkeit und Ignoranz zersetzt“ (AfD 9, 2017). Dieses Verständnis von Familie ist wie bereits erläutert in konservativen und religiösen

Kreisen weit verbreitet. Allerdings stellt die AfD einen expliziten Zusammenhang zwischen der „traditionellen Familie“ und dem Diskurs über Migration und Flüchtlinge her:

Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konfliktträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden. (AfD 3, 2020, S.81)

Somit erscheint es so, dass nach Auffassung der AfD nur Kinder der „einheimischen Bevölkerung“ langfristig die Zukunft Deutschlands sichern können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nach Auffassung der AfD die Meinungsfreiheit zu verschwinden droht. Grund hierfür sei die Politische Korrektheit und die sich daraus ergebenden Sprechverbote. Begünstigt werde die Politische Korrektheit durch die etablierten Medien, die im Sinne der Regierungsparteien agieren und zudem die AfD mittels Propaganda denunzieren. Weiterhin wirke sich die Politische Korrektheit auch auf traditionelle Familien aus, die mithilfe des „Gender Mainstream“ zerstört werden. Zur Untermauerung dieser Standpunkte kommen zwei diskursive Strategien zum Einsatz: (1) Es werden Studien herangezogen, die allerdings nicht vollständig wiedergegeben werden. Stattdessen dienen nur diejenigen Teilbereiche der Studien als Quelle, die die Aussage der AfD untermauern. (2) Die AfD beschreibt die deutsche Bevölkerung als Opfer von Sprechverboten. Gleichzeitig inszeniert sich die Partei selbst als Opfer unfairer Angriffe seitens der etablierten Medien.

8. Zusammenfassung der Ergebnisse

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, wiederkehrende Narrative und diskursive Strategien von politisch rechten Akteuren zu erforschen. Der Fokus wurde hierbei auf das rechtsextreme Wiki „Metapedia“, die rechtsradikale bis rechtsextreme Vereinigung „Identitäre Bewegung“ sowie die Online-Auftritte der rechtspopulistischen Partei AfD gelegt. Zur Bewältigung des Forschungsvorhabens wurde als Methode eine sich an die Gedanken Foucaults orientierende Diskursanalyse ausgewählt.

Im Vorfeld ergaben sich folgende zwei Forschungsfragen:

1. Weisen Diskurse, die von politisch rechts zu verortenden Akteuren geführt werden, wiederkehrende diskursive Strategien sowie Narrative auf?
2. Lassen sich in Hinblick auf die diskursiven Strategien und erzeugten Narrative Unterschiede zwischen rechtsextremen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Diskursen feststellen?

Diese beiden Fragen sollen nun abschließend beantwortet werden. Im Rahmen der untersuchten Internetauftritte lassen sich drei zentrale Narrative erkennen:

- Es findet ein heimlicher, von der Regierung vorantriebener Bevölkerungsaustausch statt.
- Politische Korrektheit und Gutmenschentum sind eine Waffe zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Den großen Medienhäusern kommt hierbei eine zentrale Rolle zu, da diese regierungstreu sind und nur einseitig und im Sinne der politischen Korrektheit berichten.
- Der Gender Mainstream zerstört die traditionelle Familie und somit die Keimzelle des deutschen Volkes.

Weiterhin lassen sich innerhalb der untersuchten diskursiven Arenen folgende diskursiven Strategien erkennen:

- Beiträge werden emotional aufgeladen, häufig durch das Schüren von Angst.
- Es wird eine „Wir gegen die Anderen“-Mentalität gefördert.

- Die Anhänger der eigenen Gruppierung oder das deutsche Volk werden als Opfer einer Verschwörung, als Opfer von fehlgeleiteter Politik oder als Opfer einer die Meinungsfreiheit unterdrückenden „Politischen Korrektheit“ beschrieben.
- Quellen für Aussagen und Behauptungen werden einseitig ausgelegt oder es werden nur solche Quellen verwendet, welche die eigene Argumentation unterstützen.
- Es wird die „Anekdotische Evidenz“ angewandt und dadurch Einzelfälle verallgemeinert.
- Komplexe Sachverhalte werden simplifiziert und vereinfacht bzw. unvollständig dargestellt.

Eine zentrale Erkenntnis der Diskursanalyse ist die Feststellung, dass sowohl die hier genannten Narrative und die diskursiven Strategien in allen untersuchten Diskursen zu finden waren. Dabei spielt es keine Rolle, ob die untersuchte diskursive Arena vorrangig rechtsextreme, rechtsradikale oder rechtspopulistische Tendenzen aufgewiesen hat. Dies legt den Verdacht nahe, dass politisch rechte Akteure immer wiederkehrende Narrative verbreiten und diese mit den stets gleichen diskursiven Strategien untermauern. Dadurch besteht die Möglichkeit, rechte Diskurse relativ schnell als solche zu entlarven, zeugt aber auch von dem Fehlen einer klaren diskursiven Grenze zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dieses Fehlen einer klaren diskursiven Grenze zwischen Extremismus und Populismus kann als eine der wichtigsten Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit angesehen werden. Dennoch sind durchaus auch Unterschiede sichtbar: Während auf Metapedia offen Holocaustleugnung und Rassismus verbreitet wird, verschleiert die Identitäre Bewegung ihren Rassismus durch das Wort „Kultur“. Die AfD hingegen scheint stets darum bemüht, sich in einem juristisch „sauberen“ Bereich zu bewegen. Allerdings bedient auch die AfD die gleichen Narrative wie Metapedia und die Identitäre Bewegung, indem beispielsweise die Verschwörungstheorie von einem geplanten „Bevölkerungsaustausch“ verbreitet wird. Dadurch besteht die Gefahr, dass rechtsextreme Gedanken zunehmend in die Mitte der Gesellschaft vordringen können. Möglicherweise wird dies zudem durch die stark medienkritische Haltung

vieler rechter Akteure befeuert. Aufgrund einer Ablehnung von traditionellen Medien versuchen scheinbar viele Personen, sich alternative Informationsquellen aus dem Social Web zu beschaffen. Die in den untersuchten diskursiven Arenen angebotenen Interpretationen von Sachverhalten werden als determinierte Wahrheiten dargestellt. Gegenstimmen werden größtenteils unterdrückt oder gehen innerhalb der Fülle an Kommentaren unter. Deshalb ist es denkbar, dass Personen, die sich Informationen lediglich innerhalb ihrer selbst geschaffenen „Filter Bubble“ beschaffen, sich in ihrem bereits vorhandenen Weltbild bestätigt fühlen und sich zusätzlich radikalieren.

Da es sich bei der Diskursanalyse um ein qualitatives Forschungsdesign handelt, können die hier vorgestellten Ergebnisse nicht als universal gültig angesehen werden. Allerdings können Sie einen Grundstein legen für weitere, möglicherweise quantitativ arbeitende Forschungsvorhaben, um das gesellschaftlich enorm wichtige Phänomen der politischen Radikalisierung durch das Social Web weiter zu beleuchten.

9. Abschließende Gedanken

Die vorliegende Arbeit hat den Versuch unternommen, gemeinsame Merkmale von politisch rechts zu verortenden Diskursbeiträgen herauszuarbeiten. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich sowohl die Inhalte, die erzeugten Narrative sowie die diskursiven Strategien bei einer Gegenüberstellung von rechtsextremen, rechtsradikalen und rechtspopulistischen Diskursen kaum unterscheiden. Der größte Unterschied zwischen extremistischen und populistischen Diskursbeiträgen scheint lediglich zu sein, dass rechtspopulistische Akteure sich stets im juristisch „sauberen“ Bereich der Meinungsfreiheit bewegen. Dieser Punkt soll an dieser Stelle noch einmal aufgegriffen und pädagogisch bewertet werden. Zu Beginn der Arbeit wurde Adornos berühmte Forderung „daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“ zitiert. Dieses Gebot wurde 1966 der deutschen Erziehungswissenschaft unmissverständlich aufgetragen und hat auch heute, über 50 Jahre später, uneingeschränkte Gültigkeit. Wie aber lässt sich Adornos Forderung begreifen und wie lässt sich ein Zusammenhang zu den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit herstellen? Zunächst ist festzustellen, dass Adorno sicherlich keine geschichtliche Wiederholung im wörtlichen Sinne meint. Auschwitz steht viel mehr als Synonym für entfesselte Barbarei, die Entwürdigung des Menschen und nicht zuletzt für gesellschaftliche Umstände, die Auschwitz erst ermöglichten. Es erscheint geradezu naiv, anzunehmen, dass die Gesellschaft 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges „erwachsen“, „reifer“ oder „klüger“ geworden und somit eine derartige Entwürdigung des Menschen nicht mehr denkbar ist. Im Gegenteil: Genügt nicht auch nur der geringste Blick „über den Tellerrand“ der eigenen „Wohlfühlzone“, um zu erkennen, dass sich Entwürdigung tagtäglich vor unseren Augen ereignet? Menschen, die vor Armut und Krieg flüchten und jämmerlich auf der Flucht in ein besseres Leben ertrinken. Die Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt durch die reichen Industrienationen. Hungersnöte in Afrika während gleichzeitig in Europa Lebensmittel vernichtet werden, um die Preise aufrecht zu erhalten. An dieser Stelle muss der Finger in die Wunde gelegt und gefragt werden: Wenn wir dies in Kauf nehmen oder mit einem „so ist nun mal die Welt“ zynisch kommentieren, wo ist dann hier die Menschenwürde? Ist dies nicht auch

schon eine Form der Barbarei? Ist das Prinzip Auschwitz wirklich nur ein Kapitel in den Geschichtsbüchern, ein Verbrechen unserer Großväter, das uns nicht mehr interessieren muss? Adorno hat sich bei der Formulierung seiner Forderung bewusst an Kants Kategorischen Imperativ orientiert. Allerdings gibt es einen zentralen Unterschied: Während Kant die Allgemeingültigkeit seines Imperativs durch die menschliche Vernunft abgeleitet sieht, argumentiert Adorno auf einer materialistischen Ebene. Dies wird deutlich in Adornos Hauptwerk „Negative Dialektik“:

Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe. Dieser Imperativ ist so widerspenstig gegen seine Begründung wie einst die Begebenheiten des Kantischen. Ihn diskursiv zu behandeln wäre Frevel. (Adorno, 1966, S. 356)

Die Forderung, dass Auschwitz sich nicht wiederhole, bedarf angesichts des unvorstellbaren Leides der Häftlinge keiner weiteren Begründung. Dieser Imperativ lässt sich aber ebenso auf die bereits genannten Beispiele der Gegenwart übertragen: Wenn Menschen auf der Flucht ertrinken oder Kinder in der Dritten Welt verhungern, so bedarf es keiner weiteren Begründung mehr, dass sich an diesem Zustand etwas ändern sollte, oder vielmehr ändern *muss*.

Natürlich stellt sich an dieser Stelle die Frage, was ein einzelner Mensch angesichts solcher globalen Probleme überhaupt unternehmen kann. Kein Individuum wird auf eigene Faust die Gesellschaft verändern und „die Welt retten“. Dies ist aber auch gar nicht nötig. Adorno selbst hat eine ganz simple Antwort auf die Frage, was jeder tun kann gegen das Prinzip Auschwitz: „Nicht-Mitmachen“ (Adorno, 2012, S. 128). Dieses Nicht-Mitmachen meint etwas, das jeder in seinem alltäglichen Leben verwirklichen kann. An dieser Stelle lässt sich die Brücke zwischen Adornos Forderung und der Thematik der vorliegenden Arbeit schlagen. Nicht-Mitmachen, wenn Menschen die Würde abgesprochen wird; Nicht-Mitmachen, wenn in hetzerischer Absicht Feindbilder erzeugt werden; Nicht-Mitmachen, wenn ein Keil getrieben wird zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund; Nicht-Mitmachen, wenn homosexuelle oder transsexuelle Menschen als abnormal abgestempelt werden; Nicht-Mitmachen, wenn die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost oder relativiert werden.

Die Forschungsergebnisse dieser Arbeit zeigen, dass dieses Nicht-Mitmachen zunehmend schwieriger zu werden scheint. Rechte Diskurse finden nicht länger innerhalb einschlägiger Vereinigungen statt oder in verborgenen Online-Foren, fernab der breiten Öffentlichkeit. Vielmehr scheint es, dass rechte Narrative und diskursive Strategien zunehmend in die Mitte der Gesellschaft vordringen, das Unsagbare wird plötzlich sagbar. Sprüche, einst nur an rechten Stammtischen gegrölt, werden heute von Vertretern einer Partei, die in den Bundestag gewählt wurde, über viele Kommunikationswege hinweg in die Welt hinausgetragen. Die Gefahr besteht, dass diese, die Menschenwürde verletzenden Aussagen und Gedanken, den öffentlichen Diskurs zunehmend beeinflussen. Nicht-Mitmachen kann auch bedeuten, sich auf keine Diskussion einzulassen, nicht zu relativieren und nicht jede Meinung als legitim anzusehen. Viele politisch rechte Akteure sehen stets ihre Meinungsfreiheit angegriffen, ganz so, als sei Holocaustleugnung oder Rassismus eine Meinung. Nicht-Mitmachen bedeutet, solche Aussagen nicht als legitime Beiträge in öffentlichen Diskursen anzuerkennen.

Wie aber kann das Nicht-Mitmachen gelingen? Wie kann die Pädagogik dazu einen Beitrag leisten? Zwei Dinge erscheinen als wenig aussichtsreich: die Vermittlung von reinem Faktenwissen über gesellschaftliche Missstände und der Appell an Moral und Menschenliebe. Die meisten gesellschaftlichen Missstände bestehen nicht aufgrund eines Mangels an Wissen und Information. Im Gegenteil: die gesellschaftlichen Missstände bestehen *trotz* ausreichender Informationen und allgemein zugänglichem Wissen. Ebenso ist es nur schwer vorstellbar, einen Menschen, der ein rassistisches Weltbild vertritt, durch Hinweise auf Nächstenliebe zu beeinflussen. Adorno schreibt hierzu: „Ich glaube nicht, daß es viel hülfe, an ewige Werte zu appellieren, über die gerade jene, die für solche Untaten anfällig sind, nur die Achseln zucken würden“ (Adorno 2012, S. 127). Als einzig sinnvolle Antwort auf gesellschaftliche Umstände, die als Keimzelle für Faschismus dienten und auch heute noch mehr oder weniger im Verborgenen brodeln, sieht Adorno die Kraft zur Reflexion, zur Autonomie, zur Selbstbestimmung (Adorno, 2012, S. 128). Adorno formulierte diese Gedanken vor über 50 Jahren, an ihrer Aktualität haben sie dennoch nichts verloren. Denn ein kritischer, selbstbestimmter und autonomer Geist geht schnell verloren in einer

Gesellschaft, die den Wert ihrer Mitglieder anhand ihrer Arbeitskraft in einem kapitalistisch geprägten System misst. Wenn Konkurrenzdruck, Leistungsdruck und der daraus resultierende Zwang zur Selbstoptimierung für den Arbeitsmarkt an die Stelle von Selbstbestimmung und Autonomie treten, fällt ein Nicht-Mitmachen zunehmend schwerer.

Vielleicht lohnt es sich gerade deshalb auch innerhalb der Pädagogik als Wissenschaft den althergebrachten Begriff der Bildung wieder verstärkt zu bemühen. Entgegen den Forderungen nach mehr Kompetenzen, die auch an Universitäten zunehmend zu vernehmen sind und häufig den Verdacht erwecken, lediglich ein Euphemismus für „auf dem Arbeitsmarkt verwertbares Wissen und Können“ zu sein, kann die Wiederbelebung des Bildungsbegriffs ein starkes und sinnvolles Gegengewicht bilden. Ziel von Bildung ist der freie und autonome Mensch, der in der Lage ist, sich reflexiv mit gesellschaftlichen Missständen auseinanderzusetzen und sich dadurch bewusst für das Nicht-Mitmachen entscheiden kann.

Literaturverzeichnis

Monographien und Sammelbände

Abels, H. (2017). Identität. Über die Entstehung des Gedankens, dass der Mensch ein Individuum ist, den nicht leicht zu verwirklichenden Anspruch auf Individualität und Kompetenzen, Identität in einer riskanten Moderne zu finden und zu wahren. (3. Auflage). Wiesbaden: VS.

Adorno, T. W. (1966). Negative Dialektik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, T. W. (1975). Gesammelte Schriften Band 9.2: Soziologische Schriften II.II. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Adorno, T. W. (2012). Erziehung nach Auschwitz. In: Bauer, U., Bittlingmayer, U. H. & Scherr, A. (Hrsg.), Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie (S. 125-135). Wiesbaden: VS.

Adorno, T. W. (2019). Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin: Suhrkamp.

Baldauf, J., Dittrich, M., Rathje, J., Schramm, J. & Schwarz, K. (2016). Monitoringsbericht 2015/16. Rechtsextreme und menschenverachtende Phänomene im Social Web. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung.

Balzert, H., Schröder, M., Schäfer, C. (2017). Wissenschaftliches Arbeiten. Ethik, Inhalt & Form wiss. Arbeiten, Handwerkszeug, Quellen, Projektmanagement, Präsentation. (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Bardmann, T. (2015). Die Kunst des Unterscheidens. Eine Einführung ins wissenschaftliche Denken und Arbeiten für soziale Berufe. Wiesbaden: VS.

Benz, W., Graml, H. & Weiß, H. (1997). Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Stuttgart: Klett-Cotta.

Bernhard, A. (2012). Kritische Pädagogik. In: Adam, H. & Schlönvoigt, D. (Hrsg.), Kritische Pädagogik. Fragen – Versuch von Antworten (S. 13- 31). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Boase, J., Horrigan, J., Wellman, B. & Rainie, L. (2006). The Strength of Internet Ties PEW Internet & American life Project 2006. The internet and email aid users in maintaining their social networks and provide pathways to help when people face big decisions. Washington D.C.: PEW Internet & American Life Project.

Bötticher, A. & Mareš M. (2012). Extremismus. Theorien – Konzepte – Formen. München: Oldenbourg.

Bourdieu, P. (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: R. Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz.

Bourdieu, P. (1985). Sozialer Raum und »Klassen«. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Boyd, D. & Ellison, N. (2007). Social Network Sites: Definition, History, and Scholarship. Journal of Computer-Mediated Communication, Volume 13, Issue 1, S. 210- 230 .

Braun, T. (2010). Geschichte und Entwicklung des Internets. Informatik Spektrum, Band 33, S. 201- 207.

Budke, A., Kanwischer, D., & Pott, A. (2004). Internet, Raum und Gesellschaft. Zur Untersuchung eines dynamischen Verhältnisses. In: Budke, A., Kanwischer, D., & Pott, A. (Hrsg.), Internetgeographien. Beobachtungen zum Verhältnis von Internet, Raum und Gesellschaft (S. 9- 20). Stuttgart: Franz Steiner.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2019). Verfassungsschutzbericht 2018.

Chaniotis, A., Kropp, A., & Steinhoff, C. (2009). Überzeugungsstrategien: einige Fragen, einige Theorien, einige Aspekte (S. 1 – 8). In: Chaniotis, A., Kropp, A., & Steinhoff, C. (Hrsg.), Überzeugungsstrategien. Berlin: Springer.

Cheng, X., Dale, C., Liu, J.: Characteristics and Potentials of YouTube: A Measurement Study. In: Noam, E. & Pupillo, L. M. (Hrsg.), Peer-to-Peer Video. The Economics, Policy, and Culture of Today's New Mass Medium (S. 205-217). New York: Springer Science + Business Media 2008.

Decker, F. (2016): Die »Alternative für Deutschland« aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung. In: Häusler, A. (Hrsg.): Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung (S. 7- 23). Wiesbaden: VS.

Derbolav, J. (1975). Pädagogik und Politik. Eine systematisch-kritische Analyse ihrer Beziehungen. Stuttgart: Kohlhammer.

Dilthey, W. (1894): Sitzungsberichte der königlich preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, 7. Juni 1894, Ausgabe XXVI, Sitzung der philosophisch-historischen Classe. In: Humérez, W. (Hrsg.): Ideen über eine beschreibende und zergliedernde Psychologie von W. Dilthey.

Donati, P. (2011). Die Rahmenanalyse politischer Diskurse. In: R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, & W. Vihöver (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden (3. Auflage) (S. 159-191). Wiesbaden: VS.

Ebersbach, A., Glaser, M. & Heigl, R. (2005). Wiki-Tools. Kooperation im Web. Berlin: Springer.

Ebersbach, A., Glaser, M. & Heigl, R. (2016). Social Web. (3. Auflage). Konstanz: UVK.

Foucault, M. (1978). Dispositive der Macht. Berlin: Merve Verlag.

Foucault, M. (1983). Sexualität und Wahrheit. Erster Band: Der Wille zum Wissen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (1992). Was ist Kritik. Berlin: Merve.

Foucault, M. (2008). Die Hauptwerke. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, M. (2014). Die Ordnung des Diskurses (13. Auflage). Frankfurt am Main: Fischer.

Franzen, A. & Pointner, S. (2007). Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. In: A. Franzen & M. Freitag (Hrsg.), Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Sonderheft 47/2007 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und

Sozialpsychologie. Wiesbaden: VS.

Fuchs - Heinritz, W. & König, A. (2011). Pierre Bourdieu. (2. Auflage). Konstanz: UVK.

Fuchs, M. (2017). Politik und Pädagogik. Zur notwendigen Revitalisierung einer spannungsvollen Beziehung. München: Kopaed.

Funke, H. (2016). Von Wutbürgern und Brandstiftern. AfD – Pegida – Gewaltnetze. Berlin: vbb.

Goffman, E. (1974). Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience. Cambridge, Massachusetts: Harvard University Press.

Göymen-Steck, T. & Völcker, M. (2016). Georg Herbert Mead: Mind, Self, and Society. In: S. Salzborn (Hrsg.), Klassiker der Sozialwissenschaften. 100 Schlüsselwerke im Portrait (2. Auflage) (S. 125-128). Wiesbaden: VS.

Groß, A. & Rafael S. (2011). Das Modellprojekt »no-nazi.net – Für Soziale Netzwerke ohne Nazis«. In: Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.), Zwischen Propaganda und Mimikry Neonazi-Strategien in Sozialen Netzwerken (S. 4-28).

Gruschka, A. (2004). Negative Pädagogik. Einführung in die Pädagogik mit Kritischer Theorie. (2. Auflage). Wetzlar: Büchse der Pandora.

Habermas, J. (2008). Ach, Europa. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hardinghaus, C. (2012). Der Ewige Jude und die Generation Facebook. Marburg: Tectum.

Haug, S. (1997). Soziales Kapital. Ein kritischer Überblick über den aktuellen Forschungsstand. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES).

Hellmuth, T. & Klepp, C. (2010). Politische Bildung. Wien: Böhlau.

Hestermann, T. & Hoven E. (2019). Kriminalität in Deutschland im Spiegel von Pressemitteilungen der Alternative für Deutschland (AfD). In: Kriminalpolitische

Zeitschrift. Ausgabe 3, 2019, S. 127-139.

Heydorn, H.–J. (1972). Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hohnstein, S. & Glaser, M. (2017). Wie tragen digitale Medien zu politisch-weltanschaulichem Extremismus im Jugendalter bei und was kann pädagogische Arbeit dagegen tun? Ein Überblick über Forschungsstand, präventive und intervenierende Praxis im Themenfeld. In: Hohnstein, S. & Herding, M. (Hrsg.), Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. (S. 243-281). Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V.

Ipsen, F., Wörner-Schappert, M. & Eisentraut, S. (2017). Rechtsextreme Medienstrategien. Inszenierung von Radikalität im Social Web und ihre Attraktivität für Jugendliche. In: Hohnstein, S. & Herding, M. (Hrsg.), Digitale Medien und politisch-weltanschaulicher Extremismus im Jugendalter. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis. (S. 17-38) Halle: Deutsches Jugendinstitut e. V.

Jäger, S. (2011). Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, & W. Vihöver (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden (3. Auflage) (S. 91–124). Wiesbaden: VS.

Kajatzke, L. (2008). Wissen im Diskurs. Ein Theorienvergleich von Bourdieu und Foucault. Wiesbaden: VS.

Kammler, C., Parr, R. & Schneider, U. (2014). Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart: Verlag J.B. Metzler.

Keller, R. (2008). Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Forschungsprogramms (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Keller, R. (2011). Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen (4. Auflage). Wiesbaden: VS.

Kergel, D. (2018). Kulturen des Digitalen. Postmoderne Medienbildung, subversive Diversität und neoliberale Subjektivierung. Wiesbaden: VS.

Kirpal, A. & Vogel, A. (2006). Neue Medien in einer vernetzten Gesellschaft: Zur Geschichte des Internets und des World Wide Web. Basel: Birkhäuser.

Kneer, G. (2012). Die Analytik der Macht bei Michel Foucault. In: P. Imbusch (Hrsg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen (2. Auflage). Wiesbaden: VS.

Kneidinger, B. (2010). Facebook und Co. Eine soziologische Analyse von Interaktionsformen in Online Social Networks. Wiesbaden: VS.

Knipping-Sorokin, R., & Stumpf, T. (2018). Radikal Online - Das Internet und die Radikalisierung von Jugendlichen: eine Metaanalyse zum Forschungsfeld. In: kommunikation @ gesellschaft, Ausgabe 19, S. 1-29.

Lewandowsky, M. (2015): Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. In: ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft. Ausgabe 1, 2015, S. 119- 134.

Marek, R. (2013). Understanding YouTube. Über die Faszination eines Mediums. Bielefeld: Transcript.

Mead, G. H. (1934). Mind, Self and Society from the Standpoint of a Social Behaviorist. Chicago: Chicago Univ. Press.

Meißelbach, C. (2009). Web 2.0 – Demokratie 3.0? Demokratische Potentiale des Internets. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft / Edition Reinhard Fischer.

Minsky, M. (1981). A Framework for Representing Knowledge. In: J. Haugeland (Hrsg.), Mind Design. Montgomery: Vt: Bradford.

Moser, H. (2010). Einführung in die Medienpädagogik. Aufwachsen im Medienzeitalter. (5. Auflage) Wiesbaden: VS.

Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition. Volume 39, Issue 4, 2004, S. 541-563.

Mudde, C. (2007). Populist radical right parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Nietzsche, F. (1988). Die fröhliche Wissenschaft („la gaya scienza“). In: G. Colli & M. Montinari (Hrsg.), Friedrich Nietzsche. Sämtliche Werke. Band 3: Morgenröthe. Idyllen aus Messina. Die fröhliche Wissenschaft (S. 343-652). Berlin, Boston: De Gruyter.

Nohl, H. (1933). Die Theorie der Bildung. In: Nohl, H. & Pallat, L. (Hrsg.): Handbuch der Pädagogik. Erster Band: Die Theorie und die Entwicklung des Bildungswesens. (S. 3-80). Basel: Beltz. Faksimile-Druck der Originalausgabe 1981.

Ortmeyer, B. (2009). Mythos und Pathos statt Logos und Ethos. Zu den Publikationen führender Erziehungswissenschaftler in der NS-Zeit: Eduard Spranger, Herman Nohl, Erich Weniger und Peter Petersen. Weinheim: Beltz.

Pariser, E. (2012). Filter Bubble. München: Carl Hanser.

Pollak, G. (2019). Freiheit – Bildung – Verantwortung. Zwei Vorlesungen.

Reinhold, G. (2017). Soziologie-Lexikon. (4. Auflage). München: Oldenbourg.

Rudolph, D. (2014). YouTube und Fernsehen. Konkurrenz oder Ergänzung? Eine mehrstufige, vergleichende Analyse aus Nutzersicht unter besonderer Berücksichtigung der Digital Natives. Baden-Baden: Nomos.

Ruoff, M. (2013). Foucault-Lexikon. (3. Auflage). Paderborn: Wilhelm Fink GmbH & Co. Verlags-KG.

Schneider, U. (2004). Michel Foucault. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Schwab-Trapp, M. (2011). Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider, W. Vihöver (Hrsg.), Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden (3. Auflage) (S. 283-307). Wiesbaden: VS.

- Schweiger, W. (2017). Der (des)informierte Bürger im Netz. Wiesbaden: VS.
- Seel, N.M. & Hanke, U. (2015). Erziehungswissenschaft. Lehrbuch für Bachelor-, Master- und Lehramtsstudierende. Berlin: VS.
- Stegbauer, C. & Rausch, A. (2006). Strukturalistische Internetforschung. Netzwerkanalysen internetbasierter Kommunikationsräume. Wiesbaden: VS.
- Taddicken, M. & Schmidt, J. (2017). Entwicklung und Verbreitung sozialer Medien. In: Taddicken, M. & Schmidt, J. (Hrsg.), Handbuch Soziale Medien. Wiesbaden: VS.
- Voss, R. (2019). Wissenschaftliches Arbeiten ... leicht verständlich mit zahlreichen Abbildungen und Übersichten. (6. Auflage). München: UVK.
- Walsh, G., Kilian, T. & Hass, B. (2011). Grundlagen des Web 2.0. In: Walsh, G., Kilian, T. & Hass, B. (Hrsg.), Web 2.0. Neue Perspektiven für Marketing und Medien. (2. Auflage) Berlin: Springer Verlag
- Welker, M. & Wünsch, C. (2010). Methoden der Online-Forschung. In: Schweiger, W. & Beck, K. (Hrsg.), Handbuch Online-Kommunikation. Wiesbaden: VS.
- Wüst, A. (2011). Über das Selbstverständnis der Pädagogik als Wissenschaft. In: Mikhail, T. (Hrsg.), Zeitlose Probleme der Pädagogik – Pädagogik als zeitloses Problem? (S. 1–17) Karlsruhe: KIT.

Internetquellen

Alexa (2020). facebook.com Traffic Statistics. Zugriff am 10.01.2020, von <https://www.alexacom/siteinfo/facebook.com>

Alexa. (2020). YouTube.com Traffic Statistics. Zugriff am 10.01.2020, von <https://www.alexacom/siteinfo/YouTube.com>

Bayerischer Rundfunk (2019). Warum das Internet keine Demokratie-Maschine geworden ist. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.br.de/nachrichten/kultur/facebook-demokratie-hate-speech-oeffentlichkeit-elke-wagner,RV4vmMQ>

Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz (2019). Revisionismus. Zugriff am 12.10.2019, von <https://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/definition/ideologie/revisionismus/index.html>

Belltower News (2012). Warum finden Nazis „300“ gut? Zugriff am 11.12.2018, von <https://www.belltower.news/neonazi-netz-vorlieben-warum-finden-nazis-300-gut-34692/>

Bender, J. (2014). AfD sieht sich diskriminiert. Zugriff am 15.12.2018, von <http://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/europawahl-afd-sieht-sich-diskriminiert-12926317.html>

BILDblog (2009). Wie ich Freiherr von Guttenberg zu Wilhelm machte. Zugriff am 09.09.2018, von <https://bildblog.de/5704/wie-ich-freiherr-von-guttenberg-zu-wilhelm-machte/>

Bingül, B. (2019). Historischer Tag für Lesben und Schwule. Zugriff am 01.12.2019, von <https://www.tagesschau.de/inland/ehfueralle-start-101.html>

Boehme-Neßler, V. (2019). Die Digitalisierung höhlt unsere Demokratie aus. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article186843448/Big-Data-Die->

Digitalisierung-hoehlt-unsere-Demokratie-aus.html

Bolz, N. (2017). Politische Korrektheit führt zur geistigen Knechtschaft. Zugriff am 29.11.2019, von <https://causa.tagesspiegel.de/politik/haben-wir-es-mit-der-politischen-korrekttheit-uebertrieben/politische-korrekttheit-fuehrt-zur-geistigen-knechtschaft.html>

Böttcher, A. (2017). Radikalismus und Extremismus: Konzeptualisierung und Differenzierung zweier umstrittener Begriffe in der deutschen Diskussion. Leiden University Repository. Zugriff am 25.08.2019, von <https://openaccess.leidenuniv.nl/handle/1887/49257>

Bundesamt für Verfassungsschutz 1 (2019). Gutachten zu tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in der „Alternative für Deutschland“ (AfD) und ihren Teilorganisationen. Zugriff am 02.04.2019, von <https://netzpolitik.org/2019/wir-veroeffentlichen-das-verfassungsschutz-gutachten-zur-afd/>

Bundesamt für Verfassungsschutz 2 (2019). Extremismus/Radikalismus. Zugriff am 26.08.2019, von <https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/extremismus-radikalismus>

Bundesamt für Verfassungsschutz 3 (2019). Bundesamt für Verfassungsschutz stuft „IDENTITÄRE BEWEGUNG DEUTSCHLAND“ (IBD) als gesichert rechtsextremistische Bestrebung ein. Zugriff am 07.09.2019, von <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/presse/pm-20190711-bfv-stuft-ibd-als-gesichert-rechtsextremistische-bestrebung-ein>

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018). Bericht zur Polizeilichen Kriminalstatistik 2017. Zugriff am 12.11.2019, von https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2017/pks2017_node.html

Del Vicario, M., Bessi, A., Zollo, F., Petroni, F., Scala, A., Caldarelli, G., Stanley H. E. & Quattrociocchi, W. (2015). The spreading of misinformation online. Zugriff am 05.10.2017, von <http://www.pnas.org/content/113/3/554.full>

Der Bundeswahlleiter (2017). Bundestagswahl 2017. Zugriff am 15.12.2018, von <https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99.html>

Deutscher Bundestag (2008). Drucksache 16/10215. Schriftliche Fragen mit den in der Woche vom 8. September 2008 eingegangenen Antworten der Bundesregierung. Zugriff am 03.09.2019 von <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/102/1610215.pdf>

Deutschlandfunk Kultur (2019). Wie das Internet demokratische Öffentlichkeit zerstört. Zugriff am 04.01.2019, von https://www.deutschlandfunkkultur.de/philosoph-christoph-tuercke-wie-das-internet-demokratische.990.de.html?dram:article_id=443167

Duden (2019). Gutmensch. Zugriff am 30.11.2019, von <https://www.duden.de/rechtschreibung/Gutmensch>

Facebook Newsroom (2020). Stats. Zugriff am 10.01.2020, von <https://newsroom.fb.com/company-info/>

Förster, A. (2017). "Identitäre Bewegung" Wie die AfD einen neuen Rechtsextremismus befeuert. Zugriff am 29.09.2019, von <https://www.berliner-zeitung.de/politik/-identitaere-bewegung--wie-die-afd-einen-neuen-rechtsextremismus-befeuert-24519844>

Forster, I. (2010). Political Correctness / Politische Korrektheit. Zugriff am 08.11.2019, von <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/sprache-und-politik/42730/politische-korrektheit>

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2016). Gauland nennt Merkel „Kanzler-Diktatorin“. Zugriff am 20.01.2020, von <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-politiker-gauland-nennt-merkel-kanzler-diktatorin-14269792.html>

Geisel, S. (2016). Warum ein Gutmensch kein guter Mensch ist. Zugriff am 30.11.2019, von <https://www.nzz.ch/panorama/alltagsgeschichten/warum-ein-gutmensch-kein-guter-mensch-ist-1.18676154>

Gerwien, T. (2017). Martin Schulz - der nette Populist. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.stern.de/politik/deutschland/berlin-hoch-drei/martin-schulz--der-nette-populist-7308354.html>

Gesellschaft für deutsche Sprache e. V. (2016). GfdS wählt »postfaktisch« zum Wort des Jahres 2016. Zugriff am 27.08.2017, von <http://gfds.de/wort-des-jahres-2016/>

Graff, B. & Kortmann, C. (2010). Die Welt als Wilhelm und Vorstellung. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat zehn Vornamen - und einen elften, der bei Wikipedia erfunden wurde und Karriere machte. Zugriff am 09.09.2018, von <https://www.sueddeutsche.de/kultur/minister-guttenberg-falscher-vorname-die-welt-als-wilhelm-und-vorstellung-1.471072>

Green, J. R. & McCarthy, J. (2000). Chemistry is Not the Science: Rudolf, Rhetoric & Reduction. Zugriff am 13.10.2019, von <https://phdn.org/archives/holocaust-history.org/auschwitz/chemistry/not-the-science/>

Grob, R. (2009). Das Internet fördert die Demokratie. Zugriff am 05.01.2020, von https://www.nzz.ch/das_internet_foerdert_die_demokratie-1.2150453

Grumpe, T. & Grampes, T. (2016). „Kulturmarxismus“ als ideologischer Kampfbegriff. Zugriff am 02.12.2019, von https://www.deutschlandfunkkultur.de/neue-rechte-in-den-usa-kulturmarxismus-als-ideologischer.2156.de.html?dram:article_id=374719

Joffe, J. (2019). Political Correctness und Sprachtabus "gehen der Mehrheit auf die Nerven". Zugriff am 08.22.2019, von <https://www.zeit.de/2019/23/politische-korrektheit-hoeflichkeit-luege-sprachverbote>

Kant, I. (2020). AA VIII. Verkündigung des nahen Abschlusses eines Tractats zum ewigen Frieden in der Philosophie. Zugriff am 01.02.2020, von <http://www.korpora.org/kant/aa08/Inhalt8.html>

Kellerhoff, S. F. (2016). Rechtsextremer Verlag publiziert Hitlers „Mein Kampf“. Zugriff am 04.11.2019, von <https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article155707515/Rechtsextremer-Verlag-publiziert-Hitlers-Mein->

Kampf.html

Köcher, R. (2019). Immer mehr Tabuthemen. Zugriff am 29.11.2019, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html>

Kolb, M. (2017). Angeben, attackieren, ablenken. Zugriff am 27.08.2017, von <http://www.sueddeutsche.de/politik/neuer-us-praesident-angeben-attackieren-ablenken-1.3343642>

Krol, E. & Hoffman, E. (1993). FYI on "What is the Internet?". Zugriff am 14.03.2017, von <https://tools.ietf.org/html/rfc1462>

Krusemark, M. (2017). Gefahr von ganz rechts. Zugriff am 29.09.2019, von <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/wolfratshausen/kritische-debatte-gefahr-von-ganz-rechts-1.3614300>

Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (2019). Rechtsextremismus | Identitäre Bewegung Deutschland. Zugriff am 06.08.2019, von <https://www.verfassungsschutzbw.de/,Lde/Startseite/Arbeitsfelder/Identitaere+Bewegung+Deutschland>

Lang, J. P. (2016). AfD und Linke. Die Macht des Populismus. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.br.de/nachricht/linke-afd-100.html>

Lobo, S. (2015a). Wir sind das Volk! Wir sind das Opfer! Zugriff am 22.08.2017, von <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/rechtspopulismus-im-netz-opferkult-nach-troll-art-kolumne-a-1061024.html>

Lobo, S. (2015b). Der Knalleffekt ersetzt die Erkenntnis. Zugriff am 22.08.2017, von <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/internet-kommentare-immer-her-mit-der-nazikeule-kolumne-a-1062231.html>

Lobo, S. (2015c). Immer her mit der Nazikeule. Zugriff am 22.08.2017, von <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/soziale-medien-demokratie-knalleffekt-ersetzt-erkenntnis-kolumne-a-1066848.html>

Mahlberg, G. (2017). Ein Besuch im „ideologischen Mutterschiff“ des Rechtspopulismus. Zugriff am 15.12.2019, von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163314751/Ein-Besuch-im-ideologischen-Mutterschiff-des-Rechtspopulismus.html>

Mudrak, Marc (2009). Anzeige gegen Amazon. Zugriff am 12.10.2019, von <https://www.zeit.de/online/2009/31/amazon-anzeige-antisemitismus>

NBC (2017). Conway: Press Secretary Gave 'Alternative Facts'. Zugriff am 26.08.2017, von <https://www.nbcnews.com/meet-the-press/video/conway-press-secretary-gave-alternative-facts-860142147643>

O'Reilly, T. (2005). What is Web 2.0. Design Patterns and Business Models for the Next Generation of Software. Zugriff am 15.03.2017, von <http://oreilly.com/web2/archive/what-is-web-20.html>

Otto, F. (2018). CSU. Die populistische Versuchung. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-06/csu-populismus-mehrheit-fluechtlinge-islam-volkspartei>

Oxfam (2019). Public good or private wealth? Universal health, education and other public services reduce the gap between rich and poor, and between women and men. Fairer taxation of the wealthiest can help pay for them. Zugriff am 14.08.2019, von https://www.oxfam.de/system/files/bp-public-good-or-private-wealth-210119-en_web.pdf

Oxford Dictionaries. Post-truth (2017) Zugriff am 27.8.2017, von <https://en.oxforddictionaries.com/definition/post-truth>

Raether, T. (2019). Eine Liebeserklärung an die »Politische Korrektheit«. Zugriff am 21.11.2019, von https://sz-magazin.sueddeutsche.de/leben-und-gesellschaft/politische-korrektheit-87318?utm_source=pocket-newtab

Rilling, R. (1997). Auf dem Weg zur Cyberdemokratie. Zugriff am 04.01.2019, von <https://www.heise.de/tp/features/Auf-dem-Weg-zur-Cyberdemokratie-3449525.html?seite=all>

Schad, G. (2016). Unwort des Jahres: Warum wir Gutmenschen brauchen. Zugriff am 01.12.2019, von <https://ze.tt/gutmensch-ist-das-unwort-des-jahres-2015/>

Shearer, E. & Gottfried, J. (2017). News Use Across Social Media Platforms 2017. Zugriff am 06.10.2017, von <http://www.journalism.org/2017/09/07/news-use-across-social-media-platforms-2017/>

Shell Jugendstudie (2019). Zugriff am 27.02.2020, von <https://www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie.html>

Soldt, R. (2017). Kopp-Verlag: Auf dem Heimatplaneten für rechtsextreme Ufologen. Zugriff am 04.11.2019, von <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kopp-verlag-profitiert-von-fluechtlingskrise-14890834.html>

Spiegel Online (2007). Holocaust-Leugner Rudolf zu Haftstrafe verurteilt. Zugriff am 12.10.2019, von <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/prozess-holocaust-leugner-rudolf-zu-haftstrafe-verurteilt-a-472020.html>

Spiegel Online (2016). "Gutmensch" ist Unwort des Jahres. Zugriff am 30.11.2019, von <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/gutmensch-ist-unwort-des-jahres-2015-a-1071545.html>

Steinke, R. (2019). Vernebelte Kriminalstatistik. Zugriff am 12.11.2019, von <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-kriminalitaet-statistik-1.4556323>

Stempfle, M. (2019). "Identitäre" als rechtsextremistisch eingestuft. Zugriff am 07.09.2019, von <https://www.tagesschau.de/inland/identitaere-121.html>

Stöcker, C. (2016). Radikal dank Facebook. Zugriff am 06.10.2017, von <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/filterblase-radikalisierung-auf-facebook-a-1073450.html>

Titanic (2008). So funktioniert die Informationsgesellschaft. Zugriff am 08.09.2018, von <http://www.titanic-magazin.de/uploads/pics/1211a-infogesellschaft.gif>

UNDP (2019). The Scaling Fences: Voices of Irregular African Migrants to Europe. Zugriff am 16.02.2020, von <https://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/democratic-governance/ScalingFences.html>

UNO Flüchtlingshilfe (2020) Flüchtlingskrise Mittelmeer. Zugriff am 16.02.2020, von <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer/>

Von Nordheim, G. (2016). Poppers Albtraum. Zugriff am 30.8.2017, von <http://de.ejo-online.eu/digitales/poppers-alptraum>

Wallace, T., Yourish K. & Griggs, T. (2017). Trump's Inauguration vs. Obama's: Comparing the Crowds. Zugriff am 28.8.2017, von <https://www.nytimes.com/interactive/2017/01/20/us/politics/trump-inauguration-crowd.html>

Weiß, V. (2013). Nicht links, nicht rechts – nur national. Zugriff am 10.09.2019 von <https://www.zeit.de/2013/13/Die-Identitaeren>

Wikipedia 1 (2020). Wikipedia. Zugriff am 10.01.2020, von <https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia>

Wikipedia 2 (2018). Neutraler Standpunkt. Zugriff am 09.09.2018, von https://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Neutraler_Standpunkt

Wikipedia 3 (2019). Revisionismus. Zugriff am 12.10.2019, von <https://de.wikipedia.org/wiki/Revisionismus>

YouTube About (2020). YouTube Presseinhalte. Zugriff am 10.02.2020, von <https://www.YouTube.com/yt/about/press/>

Zeit Online (2016). Gutmensch ist Unwort des Jahres. Zugriff am 01.12.2019, von <https://www.zeit.de/kultur/2016-01/unwort-des-jahres-2015-gutmensch>

Zeit Online (2018). Flüchtlinge und Kriminalität. Zugriff am 12.11.2019, von <https://www.zeit.de/news/2018-06/08/fluechtlings-und-kriminalitaet-180608-99-636763>

Zeit Online. (2019). Identitäre Bewegung ist eindeutig rechtsextremistisch. Zugriff am 07.09.2019, von <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-07/verfassungsschutz-identitaere-bewegung-rechtsextremismus-einstufung>

Zollo, F., Bessi, A., Del Vicario, M., Scala, A., Caldarelli, G., Shekhtman, L., Havlin, S. & Quattrociocchi, W. (2015): Debunking in a World of Tribes. Zugriff am 06.10.2017, von <https://arxiv.org/pdf/1510.04267.pdf>

Zydra, M. (2019). Reiche werden immer reicher. Zugriff am 15.08.2019, von <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/bundesbank-bericht-reiche-werden-immer-reicher-1.4410368>

Primärquellen

AfD

AfD 1 (2017). Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Zugriff am 07.03.2019, von: <https://www.afd.de/wahlprogramm>

AfD 2 (2020). Hauptseite. Zugriff am 13.01.2020, von <https://www.afd.de/>

AfD 3 (2020). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Zugriff am 14.02.2020, von <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>

AfD 4 (2018). Die Meinungsfreiheit in Deutschland ist in ernster Gefahr! Zugriff am 05.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2018/07/17/die-meinungsfreiheit-in-deutschland-ist-in-ernster-gefahr/>

AfD 5 (2019). Die AfD ist die Freiheitspartei! Zugriff am 05.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2019/05/23/die-afd-ist-die-freiheitspartei/>

AfD 6 (2018). Arrogante Oberlehrer im Zwangsgebühren-Fernsehen sind eine Zumutung. Zugriff am 05.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2018/01/29/arrogante-oberlehrer-im-zwangsgebuehren-fernsehen-sind-eine-zumutung/>

AfD 7 (2017). Studie bestätigt Volkserziehungscharakter der Medien!. Zugriff am 05.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2017/07/21/studie-bestaetigt-volkserziehungscharakter-der-medien/>

AfD 8 (2019). Die AfD steht für gewaltfreien Diskurs, den man uns in vielen Medien verweigert. Zugriff am 05.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2019/06/24/die-afd-steht-fuer-gewaltfreien-diskurs-den-man-uns-in-vielen-medien-verweigert/>

AfD 9 (2017). FDP will Gleichberechtigung für Mehrelternfamilien. Zugriff am

06.03.2020, von <https://afdkompakt.de/2017/07/07/fdp-will-gleichberechtigung-fuer-mehrelternfamilien/>

Facebook

Facebook 1 (2020). AfD. Zugriff am 13.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/>

Facebook 2 (2019). Wie krank: wir wollen darüber nicht mehr berichten müssen! 89-Jährige in den eigenen vier Wänden geschändet! Zugriff am 18.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2547316181965372/?type=3&theater>

Facebook 3 (2019). Der kleine Junge könnte noch leben, wären unsere Grenzen gesichert! Zugriff am 18.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2555894564440867/?type=3&theater>

Facebook 4 (2019). Pöbneck: Er lockte sie in seine Wohnung! Afghane soll Mädchen (13, 16) vergewaltigt haben! Zugriff am 18.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2662873417076314/?type=3&theater>

Facebook 5 (2019). Sie war erst fünf: Asylbewerber missbrauchte kleines Mädchen! Zugriff am 18.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2716904521673203/?type=3&theater>

Facebook 6 (2019). Mehrere Übergriffe auf Menschen mit Behinderung in wenigen Tagen: 'Südländer' schlagen und treten behinderte Frauen! Zugriff am 18.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2753991747964480/?type=3&theater>

Facebook 7 (2019). Gruppenvergewaltigung in Ulm! 5 Asylbewerber sollen 14-Jährige vergewaltigt haben! Zugriff am 18.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2766055660091422/?type=3&theater>

Facebook 8 (2019). Ulm: Kaum ein Monat nach seit letzter Gräueltat vergangen! Nicht schon wieder! 14-Jährige von Migranten gruppenvergewaltigt! Zugriff am 18.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2796733020357019/?type=3&theater>

Facebook 9 (2019). München-HBF: Attacke bei Kontrolle! Täter rammt Messer feige in den Rücken unseres Polizisten! Messer-Epidemie endlich beenden! Zugriff am 20.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2828562410507413/?type=3&theater>

Facebook 10 (2019). Köln: weitere Mitarbeiterin schwer verletzt! Mann tötet Stadt-Mitarbeiter mit Messer! Messer-Epidemie endlich stoppen! Zugriff am 20.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2838272292869758/?type=3&theater>

Facebook 11 (2019). Kam mit der Flüchtlingswelle 2015: Syrer steuert LKW in Menschenmenge! Zugriff am 24.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2686967914666864/?type=3&theater>

Facebook 12 (2019). Vorbereitung auf Terror-Anschlag: Asylbewerber testen Bomben auf Friedhof! Zugriff am 24.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2717514161612239/?type=3&theater>

Facebook 13 (2019). Unfassbarer Leichtsinn: IS-Kämpfer werden jetzt EINGEFLOGEN! Zugriff am 24.01.2020, von

<https://www.facebook.com/alternatiefuerde/photos/a.542889462408064/2761686917194963/?type=3&theater>

Facebook 14 (2019). +++ EILMELDUNG +++ Mehrere IS-Kämpfer wegen Anschlagsplänen in Offenbach verhaftet! Zugriff am 24.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2763558557007799/?type=3&theater>

Facebook 15 (2019). Völliger Wahnsinn! IS-Terroristen: Alle, die kommen, sind auf FREIEM FUß! Zugriff am 24.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2767897619907226/?type=3&theater>

Facebook 16 (2019). +++ EILMELDUNG +++ Spezialeinheit nimmt Syrer wegen Anschlagsplänen fest! Zugriff am 24.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2779890908707897/?type=3&theater>

Facebook 17 (2019). Abdullah H.: Lebensgefahr für unsere Kinder? Verhafteter Bomben-Syrer arbeitete in Grundschule! Zugriff am 24.01.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2784670208229967/?type=3&theater>

Facebook 18 (2019). Es ist offiziell: Afrikaner wollen unser Geld – Asyl nur Mittel zum Zweck! Zugriff am 14.02.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2721567451206910/?type=3&theater>

Facebook 19 (2019). Ihre Alternative deckt auf: 3 von 4 Syrern kassieren Hartz 4! Zugriff am 17.02.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2656978177665838/?type=3&theater>

Facebook 20 (2019). „Soziale Folgekosten“: Angriffe, Mobbing und Jobverlust! Dreiviertel der Bürger beklagen Verlust der Meinungsfreiheit! Zugriff am 25.02.2020, von <https://www.facebook.com/alternativ fuerde/photos/a.542889462408064/2705702709460051/?type=3&theater>

Identitäre Bewegung

Identitäre Bewegung 1 (2019). Über Identität. Zugriff am 07.09.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/ueber-identitaet/>

Identitäre Bewegung 2 (2019). Hauptseite. Zugriff am 09.09.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/>

Identitäre Bewegung 3 (2019). Forderungen. Zugriff am 10.09.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/category/politische-forderungen/>

Identitäre Bewegung 4 (2019). Das Multikulturalismus-Paradox. Zugriff am 17.09.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/theorie/das-multikulturalismus-paradox/>

Identitäre Bewegung 5 (2019). Integration und Selbsthass. Zugriff am 24.09.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/theorie/integration-und-selbsthass-i/>

Identitäre Bewegung 6 (2019). FAQ. Zugriff am 08.10.2019, von <https://www.identitaere-bewegung.de/category/faq/>

Identitäre Bewegung 7 (2015). Lebensschutz ist Heimatschutz! Zugriff am 02.01.2020, von <https://blog.identitaere-bewegung.de/lebensschutz-ist-heimatschutz/>

Identitäre Bewegung 8 (2015). Gender Mainstream ist ideologischer Giftmüll! Zugriff am 02.01.2020, von <https://blog.identitaere-bewegung.de/gender-mainstream-ist-ideologischer-giftmuell/>

Identitäre Bewegung 9 (2015). Die Genderideologie, mehr Alchemie als Wissenschaft. Zugriff am 02.01.2020, von <https://blog.identitaere-bewegung.de/die-genderideologie-mehr-alchemie-als-wissenschaft/>

Identitäre Bewegung 10 (2019). Großer Austausch. Zugriff am 06.01.2020, von <https://www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch/>

Identitäre Bewegung 11 (2017). Neues Projekt aus Tübingen: Radikal feminin.

Zugriff am 07.01.2020, von <https://blog.identitaere-bewegung.de/neues-projekt-aus-tuebingen-radikal-feminin/>

Identitäre Bewegung 12 (2015). – AKTION GEGEN DEN LINKEN MAINSTREAM AN DER UNI HALLE –. Zugriff am 07.01.2020, von <https://blog.identitaere-bewegung.de/aktion-gegen-den-linken-mainstream-an-der-uni-halle/>

Identitäre Bewegung 13 (2019). Kampf für die Meinungsfreiheit. Zugriff am 07.01.2020, von <https://www.identitaere-bewegung.de/blog/kampf-fuer-die-meinungsfreiheit/>

Identitäre Bewegung 14 (2020). Der Protest geht weiter: Kreative Aktionen gegen den „GEZ“-Wahnsinn. Zugriff am 05.03.2020, von <https://www.identitaere-bewegung.de/allgemein/der-protest-geht-weiter-kreative-aktionen-gegen-den-gez-wahnsinn/>

Metapedia

Metapedia 1 (2019). Hauptseite. Zugriff am 30.08.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Hauptseite>

Metapedia 2 (2019). Wikipedia. Zugriff am 30.08.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Wikipedia>

Metapedia 3 (2019). Metapedia: Projektbeschreibung. Zugriff am 02.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Metapedia:Projektbeschreibung>

Metapedia 4 (2019). Besonders Lesenswerte Artikel. Zugriff am 03.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Kategorie:Besonders_lesenswerter_Artikel

Metapedia 5 (2014). Statistik. Zugriff am 23.07.2014, von <http://de.metapedia.org/wiki/Spezial:Statistik>

Metapedia 6 (2019). Statistik. Zugriff am 06.09.2019, von <http://de.metapedia.org/wiki/Spezial:Statistik>

Metapedia 7 (2019). Hilfe: Übersicht. Zugriff am 04.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Hilfe:Übersicht>

Metapedia 8 (2019). Schreibregeln. Zugriff am 05.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Metapedia:Schreibregeln>

Metapedia 9 (2019). Zweiter Weltkrieg. Zugriff am 05.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Zweiter_Weltkrieg

Metapedia 10 (2019). Befreiung vom Nationalsozialismus. Zugriff am 05.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Befreiung_vom_Nationalsozialismus

Metapedia 11 (2019). Rassenkunde. Zugriff am 05.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Rassenkunde>

Metapedia 12 (2019). Vernegerung. Zugriff am 05.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Vernegerung>

Metapedia 13 (2019). Deutschlandfeindlichkeit. Zugriff am 05.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Deutschfeindlichkeit>

Metapedia 14 (2019). Süddeutsche Zeitung. Zugriff am 05.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Süddeutsche_Zeitung

Metapedia 15 (2019). Der Spiegel. Zugriff am 05.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Der_Spiegel

Metapedia 16 (2019). Das Erste. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Das_Erste

Metapedia 17 (2019). Geschichtspolitik. Zugriff am 26.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Geschichtspolitik>

Metapedia 18 (2019). Politische Korrektheit. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Politische_Korrektheit

Metapedia 19 (2019). Meinungsfreiheit. Zugriff am 06.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Meinungsfreiheit>

Metapedia 20 (2019). Bundesrepublik Deutschland. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Bundesrepublik_Deutschland

Metapedia 21 (2019). Multikulturalismus. Zugriff am 06.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Multikulturalismus>

Metapedia 22 (2019). Überfremdung. Zugriff am 06.09.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Überfremdung>

Metapedia 23 (2019). Der ewige Jude (Film). Zugriff am 06.09.2019, von [https://de.metapedia.org/wiki/Der_ewige_Jude_\(Film\)](https://de.metapedia.org/wiki/Der_ewige_Jude_(Film))

Metapedia 24 (2019). Jud Süß (Film). Zugriff am 06.09.2019, von [https://de.metapedia.org/wiki/Jud_Süß_\(Film\)](https://de.metapedia.org/wiki/Jud_Süß_(Film))

Metapedia 25 (2019). Die Rothschilds – Aktien auf Waterloo. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Die_Rothschildd_-_Aktien_auf_Waterloo

Metapedia 26 (2019). Mein Kampf. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Mein_Kampf

Metapedia 27 (2019). Der Stürmer. Zugriff am 06.09.2019, von https://de.wikipedia.org/wiki/Der_Stürmer

Metapedia 28 (2019). Revisionismus. Zugriff am 12.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Revisionismus>

Metapedia 29 (2019). Revisionismus (Holocaust). Zugriff am 12.10.2019, von [https://de.metapedia.org/wiki/Revisionismus_\(Holocaust\)](https://de.metapedia.org/wiki/Revisionismus_(Holocaust))

Metapedia 30 (2019). Rudolf, Gernar. Zugriff am 12.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Rudolf,_Gernar

Metapedia 31 (2019). Rudolf-Gutachten. Zugriff am 12.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Rudolf-Gutachten>

Metapedia 32 (2019). Holocaust Handbooks. Zugriff am 13.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Holocaust_Handbooks

Metapedia 33 (2019). Gaskammertemperatur. Zugriff am 13.10.2019, von

<https://de.metapedia.org/wiki/Gaskammertemperatur>

Metapedia 34 (2019). Erster Weltkrieg. Zugriff am 14.10.2019, von
https://de.metapedia.org/wiki/Erster_Weltkrieg

Metapedia 35 (2019). Bundesrepublik Deutschland. Zugriff am 17.10.2019, von
https://de.metapedia.org/wiki/Bundesrepublik_Deutschland

Metapedia 36 (2019). Umerziehung. Zugriff am 17.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Umerziehung>

Metapedia 37 (2019). Völkermord. Zugriff am 17.10.2019, von
[https://de.metapedia.org/wiki/Völkermord](https://de.metapedia.org/wiki/Voelkermord)

Metapedia 38 (2019). Arier. Zugriff am 17.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Arier>

Metapedia 39 (2019). Neger. Zugriff am 17.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Neger>

Metapedia 40 (2019). Rassenreinheit. Zugriff am 18.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Rassenreinheit>

Metapedia 41 (2019). Einheitsmensch. Zugriff am 18.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Einheitsmensch>

Metapedia 42 (2019). Willkommenskultur. Zugriff am 22.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Willkommenskultur>

Metapedia 43 (2019). Holocaustreligion. Zugriff am 25.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Holocaustreligion>

Metapedia 44 (2019). Juden. Zugriff am 26.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Juden>

Metapedia 45 (2019). Zigeuner. Zugriff am 26.10.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Zigeuner>

Metapedia 46 (2019). Berufszeuge. Zugriff am 26.10.2019, von

<https://de.metapedia.org/wiki/Berufszeuge>

Metapedia 47 (2019). Holocaust-Überlebender. Zugriff am 26.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Holocaust-Überlebender>

Metapedia 48 (2019). Offene Fragen an die Holocaust Industrie. Zugriff am 26.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Quelle/_/Offene_Fragen_an_die_Holocaust-Industrie

Metapedia 49 (2019). Gaskammern zur Vernichtung von Ungeziefer. Zugriff am 26.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Gaskammern_zur_Vernichtung_von_Ungeziefer

Metapedia 50 (2019). Konzentrationslager Auschwitz. Zugriff am 26.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Konzentrationslager_Auschwitz

Metapedia 52 (2019). Umvolkung. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Umvolkung>

Metapedia 53 (2019). Volkstod. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Volkstod>

Metapedia 54 (2019). Rassenschande. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Rassenschande>

Metapedia 55 (2019). Rassenverrat. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Rassenverrat>

Metapedia 56 (2019). Menschenwürde. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Menschenwürde>

Metapedia 57 (2019). Allgemeine Menschenrechte. Zugriff am 27.10.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Allgemeine_Menschenrechte

Metapedia 58 (2019). Demokratie. Zugriff am 27.10.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Demokratie>

Metapedia 59 (2019). Lügenpresse. Zugriff am 04.11.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Lügenpresse>

Metapedia 60 (2019). BRD-Systemmedien. Zugriff am 04.11.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/BRD-Systemmedien>

Metapedia 61 (2019). Politische Korrektheit. Zugriff am 08.11.2019, von
https://de.metapedia.org/wiki/Politische_Korrektheit

Metapedia 62 (2019). Gutmensch. Zugriff am 08.11.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Gutmensch>

Metapedia 63 (2019). Mohammedanismus (Islam). Zugriff am 08.11.2019, von
[https://de.metapedia.org/wiki/Mohammedanismus_\(Islam\)](https://de.metapedia.org/wiki/Mohammedanismus_(Islam))

Metapedia 64 (2019). Islamisierung. Zugriff am 11.11.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Islamisierung>

Metapedia 65 (2019). Ausländerkriminalität. Zugriff am 16.11.2019, von
<https://de.metapedia.org/wiki/Ausländerkriminalität>

Metapedia 66 (2019). Türken in der BRD. Zugriff am 17.11.2019, von
https://de.metapedia.org/wiki/Türken_in_der_BRD

Metapedia 67 (2019). Liste der von Ausländern in Deutschland getöteten
Deutschen bis 2015. Zugriff am 17.11.2019, von

https://de.metapedia.org/wiki/Liste_der_von_Ausländern_in_Deutschland_getöteten_Deutschen_bis_2015

Metapedia 68 (2019). Liste der von Ausländern in Deutschland getöteten
Deutschen ab 2015. Zugriff am 17.11.2019, von

https://de.metapedia.org/wiki/Liste_der_von_Ausländern_in_Deutschland_getöteten_Deutschen_ab_2015

Metapedia 69 (2019). Anschlag von Halle (Saale). Zugriff am 17.11.2019, von
[https://de.metapedia.org/wiki/Anschlag_von_Halle_\(Saale\)](https://de.metapedia.org/wiki/Anschlag_von_Halle_(Saale))

Metapedia 70 (2019). Gleichgeschlechtlichkeit. Zugriff am 01.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Gleichgeschlechtlichkeit>

Metapedia 71 (2019). Heterophobie. Zugriff am 02.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Heterophobie>

Metapedia 72 (2019). Homosexualisierung. Zugriff am 02.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Homosexualisierung>

Metapedia 73 (2019). Feminismus. Zugriff am 02.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Feminismus>

Metapedia 74 (2019). Elternschaft. Zugriff am 12.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Elternschaft>

Metapedia 75 (2019). Männlichkeit. Zugriff am 12.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Männlichkeit>

Metapedia 76 (2019). Frau. Zugriff am 12.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Frau>

Metapedia 77 (2019). Gender Studies. Zugriff am 12.12.2019, von https://de.metapedia.org/wiki/Gender_Studies

Metapedia 78 (2019). Geschlechtergleichschaltung. Zugriff am 12.12.2019, von <https://de.metapedia.org/wiki/Geschlechtergleichschaltung>

Twitter

Twitter 1 (2019). Metapedia in Deutschland. Zugriff am 06.09.2019, von https://twitter.com/M_dia

Twitter 2 (2019). Identitäre Bewegung. Zugriff am 14.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland?lang=de>

Twitter 3 (2019). IB: Nürnberg. Zugriff am 27.12.2019, von https://twitter.com/IB_Franken/status/1184063773914619904

Twitter 4 (2018). IB: Bielefeld. Zugriff am 27.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland/status/1057962379043049472>

Twitter 5 (2019). IB: Frankfurt. Zugriff am 27.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland/status/1148678701095235585>

Twitter 6 (2018). IB: Berlin. Zugriff am 27.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland/status/972513453037555712>

Twitter 7 (2018). IB: Duisburg. Zugriff am 27.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland/status/964565013766733824>

Twitter 8 (2019). Völkermord. Zugriff am 29.12.2019, von <https://twitter.com/IBDeutschland/status/1200848372397232128>

Twitter 9 (2020). AfD. Zugriff am 13.01.2020, von <https://twitter.com/AfD>

YouTube

YouTube 1 (2019). Identitäre Bewegung Deutschland. Zugriff am 15.12.2019, von <https://www.YouTube.com/channel/UCGK3H7pHASZpUqBRyoe7vQA>

YouTube 2 (2016). Identitäre Bewegung Bayern stellt sich vor. Zugriff am 20.12.2019, von <https://www.YouTube.com/watch?v=Xcrr3PawJYo>

YouTube 3 (2019). Zukunft für Europa - Identitäre Bewegung. Zugriff am 20.12.2019, von <https://www.YouTube.com/watch?v=rPXI6tA31yI>

YouTube 4 (2019). Entlarvt: Ist der Bevölkerungsaustausch ein Völkermord? Zugriff am 29.12.2019, von https://www.YouTube.com/watch?time_continue=2&v=1VlzUwKb-yc&feature=emb_logo

YouTube 5 (2018). AfD-Parteitag: Eröffnungsrede von Alexander Gauland am 30.06.2018. Zugriff am 23.02.2020, von <https://www.YouTube.com/watch?v=Ur4WIZnYNFo>

YouTube 6 (2017). Jörg Meuthen am 14.07.17 Lebensthema – Freiheit. Zugriff am

25.02.2020, von <https://www.YouTube.com/watch?v=WOxF3zJLxoY>

Weitere Primärquellen

Hitler, A. (1936). Mein Kampf (172.-173. Auflage). München: Zentralverlag der NSDAP.

Holocaust-Handbücher (2019). Zugriff am 13.10.2019, von <http://holocausthandbuecher.com/>

Höcke, B. & Hennig, S. (2018). Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdinghausen: Manuscriptum.

Rudolf, Gernar (2001). Das Rudolf-Gutachten. Hastings: Castle Hill Publishers.

Schubert, S. (2018). Kriminalstatistik: Ausländer sind krimineller als Deutsche. Zugriff am 12.11.2019, von <https://kopp-report.de/kriminalstatistik-auslaender-sind-krimineller-als-deutsche/>

Quellen zu den Abbildungen

Abbildung 1 – So funktioniert die Informationsgesellschaft

<http://www.titanic-magazin.de/uploads/pics/1211a-infogesellschaft.gif>

(abgerufen am 08.09.2018)

Abbildung 2 – Temperaturkurve Zyklon B

<https://de.metapedia.org/wiki/Datei:OptimaleVergasungsparameter1800J.PNG>

(abgerufen am 02.02.2020)

Versicherung (gem. § 4 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 PromO):

Ich versichere hiermit

- an Eides statt, dass ich die Dissertation selbständig angefertigt, außer den im Schriftenverzeichnis sowie den Anmerkungen genannten Hilfsmitteln keine weiteren benutzt und die Herkunft der Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommen sind, bezeichnet habe,
- dass ich die Dissertation nicht bereits in derselben oder einer ähnlichen Fassung an einer anderen Fakultät oder einer anderen Hochschule zur Erlangung eines akademischen Grades eingereicht habe.

Johannes Abel
